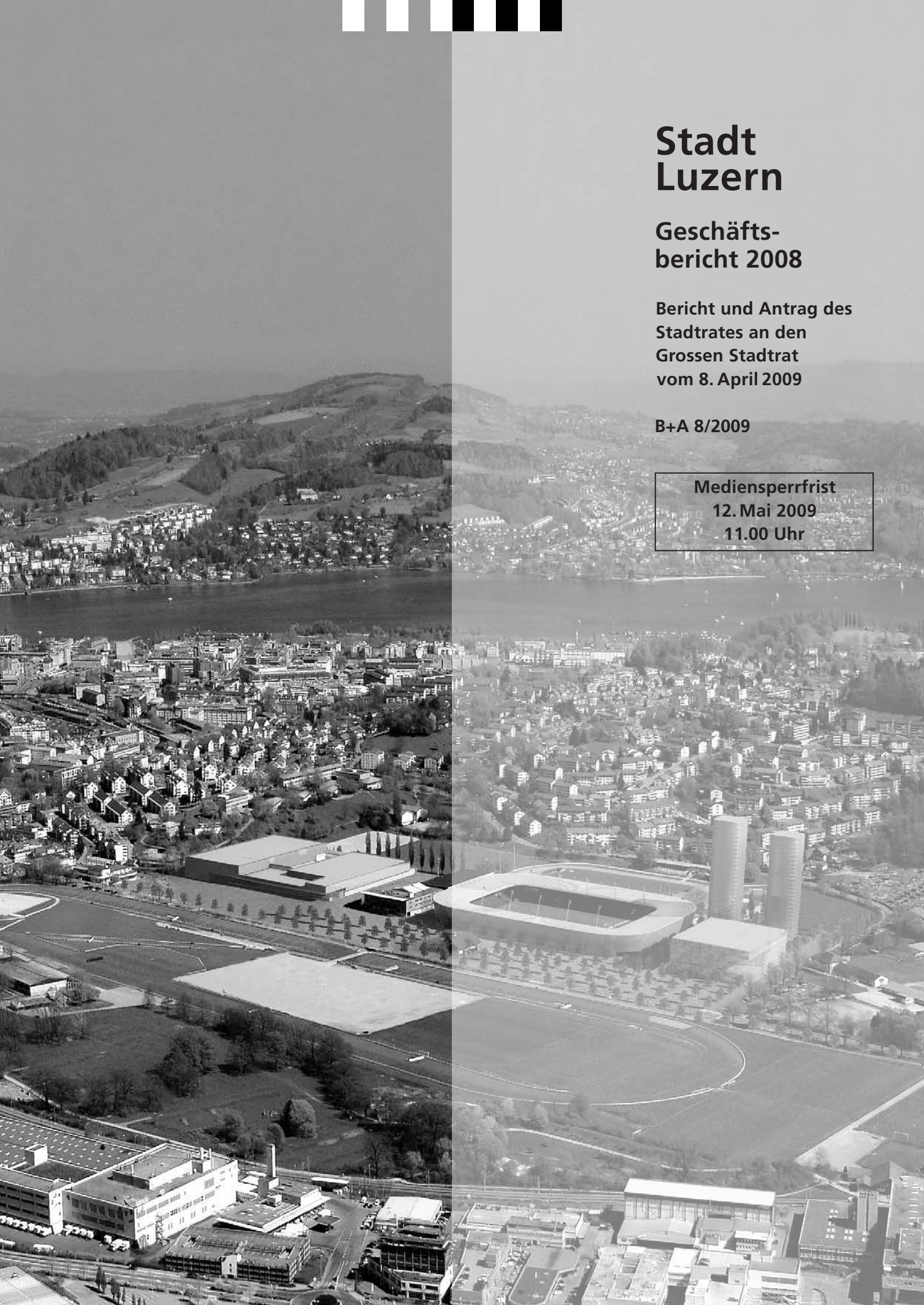




Stadt Luzern

Geschäfts- bericht 2008

Bericht und Antrag des
Stadtrates an den
Grossen Stadtrat
vom 8. April 2009

B+A 8/2009

Mediensperfrist
12. Mai 2009
11.00 Uhr

**Bericht und Antrag des Stadtrates von Luzern an den
Grossen Stadtrat von Luzern B+A 8/2009**

Stadtratsbeschluss 290 vom 8. April 2009

Die Stimmberechtigten der Stadt Luzern haben am 30. November 2008 Ja gesagt zu den Krediten und Verträgen für die Sportarena Luzern. Die Allmend wird in den nächsten Jahren umfassend erneuert. Neben dem Bau der Sportarena Luzern wird die Zentralbahn auf Doppelspur ausgebaut und tiefgelegt, die Infrastruktur des Messeplatzes wird erneuert und der Natur- und Erholungsraum aufgewertet.

Foto: Niklaus M. Wächter, Adligenswil; Fotomontage: Raumgleiter GmbH, Zürich.

Inhaltsverzeichnis

1.	Das Jahr 2008 im Rückblick	3
2.	Ergebnis der Jahresrechnung 2008	5
2.1	Gesamtüberblick.....	5
2.2	Laufende Rechnung / Ergebnis nach Kostenarten	6
2.2.1	Aufwand	7
2.2.2	Ertrag	8
2.2.3	Abweichungen der Rechnung zum Budget / Hinweis auf Begründungen	10
2.2.4	Nachtragskredite nach Art. 60 Abs. 2 lit. b GO	10
2.2.5	Nachtragskredite nach Art. 60 Abs. 2 lit. c GO	10
2.3	Laufende Rechnung / Ergebnis nach funktionaler Gliederung	11
2.3.1	Übersicht nach funktionaler Gliederung und Nettobelastung	12
2.3.1.1	Funktionale Gliederung	12
2.3.1.2	Vergleich der Nettobelastung	12
2.3.1.3	Vergleich der Steuerkraft	13
2.3.2	Vergleich der Nettobelastung, der Steuerkraft und der Nettoschuld der Stadt Luzern mit den Agglomerationsgemeinden	14
2.4	Investitionsrechnung	15
2.5	Bestandesrechnung.....	16
2.6	Anhang zur Jahresrechnung.....	19
2.6.1	Ausserbilanzgeschäfte	19
2.6.2	Brandversicherungswerte	20
2.6.3	Gesetzliche Grundlagen / Bewertungsgrundsätze	20
2.6.4	Abnahme der Jahresrechnung 2007 durch den Regierungsstatthalter	21
2.6.5	Beteiligungen im Alleinbesitz der Stadt Luzern	21
2.6.6	Übersicht über separate Berichte und Berichte regionaler Trägerschaften / Gemeindeverbände	23
2.6.7	Ausgewählte Kennzahlen / Mehrjahresvergleiche der Stadt Luzern	24
3.	Kennzahlen aus dem Personalbereich	26
3.1	Entwicklung der Teilzeitstellen	26
3.2	Personalfluktuations.....	26
3.3	Nationalitäten.....	26
3.4	Pyramide der Dienstjahre	27
3.5	Besoldungsklassen	27
3.6	Altersstruktur.....	28
4.	Direktionen	29
4.1	Sozialdirektion.....	29
	Vorwort von Ruedi Meier, Sozialdirektor	29
4.1.1	Meilensteine zu den Fünfjahreszielen und den strategischen Projekten	31
4.1.2	Rechnungsergebnis im Überblick	33
4.1.3	Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen	34
4.1.4	Kennzahlen	41
4.1.4.1	Sekretariat Vormundschaftsbehörde	43
4.1.4.2	Amtsvormundschaft	44
4.1.4.3	Sozialversicherungen, Arbeitsamt, AHV-Zweigstelle	45
4.1.4.4	Sozialamt	48
4.1.4.5	Wirtschaftliche Sozialhilfe (exkl. Mutterschaftsbeihilfe)	49
4.1.4.6	Mutterschaftsbeihilfe und Alimentenhilfe	51
4.1.4.7	Kinder Jugend Familie	53
4.1.4.8	Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg	56

4.2	Bildungsdirektion	57
	Vorwort von Urs W. Studer, Bildungsdirektor	57
4.2.1	Meilensteine zu den Fünfjahreszielen und den strategischen Projekten	58
4.2.2	Rechnungsergebnis im Überblick	61
4.2.3	Schulpflege	63
4.2.4	Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen	64
4.2.5	Kennzahlen	68
4.2.5.1	Stadtkanzlei	69
4.2.5.2	Musikschule	70
4.2.5.3	Kultur und Sport	71
4.2.5.4	Fonds zur Unterstützung kultureller Aktivitäten	73
4.2.5.5	Fonds zur Förderung und Unterstützung des Jugendsportes	74
4.2.5.6	Stadtbibliothek	75
4.2.5.7	Kinder- und Jugendzahnklinik	76
4.3	Sicherheitsdirektion	77
	Vorwort von Ursula Stämmer-Horst, Sicherheitsdirektorin	77
4.3.1	Meilensteine zu den Fünfjahreszielen und den strategischen Projekten	79
4.3.2	Rechnungsergebnis im Überblick	81
4.3.3	Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen	82
4.3.4	Kennzahlen	86
4.3.4.1	Stadtpolizei	87
4.3.4.2	Bevölkerungsdienste	89
4.3.4.3	Umweltschutz	91
4.3.4.4	Zivilschutz	93
4.3.4.5	öko-forum	94
4.3.4.6	Feuerwehr	95
4.4	Baudirektion	97
	Vorwort von Kurt Bieder, Baudirektor	97
4.4.1	Meilensteine zu den Fünfjahreszielen und den strategischen Projekten	98
4.4.2	Rechnungsergebnis im Überblick	100
4.4.3	Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen	101
4.4.4	Kennzahlen	105
4.4.4.1	Stadtplanung	107
4.4.4.2	Immobilien	108
4.4.4.3	GIS-Dienstleistungszentrum	110
4.5	Finanzdirektion.....	111
	Vorwort von Franz Müller, Finanzdirektor	111
4.5.1	Meilensteine zu den Fünfjahreszielen und den strategischen Projekten	112
4.5.3	Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen	115
4.5.4	Kennzahlen	117
4.5.4.1	Regionales Steueramt	119
4.5.4.2	Teilungsamt	120
4.5.4.3	Prozesse und Informatik	121
4.6	Beitragswesen	123
4.6.1	Rechnungsergebnis im Überblick.....	123
5.	Dienststellen mit Leistungsauftrag und Globalbudget.....	125
5.1	Leistungsauftrag Heime und Alterssiedlungen	125
5.2	Leistungsauftrag Volksschule.....	139
5.3	Leistungsauftrag Tiefbauamt.....	153
5.4	Leistungsauftrag Liegenschaften Finanzvermögen	165
	Antrag des Stadtrates.....	173
	Beschluss des Grossen Stadtrates von Luzern	174

1. Das Jahr 2008 im Rückblick

Die weltweit gültige Überschrift des Jahres 2008 lautet: "Finanzkrise".

Was 2007 als Immobilienkrise amerikanischer Finanzinstitute begann, wuchs sich im Verlauf des Berichtsjahres zu einer allgemeinen Banken- bzw. Finanzkrise aus. Hatte der Werteverfall börsenkotierter Papiere anfänglich zu Verlusten bei Unternehmen der Finanzbranche und vereinzelt Konkursen geführt, erreichte die Krise in der zweiten Hälfte des Jahres 2008 auch die Realwirtschaft. Die Auswirkungen der Rezession werden immer deutlicher. In der Krise mussten diverse Staaten Mittel einschiessen, um den Bankensektor zu stützen und den Gläubigerschutz zu erhöhen, schliesslich sogar um volkswirtschaftlich relevante Industriezweige, wie z. B. die amerikanische Autoindustrie, mit milliardenschweren Hilfspaketen zu retten. In der Schweiz musste der Bund zusammen mit der Nationalbank ein Hilfspaket schnüren, um die Überschuldung der UBS abzuwenden.

Die Diskrepanz zwischen liberalem, weitestgehend nicht reglementiertem Markt und staatlicher Hilfeleistung im Notfall wird zu weiteren Diskussionen führen. Die Karten im Zusammenspiel von öffentlicher Hand und Privatwirtschaft werden ab 2009 neu gemischt. Erste diesbezügliche Kontroversen sind bereits aufgeflammt, beispielsweise in der Diskussion um Bonuszahlungen an Kaderangestellte von staatlich gestützten Banken.

Trotz dieser massiven Probleme ganzer Wirtschaftszweige blieb die Ertragssituation der öffentlichen Hände gut. Auch die Steuererträge in der Stadt Luzern waren erfreulicherweise leicht höher als budgetiert. Noch zeigt die Krise weder Auswirkungen auf den Finanzhaushalt der Stadt Luzern noch auf die Zahl der Sozialhilfebezüglerinnen und -bezügler.

Spürbar wirkte sich die Finanzkrise hingegen auf die Pensionskasse aus, deren Deckungsgrad unter 85 % sank. Der Stadtrat hat der Pensionskommission den Auftrag erteilt, Sanierungsmassnahmen vorzuschlagen. Die entsprechenden Vorschläge sind dem Stadtrat, den angeschlossenen Arbeitgebern und den Arbeitnehmerverbänden vorgestellt und der Geschäftsprüfungskommission präsentiert worden. Der Bericht und Antrag soll im September 2009 dem Grossen Stadtrat unterbreitet werden.

Glücklicherweise erhält das Berichtsjahr lokalpolitisch betrachtet eine ganz andere Überschrift, nämlich "Ja zur Sportarena Luzern". Am 24. Februar und am 30. November sprach sich die Stimmbewölkerung zuerst für die Umzonung, dann für den notwendigen Kredit aus. Mit dem Sport- und Wohnkomplex, dessen Fussballstadion Swisspor-Arena genannt werden wird, dem Ausbau der Zentralbahn und der Erneuerung der Messebauten sind die politischen Weichen für eine positive Stadtentwicklung auf der Allmend gestellt worden. Spätestens mit der Umsetzung des Freiraumkonzepts wird damit die Allmend als Sport-, Freizeit-, Wirtschafts-, Natur- und Erholungsraum gesichert sein.

Das Sommerhalbjahr 2008 stand in Luzern unter dem Eindruck mehrerer Grossanlässe: der Finalrunde der Fussball-Europameisterschaften in Österreich und der Schweiz (selbst wenn die Stadt nicht Austragungsort für die Spiele war), dem Eidgenössischen Jodlerfest, dem Blue Balls Festival und anderen regelmässig stattfindenden Events. Erstmals lockte ein Stadtstrand die Menschen in den öffentlichen Raum. Strandbars, Buvettes und ähnliche Kleinlokale leisteten diesen Sommer erstmals an mehreren neuralgischen Stellen einen Beitrag zu Ordnung und Sicherheit. Das Bedürfnis, sich im öffentlichen Raum zu vergnügen, steigt, damit nehmen der Nutzungsdruck und die möglichen Reibungsflächen zu.

Umsetzungsprojekt Fusion Littau-Luzern: Strukturen und Prozesse definiert

Das Jahr 2008 stand ganz im Zeichen der intensiven konzeptionellen und organisatorischen Arbeit in der Projektorganisation zur Umsetzung der Fusion von Littau und Luzern. Die Projektsteuerung, bestehend aus den beiden Exekutiven, hat einmal pro Quartal getagt, um anstehende Entscheidungen zu treffen.

Ebenfalls einmal pro Quartal erfolgte die Information der zuständigen parlamentarischen Kommissionen der beiden Gemeinden. Das Kernteam der Projektleitung traf sich in der Regel wöchentlich, um die Arbeiten zu koordinieren und offene Fragen zu klären. Intensiv gearbeitet wurde auch in den fünf direktionalen und acht direktionsübergreifenden Teilprojekten.

Die Sollorganisation der künftigen Verwaltung wurde erarbeitet und konnte zum grössten Teil freigegeben werden. Dabei handelt es sich um die pro Dienstabteilung festzulegenden Eckwerte wie Organigramme, Stellenpläne und vorgesehene Veränderungen bei der Aufgabenerfüllung. Lediglich bei denjenigen Abteilungen, die von der teilweisen Reorganisation der Stadtverwaltung im Gefolge der Kantonalisierung der Polizei betroffen sind, konnten die Sollorganisationen noch nicht definitiv verabschiedet werden.

Im Personalbereich stand zunächst die Besetzung der Kaderfunktionen im Zentrum. Für die allermeisten der 21 Kaderleute aus Littau konnten im Jahr 2008 die Weichen für die berufliche Zukunft gestellt werden. Die meisten werden eine neue Herausforderung in der fusionierten Verwaltung annehmen, einige haben sich dafür entschieden, eine andere Stelle anzutreten, und lediglich zwei bis drei Dossiers sind noch offen. Der Prozess für die Integration der übrigen rund 70 Mitarbeitenden wurde im Herbst gestartet. Mindestens ein Erstgespräch hat mit fast allen Mitarbeitenden stattgefunden, in vielen Fällen ist die künftige Aufgabe bereits klar. Sowohl auf der Kader- wie auf der Mitarbeitendenebene ist es bereits zu zahlreichen vorgezogenen Wechseln in die Stadtverwaltung gekommen. Die Dynamik in diesem Bereich ist sehr erfreulich, sie führt aber auch dazu, dass die Aufgabenerfüllung in

Littau immer anspruchsvoller wird. Das Engagement der Mitarbeitenden sowie die in vielen Bereichen bereits installierte Zusammenarbeit mit Luzern können sicherstellen, dass Littau auch das letzte Jahr als eigenständige Gemeinde gut über die Runden bringen wird.

In weiteren wichtigen Bereichen sind zwar noch keine abschliessenden Entscheide gefallen, die Arbeiten wurden 2008 aber so weit vorangetrieben, dass sie in den ersten Monaten des Jahres 2009 abgeschlossen werden können. Das betrifft namentlich die Erarbeitung der erforderlichen Synergien/Einsparungen, die Festlegung von Leistungsangleichungen und die Klärung der Raumfragen.

Verschiedene Verwaltungsbereiche wurden bereits vorzeitig zusammengelegt, oder die Zusammenarbeit wurde intensiviert. Bereits gemeinsam tätig waren 2008 z. B. das Teilungs- und das Friedensrichteramt. Eine engere Zusammenarbeit gibt es bei der Bewirtschaftung des Fremdkapitals, bei der Musikschule oder der Wirtschaftsförderung. Zahlreiche vorzeitige Zusammenführungen oder Kooperationen wurden vorbereitet, welche Anfang 2009 in Kraft treten, so etwa bei der Feuerwehr, der Informatik, beim Betreibungsamt oder beim Mahlzeitendienst.

Parallel zu den Hauptsträngen der Projektarbeit galt es auch, zahlreiche Einzelfragen zu bearbeiten und zu entscheiden: von der Neubenennung von Strassen mit gleichlautenden Namen, über die künftige Organisation der Schulzahnpflege, das Konzept für einen Kundenshalter in Littau, die Vorbereitung der Zusammenführung der beiden Archive, die Festlegung des Wahltermins 2009, bis hin zur Beratung der wichtigsten Punkte der künftigen Gemeindeordnung.

Je näher der Fusionstermin rückt, desto wichtiger wird die Information der Bevölkerung. Die Vorarbeiten für ein künftiges städtisches Printprodukt wurden gestartet und ein umfassendes Kommunikationskonzept für 2009 entwickelt.

2. Ergebnis der Jahresrechnung 2008

2.1 Gesamtüberblick

Die Zahlen der Laufenden Rechnung 2008 präsentieren sich im Überblick wie folgt:

[Mio. Fr.]	Rechnung	Budget
Aufwand	590,2	584,7
Ertrag	590,5	582,8
Ergebnis	+0,3	-1,9

Die Rechnung 2008 schliesst mit einem Rohergebnis von Fr. 12,3 Mio. ab. Nach Vornahme einer zusätzlichen Abschreibung in der Höhe von Fr. 5 Mio. – erzielt aus dem Buchgewinn des Teilverkaufs der Aktien Parkhaus Zentrum AG – sowie nach Vornahme einer Rückstellung in der Höhe von Fr. 7 Mio. für künftige Aufwendungen zur Sanierung der städtischen Pensionskasse weist die Rechnung 2008 einen Ertragsüberschuss von Fr. 304'252.64 aus.

Dieses Resultat ist vor allem auf folgende Positionen zurückzuführen:

- Nicht budgetierte Buchgewinne von rund Fr. 6 Mio. konnten erzielt werden, zum grössten Teil aus dem Verkauf der Aktien der Parkhaus Zentrum AG.
- Die Steuererträge fielen gesamthaft um rund Fr. 6,5 Mio. höher aus als budgetiert: Fr. 3,5 Mio. bei den ordentlichen Gemeindesteuern, der Rest bei der Quellensteuer und den Nebensteuern.
- Beim Konsumaufwand sowie beim Finanzaufwand resultierte eine Verbesserung von jeweils Fr. 1,5 Mio.

Die Erträge der ordentlichen Gemeindesteuern lagen um rund Fr. 3,5 Mio. über dem Voranschlag. Mit einer Abweichung von nur 1,6 % liegt das Ergebnis somit nahe bei den Erwartungen. Stärker veränderten sich hingegen die Einzelpositionen. Die Erträge der natürlichen Personen übertrafen die Erwartungen um rund Fr. 13 Mio. – vor allem bei den Nachträgen –, während die juristischen Personen Fr. 9,5 Mio. weniger an Steuern ablieferten als im Voranschlag vorgesehen. Gleichwohl lagen die Erträge der juristischen Personen noch über dem 5-Jahres-Schnitt, sodass angesichts des guten Ergebnisses die Praxis der Vorjahre fortgeführt und eine Einlage in die Steuerausgleichsreserve von gut Fr. 2,2 Mio. vorgenommen werden konnte. Gegenüber 2007 ging der Ertrag der Gemeindesteuern um knapp Fr. 9 Mio. zurück. Dabei ist zu beachten, dass, sowohl die erste Tranche der Steuergesetzrevision 2008 (Einkommenssteuer) wirksam wurde als auch eine

Senkung des städtischen Steuerfusses um eine Zehnteleinheit erfolgt ist.

Der Konsumaufwand liegt – trotz Nachtragskrediten in der Höhe von insgesamt Fr. 10 Mio., die im Laufe des Jahres bewilligt wurden – um rund Fr. 1,5 Mio. unter dem Voranschlag. Das spricht für eine hohe Ausgabendisziplin und führt dazu, dass auch der Anstieg der Konsumausgaben gegenüber dem Vorjahr mit rund 1,5 % moderat und im Rahmen der Zielvorgaben ausfällt. Ganz exakt lässt sich dieser Wert allerdings in diesem Jahr nicht berechnen, da die Finanzreform 08 zu diversen Verschiebungen bei den Ausgaben und Erträgen geführt hat, welche nicht vollständig "herausgerechnet" werden können.

Infolge der Finanzmarktkrise ist der Deckungsgrad der städtischen Pensionskasse (PKSL) gesunken. 2009 wird dem Parlament ein Bericht und Antrag über die Sanierung der PKSL unterbreitet. Der Stadtrat beantragt dem Parlament deshalb, bereits mit dem Rechnungsabschluss 2008 eine Rückstellung in der Höhe von Fr. 7 Mio. für die künftigen Sanierungsaufwendungen vorzunehmen.

Bei den Investitionen ist der seit Längerem absehbare "Buckel" – d.h. hohe Ausgaben infolge Kumulierung zahlreicher grösserer Projekte – definitiv erreicht. Das bereits ausserordentlich hohe Investitionsbudget im Plafond wurde, wie die folgende Tabelle zeigt, nochmals um rund Fr. 7 Mio. überschritten.

[in Mio. Fr.]	Rechnung	Budget
Bruttoinvestitionen	100,2	100,8
./. Beiträge Dritter	19,0	19,7
Nettoinvestitionen	81,2	81,1
./. davon spezialfinanziert, netto	1,3	7,9
Investitionen innerhalb Plafond	79,9	73,2

Wegen der hohen Investitionen beantragt der Stadtrat mit diesem Bericht und Antrag, die erzielten Buchgewinne, wie oben erwähnt, zur Erhöhung der Abschreibungen zu verwenden. Gleichwohl sinkt der Selbstfinanzierungsgrad auf 78 % (Vorjahr: 182 %). Die Nettoschuld steigt erstmals seit 2003 wieder an, und zwar um Fr. 24 Mio. Dies sind rund Fr. 14 Mio. weniger als im Voranschlag prognostiziert. Obwohl dieser Verschuldungsanstieg mehr als eine Verdoppelung gegenüber 2007 bedeutet, liegt die Nettoschuld mit rund Fr. 751.– pro Kopf immer noch auf einem tiefen Niveau.

2.2 Laufende Rechnung / Ergebnis nach Kostenarten

Die Rechnung 2008 schliesst nach Vornahme einer zusätzlichen Abschreibung von Fr. 5 Mio. (für Investitionen, die den Plafond überschreiten) und einer Rückstellung von Fr. 7,0 Mio. für die Sanierung der städtischen Pensionskasse mit

einem Ertragsüberschuss von Fr. 0,3 Mio. ab. Budgetiert war ein Fehlbetrag von Fr. 1,8 Mio. Die Rechnung 2008 zeigt im Überblick folgende Ergebnisse:

Aufwand	Rechnung 2008	Budget 2008	Ergebnisver- besserungen	Ergebnisver- schlechterungen	Rechnung 2007
Personalaufwand	237'402'143	237'864'900	462'757		237'783'988
Sachaufwand	70'449'118	71'391'900	942'782		72'059'445
Passivzinsen	9'342'721	8'934'100		408'621	9'305'431
Abschreibungen	58'618'527	55'297'600		3'320'927	66'965'524
Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	11'277'461	11'130'600		146'861	12'147'630
Entschädigungen an Gemeinwesen	6'127'761	6'776'100	648'339		6'535'066
Eigene Beiträge	126'494'690	144'927'900	18'433'210		148'989'209
Durchlaufende Beiträge					
Einlagen in Spezial- finanzierungen und Stiftungen	15'891'864	1'120'700		14'771'164	37'487'919
Interne Verrechnungen	54'608'332	47'276'600		7'331'732	46'942'869
Total	590'212'618	584'720'400	20'487'087	25'979'305	638'217'080
Mehraufwand			5'492'218		
Ertrag	Rechnung 2008	Budget 2008	Ergebnisver- besserungen	Ergebnisver- schlechterungen	Rechnung 2007
Steuern	270'350'845	264'483'800	5'867'045		283'700'278
Konzessionen und Regalien	4'413'300	4'485'000		71'700	4'455'775
Vermögenserträge	42'214'892	33'757'600	8'457'292		58'162'237
Entgelte	162'674'272	176'685'300		14'011'028	176'651'999
Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	9'986'144	9'990'900		4'756	10'143'086
Rückerstattung von Gemeinwesen	5'282'913	4'133'400	1'149'513		7'908'640
Beiträge für eigene Rechnung	33'107'784	33'245'300		137'516	41'722'604
Durchlaufende Beiträge			-	-	
Entnahmen aus Spezial- finanzierungen und Stiftungen	7'878'388	8'791'900		913'512	12'936'525
Interne Verrechnungen	54'608'332	47'276'600	7'331'732		46'942'869
Total	590'516'870	582'849'800	22'805'582	15'138'512	642'624'014
Mehrertrag				7'667'070	
Ergebnis	304'253	-1'870'600			4'406'934
Differenz zum Voranschlag			2'174'853		

2.2.1 Aufwand

Der **Personalaufwand** liegt mit Fr. 237,4 Mio. um rund Fr. 0,5 Mio. tiefer als budgetiert. Der Minderaufwand bei den Sozialversicherungsbeiträgen von Fr. 0,7 Mio. resultiert aus einem tieferen Beitrag an die Familienausgleichskasse (Budget 1,9 %, Rechnung 1,7 %). Für die Teuerung auf Renten und Übergangsrrenten wurden Fr. 0,6 Mio. mehr benötigt. Bei der Sozialdirektion ist der Personalaufwand um rund Fr. 0,6 Mio. höher als budgetiert: Der Mehraufwand ist in den Abteilungen Kinder Jugend Familie und Sozialamt angefallen. Bei den Heimen und Alterssiedlungen ist der Personalaufwand um Fr. 0,6 Mio. tiefer als budgetiert, hauptsächlich weil die Pflegebedürftigkeit der Bewohnenden abgenommen hat. Die Lehrerbesoldungen sind insgesamt um Fr. 0,6 Mio. höher als budgetiert: Diese Mehrkosten sind bei der Volks- und der Musikschule infolge Stellvertretungen angefallen. Die Musikschule besuchten zudem erneut mehr Lernende als im Vorjahr. Die Mehrkosten beim Stab Sicherheitsdirektion von Fr. 0,5 Mio. für die SIP waren beim Sachaufwand budgetiert. Bei der Stadtpolizei liegt der Personalaufwand um rund Fr. 1,7 Mio. tiefer infolge Mutationsgewinnen, weniger Überzeitauszahlungen und des Verzichts auf die Wiederbesetzung der Medien- und Kommunikationsstelle im Hinblick auf die Fusion mit der Kantonspolizei. Bei der Baudirektion und der Finanzdirektion liegt der Personalaufwand Fr. 0,7 Mio. bzw. Fr. 0,2 Mio. unter dem Budget.

Der **Sachaufwand** beträgt total Fr. 70,5 Mio. und liegt damit Fr. 0,9 Mio. unter dem Budget. Die gestiegenen Energiepreise führten zu Fr. 0,7 Mio. höheren Kosten. Mehrkosten von Fr. 0,7 Mio. entstanden auch durch die Anschaffung von Hard- und Software bei der Heilpädagogischen Schule (HPS) und durch die Videoüberwachung am Bahnhof- und am Europaplatz. Diese Mehraufwendungen konnten jedoch durch geringere Mietkosten von Fr. 0,3 Mio., weniger baulichen Unterhalt von Fr. 0,5 Mio., weniger Aufwendungen für Büro- und Schulmaterial von Fr. 0,3 Mio. sowie weniger Aufwendungen für Dienstleistungen und Projekte von Fr. 1,2 Mio. innerhalb des Sachaufwands mehr als kompensiert werden.

Die **Passivzinsen** sind mit Fr. 9,3 Mio. um Fr. 0,4 Mio. höher ausgefallen als budgetiert und liegen damit auf dem Niveau des Vorjahres. Der Zinsaufwand darf jedoch nicht isoliert

betrachtet werden: Steuerungsrelevant ist der Nettozinsaufwand, d.h. der Zinsaufwand nach Abzug der Vermögenserträge. Da die Vermögenserträge auch in der Rechnung 2008 viel höher sind, konnte der Nettozinsertrag gegenüber dem Budget um Fr. 1,7 Mio. auf Fr. 13,9 Mio. gesteigert werden.

Für die langfristigen Darlehen mussten Fr. 0,4 Mio. mehr Zinsen bezahlt und für den positiven Ausgleichszins von 1,5 % bei vorzeitiger Bezahlung der Steuern mussten den Steuerpflichtigen rund Fr. 0,2 Mio. mehr Zinsen vergütet werden. Infolge geringerer Bestände und des tieferen Zinsniveaus fiel die Verzinsung der Depotkonti, der Zuwendungen und der Spezialfinanzierungen um Fr. 0,2 Mio. tiefer aus.

Die **Abschreibungen** belaufen sich auf insgesamt Fr. 58,6 Mio. und sind um Fr. 3,3 Mio. höher als budgetiert. Die ordentlichen und zusätzlichen Abschreibungen im Betrag von Fr. 39,2 Mio. entsprechen dem Budget. Mit dem Buchgewinn aus der Veräusserung von Finanzvermögen (Aktien Parkhaus Zentrum AG) soll das Verwaltungsvermögen um Fr. 5 Mio. zusätzlich abgeschrieben werden. Der Stadtrat stellt mit der Rechnungsablage dem Grossen Stadtrat den entsprechenden Antrag. Bei den Gemeindesteuern mussten Fr. 0,4 Mio. weniger abgeschrieben werden. Das Delkreder bleibt mit Fr. 9,1 Mio. unverändert.

Unter **Entschädigungen an Gemeinwesen** mussten mit Fr. 6,1 Mio. rund Fr. 0,6 Mio. weniger als budgetiert bezahlt werden. Davon mussten aus der Spezialfinanzierung Stadtentwässerung Fr. 0,4 Mio. weniger an den Gemeindeverband Abwasserreinigung entrichtet werden.

Für **eigene Beiträge** in der Wirtschaftlichen Sozialhilfe mussten Fr. 19,4 Mio. weniger aufgewendet werden als budgetiert. Im Gegenzug gingen die Rückerstattungen um Fr. 18,4 Mio. zurück, da mit der Finanzreform 2008 die Finanzierungsflüsse der WSH änderten. Die Beiträge an Private AHIZ liegen um Fr. 1,3 Mio. über dem Budget. Der Beitrag an den Zweckverband öffentlicher Verkehr liegt um Fr. 0,42 unter dem Budget.

Die **Einlagen in Spezialfinanzierungen und Spezialfonds** liegen mit Fr. 15,9 Mio. um Fr. 14,7 Mio. über dem Budget.

Aufgrund der Steuereingänge der juristischen Personen wurden Fr. 2,2 Mio. (die Höhe entspricht dem Ertrag, der den 5-Jahres-Durchschnitt übersteigt) in die Steuerausgleichsreserve eingelegt. Für rund Fr. 9 Mio. wurden Rückstellungen gebildet, für fixe und offene Verbindlichkeiten: Fr. 1,5 Mio. sind zur Bestandswahrung der 2. Säule für die Stadtpolizei aufgrund des Projekts Luzerner Polizei (B+A 15/ 2008) zurückgestellt. Weitere Fr. 7 Mio. entfallen auf die Rückstellung für die beabsichtigte Sanierung der städtischen Pensionskasse. Die Bildung dieser Rückstellung

wird mit der Rechnungsablage dem Grossen Stadtrat zur Genehmigung unterbreitet. Bei der Baudirektion erfolgte aufgrund der Rechnungsergebnisse eine Einlage von Fr. 0,9 Mio. in die Spezialfinanzierung Kehrichtbeseitigung, und der Vorschuss der Spezialfinanzierung Stadtentwässerung konnte um Fr. 0,7 Mio. höher zurückbezahlt werden als budgetiert.

Die positiven Rechnungsergebnisse 2008 für die mit Globalbudgets geführten Bereiche erlaubten Rückstellungen von Fr. 0,12 Mio.

2.2.2 Ertrag

Der gesamte Steuerertrag von Fr. 270,4 Mio. liegt um Fr. 5,9 Mio. über dem Voranschlag. Der Ertrag aus **Einkommens- und Vermögenssteuern** von Fr. 245 Mio. übertraf das Budget um Fr. 6,32 Mio. Der Ertrag des laufenden Jahres entwickelte sich unterschiedlich: Er liegt bei den natürlichen Personen Fr. 1 Mio. über, bei den juristischen Personen Fr. 4 Mio. unter dem Budget. Bei den Nachträgen früherer Jahre konnten bei den natürlichen Personen Fr. 12,2 Mio. Mehrertrag vereinnahmt werden. Bei den juristischen Personen fielen Fr. 5,5 Mio. weniger Nachträge an als erwartet. Die Nach- und Strafsteuern fielen um Fr. 0,3 Mio. tiefer aus, hingegen stiegen die Einnahmen

aus der Quellensteuer um Fr. 2,8 Mio. auf Fr. 8,6 Mio.

Bei den **übrigen Steuern** liegen die Liegenschaftssteuern mit Fr. 0,1 Mio. und die Grundstückgewinnsteuern mit Fr. 1 Mio. über dem Voranschlag. Die Handänderungssteuern blieben leicht unter dem Budget. Auch bei den Erbschaftssteuern gab es Mindererträge: Der Anteil an den kantonalen Erbschaftssteuern und jener der Nachkommen-Erbschaftssteuern verfehlten das Budget um je Fr. 0,8 Mio. Die Billettsteuern sind um Fr. 0,15 Mio. höher ausgefallen.

Kennzahlen Steuerertrag	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Total Steuerertrag pro Einheit	128'510'769	126'521'622	124'352'339	121'230'743	130'731'225	130'696'354	133'235'203
Anteil jur. Personen am Steuerertrag	29,60%	22,19%	26,09%	21,38%	27,20%	24,61%	24,90%
Ertrag nat. Personen pro Steuerpfl./Einh.	2'447	2'411	2'230	2'269	2'280	2'300	2'301
Ertrag jur. Personen pro Steuerpfl./Einh.	11'420	7'855	8'087	6'460	10'065	8'126	8'429
Erlasse, Verluste, Abschreibungen ¹	3'715'223	3'589'664	6'477'715	3'443'856	3'039'582	2'648'605	2'354'570
E, V + A in % des Steuerertrages	1,48%	1,53%	2,82%	1,54%	1,26%	1,10%	1,01%

¹ Ohne Einlagen/Entnahmen Delkredere.

Die **Vermögenserträge** brachten mit Fr. 42,2 Mio. rund Fr. 8,5 Mio. mehr ein als budgetiert. Davon stammen Fr. 5 Mio. Buchgewinn aus der Veräusserung der Aktien Parkhaus Zentrum AG gemäss B+A 37/2008.

Bei den Liegenschaften des Finanzvermögens konnten Mehrerträge von Fr. 0,1 Mio. erzielt werden. Der Ertrag der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens entspricht dem Budget. Durch die höhere Verzinsung der Geldmarktanlagen und Forderungen entstand ein Mehrertrag von Fr. 1,5 Mio. Im Weiteren konnten Fr. 0,4 Mio. mehr Dividenden aus Aktien vereinnahmt werden. Die Verzugs- und Ausgleichszinsen auf verspäteten Steuerzahlungen entsprechen dem Budget.

Die **Entgelte** betragen Fr. 162,7 Mio. und blieben damit Fr. 14 Mio. unter dem Budget. Dieser Rückgang steht hauptsächlich im Zusammenhang mit der Wirtschaftlichen Sozialhilfe, welche mit der Finanzreform 2008 eine Änderung im Geldfluss erfahren hat (vgl. auch Kap. 2.2.1, eigene Beiträge).

Bei den Heimen und Alterssiedlungen blieben die Heimtaxen und Kostgelder Fr. 1 Mio. unter dem Budget.

Die Musikschule konnte aufgrund von mehr erteilten Musikstunden Fr. 0,2 Mio. mehr Schulgelder einnehmen.

Bei der Sicherheitsdirektion ergaben sich aufgrund von weniger ID- und Passanträgen um Fr. 0,6 Mio. geringere Gebührenerträge bei den Bevölkerungsdiensten, hingegen wurden bei der Stadtpolizei Fr. 0,5 Mio. mehr Bussen vereinnahmt. Der Feuerwehrpflichtersatz übertraf das Budget ebenfalls um Fr. 0,2 Mio.

Bei der Baudirektion resultieren Mehreinnahmen von Fr. 1,5 Mio. beim Tiefbau: Fr. 1,4 Mio. mehr Kehrrichtgebühren, Fr. 0,4 Mio. mehr Rückerstattungen aus Kehrricht und Recycling sowie Mehreinnahmen aus Weiterverrechnung an die Investitionsrechnung. Bei der Stadtentwässerung hingegen mussten Mindereinnahmen von Fr. 0,5 Mio. verbucht werden. Bei den Verwaltungsliegenschaften wurden Reinigungskosten in der Höhe von Fr. 0,7 Mio. an Dritte weiterverrechnet, welche nicht budgetiert waren. An den Umbaukosten der Haftstelle Sonnenberg hat sich der Kanton beteiligt.

Die Rückerstattungen von Gemeinwesen

liegen mit Fr. 5,3 Mio. rund Fr. 1,2 Mio. über dem Budget.

Bei der Bildungsdirektion stammen die Mehreinnahmen aus Beiträgen anderer Gemeinden an der HPS aufgrund von mehr Lernenden aus ihren Gemeinden. Der Tiefbau verzeichnet Mehrerträge aufgrund der höheren Rückerstattung des Kantons für Verkehrsbauten, und bei der Finanzdirektion sind mehr Inkassoprovisionen beim Regionalen Steueramt eingenommen worden.

Die Erträge aus **Beiträgen für eigene Rechnung** blieben mit Fr. 33,1 Mio. rund Fr. 0,1 Mio. unter dem Budget.

Der Kantonsbeitrag an die Wirtschaftliche Sozialhilfe fiel um Fr. 0,1 Mio. tiefer aus.

Bei der Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg (KJU) ist der Kantonsbeitrag aus der Heimfinanzierung um Fr. 0,4 Mio. höher ausgefallen. Bei der HPS waren Fr. 0,4 Mio. Bundesbeiträge aus den Vorjahren eingegangen, jedoch konnten Fr. 1,4 Mio. weniger Kantonsbeiträge vereinnahmt werden, da eine Rückforderung des Kantons von Fr. 1,8 Mio. belastet werden musste: Bekanntlich hat sich der Bund aus der Finanzierung der Sonderschulen zurückgezogen, weshalb sämtliche Verfügungen in der Buchhaltung der HPS abgegrenzt werden mussten.

Die **Entnahmen aus Spezialfinanzierungen** und Rückstellungen fielen rund Fr. 0,9 Mio. höher aus als vorgesehen.

Die Entnahmen aus Spezialfinanzierungen für Abschreibungen im Rahmen der betreffenden Investitionen 2008 ergaben Fr. 1,5 Mio. weniger als angenommen. Bei den zugesicherten Denkmalpflegebeiträgen wurden 2008 Fr. 0,4 Mio. mehr zur Zahlung fällig. Beim Tiefbau wurde der Sanierungsbeitrag von Fr. 0,5 Mio. an das Parkhaus Zentrum AG der Spezialfinanzierung Parkraum entnommen. Für Umweltschutzprojekte zulasten des Energiefonds wurden Fr. 0,3 Mio. weniger entnommen als budgetiert.

2.2.3 Abweichungen der Rechnung zum Budget / Hinweis auf Begründungen

Die Abweichungen gegenüber dem Voranschlag sind bei den einzelnen Kreditpositionen im Zahlenteil ausgewiesen. Soweit notwendig sind Kreditüberschreitungen im Anhang detailliert begründet. Auf die Begründung der Abweichungen bei den Konten des Personal-

aufwandes, bedingt durch Teuerung, Beförderungen und Besserstellungen sowie den Einbau von Realloohnerhöhungen in die pensionsversicherten Besoldungen, wird bei den einzelnen Rechnungs-Budgetpositionen verzichtet.

2.2.4 Nachtragskredite nach Art. 60 Abs. 2 lit. b GO

Für gebundene Ausgaben mussten vom Stadtrat Kredite im Umfang von Fr. 6,5 Mio. bewilligt werden. Die Detail-Liste wird am Ende des Zahlenteils ausgewiesen.

Übersicht Nachtragskredite nach Art. 60 Abs. 2 lit. b GO

	2007	2008
Behörden, Präsidialstab, Stadtkanzlei, Personalamt	380'200.–	1'035'100.–
Sozialdirektion	1'622'000.–	529'900.–
Bildungsdirektion	103'000.–	272'700.–
Sicherheitsdirektion	2'245'100.–	444'400.–
Baudirektion	2'044'300.–	337'800.–
Finanzdirektion	14'400.–	15'100.–
Zentrales Beitragswesen	1'304'300.–	3'118'600.–
Steuern, Kapital- und Zinsendienst, Abschreibungen	0.–	0.–
Investitionsrechnung	-423'600.–	785'000.–
Total	7'289'700.–	6'538'600.–

2.2.5 Nachtragskredite nach Art. 60 Abs. 2 lit. c GO

Die Nachtragskredite für frei bestimmbare Ausgaben in der Kompetenz des Stadtrates sind hier zusammengefasst. Die Detail-Liste wird am Ende des Zahlenteils ausgewiesen. Die Limite beträgt Fr. 5 Mio. Der Stadtrat verzichtete mit StB 261 vom 19. März 2008 im Voraus auf Fr. 1 Mio. seiner Ausgabenkompetenz. Dieser Verzicht konnte bis zum Jahresende eingehalten werden. Freie Nachtragskredite wurden im Jahr 2008 im Umfang von Fr. 3,5 Mio. beansprucht.

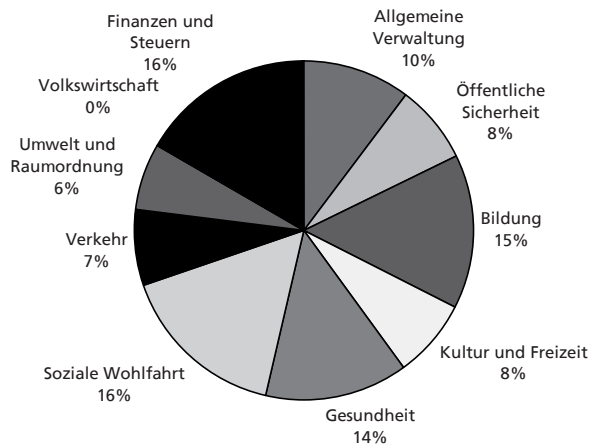
Übersicht Nachtragskredite nach Art. 60 Abs. 2 lit. c GO

	2007	2008
Behörden, Präsidialstab, Stadtkanzlei, Personalamt	534'500.–	232'300.–
Sozialdirektion	691'600.–	228'800.–
Bildungsdirektion	265'700.–	145'500.–
Sicherheitsdirektion	419'100.–	559'800.–
Baudirektion	2'237'700.–	1'215'200.–
Finanzdirektion	20'100.–	121'500.–
Zentrales Beitragswesen	598'800.–	737'200.–
Steuern, Kapital- und Zinsendienst, Abschreibungen	0.–	0.–
Investitionsrechnung	0.–	247'000.–
Total	4'767'500.–	3'487'300.–

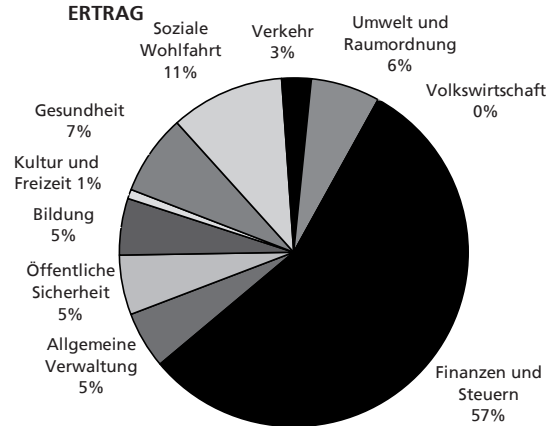
2.3 Laufende Rechnung / Ergebnis nach funktionaler Gliederung

Brutto	Rechnung 2008 (in 1'000 Fr.)		Budget 2008 (in 1'000 Fr.)		Abweichungen	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Mehraufwand (Minderaufwand)	Mehrertrag (Mindereertrag)
Allgemeine Verwaltung	60'282	31'791	66'076	37'717	(5'794)	(5'926)
Öffentliche Sicherheit	45'378	31'603	45'413	30'740	(35)	863
Bildung	85'473	31'016	85'404	29'601	69	1'415
Kultur und Freizeit	44'203	6'436	41'858	6'444	2'345	(8)
Gesundheit	80'268	43'417	7'284	1'051	72'985	42'366
Soziale Wohlfahrt	96'455	62'909	190'183	124'597	(93'728)	(61'688)
Verkehr	41'563	15'834	36'606	15'739	4'956	95
Umwelt und Raumordnung	37'549	37'336	24'193	20'315	13'356	17'020
Volkswirtschaft	1'423	315	1'831	411	(408)	(97)
Finanzen und Steuern	97'618	329'861	85'871	316'234	11'747	13'627
Total	590'213	590'517	584'720	582'850	5'492	7'667

AUFWAND



ERTRAG



Netto

Netto	Rechnung 2008 (in 1'000 Fr.)		Budget 2008 (in 1'000 Fr.)		Abweichungen	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Mehraufwand (Minderaufwand)	Mehrertrag (Mindereertrag)
Allgemeine Verwaltung	28'491		28'359		132	
Öffentliche Sicherheit	13'775		14'673		(898)	
Bildung	54'457		55'803		(1'346)	
Kultur und Freizeit	37'767		35'415		2'353	
Gesundheit	36'851		6'233		30'618	
Soziale Wohlfahrt	33'546		65'586		(32'040)	
Verkehr	25'729		20'867		4'862	
Umwelt und Raumordnung	213		3'878		(3'665)	
Volkswirtschaft	1'109		1'420		(311)	
Finanzen und Steuern		232'243		230'363		1'880
Total	(304)		1'871		(2'175)	

2.3.1 Übersicht nach funktionaler Gliederung und Nettobelastung

2.3.1.1 Funktionale Gliederung

Die anteilmässige Verteilung der Nettoaufwendungen spiegelt die Hauptaufgaben der Stadt wider. Dabei ist zu beachten, dass in den Aufgabenbereichen noch nicht die Vollkosten

ausgewiesen werden. Insbesondere die Kapitalkosten (Zinsen und Abschreibungen) sind separat im Bereich 9 Finanzen und Steuern erfasst.

2.3.1.2 Vergleich der Nettobelastung

Das kantonale Amt für Statistik veröffentlicht regelmässig die Kennziffern aus dem Finanzhaushalt der Luzerner Gemeinden. Der neuste Bericht "Der Finanzhaushalt der Gemeinden 2007" ist auf der Homepage www.lustat.ch von Statistik Luzern abrufbar. Somit können direkte Vergleiche der Gesamtausgaben und der Ausgaben pro Kopf nach funktionaler Gliederung gezogen werden.

In den Tabellen auf der Folgeseite sind die Nettoausgaben absolut und pro Kopf für die Aufgabenbereiche 0 bis 7 für die Jahre 2006 und 2007 dargestellt. In Tabelle 1 werden die absoluten Nettoausgaben der Stadt verglichen mit den Ausgaben der Gemeinden des Agglomerationsgürtels sowie der übrigen Gemeinden des Kantons Luzern. Wenn die Stadt netto gleich hohe Pro-Kopf-Ausgaben tätigen würde wie der Durchschnitt der 14 Agglomerationsgemeinden bzw. der übrigen Luzerner Gemeinden, so läge ihre Belastung um mehr als Fr. 50 Mio. tiefer, als dies effektiv der Fall ist. Im Jahr 1995 betrug dieser Unterschied gegenüber den Agglomerationsgemeinden Fr. 85,4 Mio., gegenüber den übrigen Gemeinden des Kantons Luzern rund Fr. 98 Mio. Die Mehrbelastung der Stadt konnte in den letzten Jahren also merklich reduziert werden!

Diese Verbesserung der relativen Position der Stadt gegenüber den anderen Gemeinden ist einerseits auf erfolgreich realisierte Lösungen bei der Finanzierung zentralörtlicher Leistungen sowie Optimierungen und Rationalisierungen im eigenen Bereich zurückzuführen. Die grösseren Ausgaben-Wachstumsraten der Gemeinden weisen andererseits darauf hin, dass es ihnen – aufgrund des Leistungsniveaus bzw. des Anteils an Kernaufgaben am Leistungsangebot – schwerer fällt als der Stadt,

Kostensenkungspotenziale zu identifizieren und zu realisieren. Das Ausgangsniveau erlaubt es der Stadt eher, Kosten zu senken, ohne dass das Gesamtleistungsangebot in einen kritischen Bereich gerät.

So stieg die Nettobelastung zwischen 1995 und 2007 in der Stadt Luzern nur um 7 %, während sie in den Agglomerationsgemeinden im gleichen Zeitraum um 33 % und in den übrigen Gemeinden des Kantons Luzern um 44 % angestiegen ist. Unberücksichtigt bleibt bei diesem Vergleich zudem die Bevölkerungsentwicklung. In der Stadt Luzern hat die mittlere Wohnbevölkerung zwischen 1995 und 2007 um 1 % abgenommen, während sie in der Agglomeration und in den übrigen Gemeinden um 8 % bzw. 9 % gewachsen ist.

In der Tabelle 2 sind die Konsumausgaben pro Kopf für die Stadt Luzern, die 14 Agglomerationsgemeinden sowie die 81 übrigen Gemeinden des Kantons Luzern dargestellt. Hier erkennt man auch, welche Aufgaben besonders "stadtlastig" sind.

Insgesamt ist die Nettobelastung in der Stadt Luzern pro Kopf leicht zurückgegangen. Sie liegt im Durchschnitt jedoch immer noch um mehr als 30 % über der Nettobelastung aller anderen Luzerner Gemeinden.

Die im Bericht über die zentralörtlichen Leistungen und in den beiden Berichten "Weg zum Rechnungsausgleich" (B 5/1998 und B 12/2000) beschriebenen Massnahmen konnten in der Zwischenzeit umfassend umgesetzt werden. Eine der letzten grossen Entlastungen wird durch die Zusammenlegung der Stadtpolizei Luzern mit der Kantonspolizei per 1. Januar 2010 realisiert.

Tabelle 1: Vergleich Nettobelastung zwischen der Stadt, dem Agglomerationsgürtel und den übrigen Gemeinden des Kantons Luzern

Jahr 2007	Nettobelastung absolut			Vergleichsausgaben		Differenz	
				[Anzahl Einw. Stadt Luzern x Nettobelastung pro Kopf]		Netto-Mehrbelastung der Stadt Luzern	
Funkt. Gliederung	Stadt Luzern	Agglomera- tionsgürtel (14 Gemeinden)	81 übrige Ge- meinden des Kt. Luzern	des Agglomera- tionsgürtels (14 Gemeinden)	der 81 übrigen Gemeinden des Kantons Luzern	gegenüber dem Agglome- rationsgürtel	gegenüber den 81 übrigen Gemeinden
1 Sicherheit	15'424	6'788	8'594	3'146	2'839	12'278	12'585
2 Bildung	52'197	149'680	243'848	69'476	80'551	-17'279	-28'354
3 Kultur und Freizeit	36'275	14'623	14'806	6'818	4'891	29'457	31'384
4 Gesundheit	9'972	5'885	5'153	2'704	1'702	7'268	8'270
5 Soziale Wohlfahrt	57'738	115'985	144'875	53'841	47'857	3'897	9'881
6 Verkehr	22'524	25'727	25'928	11'932	8'565	10'592	13'959
7 Umwelt und Raumordnung	3'432	1'755	5'933	823	1'960	2'609	1'472
0 Allgemeine Verwaltung	27'577	49'799	75'718	23'100	25'012	4'477	2'565
Total Nettobelastung	225'139	370'242	524'855	171'839	173'377	53'300	51'762
Mittlere Wohnbevölkerung:	58'778	126'590	177'936				

Tabelle 2: Vergleich Nettobelastung pro Kopf in Franken zwischen 2006 und 2007

Funkt. Gliederung	Nettoausgaben der Stadt			14 Agglomerationsgemeinden			übrige 81 Gemeinden Kt. LU		
	2006	2007	Veränd.	2006	2007	Veränd.	2006	2007	Veränd.
1 Sicherheit	262	262	0%	58	54	-7%	46	48	5%
2 Bildung	769	888	15%	1'146	1'182	3%	1'331	1'370	3%
3 Kultur und Freizeit	624	617	-1%	120	116	-3%	82	83	1%
4 Gesundheit	105	170	62%	47	46	-2%	28	29	3%
5 Soziale Wohlfahrt	1'051	982	-7%	869	916	5%	773	814	5%
6 Verkehr	382	383	0%	199	203	2%	151	146	-3%
7 Umwelt und Raumordnung	53	58	9%	35	14	-60%	25	33	33%
0 Allgemeine Verwaltung	430	469	9%	385	393	2%	422	426	1%
Total Nettobelastung pro Kopf	3'676	3'829	4%	2'859	2'924	2%	2'858	2'950	3%
Mittlere Wohnbevölkerung	58'257	58'778	521	125'497	126'590	1'093	175'961	177'936	1'975
Mittlere Wohnbevölkerung des Kantons Luzern: 2006: 359'715; 2007: 363'304									

2.3.1.3 Vergleich der Steuerkraft

Die absolute und relative Steuerkraft der Stadt Luzern (ersichtlich in Tabelle 3) ist im Vergleich zum Kanton und den übrigen 81 Luzerner Gemeinden bedeutend höher. Für das Jahr 2007 liegt der Steuerertrag einer Einheit (absolute Steuerkraft) bei rund Fr. 136,9 Mio. Der Anteil der Stadt Luzern am Steuerertrag aller Luzerner Gemeinden ist von 32,8 % im Jahr 1981 auf 23,2 % im Jahr 2007 gefallen. Ursachen für die Steuererosion in den 80er- und 90er-Jahren waren unter anderem der Bevölkerungsrückgang (Einbusse an Steuersubstrat) und die

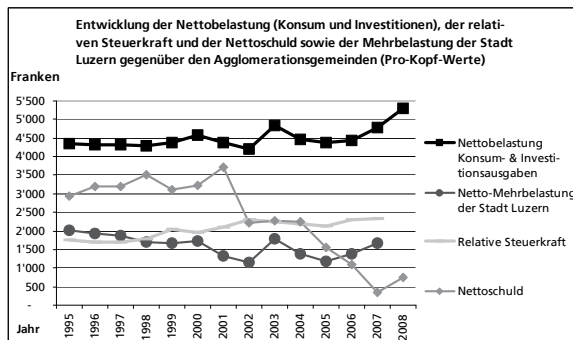
durch die Wanderungsströme bewirkte Veränderung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung (Strukturveränderung).

Die relative Steuerkraft aller 96 Luzerner Gemeinden betrug 2007 Fr. 1'573.-. Die Stadt Luzern liegt mit Fr. 2'329.- gut 48 % über diesem Durchschnitt, die 14 Agglomerationsgemeinden mit Fr. 1'631.- rund 4 % darüber, während die übrigen 81 Gemeinden mit Fr. 1'282.- diesen Durchschnitt um 18 % unterschreiten.

Tabelle 3: Vergleich Steuerkraft zwischen 2006 und 2007 pro Einheit in Fr. 1'000 und pro Kopf in Fr.

Angaben aus der Steuerstatistik	Stadt Luzern			übrige 81 Gemeinden des Kt. LU			Mehrertrag der Stadt Luzern		
	2006	2007	Veränd.	[Kanton Luzern ohne Stadt Luzern und 14 Agglomerationsgemeinden]			[Anz. Einw. Stadt x Mehrertrag pro Kopf der Stadt Luzern]		
	2006	2007	Veränd.	2006	2007	Veränd.	2006	2007	Veränd.
Steuerertrag pro Einheit	134'344	136'885	2%	213'891	228'164	7%	63'529	61'515	-3%
St.-Ertrag pro Kopf u. Einheit	2'306	2'329	1%	1'216	1'282	5%	1'091	1'047	-4%

2.3.2 Vergleich der Nettobelastung, der Steuerkraft und der Nettoschuld der Stadt Luzern mit den Agglomerationsgemeinden

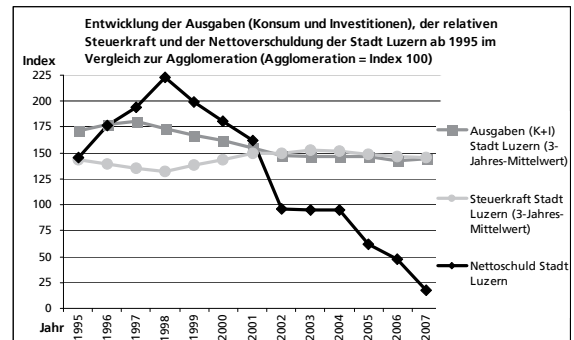


Die linke Grafik zeigt die Entwicklung der Ausgaben (Konsum und Investitionen), der Nettoschuld, der relativen Steuerkraft sowie der Mehrausgaben (Konsum und Investitionen) gegenüber der Agglomeration (alle Werte in Franken pro Kopf).

Die rechte Grafik stellt die Entwicklung der städtischen Ausgaben (Konsum und Investitionen), der Nettoschuld und der Steuerkraft in Relation zu den entsprechenden Werten der Agglomerationsgemeinden dar. Die statistischen Daten sind bis und mit dem Jahr 2007 verfügbar.

Ausgangspunkt für die Gegenüberstellung dieser drei Grössen ist das "finanzpolitische Dreieck" (erstmal erwähnt in der Gesamtplanung 2004–2007), welches in schematischer Weise aufzeigt, wie die Finanzpolitik die Balance finden muss zwischen guter und innovativer Aufgabenerfüllung (Ausgaben), Sparsamkeit und Konkurrenzfähigkeit (Steuerbelastung) sowie Nachhaltigkeit (Nettoschuld). Indem die Werte für die drei Eckpunkte des Dreiecks in Relation gesetzt werden zu den entsprechenden Werten aus der Agglomeration, wird ein konsistenter Vergleich möglich.

Ein Blick auf die Grafik rechts zeigt, dass der Index der städtischen Steuerkraft (im Vergleich mit der Agglomeration) im Jahr 2007 gegenüber den Vorjahren wiederum leicht zurückgegangen ist. Noch immer liegt die relative Steuerkraft um rund 45 % über derjenigen der Agglomeration. Im Jahr 2008 sind die städtischen Steuererträge wie auch jene der Agglomerationsgemeinden leicht angestiegen. Es darf daher davon ausgegangen werden, dass der Index der Steuerkraft für das Jahr 2008 etwa gleich bleiben wird.



Die Nettoschuld ist seit dem Rechnungsabschluss 2002 (tiefe Investitionen, Sonderfaktoren Berufsschulen, hohe Steuererträge juristische Personen) unter dem Wert der Agglomeration. 2005 bis 2007 konnte die Nettoschuld der Stadt nochmals markant reduziert werden, teilweise wegen nicht getätigter Investitionen und der Realisierung von Buchgewinnen (Verkauf der CKW-Aktien und von Liegenschaften des Finanzvermögens). Die Verschuldungssituation der Stadt darf mit dem Abschluss 2007 als sehr gut bezeichnet werden, ist doch die Pro-Kopf-Verschuldung auf Fr. 346.– gesunken. Mit dem Abschluss 2008 ist diese wieder auf Fr. 751.– angestiegen, womit eine Trendwende eingeläutet wurde: Ein Teil des hohen Investitionsbedarfs der kommenden Jahre wird über eine Neuverschuldung finanziert.

Die Ausgabenbelastung (im 3-Jahres-Mittel) hat sich in den letzten Jahren stabilisiert. Die in den nächsten Jahren massiv höheren Investitionen werden diesen Wert zweifellos wieder nach oben treiben. Ein Anstieg über den Steuerkraftindex ist jedoch nicht wünschenswert. Die Selbstbeschränkung beim Wachstum der Konsumausgaben (u. a. mit den EÜP-Massnahmen) bleibt daher weiterhin eine zentrale Herausforderung der Finanzpolitik; dies auch im Hinblick auf die anstehenden Investitionen in der Kultur, im Bildungs- und Gesundheitsbereich. Weiterhin gilt daher die Aussage, dass die Stadt das Geld, welches sie aufgrund der höheren Steuerkraft mehr einnimmt, auch wieder ausgibt, um die höheren Pro-Kopf-Leistungen zu finanzieren.

2.4 Investitionsrechnung

Funktionale Gliederung [Mio. Fr.]	Rechnung 2008			Budget 2008			Netto- Abweichung	
	Aus- gaben	Ein- nahmen	Netto	Aus- gaben	Ein- nahmen	Netto	in Mio. Fr.	in %
0 Allgemeine Verwaltung	7.93	0.18	7.76	4.35	0.17	4.18	-3.58	-85.8%
1 Öffentliche Sicherheit	2.71	1.88	0.83	1.13	0.54	0.59	-0.24	-40.4%
2 Bildung	14.74	0.31	14.43	23.23	0.00	23.23	8.80	37.9%
3 Kultur und Freizeit	24.96	7.90	17.06	20.31	8.17	12.14	-4.92	-40.5%
4 Gesundheit	22.64	0.00	22.64	18.23	0.00	18.23	-4.41	-24.2%
5 Soziale Wohlfahrt	0.04	0.00	0.04	0.30	0.00	0.30	0.26	86.0%
6 Verkehr	18.00	5.21	12.79	21.03	6.52	14.52	1.73	11.9%
7 Umwelt und Raumordnung	4.15	3.05	1.10	7.25	2.00	5.25	4.15	79.1%
8 Volkswirtschaft	5.00	0.00	5.00	5.00	2.34	2.66	-2.34	-88.3%
9 Finanzen und Steuern	0.00	0.42	-0.42	0.00	0.00	0.00	0.42	
Total	100.18	18.96		100.83	19.74			
Zunahme Nettoinvestitionen		81.23			81.09		-0.14	-0.2%

Arten-Gliederung [Mio. Fr.]	Rechnung 2008		Budget 2008	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
50 Sachgüter	84.68		91.73	
500 Grundstücke	2.30			
501 Tiefbauten	21.33		27.15	
503 Hochbauten	56.00		59.18	
506 Mob., Masch., Fahrz., IT	5.06		5.40	
509 Konservierung				
52 Darlehen und Beteilig.				
56 Eigene Beiträge	14.49		8.05	
58 Übrige zu aktivierende Ausgaben	1.01		1.05	
59 Einlagen in Spez.Finanz.				
60 Abgang von Sachgütern				
61 Nutzungsabgaben		2.93		2.00
63 Versicherungen				0.00
66 Beiträge für eigene Rechnung		16.02		17.74
5 Ausgaben	100.18		100.83	
6 Einnahmen		18.96		19.74

Die Investitionsrechnung weist Ausgaben von Fr. 100,18 Mio. brutto bzw. Fr. 81,23 Mio. netto auf, womit das Budget leicht überschritten wurde.

Innerhalb der Investitionsrechnung haben verschiedene Verschiebungen stattgefunden: So wurden bei der Teilsanierung Museggstrasse 21 die Arbeiten vorgezogen, und der Kauf der Liegenschaft Styger-Schüür war nicht budgetiert. Verzögerungen ergaben sich beim SH Wartegg/Tribschen aufgrund von Asbestsanierungen und Arbeitsabstimmung mit Teilarbeiten; beim SH Pestalozzi erfolgte der Beginn erst nach der Bereitstellung von Provisorien. Ersatzmassnahmen und Eventualverpflichtung Allmend: Realisierungsbeginn nach Kreditbewilligung durch GrStR und Volksabstimmung.

Bei der Langensandbrücke sind Zahlungsver-schiebungen ins Folgejahr und bei der Erneuerung der Abwasseranlagen 4. Etappe Arbeits-verschiebungen durch Moratorien bei Teilprojekten zu verzeichnen. Die Zentralbahn leistet die Entschädigung direkt an die Messe AG.

Die nicht getätigten oder vorgezogenen Investitionen wirken sich in den folgenden Jahren aus. Alle Details sind in der Kontrolle über die Vorschlags-/Sonderkredite und den Begründungen aufgeführt. Dem Grossen Stadtrat wurden 2008 keine Kreditabrechnungen vorgelegt.

2.5 Bestandesrechnung

	Stand am 31. Dezember 2008	Stand am 31. Dezember 2007	Veränderungen
Total Aktiven	480'215'370.70	493'535'113.85	-13'319'743.15
10. Finanzvermögen	318'338'064.28	358'684'051.43	-40'345'987.15
100. Flüssige Mittel	19'179'575.44	19'642'045.05	-462'469.61
101. Guthaben	158'931'648.88	223'458'292.88	-64'526'644.00
102. Anlagen	132'571'116.52	108'760'338.58	23'810'777.94
103. Transitorische Aktiven	7'655'723.44	6'823'374.92	832'348.52
11. Verwaltungsvermögen	161'811'410.22	133'883'676.40	27'927'733.82
114. Sachgüter	154'811'410.22	126'368'676.40	28'442'733.82
115. Darlehen und Beteiligungen	7'000'000.00	7'515'000.00	-515'000.00
116. Investitionsbeiträge			
117. Übrige aktivierte Ausgaben			
12. Spezialfinanzierungen	65'896.20	967'386.02	-901'489.82
13. Bilanzfehlbetrag	0.00	0.00	0.00
Total Passiven	480'215'370.70	493'535'113.85	-13'319'743.15
20. Fremdkapital	362'663'970.81	379'004'412.66	-16'340'441.85
200. Laufende Verpflichtungen	151'463'753.99	157'021'246.04	-5'557'492.05
201. Kurzfristige Schulden		0.00	
202. Langfristige Schulden	127'913'425.55	138'358'006.55	-10'444'581.00
203. Verpflichtungen	42'673'623.62		-10'601'553.78
Sonderrechnungen		53'275'177.40	
204. Rückstellungen	32'382'971.32	23'442'136.99	8'940'834.33
205. Transitorische Passiven	8'230'196.33	6'907'845.68	1'322'350.65
22. Spezialfinanzierungen	63'090'235.73	62'572'789.67	517'446.06
23. Kapital	54'461'164.16	51'957'911.52	2'503'252.64

Die Bilanzsumme (inklusive Ertragsüberschuss 2008) ist gegenüber dem Vorjahr um Fr. 13,3 Mio. auf Fr. 480,2 Mio. gesunken.

Finanzvermögen

Das Finanzvermögen weist einen Jahresendbestand von Fr. 318,3 Mio. auf, der 66,3 % der Bilanzsumme ausmacht. Die Abnahme von Fr. 40,3 Mio. verteilt sich auf diverse Positionen und wird nachfolgend erläutert.

Flüssige Mittel

Mit der Steuerfälligkeit auf Ende Jahr sind sehr viele Zahlungseingänge auf Ende Dezember erfolgt. Diese wurden dem Kontokorrent der Bank per Stichtag 31. Dezember 2008 gutgeschrieben.

Guthaben

Die Guthaben sind im Berichtsjahr um rund Fr. 64,5 Mio. gesunken. Die Steuerausstände haben gegenüber dem Vorjahr um Fr. 2,1 Mio. abgenommen und betragen Fr. 50,5 Mio. Unter den Beiträgen von Gemeinwesen sind Fr. 1 Mio. offene Kantonsbeiträge für die Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg bilanziert. Die offenen Debitoren liegen mit Fr. 19,3 Mio. um Fr. 18,2 Mio. unter dem Vorjahr. Der Bestand an Festgeldern ist von Fr. 112,2 Mio. auf Fr. 76,7 Mio. gesunken. Alle Festgeldguthaben dienen zur Abdeckung von Verbindlichkeiten, die im Januar zur Zahlung fällig wurden. Unter dem Verbindungskonto sind Zahlungen über Fr. 1,4 Mio. im Januar 2009 eingegangen, die noch die Rechnung 2008 betrafen. Die übrigen Guthaben nahmen um Fr. 4,8 Mio.

auf Fr. 9 Mio. ab. Ihre anteilige PK-Schuld hat die ewl AG vollständig zurückbezahlt, die Restschuld der Xundheit AG beträgt noch Fr. 0,6 Mio., diejenige der übrigen angeschlossenen Dritten Fr. 7,3 Mio.

Anlagen

Der Wert der Anlagen ist im Berichtsjahr um Fr. 23,8 Mio. auf Fr. 132,6 Mio. gestiegen. Die Aktien und Anteilscheine haben aufgrund der Kapitalerhöhung Lumag (B+A 52/2007) um Fr. 1 Mio. zugenommen. Unter den Darlehen sind gemäss B+A 37/2005 und Volksabstimmung vom 12. Februar 2006 zwei weitere Darlehen über total 7,9 Mio. an die Stiftung Luzerner Theater aktiviert. Mit diesen Darlehen finanziert die Stiftung den Kauf von Räumen im Kulturzentrum Südpol.

Aufgrund der Verwaltungsvereinbarung im Bereich Finanzierung hat die Stadt Luzern der Gemeinde Littau Darlehen über Fr. 14 Mio. zur Finanzierung des allgemeinen Haushaltes gewährt.

Die Liegenschaften im städtischen Finanzvermögen stehen mit Fr. 98,7 Mio. zu Buch.

Die Vorräte sind mit Fr. 0,8 Mio. bilanziert.

Transitorische Aktiven

Die Transitorischen Aktiven erhöhten sich im Berichtsjahr um Fr. 0,8 Mio. auf Fr. 7,6 Mio.

Die grössten Abgrenzungsposten sind:

Fr. 1,9 Mio. Betriebsgebühren der Stadtentwässerung, Fr. 1,5 Mio. Forderungen gegenüber Klienten aus WSH, Alimentenbevorschussung und Mutterschaftsbeihilfen, Fr. 1 Mio. offene Verkehrsabgaben, Fr. 0,4 Mio. unbezahlte Polizeibussen, Fr. 0,3 Mio. ausstehende Neben- und Reinigungskosten für Liegenschaften, Fr. 0,2 Mio. Gemeindeanteil an der LSVA.

Verwaltungsvermögen

Das Verwaltungsvermögen hat um Fr. 279 Mio. zugenommen und weist einen Jahresendbestand von Fr. 161,8 Mio. auf. Insgesamt 33,7 % der Bilanzsumme entfallen auf das Verwaltungsvermögen.

Sachgüter

Bei den Sachgütern, bilanziert mit Fr. 154,8 Mio., entfallen Fr. 2,7 Mio. auf öffentliche Anlagen, Fr. 22 Mio. auf Tiefbauten und Fr. 117,1 Mio. auf Hochbauten.

Der Gebäudeversicherungswert aller Liegenschaften des Verwaltungsvermögens beträgt per Jahresende rund Fr. 881,3 Mio.

Die Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge sind mit Fr. 13 Mio. bilanziert.

Für das Verwaltungsvermögen ist gemäss § 88 Abs. 2 Gemeindegesetz ab 1. Januar 2009 eine Anlagebuchhaltung zu führen, aus der die Investitionen, die Abschreibungsdauer und der Restwert ersichtlich sind. Die Anlagebuchhaltung bildet die Basis für die Berechnung der kalkulatorischen Zinsen und Abschreibungen für die flächendeckende Kostenrechnung. Dazu sind die Vermögenswerte historisch aufgearbeitet worden. Anschliessend wurden die bestehenden Buchwerte des Verwaltungsvermögens neu verteilt, ohne dass insgesamt eine Auf- oder Abwertung der Buchwerte vorgenommen wurde.

Darlehen und Beteiligungen

Die Darlehen und Beteiligungen sind mit einem Restbuchwert von Fr. 7 Mio. ausgewiesen. Diese teilen sich auf in Anteile von Fr. 5 Mio. am Aktienkapital der vbl AG sowie Fr. 2 Mio. als zinsloses Darlehen an das Regionale Eiszentrum (REZ). Dieses Darlehen ist durch eine Rückstellung in gleicher Höhe gedeckt.

Spezialfinanzierungen

Der Vorschuss für die Stadtentwässerung konnte um Fr. 0,9 Mio. auf Fr. 0,1 Mio. abgebaut werden.

Fremdkapital

Das Fremdkapital ist um Fr. 16,3 Mio. auf Fr. 362,7 Mio. gesunken. 75,5 % der Bilanzsumme per 31.12.2008 ist Fremdkapital.

Laufende Verpflichtungen

Die laufenden Verpflichtungen haben um Fr. 5,5 Mio. auf Fr. 151,5 Mio. abgenommen. Darin sind die vorausbezahlten Steuern über Fr. 84,2 Mio. sowie die Steuerekreditoren (Restanteil des Kantons und der Kirchgemeinden an den Steuern 2008) über Fr. 44,3 Mio. enthalten. Letztere wurden per Mitte Januar 2009 überwiesen. Die ordentlichen Kreditoren betragen per Bilanzstichtag Fr. 10,9 Mio.

Die Depotgelder haben im Berichtsjahr um Fr. 3,3 Mio. auf Fr. 8,1 Mio. zugenommen. Davon betreffen Fr. 3,3 Mio. Sicherstellungen für ausstehende Grundstückgewinn- oder Handänderungssteuern, Fr. 2,2 Mio. die Heime und Alterssiedlungen (Bewohnerdepots), Fr. 0,5 Mio. den Grabunterhaltsfonds und Fr. 0,4 Mio. geleistete Kostenvorschüsse für Einbürgerungen.

Mit rund Fr. 0,35 Mio. wird das Verbindungskonto für den Zahlungsverkehr alte/neue Rechnung ausgewiesen.

Langfristige Schulden

Die langfristigen Schulden haben im Berichtsjahr um Fr. 10,4 Mio. auf Fr. 127,9 Mio. abgenommen. 2008 wurden Fr. 25,6 Mio. fällig gewordene feste Darlehen zurückbezahlt und für Fr. 20 Mio. neue Darlehen aufgenommen. Diese weisen neu einen Bestand von Fr. 120 Mio. auf. Der durchschnittliche Zinssatz aller langfristigen Darlehen per Jahresende beträgt 3,44 %, bei einer verbleibenden durchschnittlichen Restlaufzeit (Modified Duration) von 5 Jahren.

Die Annuitätendarlehen der städtischen Pensionskasse sind mit total Fr. 7,9 Mio. passiviert. In dieser Summe sind die Anteile der angeschlossenen Arbeitgeber (u. a. Luzerner Theater, LSO, MAZ, Xundheit AG, kfm. Bildungszentrum) enthalten und in der Bilanz gleichwertig unter übrige Guthaben aktiviert. Die ewl AG amortisierte im Rechnungsjahr ihre Restschuld.

Verpflichtungen gegenüber Sonderrechnungen

Die Verpflichtungen gegenüber Sonderrechnungen reduzierten sich um Fr. 10,6 Mio. auf Fr. 42,7 Mio. Von der städtischen Pensionskasse hat die Stadt Luzern 5 Darlehen über insgesamt Fr. 25 Mio. mit Fälligkeiten zwischen September 2009 bis März 2012 zum aktuellen Durchschnittszinssatz von 3,88 % laufen.

Die Zuwendungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um Fr. 0,4 Mio. reduziert und sind mit Fr. 8,1 Mio. bilanziert. Mit Fr. 2,5 Mio. (–0,4 Mio.) weist der Sozialfonds den höchsten Bestand aus. Insgesamt mit Fr. 2,7 Mio. sind unter den übrigen Verpflichtungen die Fondsbestände K+S, FUKA, Förderung Jugendsport sowie ALI-Fonds passiviert.

Rückstellungen

Die Einlagen in Rückstellungen übertrafen die Entnahmen um Fr. 8,9 Mio. Somit betragen die Rückstellungen neu Fr. 32,4 Mio. Sie setzen sich zusammen aus Rückstellungen der Laufenden Rechnung von Fr. 25,2 Mio., aus Rückstellungen der Investitionsrechnung von Fr. 3,5 Mio. und aus Kreditübertragungen 2008 der Laufenden Rechnung von Fr. 2,3 Mio.

Aus der Investitionsrechnung wurden für Fr. 1,4 Mio. Kreditübertragungen (für Informatikprojekte und Fahrzeuge) auf 2009 vorgenommen.

Das Delkredere für Steuerdebitoren ist unverändert mit Fr. 9,1 Mio. passiviert. Die Verfügung des Kantons über Fr. 1,8 Mio. (Restdefizit HPS, vgl. Kap. 2.2.2, Beiträge für eigene Rechnung) ist hier ausgewiesen. Infolge des gesunkenen Deckungsgrades der städtischen Pen-

sionskasse wurde für die anstehende Sanierung eine Rückstellung von Fr. 7 Mio. gebildet (vgl. auch Kap. 2.2.1, Einlagen in Spezialfinanzierungen). Weiter mussten zur Besitzstandswahrung der zweiten Säule für an den Kanton übertretende Polizeiangehörige und Mittelschullehrpersonen rund Fr. 0,6 Mio. zurückgestellt werden. Weil der Übergang des städtischen Polizeikorps zur Luzerner Polizei als Teilliquidation betrachtet wird, wurde für die aktuelle Unterdeckung zusätzlich eine Rückstellung von Fr. 1 Mio. gebildet.

Transitorische Passiven

Die passiven Rechnungsabgrenzungen erhöhten sich um Fr. 1,3 Mio. gegenüber dem Vorjahr und sind mit Fr. 8,2 Mio. ausgewiesen.

Die Marchzinsen auf den langfristigen Darlehen betragen Fr. 2,4 Mio.

Für geschuldete Ergänzungsleistungen wurden Fr. 1,4 Mio., für die Heimfinanzierung Fr. 2,1 Mio. abgegrenzt. Die Abgrenzung der Liegenschaftsverwaltung für vorausbezahlte Mieten macht rund Fr. 0,5 Mio. aus.

Spezialfinanzierungen

Die Spezialfinanzierungen haben netto um Fr. 0,5 Mio. auf Fr. 63,1 Mio. zugenommen. Bei den Vorfinanzierungen gab es Entnahmen von Fr. 0,1 Mio. für die Erschliessung und die Beseitigung von Altlasten im Tribtschen sowie Energiesparmassnahmen bei stadteigenen Liegenschaften. Die Vorfinanzierungen belaufen sich damit auf insgesamt Fr. 42,5 Mio.

Aus dem Spezialfonds Bauten der Stadtentwässerung wurden rund Fr. 2,9 Mio. für Abschreibungen entnommen, gleich viel, wie für Anschlussgebühren eingegangen sind. Der Energiefonds ist mit rund Fr. 3,9 Mio. bilanziert; 2008 wurden für Fr. 0,8 Mio. Beiträge aus dem Energiefonds geleistet.

Neu werden die Heilpädagogische Schule sowie die Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg als Spezialfinanzierung geführt, da der Kanton die Finanzierung regelt. Rund Fr. 0,9 Mio. konnten in die Spezialfinanzierung zurückgelegt werden.

Das **Eigenkapital** beträgt total Fr. 54,5 Mio. Es setzt sich zusammen aus der Steuerausgleichsreserve (nach Einlage der Gewinnverwendung 2008 über Fr. 0,3 Mio.) mit Fr. 39 Mio., aus freiem Eigenkapital über Fr. 3,5 Mio., einem Anteil von Fr. 10 Mio. als Teilkompensation für den nicht gewährten Kantonsbeitrag an die Fusion Littau-Luzern sowie einer Reserve von Fr. 2 Mio. zur Bildung einer starken Stadtregion.

2.6 Anhang zur Jahresrechnung

2.6.1 Ausserbilanzgeschäfte

Eventualverbindlichkeiten, Bürgschaften, Garantieverpflichtungen per 31. Dezember 2008

Per Bilanzstichtag bestanden folgende Eventualverpflichtungen:

Begünstigte:	Beschluss:	Art:	gültig bis:	Betrag
Tennisclub Allmend	StB 1052 / 15.7.1998	Solidarbürgschaft	31.3.2010	Fr. 18'000.–
Verein Schüür	StB 1151 / 17.12.2008	Solidarbürgschaft	31.12.2011	Fr. 80'000.–
Verein Spitex Luzern	B+A 22 / 2.5.2007	Solidarbürgschaft	31.8.2016	Fr. 650'000.–
Chinderhus Maihof	B+A 38 / 21.11.2002	Solidarbürgschaft	unbefristet	Fr. 2'500'000.–
Pflegewohngruppe Sternmatt	B+A 19 / 30.6.2005	Solidarbürgschaft	31.12.2019	Fr. 1'400'000.–
Total Eventualverbindlichkeiten				<u>Fr. 4'648'000.–</u>

Leasingverbindlichkeiten per 31. Dezember 2008

Per Bilanzstichtag bestanden fünf Leasingverträge mit folgender Fälligkeitsstruktur:

	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010
Offene Leasingraten	31'445.90	6'288.65	-
Anzahl Verträge	5	2	

Nicht bilanzierte Verpflichtungen per 31. Dezember 2008

Pensionsordnung für die Mitglieder des Stadtrates

Mit B+A 44/2003 beschloss der Grosse Stadtrat das totalrevidierte Reglement. Die laufenden Renten der pensionierten Stadträte werden weiterhin zulasten der Laufenden Rechnung geleistet. Für die beim Übergang amtierenden Mitglieder des Stadtrates hat die Stadt die Leistungen, die sie als Folge der Umlagefinanzierung in der Vergangenheit nicht erbracht

hatte, im Umfang von rund Fr. 4,6 Mio. per 1. September 2004 nachfinanziert. Die Verpflichtungen für die Finanzierung der Besitzstandsgarantie gemäss Art. 14 der Personalordnung können nicht quantifiziert werden, da sie vom Zeitpunkt des Rücktritts der heute amtierenden Stadträte abhängen.

Nicht bilanzierte Guthaben per 31. Dezember 2008

Gestützt auf Art. 16 h des Reglements über den Finanzhaushalt der Stadt Luzern vom 1. September 2001 hat das Finanzinspektorat

die Liste der ausstehenden Subventionen per 31. Dezember 2008 aktualisiert.

	31.12.2007	Abgerechnete Projekte 2008	Neue Projekte 2008	Abrechnungsdifferenz	31.12.2008
Pendente Projekte	9		3		12
Investitionsvolumen total	99,1 Mio.		0,9 Mio.		100,0 Mio.
Provisorisch oder definitiv zugesicherte Subventionen	22,3 Mio.		0,1 Mio.		22,4 Mio.
Geleistete Akontozahlungen oder Restzahlungen	-8,9 Mio.		0,0 Mio.	-6,7 Mio.	-15,6 Mio.
Saldo ausstehend	13,4 Mio.	0,0 Mio.	0,1 Mio.	-6,7 Mio.	6,8 Mio.

2.6.2 Brandversicherungswerte

Liegenschaften des Finanzvermögens
Liegenschaften des Verwaltungsvermögens
Fahrzeuge, Mobilien, EDV

Fr. 145'047'000.–
Fr. 881'323'000.–
Fr. 102'647'380.–

2.6.3 Gesetzliche Grundlagen / Bewertungsgrundsätze

Die Rechnungsführung der Stadt Luzern basiert auf den Vorgaben gemäss §§ 69 ff. des neuen kantonalen Gemeindegesetzes (in Kraft seit 1. Januar 2005), den Bestimmungen der Gemeindeordnung vom 7. Februar 1999 sowie dem Reglement über den Finanzhaushalt der Stadt Luzern vom 15. Juni 2000 (Ausgabe vom 1. September 2001).

Im Weiteren kommt das harmonisierte Rechnungsmodell (HRM) – revidierte Version vom 30. November 2005 – zur Anwendung. Die überarbeiteten Finanzhaushaltsbestimmungen haben gemäss Verordnung über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 9. November 2004 (in Kraft seit 1. Januar 2005) verbindlichen Charakter.

Die Rechnungsführung hat eine klare, vollständige und wahrheitsgetreue Übersicht über die Haushaltsführung, das Vermögen und die Schulden zu vermitteln. Sie richtet sich nach den Grundsätzen der Gesetzmässigkeit, Dringlichkeit, Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Vorteilsabgeltung (Verursacherprinzip) sowie der Jährlichkeit, dem Bruttoprinzip, der Vorherigkeit (Sollverbuchung) und den Bestimmungen gemäss Art. 3 bis 6 des Reglements über den Finanzhaushalt (Rechnungsausgleich, Verschuldung, Abschreibung des Verwaltungsvermögens und Selbstfinanzierung).

Es gelten folgende Bewertungsgrundsätze:

Position:	Bewertung zu:
Flüssige Mittel, Guthaben, Wertpapiere, Aktien, Anteilscheine, Darlehen, Transitorische Aktiven	Nominalwert
Vorräte	Einstandswert
Liegenschaften des Finanzvermögens	Anschaffungswert abzüglich allfälliger Abschreibungen zuzüglich Erneuerungen (Bewertungsobergrenze: Verkehrswert)
Sachgüter	Anschaffungswert abzüglich Abschreibungen
Darlehen, Beteiligungen, Investitionsbeiträge, Spezialfinanzierungen	Nominalwert
Bilanzfehlbetrag	Nominalwert
Rückstellungen	Im Ausmass der eingegangenen Verpflichtungen oder betriebswirtschaftlicher Notwendigkeit
Übrige Passiven	Nominalwert

Für das Verwaltungsvermögen ist gemäss § 88 Abs. 2 Gemeindegesetz ab 1. Januar 2009 eine Anlagebuchhaltung (ABH) zu führen, aus der die Investitionen, die Abschreibungsdauer und der Restwert ersichtlich sind. Gemäss § 21 der Verordnung über den Finanzhaushalt ist über die einzelnen abzuschreibenden Objekte detailliert Buch zu führen. Aus der ABH haben jederzeit der Anlagewert und die verbleibende Abschreibungsdauer hervorzugehen. In der ABH werden alle über die Investitionsrechnung verbuchten Finanzvorfälle über Fr. 0,25 Mio. aufgenommen. Sie gibt differenziert Auskunft über die Zusam-

mensetzung der entsprechenden Positionen des Anlagevermögens und bildet die Basis für die Berechnung der kalkulatorischen Zinsen und Abschreibungen für die flächendeckende Kostenrechnung.

Für die Einführung der Anlagebuchhaltung sind 2008 die Vermögenswerte historisch aufgearbeitet und die Werte daraus abgeleitet worden. Anschliessend sind die bestehenden Buchwerte des Verwaltungsvermögens anhand dieser Werte (Verteilungsschlüssel) neu verteilt worden, ohne dass insgesamt eine Auf- oder Abwertung der Buchwerte vorgenommen wurde.

2.6.4 Abnahme der Jahresrechnung 2007 durch den Regierungstatthalter

Der Regierungstatthalter des Amtes Luzern hat geprüft, ob die Rechnung 2007 mit dem übergeordneten Recht, insbesondere mit den Buchführungsvorschriften und den verlangten Finanzkennzahlen, vereinbar ist und ob die Gemeinde die Mindestanforderungen für eine

gesunde Entwicklung des Finanzhaushaltes erfüllt. Er hat gemäss Bericht vom 11. September 2008 keine aufsichtsrechtlich erheblichen Mängel festgestellt (Formulierung gemäss § 106 Gemeindegesetz).

2.6.5 Beteiligungen im Alleinbesitz der Stadt Luzern

Als Controllingstelle nach dem Reglement über das Beteiligungs- und Beitragscontrolling hat der Stadtrat die Controllingberichte für alle elf delegierten Aufgaben von höchster Bedeutung für das Jahr 2008 eingefordert, überprüft und zur Kenntnis genommen. Die folgenden Institutionen wurden detaillierter von den zuständigen Kommissionen behandelt: ewl Holding AG (GPK), GKLUGALU (Baukommission) und Xundheit, Öffentliche Gesundheitskasse Schweiz AG (Sozialkommission).

Über die drei Aktiengesellschaften im Alleinbesitz der Stadt wird nachfolgend summarisch berichtet. Die detaillierten Informationen zuhanden des politischen Controllings durch das Parlament sind den aktienrechtlichen Geschäftsberichten zu entnehmen, die nach der Durchführung der jeweiligen Generalversammlung im 2009 dem Parlament zugestellt werden. Die Berichterstattung über die Ziele erfolgt mit der Gesamtplanung 2010–2014.

ewl Holding AG

Die ewl Gruppe verzeichnet im Berichtsjahr ein Wachstum im Strom- und Erdgasbereich, während Absatz und Umsatz beim Trinkwasser abnahmen. Der Gesamtertrag nahm dabei insgesamt von Fr. 230,5 auf Fr. 267,0 Mio. zu. Überdurchschnittlich wuchs der Ertrag aus dem Erdgasgeschäft, dies allerdings bei entsprechend höheren Gestehungskosten. Die Teilliberalisierung des Strommarkts auf 2009 erforderte von ewl im Berichtsjahr umfangreiche Vorarbeiten und Anpassungen, die hohe Kosten verursachten. Die Massnahmen des Bundesrates Ende 2008 zeigen, dass die Strommarktöffnung ewl noch weiter beschäftigen wird.

Auch im Jahr 2008 stand bei ewl die Förderung von erneuerbaren Energien im Vordergrund. Dank gezielten Aktionen konnte der Absatz lokal produzierter erneuerbarer Energie – Luzerner Wasserkraft, Luzerner Solarstrom und Luzerner Biogas – wiederum gesteigert werden. Beim Ausbau der Produktion erneuerbarer Energie setzte ewl auf eigene Projekte (Biogasanlage Inwil, Holzschnitzelanlage zur Dampf-

erzeugung für Emmi, Solarstromanlage Spielteupavillon usw.) und unterstützte Private in der Energieberatung und mit konkreten Angeboten (solare Warmwasseranlagen, Projektfinanzierungen aus dem ewl Förderungsfonds usw.).

Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, investierte ewl auch 2008 stark in die Netzinfrastruktur von Elektrizität, Gas und Wasser. Die hohen Investitionen sind auch in Zukunft erforderlich und werden die Verschuldung der Gruppe massgeblich beeinflussen.

Der gute Geschäftsabschluss erlaubt die Erhöhung der Dividende, die an die Stadt ausgerichtet wird, von bisher Fr. 10 Mio. auf Fr. 12,5 Mio.

Die ewl Gruppe wird mit dem Geschäftsbericht für das Jahr 2008 erstmals die Rechnungslegungsnorm Swiss GAAP FER anwenden, womit u. a. der Ausweis der stillen Reserven verbunden ist. Die Neuerung besteht in der Darstellung, während die Ertragskraft der ewl Gruppe nicht verändert wird.

Verkehrsbetriebe Luzern AG

Die vbl AG blickt auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2008 zurück. Die Passagierzahlen zeigen einen markanten Anstieg von fast 5 % auf 43,5 Mio. (Vorjahr: 41,5 Mio.). Die Zahl der Personenkilometer erreichte 103,7 Mio., was einer

Zunahme gegenüber dem Vorjahr von 4 % entspricht. Das grössere Leistungsvolumen wurde bei gleichzeitiger Kürzung der öffentlichen Abgeltungen erbracht. Im Bestreben, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die vbl und

ihre Leistungen zu lenken, fokussierte die vbl ihre Marketingbemühungen unter dem Motto "Reife Leistungen" auf das Kundensegment der reiferen Semester. Die in diesem Rahmen von der vbl organisierten Anlässe erfreuten sich grosser Beliebtheit. Dem gleichen Ziel, nämlich den direkten Kundenkontakt zu verstärken, dient auch die intensive Pflege der Homepage www.vbl.ch. Die Ergebnisse der im Herbst 2008 vom Kanton gemeinsam mit dem Zweckverband für den öffentlichen Agglomerationsverkehr Luzern (ÖVL) durchgeführten Kundenzufriedenheitsumfrage fielen für die vbl AG erfreulich aus. Die Ergebnisse werden intern analysiert, um die Dienstleistungsqualität weiter zu optimieren. Die Umsetzung der Finanzreform 08 führt beim ÖV zu weitreichenden Änderungen: Anstelle der ÖV-Finanzierung mit Fokus Agglomeration tritt eine regionale Lösung. Der Kan-

ton wird darin die Führungsrolle übernehmen. Damit konfrontiert ist nicht nur die Stadt, sondern auch die vbl AG wie die anderen Transportunternehmen der Region. Die definitive Aufstellung der ÖV-Bestellerseite ab 2010 ist noch nicht bekannt. Die vbl AG befürchtet, dass mit der neuen Lösung die unternehmerischen Anreize verloren gehen, und hat sich im Rahmen der Vernehmlassung zum neuen kantonalen ÖV-Gesetz Mitte 2008 dafür eingesetzt, dass die Ertragsverantwortung weiterhin den Transportunternehmen übertragen wird.

Zum achten Mal nach der Verselbstständigung im 2001 weist die vbl AG einen Gewinn aus. Diese erfreuliche Entwicklung ermöglicht es der Gesellschaft, zum dritten Mal in Folge eine Dividende von Fr. 1 Mio. an die Stadt zu entrichten.

Xundheit, Öffentliche Gesundheitskasse Schweiz AG

Im Rahmen der Überprüfung der Eigentümerstrategie für die Xundheit beschloss der Stadtrat, dem Parlament den Entscheid zum Verkauf der Aktien der Gesellschaft vorzulegen. Im ersten Semester wurden die Vorbereitungen getroffen und Verhandlungen geführt, um im Mai das Geschäft mit dem B+A 21/2008 "Xundheit Verkauf der Aktien an die Krankenkasse Concordia" unterbreiten zu können. Das Parlament lehnte den Verkauf nach zweimaliger Behandlung am 11. September 2008 ab. Die Zahlen für das Geschäftsjahr der Xundheit liegen noch nicht vor. Aufgrund der Medienberichte über die generelle Entwicklung im Krankenkassenwesen ist davon auszugehen, dass die vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) zugelassenen, in vielen Regionen unter der Kostenentwicklung im Gesundheitswesen liegenden Prämien erhöhungen auch die Ertragslage der Xundheit negativ beeinflusst haben.

Weiter führten die massiven Wertebussen bei den Finanzanlagen bei den meisten Krankenkassen zu Verlusten, was sich bei der Xundheit direkt im Jahresresultat 2008 niederschlagen wird. Infolge der schwachen Dotierung mit Eigenkapital, der knappen Reserven und der fehlenden Rückstellungen auf den Finanzanlagen zeichnet sich bei der Xundheit für 2008 ein Verlust ab. Um die wirtschaftliche Lage der Xundheit zu verbessern, hat der Verwaltungsrat noch im September 2008 ein umfassendes Projekt zur Optimierung der Abläufe und Strukturen eingeleitet.

Nach der Genehmigung des Geschäftsberichts durch die Generalversammlung wird dieser im Frühjahr 2009 publiziert. Darin wird die Gesellschaft detailliert über das Berichtsjahr orientieren.

2.6.6 Übersicht über separate Berichte und Berichte regionaler Trägerschaften / Gemeindeverbände

	erscheint
ewl Holding AG, Luzern Geschäftsbericht 2008	Juni 2009
Verkehrsbetriebe Luzern AG, Luzern Geschäftsbericht 2008	Juni 2009
Xundheit, Öffentliche Gesundheitskasse Schweiz AG Geschäftsbericht 2008	Mai 2009
Feuerwehr der Stadt Luzern Tätigkeitsbericht 2008	Februar 2009
Pensionskasse der Stadt Luzern Jahresbericht 2008	April 2009
Gemeindeverband für Abwasserreinigung Region Luzern (GALU) Jahresbericht 2008	April 2009
Gemeindeverband für Kehrichtbeseitigung Region Luzern (GKLU) Jahresbericht 2008	April 2009
Regionalplanungsverband Luzern Rechenschaftsbericht 2008	Mai 2009
Zweckverband für den öffentlichen Regionalverkehr Geschäftsbericht 2008	Mai 2009
Statistikportal 2008 der Stadt Luzern Die Herausgabe erfolgt durch das Amt für Statistik des Kantons Luzern im Auftrag der Stadt Luzern.	Dezember 2008

2.6.7 Ausgewählte Kennzahlen / Mehrjahresvergleiche der Stadt Luzern

Nettoschuld

Entwicklung und Vergleich mit den 14 Agglomerationsgemeinden und den übrigen Gemeinden des Kantons Luzern seit 1995:

Jahr	Stadt Luzern			14 Agglomerationsgemeinden			Übrige Gemeinden des Kt. Luzern		
	Nettoschuld in Fr.	Mittlere Wohnbevölkerung	pro Kopf in Fr.	Nettoschuld in Fr.	Mittlere Wohnbevölkerung	pro Kopf in Fr.	Nettoschuld in Fr.	Mittlere Wohnbevölkerung	pro Kopf in Fr.
1995	174 082 186	59 434	2 929	235 844 000	116 902	2 017	777 656 459	163 833	4 747
1996	188 506 472	58 982	3 196	213 033 000	117 824	1 808	814 830 180	165 542	4 922
1997	185 509 464	58 117	3 192	194 673 000	118 206	1 647	836 974 422	166 445	5 029
1998	201 792 780	57 540	3 507	186 360 000	118 249	1 576	861 509 756	167 525	5 143
1999	177 707 972	57 196	3 107	185 513 000	118 826	1 561	872 009 514	168 430	5 177
2000	183 917 486	57 011	3 226	214 835 000	119 923	1 791	914 658 019	169 233	5 405
2001	213 266 197	57 435	3 713	278 386 000	121 157	2 298	904 366 689	170 593	5 301
2002	127 374 055	57 522	2 214	282 150 921	122 621	2 301	885 594 091	171 786	5 155
2003	131 256 149	57 817	2 270	294 199 035	123 665	2 379	818 693 269	172 872	4 736
2004	129 223 608	57 870	2 233	293 053 340	124 070	2 362	803 795 218	173 692	4 628
2005	90 799 862	58 113	1 562	314 503 488	124 704	2 522	726 010 075	174 628	4 157
2006	63 973 988	58 257	1 098	288 489 000	125 497	2 299	655 949 000	175 961	3 728
2007	20 320 361	58 778	346	253 939 540	126 590	2 006	592 144 534	177 936	3 328
2008	44 325 907	59 000	751						

Definition:

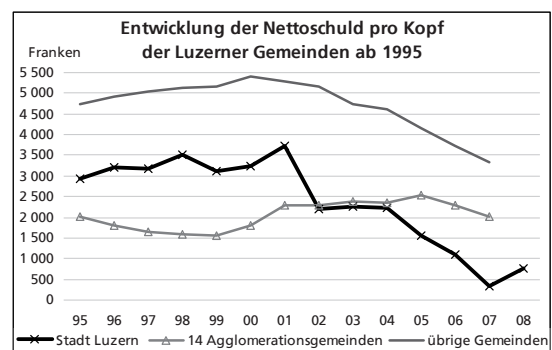
Fremdkapital (Bilanzposition 20) minus Finanzvermögen (Bilanzposition 10)

Quelle:

Der Finanzhaushalt der Gemeinden, eine Publikation von LUSTAT Statistik Luzern.

Aussage:

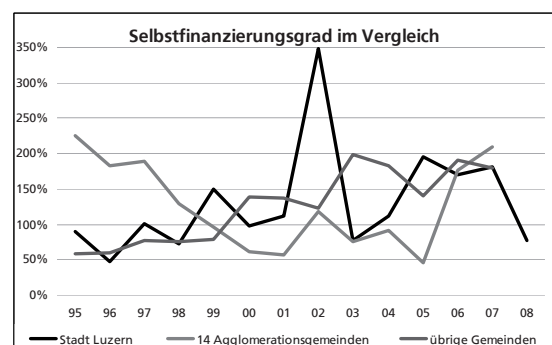
Bis zu Fr. 1'000.– wird von einer kleinen Verschuldung, bis zu Fr. 3'000.– von einer mittleren, bis Fr. 5'000.– von einer grossen und darüber von einer sehr grossen Verschuldung gesprochen.



Selbstfinanzierungsgrad

Entwicklung und Vergleich mit den 14 Agglomerationsgemeinden und den übrigen Gemeinden des Kantons Luzern seit 1995:

Jahr	Stadt Luzern	14 Agglomerationsgemeinden	Übrige Gemeinden
1995	89.2%	225.6%	59.1%
1996	47.6%	183.6%	59.3%
1997	101.4%	189.2%	77.9%
1998	73.2%	128.5%	76.1%
1999	150.1%	96.2%	79.5%
2000	97.5%	61.5%	138.1%
2001	111.7%	56.1%	137.1%
2002	349.2%	118.2%	122.8%
2003	76.6%	75.9%	199.0%
2004	111.8%	91.7%	183.1%
2005	195.4%	46.1%	140.5%
2006	170.8%	176.2%	191.2%
2007	181.8%	210%	179.20%
2008	77.7%		



Definition:

Bruttoüberschuss der Laufenden Rechnung dividiert durch Nettoinvestitionen. Ab 2005 neue Definition gemäss kantonalen Vorgaben.

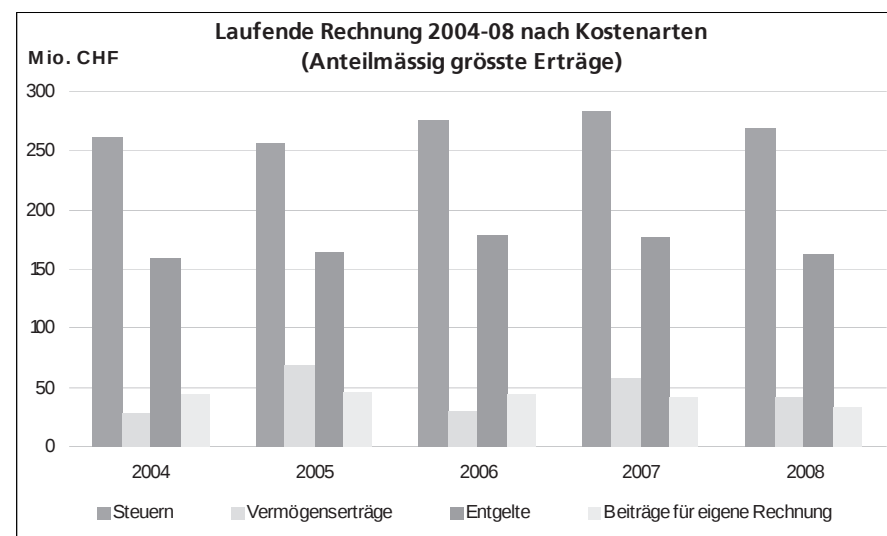
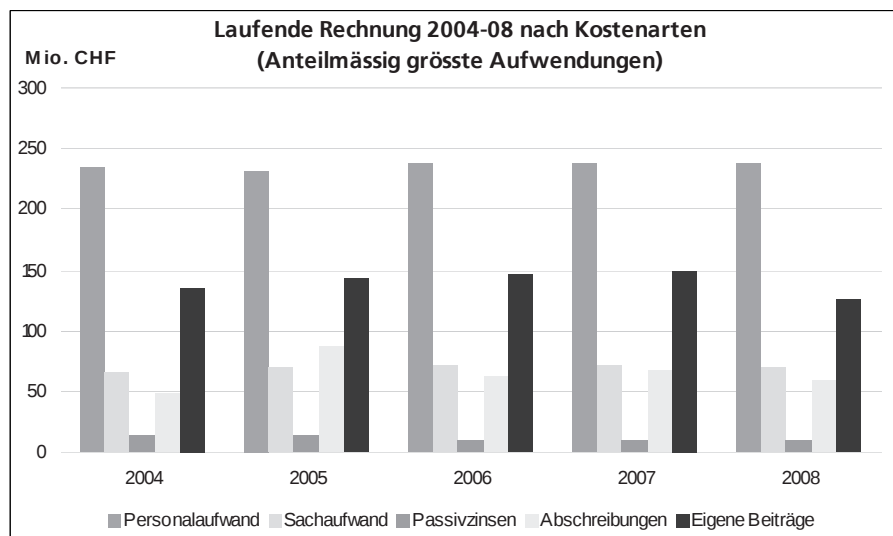
Quelle:

Der Finanzhaushalt der Gemeinden, eine Publikation von Lustat Statistik Luzern.

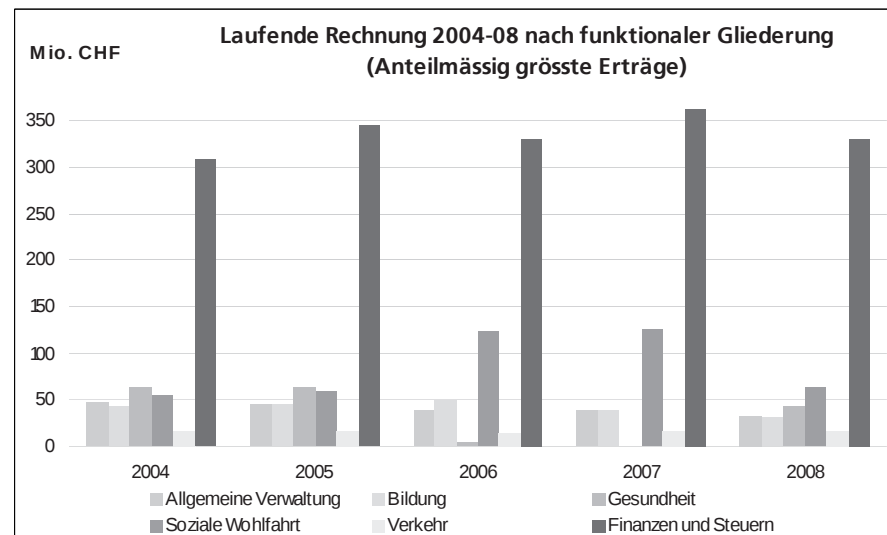
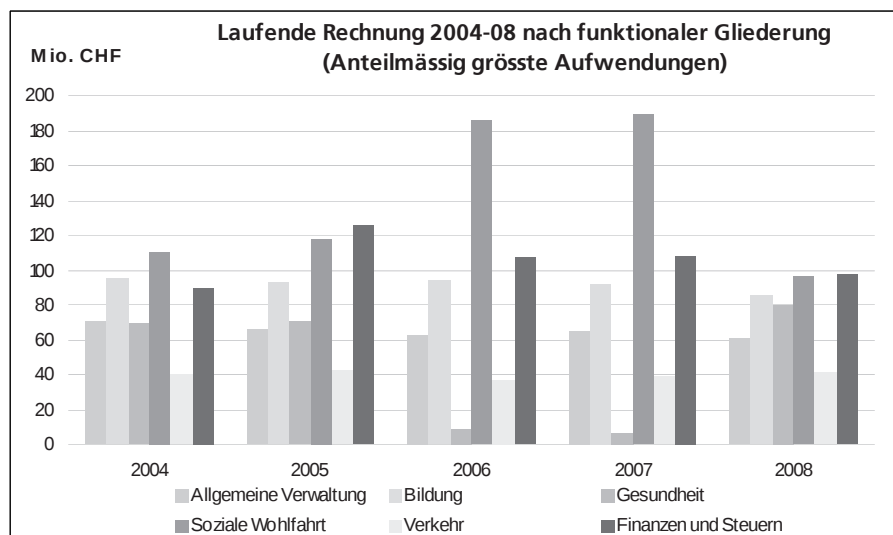
Aussage:

Ein Selbstfinanzierungsgrad (SFG) unter 100 % führt zu einer Neuverschuldung zur Finanzierung der Investitionen. Die Neuverschuldung wird bei einem SFG von unter 70 % als gross und zwischen 70 % und 100 % als volkswirtschaftlich verantwortbar beurteilt. Im Mehrjahresdurchschnitt sollte der SFG für die Stadt Luzern bei 100 % liegen bzw. im Durchschnitt von fünf Jahren mindestens 80 % erreichen, wenn die Nettoschuld pro Einwohner mehr als das kantonale Mittel beträgt (§ 29 Abs. 1 Vo über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 9.11.2004).

Entwicklung der Laufenden Rechnung nach Kostenarten 2004–2008



Entwicklung der Laufenden Rechnung nach funktionaler Gliederung 2004–2008



2006 wurde die Kostenrechnung für die Heime und Alterssiedlungen neu konzipiert. Als Folge des "Mischheim-Systems" (Wohn- und Pflegeheim) ist es nicht mehr möglich, zwischen Pflege- und Wohnheimen zu unterscheiden. Ab 2006 wurde der ganze Bereich Heime und Alterssiedlungen der Sozialen Wohlfahrt zugewiesen.

3. Kennzahlen aus dem Personalbereich

3.1 Entwicklung der Teilzeitstellen

Pensum in %	Männer			Frauen			Total			Total		Gesamttotal Männer/Frauen Köpfe
	1-49	50-99	100	1-49	50-99	100	1-49	50-99	100	Männer	Frauen	
Feb 1998	1 0%	45 4%	1'105 96%	19 7%	114 42%	136 51%	20 2%	159 11%	1'241 87%	1'151 81%	269 19%	1'420
Feb 2001	27 3%	76 9%	728 88%	233 21%	536 49%	330 30%	260 13%	612 32%	1'058 55%	831 43%	1'099 57%	1'930
Feb 2004	28 3%	111 14%	688 83%	274 24%	594 52%	275 24%	302 15%	705 36%	963 49%	827 42%	1'143 58%	1'970
Jan 2007	21 3%	126 15%	698 82%	260 23%	617 55%	250 23%	281 14%	743 38%	948 48%	845 43%	1'127 57%	1'972
Jan 2008	33 4%	135 16%	692 80%	258 23%	611 54%	255 23%	291 14%	746 38%	947 48%	860 43%	1'124 57%	1'984
Feb 2009	15 2%	137 16%	698 82%	217 19%	643 57%	265 24%	232 12%	780 40%	963 48%	850 44%	1'125 56%	1'975

Kommentar:

Die Stadt Luzern hat seit Jahren einen sehr grossen Anteil von Teilzeitstellen. Im Jahr 2008 waren dies 51,2 %, dies sind 0,8 % weniger als 2007. Dieser Rückgang betrifft hauptsächlich die Heime und Alterssiedlungen, da durch die Umbauten der Personalbestand leicht reduziert ist. Bei den Teilzeitstellen arbeiteten 40 % der Mitarbeitenden in Pensen von 50 bis 99 Stellenprozenten und 12 % in solchen unter 50 Stellenprozenten. Die Stadt beschäftigt 56 % Frauen und 44 % Männer, was einer Zunahme von 1 Prozent Männer gegenüber dem Vorjahr entspricht.

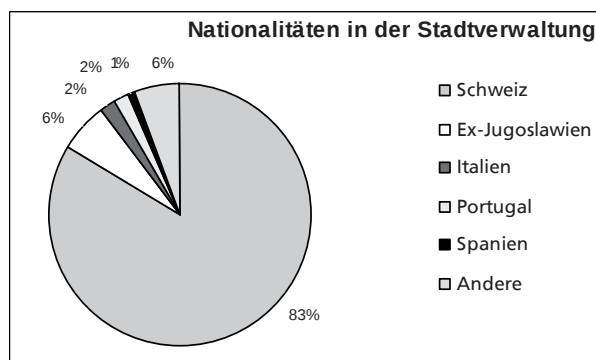
3.2 Personalfluktuations

	2004		2005		2006		2007		2008	
Austritte	136	77.3%	136	75.6%	155	75.6%	154	71.3%	148	68.8%
Pensionierungen	40	22.7%	44	24.4%	50	24.4%	62	28.7%	67	31.2%
Austritte in % des Personalbestandes 31.12. (Fluktuationsziffer)	2'005	6.8%	1'996	6.8%	1'991	7.8%	1'971	7.8%	1'998	7.4%
Kündigung durch Arbeitgeber	20	14.7%	10	7.4%	14	9.0%	13	8.4%	17	11.5%
Kündigung durch Arbeitnehmer/in	116	85.3%	126	92.6%	141	91.0%	141	91.6%	131	88.5%

Kommentar:

Die Fluktuationsrate ist im Vergleich zum Vorjahr um 0,4 % auf 7,8 % gesunken. Dies sind sechs Personen weniger, die von der Stadt weggegangen sind. Im Vergleich zu anderen öffentlichen und privaten Arbeitgebern ist die Fluktuationsrate immer noch relativ tief.

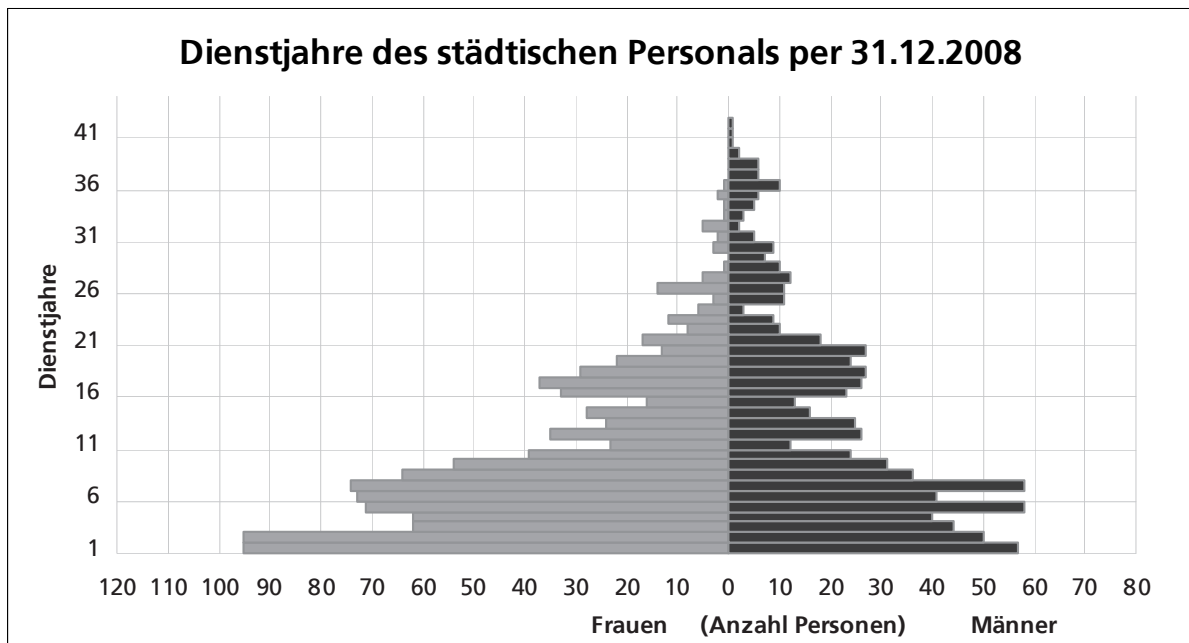
3.3 Nationalitäten



Kommentar:

Die Verteilung der Mitarbeitenden auf die einzelnen Nationalitäten hat sich in den letzten Jahren wenig verändert. Bei der Stadt arbeiten gleich viele ausländische Mitarbeitende wie im Jahr 2007, nämlich 17 %, und somit 83 % mit Schweizer Nationalität. Der Anteil der Mitarbeitenden aus Ex-Jugoslawien hat gegenüber dem Vorjahr um 1 % abgenommen. Dafür ist der Anteil von deutschen Mitarbeitenden nochmals wie im Vorjahr um 1 % angestiegen.

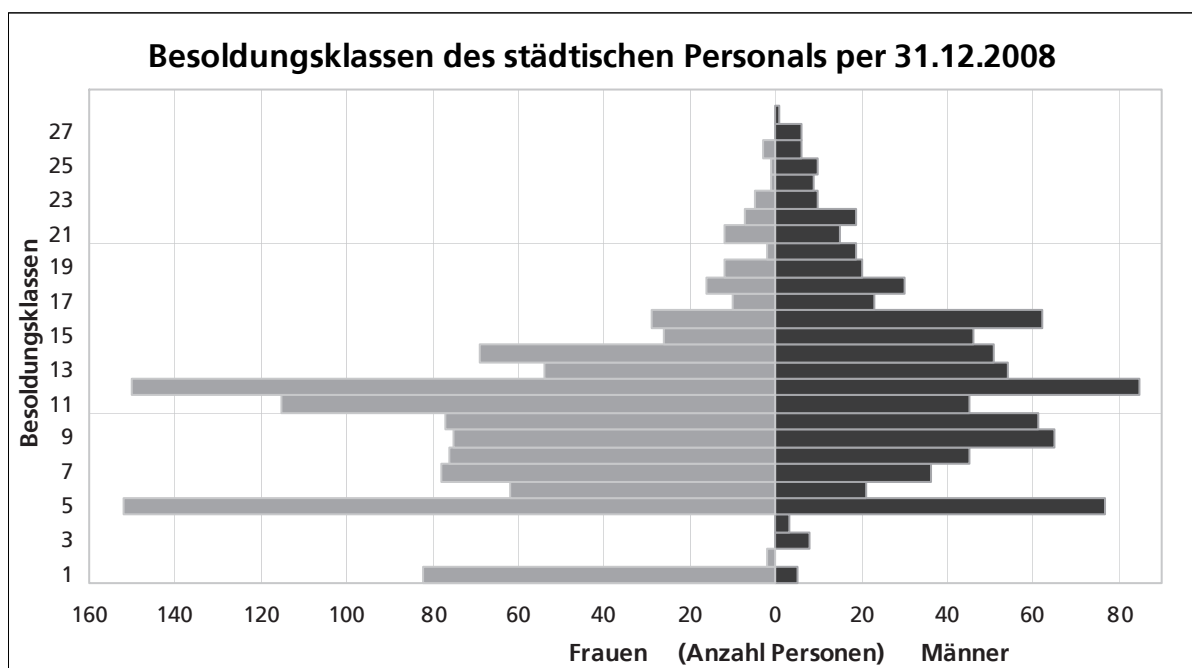
3.4 Pyramide der Dienstjahre



Kommentar:

Wie letztes Jahr haben die Pensionierungen zugenommen, was dazu führt, dass die Anzahl der Mitarbeitenden mit 1 und 2 Dienstjahren zugenommen hat.

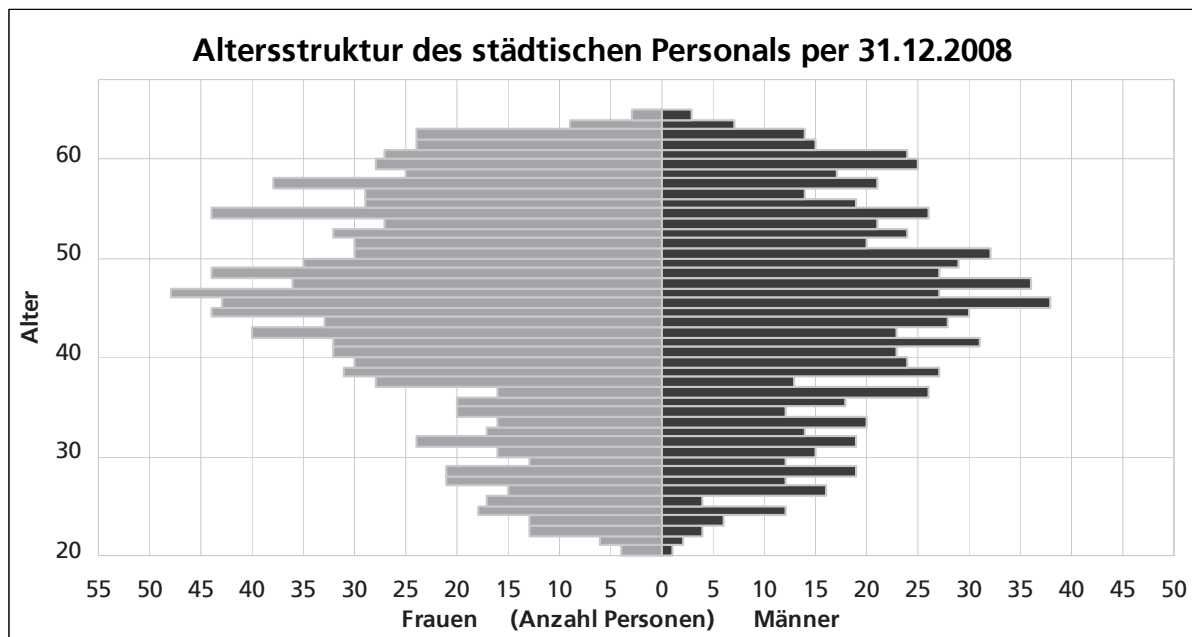
3.5 Besoldungsklassen



Kommentar:

In der Lohnklasse 5 sind mit 225 Personen am zweitmeisten Mitarbeitende eingestuft, z. B. Pflegeassistentinnen und -assistenten der Heime und Alterssiedlungen. Am meisten Mitarbeitende finden sich in Lohnklasse 12, nämlich 235. Viele administrative Tätigkeiten sind in dieser Stufe eingeteilt.

3.6 Altersstruktur



Kommentar:

Der Anteil der Mitarbeitenden zwischen 40 und 50 Jahren ist leicht gewachsen. Der Anteil der über 55-Jährigen nimmt leicht ab, da die Anzahl der Pensionierungen, auch ab 62 Jahren, zugenommen hat. Das Personalamt analysiert die demografischen Entwicklungen und wird allenfalls Massnahmen vorschlagen, v. a. betroffen ist der Pflegebereich der Heime und Alterssiedlungen.

4. Direktionen

4.1 Sozialdirektion

Vorwort von Ruedi Meier, Sozialdirektor

Aus der Sicht der Politik – auch der Sozialpolitik und der Sozialdirektion der Stadt Luzern – ist es schwierig, das Geschäftsjahr 2008 zu beurteilen. Im Vergleich zum Budget schneidet die Sozialdirektion um gut Fr. 2,5 Mio. besser ab. Die sehr gute wirtschaftliche Konjunktur bis Ende Sommer 2008 schlug sich nieder. Die Zahlen der Arbeitslosigkeit und der Sozialhilfe sanken. Gegen Ende Jahr verdüsterten sich allerdings die Aussichten zunehmend: Die Fälle nahmen in beiden Bereichen wieder zu. Die Folgen der Finanzmarktkrise schlagen auf die Realwirtschaft durch und werden das Sozialbudget der Stadt zunehmend und stark belasten.

Bundespolitik

Leider verfolgt die Bundespolitik weiterhin eine Sanierungsstrategie für die Sozialversicherungen, die Auswirkungen auf die Kantone und vor allem auch auf die Städte und Gemeinden hat. Die vorgeschlagene Revision der Arbeitslosenversicherung ALV, als ein Beispiel von mehreren Dossiers, strebt Einsparungen in der Höhe von rund Fr. 500 Mio. an. Ein Teil wird auf untere Staatsebenen durchgeschlagen. Wegen der besonderen Ausgestaltung der Aufgabenteilung im Kanton Luzern werden auch die Gemeinden und die Stadt Luzern davon betroffen sein. Das Engagement für die Stadt auf Bundesebene – nicht nur im sozialpolitischen Bereich – ist darum wichtiger denn je.

Kontakt- und Anlaufstelle K+A – Zweckverband für institutionelle Sozialhilfe und Gesundheitsförderung ZiSG

Im Sommer beschloss die kantonale Drogenkonferenz in Absprache mit der Stadt Luzern die Schliessung des Fixerraums im "Geissmättli" und die Wiedereröffnung als sogenannte Kontakt- und Anlaufstelle K+A in der Gasse-Chuchi. Dieser Versuch verlief derart erfolgreich, dass das Angebot auf Dauer weitergeführt wird. Nicht geklärt ist allerdings die Finanzierung. Der auf den 1. Januar 2008 als Nachfolgeverband des bisherigen BFFS (Beitragsfonds für fördernde Sozialhilfe) ins Leben gerufene Zweckverband für institutionelle Sozialhilfe und Gesundheitsförderung ZiSG beschloss an seiner Delegiertenversammlung lediglich die Hälfte der notwendigen Gelder. Zurzeit laufen intensive politische Bemühungen, die Gemeinden für eine Weiterfinanzierung zu gewinnen. Allerdings richtet sich

dieser Beschluss nicht grundsätzlich gegen die K+A, sondern er ist Ausdruck der Skepsis einiger Gemeinden gegenüber dem ZiSG und dessen neuem Finanzierungsmodell einerseits und der Stadt im Allgemeinen andererseits. Hier sind in den kommenden Monaten und Jahren regelmässige und gezielte Massnahmen zur Verbesserung des Vertrauens zu ergreifen.

Sozialpolitische Einzelprojekte

Im Laufe des Jahres konnten diverse sozialpolitische Einzelprojekte weiter vorangetrieben werden. Bei den Betagtenzentren ist die Wiederinbetriebnahme des komplett renovierten Hauses Rubin (BZ Eichhof) und die Eröffnung einer Abteilung für Übergangspflege (BZ Rosenberg) zu nennen.

In der familienergänzenden Kinderbetreuung wurde im Vorschulbereich ein weiterer grosser Ausbauschritt umgesetzt, und zusätzlich erfolgte der Start für das schweizerische Pilotprojekt "Betreuungsgutscheine", welches in der Stadt Luzern durchgeführt wird. Im schulergänzenden Bereich sind die Würfel zugunsten eines flächendeckenden Angebots nach dem System der additiven Tagesschule gefallen.

Mit der Inbetriebnahme der Notaufnahmestelle für Kinder und Jugendliche NAU in der Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg KJU wurde für den ganzen Kanton Luzern nun eine seit Jahren bestehende Lücke geschlossen. Und in der Arbeitsintegration werden auf Anfang 2009 neu Dauereinsatzplätze für Personen, die nur kleine Chancen für eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt haben, eingeführt.

Fusion Littau-Luzern

Die Gespräche mit den Mitarbeitenden der Gemeinde Littau liefen sehr konstruktiv. Die Probleme hielten und halten sich in einem zu bewältigenden Rahmen. Bereits ist eine stetig wachsende Kultur der Zusammenarbeit festzustellen. Ausdruck davon sind z. B. die enge Zusammenarbeit im Vormundschaftswesen sowie die gemeinsame Entwicklung des Erneuerungsprojekts des Alterszentrums Stafelnhof.

Personelle Veränderungen

Im Führungsbereich sind wichtige Änderungen eingeleitet worden. Nach 28 Jahren im

Dienste der Stadt Luzern – auch als Direktionssekretärin der früheren Vormundschaftsdirektion – tritt Vladimira Predavec als Sekretärin der Vormundschaftsbehörde zurück. Sie hat diese oftmals schwierige Aufgabe mit grossem Engagement und viel menschlichem Gespür wahrgenommen. Ihr gebührt an dieser Stelle ein spezieller Dank. Ihre Funktion übernimmt die bisherige Leiterin der Amtsvormundschaft,

Pia Zeder Thali. Annemarie Scheidegger, langjährige Mandatsträgerin und Teamleiterin der Amtsvormundschaft, übernimmt die Leitung der Amtsvormundschaft. Diesen zwei Führungspersonen wird es obliegen, die durch das neue Vormundschaftsrecht geplante Verselbstständigung der Vormundschaftsbehörde an die Hand zu nehmen.

4.1.1 Meilensteine zu den Fünfjahreszielen und den strategischen Projekten

Familienergänzende Kinderbetreuung, Bau und Betrieb (Projektplan Nr. I21778)	Fünfjahresziel C1.1, C3.1
Familienergänzende Kinderbetreuung Vor- und Schulbereich (Projektplan Nr. L58016)	C1.1
Projekt Schule+Betreuung (Projektplan Nr. L58017)	C1.1

Zweite Ausbautappe familienergänzende Kinderbetreuung ist umgesetzt.

Gemäss den B+A 34/2006 und 1/2008 wurde die familienergänzende Kinderbetreuung in der Stadt Luzern weiter ausgebaut. Bei den Kindertagesstätten wurden 2008 106 zusätzlich subventionierte Betreuungsplätze geschaffen, bei den Tageseltern erfolgte eine Erhöhung um 13'435 Betreuungsstunden. Bei den Spielgruppen wurde eine Bestandesaufnahme gemacht, und Sprachförderungsprojekte wurden unterstützt. Im Bereich der schulergänzenden Kinderbetreuung wurde ein neues Betreuungsangebot im Maihof eröffnet.

Auf das Schuljahr 2009/2010 wird die Volksschule die Verantwortung für die Betreuungsangebote für Kinder im Schulalter übernehmen. Ab diesem Datum soll eine stufenweise Einführung des Modells der "additiven Tagesschule" erfolgen (Ziel: flächendeckendes Angebot in der ganzen Stadt). Die Vorbereitungsarbeiten sind am Laufen.

Neues Finanzierungsmodell für Kinderbetreuung im Vorschulbereich

Ab Frühjahr 2009 wird ein Pilotprojekt (2009 bis 2011) Betreuungsgutscheine für Kinder im Vorschulalter gestartet. Die Erziehungsberechtigten mit Wohnsitz in Luzern (ab 2010 einschliesslich des Stadtteils Littau) sollen Betreuungsgutscheine – abhängig vom steuerbaren Einkommen und vom Erwerbsspendum – für jedes Kind im Alter von vier Monaten bis zum Kindergarten Eintritt erhalten, sofern das Kind über einen Betreuungsplatz in einer anerkannten Kindertagesstätte oder bei anerkannten Tageseltern in der Stadt Luzern bzw. in einer Gemeinde der Agglomeration verfügt.

Projekt Schule+Betreuung

Das Projekt Schule+Betreuung wurde auf Schuljahr 2007/2008 abgeschlossen, und die Angebote wurden in die bestehenden Strukturen übergeführt.

Kinder Jugend Familie: Animation (Projektplan Nr. L58020)	Fünfjahresziel C1.1
---	------------------------

Zusätzlicher Standort ist eingerichtet.

Die quartierbezogene Kinder- und Jugendarbeit ist nun in drei Gebieten tätig: Basel-/Bernstrasse, Hubelmatt/Moosmatt/Säli und Würzenbach/Büttenen/Utenberg. Die Quartierarbeit für Kinder und Jugendliche wurde evaluiert und ein Bericht über das weitere Vorgehen vorbereitet. Die Weiterentwicklung in anderen Quartieren inkl. Littau muss mit der Quartierpolitik der Stadt Luzern koordiniert werden.

Tagesstrukturen und Treffpunkte (Projektplan Nr. L44002)	Fünfjahresziel C1.2
--	------------------------

Die wissenschaftliche Evaluation des Pilotprojekts "Fixerraum" ist abgeschlossen und bietet die Grundlage für den Entscheid über die Überführung in einen Dauerbetrieb.

Mit dem im B 24/2008 "Schliessung Fixerraum; Kontakt- und Anlaufstelle in der GasseChuchi" gutgeheissenen Standortwechsel vom ehemaligen Restaurant Geissmättli in die Räumlichkeiten der GasseChuchi am Geissensteinring 24 konnte die Benutzerfrequenz von etwa 10 auf 100 bis 120 Personen täglich erhöht werden. Um den Erfolg dieser Massnahme – zumindest in der Anfangsphase – auswerten zu können, wurde der Evaluationszeitraum bis Ende Januar 2009 verlängert.

Das Institut für Sucht- und Gesundheitsforschung Zürich (ISGF) empfiehlt in seinem Bericht die Weiterführung des Angebots. Angesichts des erfolgreichen Projektverlaufs empfiehlt die kantonale

Drogenkonferenz auf Behördenebene ebenfalls die Überführung des Pilotprojekts in einen Dauerbetrieb. Die sehr hohen Benutzungsfrequenzen erfordern jedoch zusätzliche betriebliche Ressourcen für das Betreuungs- und Sicherheitspersonal vor Ort sowie einen Ausbau der Räumlichkeiten. Die Entscheidung liegt nun beim Zweckverband für institutionelle Sozialhilfe und Gesundheitsförderung (ZiSG), welcher die erhöhten Betriebskosten bewilligen muss. Für den Ausbau der Räumlichkeiten wird die Sozialdirektion einen Bericht und Antrag ausarbeiten.

BZ Eichhof, Haus Rubin, Sanierung
(Projektplan Nr. I41504)

Fünffjahresziel
C2.2

Das Detailkonzept zu Palliative Care ist erstellt.

Das neue Gesundheitsgesetz des Kantons Luzern von 2006 hat folgenden Grundsatz zu einer umfassenden Palliativmedizin, -pflege und -betreuung neu ins Gesetz aufgenommen: "Unheilbar kranke und sterbende Menschen haben Anspruch auf eine angepasste Betreuung sowie Linderung ihrer Leiden und Schmerzen nach den Grundsätzen der Palliativmedizin und -pflege." Der gleichzeitig gegründete Verein "Palliativ Luzern" hat dazu im Jahr 2008 ein umfangreiches Konzept "Palliative Care im Kanton Luzern" erstellt. Die in der Abteilung Heime und Alterssiedlungen (HAS) parallel dazu erarbeiteten Detailkonzepte für "Integrierte Palliative Care" in den städtischen Betagtenzentren und Pflegewohnungen sowie für eine "Spezialisierte Palliativabteilung" im BZ Eichhof nehmen Bezug auf das kantonale Konzept und sind mit diesem stimmig. Die Umsetzung der "Integrierten Palliative Care" erfolgt nun seit Mitte 2008 im Rahmen betriebspezifischer Standortbestimmungen und der darauf aufbauenden Umsetzung entsprechender Weiterbildungsmodulen von Caritas Schweiz und Curaviva. "Integrierte Palliative Care" ist damit als Schwerpunktthema von HAS für die nächsten drei Jahre gesetzt und wird mittels Jahreszielsetzungen im Rahmen des Abteilungscontrollings laufend überprüft. Die "Spezialisierte Palliativabteilung" im BZ Eichhof soll demgegenüber vor allem auch jüngere Sterbende aufnehmen, die auf anderen Pflegeabteilungen nicht ausreichend betreut werden können. Die Abteilung wird nach erfolgter Sanierung des Hauses Rubin (Pflegeheim des BZ Eichhof) ab Januar 2009 schrittweise aufgebaut und vorerst als Pilotbetrieb mit bis zu sieben Betten geführt. Das Angebot soll nach zwei Jahren evaluiert werden, sodass danach über die Weiterführung und einen allfälligen weiteren Ausbau entschieden werden kann.

Arbeitsintegrationsprogramm
(Projektplan Nr. L58402)

Fünffjahresziel
C1.2

Dauerarbeitsplätze für langzeitarbeitslose Sozialhilfebeziehende sind aufgebaut.

Für das Angebot der Dauereinsatzplätze ist eine Trägerschaft gegründet worden. In dieser Trägerschaft sind der Kanton Luzern, die Stadt Luzern, Agglomerationsgemeinden, Gewerkschaftsbund und der Gewerbeverband Luzern vertreten. Das Konzept für die Angebote ist erstellt, Rahmenvereinbarungen mit den Programmanbietern werden abgeschlossen. Das Konzept wird schrittweise ab 2. Quartal 2009 umgesetzt.

Gesundheitsförderung, Leitsätze
(Projektplan Nr. L49006)

Fünffjahresziel
C1.3

Die Leitsätze, Handlungsfelder und Massnahmen der städtischen Gesundheitspolitik sind erarbeitet und definiert.

Mit der Kenntnisnahme von B 17/2008 "Gesundheitsplanung in der Stadt Luzern. Gesundheitsförderung, Prävention, Bereich Alter" durch den Grossen Stadtrat wurde die Grundlage für die Umsetzung von einzelnen Projekten in den Handlungsfeldern "Gesamtbevölkerung", "Kinder Jugend Familie", "Alter" und "Menschen mit Migrationshintergrund" für die Jahre 2009–2013 geschaffen.

4.1.2 Rechnungsergebnis im Überblick

in Fr. 1'000.–

	Aufwand				Ertrag				Ergebnis		
	R 08	B 08	Abwei-	in %	R 08	B 08	chung	in %	(Aufwand) /	Mehrauf-	Minder-
			chung						Ertrag	wand/Min-	aufwand/
									netto	derertrag	Mehrertrag
K210 Stab Sozialdirektion	1'235	1'212	23	2%	63	4	59	1475%	(1'172)		37
K211 Sekretariat Vormundschaftsbehörde	1'583	1'603	-20	-1%	170	166	4	2%	(1'414)		23
K212 Amtsvormundschaft	3'039	3'109	-70	-2%	324	315	9	3%	(2'715)		79
K213 Sozialversicherungen Arbeitsamt, AHV-Zweigstelle	1'202	1'222	-20	-2%	138	121	17	14%	(1'064)		37
K214 Sozialamt	4'712	4'649	62	1%	128	87	41	47%	(4'584)	22	
K215 Kinder Jugend Familie	6'273	6'127	146	2%	884	1'020	-136	-13%	(5'389)	282	
K230 Heime und Alterssiedlungen <i>Spezialaufgaben</i>	78'506	80'867	-2'361	-3%	79'497	81'713	-2'216	-3%	992		146
K221 Treibhaus, Jugend Freizeit Kultur	1'133	1'108	24	2%	518	603	-85	-14%	(615)	110	
K222 Ferienpass	243	222	22	10%	243	222	22	10%	0		
K223 Kinderkrippe Eichhörli <i>Beitragswesen</i>	414	335	79	24%	346	335	12	4%	(67)	67	
K270 Wirtschaftliche Sozialhilfe	29'838	50'820	20'982	-41%	14'792	33'220	18'428	-55%	(15'045)		2'555
K271 Alimentenbevorschussung / Inkassohilfen <i>Spezialfinanzierungen</i>	2'975	2'900	75	3%	2'137	1'900	237	12%	(838)		162
K290 Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg	7'084	6'210	874	14%	7'084	6'210	874	14%	0		
Total	138'236	160'384	-22'148	-14%	106'324	125'914	-19'590	-16%	(31'912)	481	3'039
Nettoverbesserung										2'557	

Die Rechnung der Sozialdirektion schliesst mit einem Aufwand von Fr. 138,2 Mio. (Vorjahr: Fr. 159,8 Mio.) und einem Ertrag von Fr. 106,3 Mio. (VJ: Fr. 128,1 Mio.) ab. Der Aufwandüberschuss beträgt Fr. 31,9 Mio. (VJ Fr. 31,7 Mio.). Gegenüber dem Voranschlag ergibt sich eine Minderbelastung von Fr. 2,6 Mio. (VJ: Mehrbelastung von Fr. 2,7 Mio.). Die Minderbelastung ist vor allem wie folgt zu begründen:

Bei der Abteilung Kinder Jugend Familie ergaben sich Mehraufwendungen von Fr. 0,1 Mio., vor allem beim Personalaufwand für den Kinder- und Jugendschutz sowie die Horte. Ausserdem wurden Fr. 0,1 Mio. weniger Betreuungsgelder erzielt als budgetiert, weil geplante Ausbauten bei Horten und Mittagstischen teilweise nicht realisiert wurden. Die Anspruchsberechtigung bei der AHIZ wurde erweitert. Dadurch konnten finanzschwache Pensionärinnen und Pensionäre in den Alters-einrichtungen von der Sozialhilfe abgelöst

werden. Die AHIZ-Beiträge für Heimbewohnende betrugen netto Fr. 1,2 Mio. (vgl. Beitragswesen). Dieser Effekt führte vor allem zu einem Minderaufwand bei der Wirtschaftlichen Sozialhilfe von Fr. 21,0 Mio. Im gleichen Zusammenhang gingen die Rückerstattungen um Fr. 18,4 Mio. zurück; der Minderaufwand beträgt netto somit Fr. 2,6 Mio.

Bei der Alimentenbevorschussung/Inkassohilfe überstiegen die Rückerstattungen den Voranschlag um Fr. 0,2 Mio.

Die unter HAS zusammengefassten städtischen Betagtenzentren und Pflegewohnungen weisen gegenüber dem Voranschlag ein um Fr. 0,1 Mio. besseres Ergebnis auf. Dieses wird im Bericht über das Globalbudget näher erläutert. Die Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg wird neu als Spezialfinanzierung geführt. Sie hat einen Überschuss von Fr. 0,3 Mio. erzielt, welcher als Gewinnvortrag passiviert worden ist. Aus diesem Grund wird ein ausgeglichenes Ergebnis ausgewiesen.

4.1.3 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen

Stab Sozialdirektion

Der Stab engagierte sich in verschiedenen direktionsinternen wie auch -übergreifenden Projektgruppen und bot somit seine Dienstleistungen im Rahmen seiner Querschnittsfunktion an.

Die umfassenden Arbeiten im Fusionsprozess mit Littau, im Teilprojekt Soziales (u. a. Vorbereitungsarbeiten in den acht Untergruppen, regelmässiger Austausch mit dem Ressort Soziales von Littau und mit der Projektleitung, Verfassen von Stellungnahmen zu den Teilprojekten Räume, Finanzen, Informatik, Beschaffungswesen, Personal), bildeten den zeitlichen Schwerpunkt der Stabsarbeit. Zusätzlich wurde im Stab das Finanz- und Controllingwesen konzeptionell und personell neu organisiert. Das Pilotprojekt Fixerraum bzw. Kontakt- und Anlaufstelle, die Gesundheitsplanung in der Stadt Luzern mit konkreten Umsetzungsmassnahmen, die Pandemieplanung innerhalb der Stadtverwaltung, das Projekt Interinstitutionelle Zusammenarbeit IIZ (IV, ALV, Sozialhilfe), das Luzerner Forum für Sozialversicherungen und soziale Sicherheit sowie das Projekt kompetenzorientierte Familienarbeit (KOFA) sind u. a. Themenkreise, bei denen sich die Mitarbeitenden des Stabes mit ihrer Fachkompetenz intensiv engagiert haben. Zusätzlich bewältigte der Stab Arbeiten im Zusammenhang mit der Städteinitiative Sozialpolitik, welche Stadtrat Ruedi Meier präsidiert. Diese Organisation kämpft für eine ganzheitliche, vernetzte Sozialpolitik und bildet das soziale Sprachrohr der Städte in "Bundesbern".

Sekretariat Vormundschaftsbehörde

Die seit Jahren stetig steigende Zahl der Anträge an die Vormundschaftsbehörde (397 im Jahre 2000, 774 im Jahre 2008) deutet darauf hin, dass für viele Menschen die Lebensverhältnisse schwieriger geworden sind. Die betagten Einwohnerinnen und Einwohner in der Stadt erfreuen sich eines langen Lebens, verlieren aber oft ihr soziales Netz oder ihre psychischen und körperlichen Kräfte und können nicht mehr für sich selbst sorgen und ihre Belange allein regeln. Psychische Erkrankungen führen bei allen Altersschichten oft dazu, dass Unterstützung und nötigenfalls auch Vertretung durch eine Fachperson notwendig werden. Vermehrt erfolgen Meldungen über Menschen, die isoliert leben und zu verwahrlosen drohen. Vernachlässigung der Kinder, Übergriffe auf deren Integrität und schwierige familiäre Verhältnisse sind auch in Luzern anzutreffen. Erstmals hat die Vormund-

schaftsbehörde 2008 gleich viele Massnahmen im Kinder- wie im Erwachsenenschutz angeordnet. Vor allem sind grössere Kinder und Jugendliche, die in der Schule und im Elternhaus adoleszenzbedingte Probleme schaffen, keine Autorität mehr anerkennen, den Respekt verlieren und in Gesellschaft von Gleichgesinnten Bestätigung finden, davon betroffen.

Amtsvormundschaft

Fallzahlen

Die Fallzahlen des Erwachsenenschutzes stiegen erneut an und erreichten Ende Jahr mit 783 vormundschaftlichen Massnahmen einen neuen Höchststand. Pro 100%-Stelle Mandatsträger/in wurden per Stichtag durchschnittlich 92 und pro 100%-Stelle kaufmännische Fachbearbeitung 113 Personen betreut. Mit dieser Fallbelastung stossen die Mitarbeitenden der Amtsvormundschaft an ihre Leistungsgrenzen. Die weitere Entwicklung muss aufmerksam verfolgt und unter Einbezug der Fallzahlen von Littau auf den Fusionszeitpunkt hin neu beurteilt werden.

Arbeitsorganisation

Mit dem Ziel, Sicherheit und Effizienz zu optimieren, die Dienstleistungsqualität aber möglichst beizubehalten, erarbeitete die Amtsvormundschaft für den Zahlungsverkehr ein neues Konzept. Dieses sieht vor, die Barauszahlungen am Schalter sowohl hinsichtlich Anzahl wie auch Summe massgeblich zu reduzieren und im Gegenzug den elektronischen Zahlungsverkehr auszuweiten.

Inhaltliche Schwerpunkte

Inhaltlich setzte sich die Amtsvormundschaft einen Schwerpunkt in der Zusammenarbeit mit der Psychiatrie und weiteren Fachinstitutionen sowie beim Thema Umgang mit unkooperativen Klientinnen und Klienten.

Sozialversicherungen, Arbeitsamt,

AHV-Zweigstelle

Im Vergleich mit den letzten Jahren haben sich die Arbeitslosenzahlen im Sommer auf einem neuen Tiefststand bewegt. Im Juli hat die Arbeitslosenquote noch 2,3 % betragen. Die Zahlen sind allerdings gegen Ende des Jahres bereits wieder auf 2,8 % gestiegen. Dies entspricht in etwa den Vorjahreswerten.

Bei der Arbeitsbelastung der AHV-Zweigstelle hat sich hauptsächlich der Systemwechsel für Heimbewohnende von der Wirtschaftlichen

Sozialhilfe zu den städtischen Zusatzleistungen AHIZ ausgewirkt. Aufgrund dieser zusätzlichen Belastung ist die Verarbeitung der Prämienverbilligungsgesuche mit einem guten Monat Verspätung abgeschlossen worden. Die Anzahl der Prämienverbilligungsgesuche war ungefähr gleich hoch wie im Vorjahr. Dass das Reglement über die Zusatzleistungen für Familien und Alleinerziehende FAZ im Berichtsjahr nicht mehr in Kraft war, hat sich gegen Jahresende durch die Zunahme von Gesuchen an den Sozialfonds gezeigt.

Sozialamt

Die bis im Herbst positiven wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben dazu beigetragen, dass die Dossierzahlen von in Privathaus halten lebenden Sozialhilfebeziehenden leicht rückläufig sind. Dies, obwohl bedingt durch die veränderten Ausländergesetze das Sozialamt neu zuständig ist für anerkannte Flüchtlinge und vorläufig aufgenommene Ausländer, die länger als zehn Jahre in der Schweiz leben. Das Projekt zur Einführung der Fallsteuerung und das Projekt zur Einrichtung von Dauer-einsatzplätzen stehen vor dem Abschluss. Neu werden von den Sozialarbeitenden wieder Hausbesuche zu vertieften Abklärungen und zur Kontrolle durchgeführt. Dank der Ausweitung der Anspruchsberechtigung bei der AHIZ konnten finanzschwache Pensionärinnen und Pensionäre in den Alters-einrichtungen von der Sozialhilfe abgelöst werden: Hauptsächlich darauf ist der massive Rückgang des Aufwandes bei der Wirtschaftlichen Sozialhilfe zurückzuführen. Gleichzeitig gingen auch die entsprechenden Rückerstattungen massiv zurück (Bruttoausweis).

Kinder Jugend Familie KJF

Ein Schwerpunkt der Arbeit lag im vergangenen Jahr in der Umsetzung der Massnahmen, die mit dem B+A 1/2008 "Familien- und schulergänzende Kinderbetreuung in der Stadt Luzern" beschlossen worden sind. Der Bericht beinhaltet konkrete Ausbaupläne in der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung für die Jahre 2009 bis 2012. Im Vorschulbereich wurde die gesetzliche Grundlage für die Einführung des Pilotprojekts Betreuungsgutscheine geschaffen. Das Projekt wird ab April 2009 gestartet. Im Schulbereich wird das Modell additive Tagesschule ab Schuljahr 2009/2010 stufenweise eingeführt. Dabei wird die Betreuung direkt den Schulleitungen unterstellt.

Animation/Partizipation

Hier wurden die ersten Erfahrungen der Quartierarbeit für Kinder und Jugendliche evaluiert und in einem Bericht zusammengefasst. Die Weiterentwicklung dieser Arbeit muss nun zusammen mit der städtischen Quartierpolitik erfolgen.

Kinderparlament

Im vergangenen Jahr reichte das Kinderparlament das Postulat "Pausenplätze Würzenbach, Büttenen, Schädri" ein. Die städtische Planung der Schulhausplätze ist aus Sicht des Kinderparlaments zu langfristig terminiert. Die "Stadtdetektive" überprüften mit Testkäufen die Einhaltung der Altersschutzbestimmungen bei DVDs und Computergames. Fehlbare Geschäfte wurden aufgefordert, den Schutzbestimmungen mehr Beachtung zu schenken. Die Auszeichnung "Goldener Lollipop" für besonders kinderfreundliches Engagement wurde 2008 der Stiftung "Snow for Free" für die Aktion "Gratisstitage" vergeben.

Jugendparlament

Die Jugendparlamentskommission hat über das gesamte Jahr engagiert und verbindlich gearbeitet. Die Reorganisation im Jahr 2006 hat sich bewährt. Das Jugendparlament konnte sich mit Stellungnahmen zu diversen städtischen Vorlagen einbringen. Die Arbeitsgruppe "Interesse für Politik" konnte einen Unterrichtsmorgen mit mehreren Klassen der Kantonsschule gestalten.

Quartierarbeit für Kinder und Jugendliche

Mit dem Aufbau der Stelle Würzenbach/Büttenen/Utenberg ist die Quartierarbeit für Kinder und Jugendliche nun in drei Stadtgebieten aktiv (neben Basel-/Bernstrasse und Hubelmatt/Moosmatt/Säli). Zur Lancierung der Stelle wurde in Zusammenarbeit mit der offenen Jugendarbeit der kath. Kirche ein Quartierspionageprojekt durchgeführt. Produkt dieses Projekts ist die "Akte Würzenbach" in Buchform. Darin sind Gestaltungs- und Entwicklungswünsche für das Quartier aus Kinder- und Jugendsicht sowie ganz konkrete Projektideen dokumentiert.

Die Quartierarbeit hat auch in gesamtstädtischen Projekten aktiv mitgewirkt. Besonders erwähnenswert ist hier der Aufbau der IG Vögeligärtli. Aus der Nachbarschaft und den umliegenden Geschäften konnten engagierte Personen aktiviert werden, welche eine Göttingfunktion für das Vögeligärtli übernehmen.

Midnight Sports & Music

Nach einem ersten, sehr erfolgreichen Jahr in der Sali-Turnhalle wurde nach den Sommerferien ein zweiter Projektstandort in der Turnhalle Würzenbach eröffnet. Die Midnight-Sport-Projekte werden von einer unabhängigen Projektgruppe getragen. Die Stadt Luzern arbeitet in der Projektgruppe aktiv mit.

Jugendhaus Treibhaus

Mit der Eröffnung des Pavillons der Luzerner Spielleute hat das Treibhaus einen neuen Nachbarn erhalten, wodurch viele gute Zusammenarbeitmöglichkeiten entstanden sind. Beispielsweise fanden die Schultheatertage 2008 in Räumlichkeiten beider Institutionen statt.

Im Sommer konnte mit einer Gruppe Jugendlicher und gemeinsam mit den Spielleuten die Gartengestaltung angegangen werden. Die Gartenbeiz hat dadurch an Attraktivität gewonnen. Mit der RealisierBar wurde ein regelmässiges Angebot geschaffen, wo sich interessierte Jugendliche direkt in die Weiterentwicklung des Treibhauses einbringen können.

Ferienpass und Freizeitangebote

Die Angebote wurden sehr gut besucht. Insbesondere der Ferienpass stiess auf ein enorm grosses Echo: Beim Verkauf der Wochenmarken wurde ein Rekordergebnis erzielt. 64 Firmen und Vereine haben unentgeltliche Besichtigungen angeboten, so viele wie nie zuvor. Nach drei Jahren im Wartegg musste wiederum ein neuer Standort gesucht werden. Auf dem Areal des Maihof-Schulhauses wurde eine gute Lösung gefunden.

Familienergänzende Kinderbetreuung im Schulalter

Der Grosse Stadtrat hat mit der Zustimmung zum B+A 1/2008 über die familien- und schulergänzende Kinderbetreuung festgelegt, dass bedarfsgerecht das Modell der additiven Tagesschule eingeführt werden soll. Die Projektphase begann im Sommer 2008 und dauert bis Sommer 2011. Schule und schulergänzende Betreuung sollen sich zu qualitativ guten additiven Tagesschulen entwickeln. Aufgaben, Kompetenzen und Budgetverantwortung der bereits bestehenden schulergänzenden Betreuungsangebote werden von der Dienstabteilung Kinder Jugend Familie an die Dienstabteilung Volksschule übertragen.

Horte

Für die ganze Stadt standen fürs Schuljahr (SJ) 2008/2009 260 Hortplätze zur Verfügung, die von 292 Kindern genutzt wurden. An der Mai-

hofstrasse 25 konnte im August 2008 der Hort Maihof II mit 20 Plätzen eröffnet werden.

Mittagstisch

Für das SJ 2008/2009 standen 105 Mittagstischplätze, die von 162 Kindern genutzt wurden, zur Verfügung. Der Mittagstisch Maihof wurde im Sommer 2008 in den neuen Hort Maihof II, nahe beim Schulhaus, integriert.

Ferienhorte

Die Anzahl Anmeldungen für den Ferienhort ist auch im Jahr 2008 gestiegen. Die 30 Ferienhortplätze wurden von durchschnittlich 73 Kindern genutzt. Ein Ausbau auf 40 Plätze wurde mit dem B+A 1/2008 auf das Jahr 2009 hin gutgeheissen.

Familienergänzende Kinderbetreuung im Vorschulalter

Zwischen Juni 2007 und August 2008 wurden fünf Kindertagesstätten eröffnet. Insgesamt wurden in den Kitas im August 2008 702 Kinder und bei Tagesfamilien 53 Kinder im Vorschulalter betreut. Es kam zu einer markanten Verschiebung zwischen dem Anteil Stadtluzerner und dem Anteil auswärtiger Kinder: Während 2007 55 % der betreuten Kinder im Vorschulalter aus der Stadt Luzern stammten, waren es 2008 69 %. Am stärksten nachgefragt werden noch immer Betreuungsplätze für Babys.

Kindertagesstätte Eichhörnli

Im Sommer gab es einen grossen Wechsel. Etliche Kinder gingen in den Kindergarten. Bis Ende Dezember fanden viele Eingewöhnungen statt. Nach einem Jahr mit mehreren Personalausfällen erreichte die Kita Ende 2008 eine Konsolidierungsphase. Die Kita-Leitung und das Team erarbeiteten wertvolle pädagogische Grundsätze, die für die Arbeit mit den Kindern wegleitend sind. Die Kita Eichhörnli sucht dringend grössere Räumlichkeiten.

Kinder- und Jugendschutz

Der Kinder- und Jugendschutz führte im Dezember 2008 mit 4,95 Stellen für die Mandatsführung und 2,7 Stellen für die Administration 358 vormundschaftliche Massnahmen, 12 mehr als vor einem Jahr. Damit führte eine Person in der Mandatsführung mit einer 100%-Stelle 77 vormundschaftliche Massnahmen für Kinder und Jugendliche.

Die psychosoziale Beratung des Kinder- und Jugendschutzes führte mit einer 50%-Stelle regelmässig zwischen 25 und 30 Beratungen für Familien in einer akuten Krise durch.

Sie steht weiter laufend für Kurzzeitberatungen sowie für Fachberatung für andere Institutionen zur Verfügung.

KOFA

Die Stadt Luzern hat sich 2007/2008 am Pilotprojekt Kompetenzorientierte Familienarbeit (KOFA) beteiligt. Eine Familienarbeiterin leistet jeweils in einem sechswöchigen intensiven Einsatz Krisen-Intervention bei einer Familie zuhause.

In der Stadt Luzern fanden insgesamt 14 Einsätze bei Familien mit insgesamt 29 Kindern zwischen 0 und 20 Jahren statt.

Neun Kinder waren von einer Fremdplatzierung bedroht; sechs von ihnen leben nach wie vor bei ihrer Familie. Das Angebot wird auch 2009 weitergeführt.

Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg

Notaufnahme Utenberg (NAU)

Nach einer längeren Vorbereitungs- und Bewilligungsphase wurde am 1. Juli 2008 die Notaufnahme Utenberg eröffnet. Die Leitung der NAU übernahm Julia Rossmann.

In der NAU werden Kinder und Jugendliche in einer akuten Gefährdungssituation rund um die Uhr aufgenommen. Die Notaufnahme bietet sieben Kindern und Jugendlichen im Alter von 6 bis 18 Jahren ein zeitlich befristetes und unbürokratisches Wohnangebot. Zusätzlich stehen zwei Notfallbetten zur Verfügung. Die NAU ist ganzjährig während 365 Tagen rund um die Uhr geöffnet.

Von Beginn weg zeigte sich, dass das neue Angebot der KJU einem grossen Bedürfnis entspricht. Die NAU war in den ersten sieben Monaten durchschnittlich zu 87 % ausgelastet. Zwei Drittel der Bewohnenden waren weibliche Jugendliche. Das Durchschnittsalter von 14½ Jahren weist darauf hin, dass öfters Pubertätsprobleme mit schweren Auseinandersetzungen mit den Erziehungsberechtigten zur Platzierung auf der NAU führten. Andere Gründe waren der Ausfall von Erziehungsverantwortlichen durch Krankheit, häusliche Gewalt oder Folgeerscheinungen einer Migrationsproblematik. Die durchschnittliche Aufenthaltszeit der insgesamt 30 platzierten Kinder und Jugendlichen betrug 37 Tage.

Schwieriger zeigte sich die Positionierung und Zuordnung der internen NAU-Schule. Nach langer Unsicherheit über die Zuständigkeit wird die Schule ab Januar 2009 dem Rektorat der Volksschule der Stadt Luzern unterstellt.

Finanzierung

Die Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg schloss für das Jahr 2008 erstmals mit der Dienststelle für Soziales und Gesellschaft des Kantons Luzern (DISG) Leistungsaufträge und Leistungsvereinbarungen ab. Somit wird die KJU im Sinne des Gesetzes über soziale Einrichtungen nicht mehr durch Defizitgarantien finanziert.

Der Leistungsauftrag mit der DISG regelt den Umfang des Angebots für die sechs internen Wohngruppen, die Notaufnahme und die Wohnbegleitung Rank.

Die Höhe der verschiedenen Tagespauschalen wird mit jährlichen Leistungsvereinbarungen ausgehandelt. Sie ergeben sich aus dem Budget der KJU mit der Stadt Luzern und den durchschnittlichen Belegungszahlen der letzten drei Jahre.

Infolge einer überdurchschnittlichen Belegung im Berichtsjahr resultierte ein Gewinn, und die KJU kann das neue Rücklagekonto mit einer guten Reserve aufräumen.

Personelles

Die KJU wird durch das Bundesamt für Justiz mit jährlichen Pauschalen mitfinanziert. Dieses hat für die Anerkennungsvoraussetzungen verschiedene neue Auflagen erlassen. Unter anderem dürfen die Kinder und Jugendlichen an Wochenenden und in Ferienzeiten nur auf anderen Wohngruppen betreut werden, wenn dadurch kein Zimmerwechsel notwendig wird. Die KJU musste infolge dieser Auflage den Personaletat mit sogenannten "Nachtfaltern" erweitern. Die Kinder der geschlossenen Wohngruppen verbringen die Wochenenden und Ferientage wie bisher auf der jeweiligen Gastgruppe, werden aber nachts von den Nachtfaltern auf ihrer eigenen Wohngruppe betreut.

DVD über die KJU

Die KJU hat in Zusammenarbeit mit der Höheren Fachschule für Sozialpädagogik Luzern im Laufe des Jahres eine DVD zur KJU erstellt. Diese stellt die verschiedenen Angebote der Siedlung vor und gibt einen lebendigen Einblick in den Alltag im Utenberg.

Hallenbad Utenberg

Das Hallenbad ist der einzige Gebäudeteil, welcher bei den umfassenden Sanierungsarbeiten der letzten Jahre nicht berücksichtigt wurde.

Die Einrichtungen und die Technik des Hallenbades sind bereits 38 Jahre alt. Falls das Hallenbad künftig in Betrieb bleiben soll, ist eine Sanierung notwendig.

Wie weit dieser grosse Sanierungsbedarf auch finanziert werden kann, ist zurzeit noch unklar. Das Hallenbad Utenberg ist heute ein wichtiges konzeptuelles, sozialpädagogisches Grundangebot der Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg. Es fördert die psychische und physische Gesundheit der Kinder und Jugendlichen. Neben der internen Nutzung wird das Hallenbad auch an Schulen, Vereine, Schwimmschulen und private Nutzer vermietet. Die Nachfrage ist sehr gross. Das Bad wird wöchentlich von rund 370 externen Besucherinnen und Besuchern benützt.

Heime und Alterssiedlungen

Auf strategischer Ebene lagen die Schwerpunkte im Jahr 2008 einerseits auf der Weiterentwicklung von Dienstleistungen, andererseits auf der Sicherstellung des notwendigen Fachpersonals.

Das im ersten Halbjahr erarbeitete Konzept für "Integrierte Palliative Care" bildete die Voraussetzung für die geplanten Standortbestimmungen und für die nachfolgende Umsetzung in den einzelnen Betagtenzentren und Pflegewohnungen. Das in Zusammenarbeit mit dem Kanton Luzern und der Krankenversicherung CSS ausgearbeitete Konzept für Übergangspflege konnte im Sommer im Betagtenzentrum Rosenberg in einen zweijährigen Pilotbetrieb übergeführt werden. Schliesslich gelang es auch, das dritte Projekt einer spezialisierten Palliativabteilung im BZ Eichhof so weit zu konkretisieren, dass dem Start des Pilotbetriebs Mitte Januar 2009 nichts mehr im Wege stand. Dass alle drei Projekte gut angelaufen sind, ist das Verdienst aller in den einzelnen Betrieben Involvierten und ist vor allem auch dem umsichtigen Vorgehen der Projektleitung zu verdanken.

Personalseitig war die Überprüfung des vor zehn Jahren für die Betagtenzentren und Pflegewohnungen eingeführten Sollstellenplans dringend notwendig, da sich die Dienstleistungen schweizweit verändert haben. Einen wesentlich höheren Stellenwert haben heute vor allem der Bereich "Service und Esskultur" sowie die Personalaus- und Fortbildung. Auf den Vorarbeiten der vergangenen Jahre war gleichzeitig der Sollstellenschlüssel in Pflege und Betreuung an die neue Bildungssystematik anzupassen. Der neue Stellenschlüssel berücksichtigt nun sowohl die neuen Fachausbildungen auf Sekundarstufe II wie auch die damit notwendig werdende neue Aufgabenteilung zwischen den einzelnen Ausbildungs- und Kompetenzstufen im Heim. Deren prakti-

sche Umsetzung wird die Betagtenzentren und Pflegewohnungen in den nächsten Jahren noch stark fordern.

Die Anfang Februar wirksam gewordene Reform der Heimtaxen im Anschluss an die kantonale Finanzreform 08, mit markanten Taxerhöhungen, aber auch mit höheren Ergänzungseinkünften und der Ablösung der Wirtschaftlichen Sozialhilfe durch eine städtische Zusatzleistung (AHIZ), erfolgte dank intensiver Informationsarbeit und Unterstützung durch die Sozialdirektion ohne nennenswerte Probleme.

Die Planung und Koordination der grossen baulichen Sanierungsvorhaben, neu unter Einbezug des Alterszentrums Staffelnhof in Littau, schritt auch im 2008 dank guter Zusammenarbeit mit der Dienstabteilung Immobilien gut voran. Termin- und Kostenvorgaben wurden eingehalten.

Zur Vorbereitung der Integration des Alterszentrums Staffelnhof in die Dienstabteilung Heime und Alterssiedlungen (HAS) im Rahmen der Fusion Littau-Luzern nahm der Zentrumsleiter des Staffelnhofs bereits ab August 2008 Einsitz in die Geschäftsleitung HAS.

Zudem wurde die Finanzverwaltung einzelner Heimbewohnender des Alterszentrums Staffelnhof im Herbst 2008 vorzeitig der Fachstelle Sozialberatung HAS übertragen. Damit wuchs der ohnehin steigende Arbeitsaufwand der Fachstelle für die Einkommens- und Vermögensverwaltung von Heimbewohnenden von 75 Dossiers (Ende 2007) auf 97 Dossiers (Ende 2008), davon 7 von Bewohnenden des Alterszentrums Staffelnhof.

Im Rahmen der fachlichen Weiterbildung der Fachstelle Pflege HAS haben 15 Personen die Schule für Pflegemitarbeit mit einem Zertifikat abgeschlossen. 224 Mitarbeitende besuchten erfolgreich eines von 24 Weiterbildungsmodulen, die einen halben bis zu zweieinhalb Tage dauern.

Der Arztendienst HAS schliesslich hat im vergangenen Jahr, in Zusammenarbeit mit der Personaladministration der Betagtenzentren und Pflegewohnungen, die im Rahmen der Arbeitssicherheit gesetzlich geforderte Hepatitis-B-Impfung flächendeckend bei allen potenziell gefährdeten Mitarbeitenden durchgeführt.

Betagtenzentrum Eichhof

Im Berichtsjahr haben zwei anspruchsvolle Bauprojekte, nämlich die Sanierungen des Hauses Rubin und der Küche Eichhof, ihren Abschluss gefunden.

Das sanierte Pflegeheim Haus Rubin konnte Mitte November den Betrieb wieder aufnehmen und präsentiert sich jetzt als schöner und grosszügiger Neubau mit 144 Plätzen. In einer grossen Umzugsaktion Ende November sind alle Bewohnenden von den Provisorien in ihr neues Daheim eingezogen.

Auch die Küche Eichhof ist einer umfassenden Sanierung und Modernisierung unterzogen worden. Während vier Monaten sind Baustelle und Produktion parallel gelaufen, eine Herausforderung der besonderen Art für alle Beteiligten. Die betrieblichen Voraussetzungen für eine qualitative Weiterentwicklung der Gastronomie sind nun optimal.

Das BZ Eichhof verfügt jetzt insgesamt über eine zeitgemässe Infrastruktur, wo sich Bewohnerinnen und Bewohner wohlfühlen können und professionelle Dienstleistungen erbracht werden.

Die neue Organisationsform im BZ Eichhof hat sich bewährt. Die Kader wurden in diversen Veranstaltungen für ihre Aufgaben geschult, und die Wertediskussion wurde mit den Mitarbeitenden nachhaltig geführt. Aufgrund der neuen Abteilungsstrukturen mussten verschiedene Teams neu zusammengestellt werden. Dieser Prozess ist noch nicht vollständig abgeschlossen, verläuft aber dank gutem Willen aller Beteiligten positiv.

Im neuen Jahr wird es darum gehen, den Betrieb weiter zu konsolidieren und in kleinen, aber permanenten Schritten sowohl Bewohnerinnen und Bewohner wie auch die Mitarbeitenden an das neue Umfeld zu gewöhnen.

Betagtenzentrum Dreilinden

Die betriebliche Ausrichtung orientierte sich an den Leitbildern HAS und am Leistungsauftrag. Die gesteckten Ziele waren hoch und forderten das BZ Dreilinden heraus, dienstleistungsorientiert, innovativ und wirtschaftlich zu arbeiten. Spannende und kontroverse Diskussionen über Wünsch- und Machbares waren die Folge.

Das Berichtsjahr stand im Zeichen der strukturellen Reorganisation der Hotellerie. Der Handlungsbedarf zeichnete sich sowohl im

personellen als auch im strukturellen Bereich ab. Dieser Veränderungsprozess wurde systematisch geplant und zusammen mit den Involvierten gemeinsam gestaltet. Die Leitungsstellen konnten alle adäquat besetzt werden und bilden eine solide Basis für die Weiterentwicklung des Betagtenzentrums.

Im Bereich Pflege standen das neue Pflegeleitbild, die Weiterentwicklung und Vertiefung des Pflegeprozesses sowie der Qualitätsstandards im Vordergrund. Der Erfolg dieser Bemühungen zeigt sich im positiven Abschneiden beim Benchmark HAS. Anspruchsvoll bleibt die Tatsache, dass der Personalmarkt im Bereich Pflege ausgetrocknet ist und zeitgleich der Stellenbedarf aufgrund der weiterhin zunehmenden Pflegeabhängigkeit der Heimbewohnenden steigt.

Aufbauend auf den Führungsgrundsätzen der Stadt Luzern wurde gezielt in die Mitarbeiterentwicklung investiert. Mehrere erfolgreich abgeschlossene Weiterbildungen haben zu Kompetenz- und Funktionserweiterungen geführt.

Einmal mehr weist das BZ Dreilinden eine erfreulich positive Jahresrechnung aus. Das gute Ergebnis konnte durch vermehrte Erträge bei den Taxen und Nebenbetrieben sowie durch ein konsequentes Controlling erzielt werden. Den Mitarbeitenden aller Bereiche gilt ein grosses Lob für ihren grossartigen Arbeitseinsatz.

Betagtenzentrum Rosenberg

Im Mai wurde die letzte Umbauetappe erfolgreich abgeschlossen. Die renovierte Cafeteria, der Saal mit dem neuen Fenster und die neu gestaltete Abteilung im Erdgeschoss mit elf Einzelzimmern überzeugen durch eine hohe architektonische Qualität und durch einen sensiblen Umgang mit dem zwanzigjährigen Gebäude.

Nach einer sorgfältigen und intensiven Vorarbeit wurden im Juni die gastronomischen Qualitätsstandards "Individueller Service", "Angepasste Essenszeiten" und "Erweitertes kulinarisches Angebot" mit grossem Erfolg umgesetzt.

Die erste Spezialabteilung für Übergangspflege konnte Anfang Juli eröffnet werden. Bis Ende Dezember wurden in dieser für die Zentralschweiz neuartigen Abteilung 40 Pflegegäste gepflegt und betreut. Die meisten Pflegegäste konnten nach ihrem Aufenthalt in

der Übergangspflege wieder in ihr angestammtes Umfeld zurückkehren. Dies zeigt, dass das neue Angebot sein Hauptziel erreicht. Wichtige Faktoren hierfür sind die ausgezeichnete Zusammenarbeit mit dem Luzerner Kantonsspital und den Krankenversicherungen sowie die professionelle und engagierte Aufbauarbeit der Teams der Übergangspflege und der Physiotherapie. Eine erste detaillierte Evaluation der Wirkungen der Übergangspflege erfolgte 2009.

Mit ihrem Entscheid, die Umgestaltung des Innenhofes in einen Wandel- und Aktivitätsgarten vollumfänglich zu finanzieren, ermöglicht die G. und L. Powalla Bunny's Stiftung Luzern den Menschen im Rosenberg einen neuen Begegnungs- und Beziehungsraum. Im September konnte die Eröffnung des umgestalteten Innenhofes gefeiert werden.

2008 war ein arbeitsintensives Jahr, das gekennzeichnet war durch eine starke Zunahme der Bewohnerein- und -austritte sowie durch eine Verkürzung der Aufenthaltsdauer im Langzeitprozess Pflege und Betreuung. Die 140 Personen, die im Rosenberg tätig waren, arbeiteten täglich engagiert und professionell. Ihnen gebührt dafür Respekt und Dank.

Betagtenzentrum Wesemlin

Ein äusserst intensives Geschäftsjahr liegt hinter dem BZ Wesemlin. Die laufende Detailprojektierung zum bevorstehenden Umbau und die Vorbereitungen zum Umzug, welcher in der zweiten Januarhälfte 2009 stattfand, seien nur am Rande erwähnt.

Ein wichtiger Schwerpunkt war die Umsetzung des Gastroservices auf den beiden Abteilungen des Hauses Abendstern (Pflegeheim). Neben den infrastrukturellen Anpassungen unter der Regie der Dienstabteilung Immobilien mussten in den Teams sowohl der Pflege als auch der Hotellerie (einschliesslich der Küche) einschneidende Anpassungen vorgenommen werden. Komplexe Abläufe waren neu zu definieren, veränderte Aufgaben und Zuständigkeiten erforderten Anpassungen der Dienstpläne, und erweiterte Fähigkeiten und Kompetenzen mussten aufgebaut werden. Die seither gemachten Erfahrungen sind durchwegs positiv. Für die Bewohnerinnen und Bewohner ist der Gewinn an Lebensqualität spür- und erlebbar: Individueller Service, differenzierteres Eingehen auf Einzelbedürfnisse und eine markant verbesserte Essatmosphäre werden von allen Beteiligten sehr geschätzt. Auch die Angehörigen und Besucher würdigen die spürbaren

Verbesserungen. Die Qualitätsstrategie von HAS erweist sich richtig. Wertvolle Erkenntnisse der "Pilotphase" können nun ins Detailprojekt "Umbau Morgenstern" einfließen.

Daneben vollzog das BZ Wesemlin die ersten Schritte in der Umsetzung einer "Integrierten Palliative Care". Die Standortbestimmung wurde vorgenommen und ausgewertet, die Themenschwerpunkte sind definiert, und die ersten Weiterbildungsveranstaltungen für das Jahr 2009 konnten bereits terminiert werden. Der geplante Veranstaltungszyklus wird dem BZ Wesemlin – neben der inhaltlichen Weiterentwicklung der Betreuungsstandards – eine gute Plattform für den Zusammenhalt der Teams an den verschiedenen Standorten bieten.

Dass das Finanzergebnis leicht besser als budgetiert ausfällt, ist namentlich auf den Umstand zurückzuführen, dass trotz notwendigem Bettenabbau im Hinblick auf die Provisorien sehr lange eine hohe Auslastung beibehalten werden konnte.

Pflegewohnungen

Das Jahr 2008 war aufgrund überdurchschnittlich vieler Bewohnerwechsel und Personalausfälle sehr bewegt und herausfordernd. Die Bewohnerfluktuation lag insgesamt bei 54 %, in zwei Wohnungen gar bei 70 %. Der zunehmend geschwächte Gesundheitszustand neu eintretender Bewohnender führte teilweise zu äusserst kurzen Aufenthalten. Rund ein Viertel der Austritte erfolgte im ersten Aufenthaltsmonat. Einer emotional hohen Belastung für Mitbewohnende und Mitarbeitende und einem hohen Arbeitsaufwand standen eine relativ tiefe Bettenbelegung und daraus resultierend tiefere Taxerträge gegenüber.

Eine Auswertung des "Konzepts Pflegewohnungen" durch die Geschäftsleitung zeigte erfreulicherweise eine hohe Übereinstimmung zwischen Konzept und aktueller Umsetzung. Mitarbeitendenstrukturen und Raumvorgaben haben sich bewährt. Die Normalität von Wohnen und Lebensgestaltung kann relativ gut weitergeführt werden. Die Kleingruppenatmosphäre ermöglicht Individualität und Selbstbestimmung in hohem Masse. Am schwierigsten sind Aussagen zur Bewohnendenstruktur. Bei sehr häufigen Bewohnerwechseln wie im Berichtsjahr müssen Wirtschaftlichkeitsüberlegungen vor das erwünschte Bewohnerprofil gestellt werden, und die Konzeptumsetzung ist durch instabile Gruppensituationen nur eingeschränkt möglich.

Nach der Verabschiedung des Konzepts "Integrierte Palliative Care" haben die Pflegewohnungen als erste städtische Institution die Standortbestimmung vorgenommen. Die Auswertung durch Caritas Schweiz zeigte einen primären Schulungsbedarf im Thema "Menschen im Sterben begleiten". Die entsprechenden Weiterbildungen sind für 2009 geplant.

Spitex

Die Zusammenarbeit mit der Spitex stand ganz im Zeichen der Fusion Littau-Luzern. Eine gemischte Arbeitsgruppe, bestehend aus den Präsidenten und aus Vorstandsmitgliedern der Spitex Stadt Luzern und Spitex Littau-Reussbühl sowie Vertretern der Gemeinde Littau und der Stadt Luzern haben gemeinsam die Fusion der beiden Spitex-Vereine per 1. Januar 2010 vorbereitet. Es war sehr anspruchsvoll, diesen Prozess transparent und unter gleichberechtigtem Einbezug aller Beteiligten durchzuführen. Die jeweiligen Generalversammlungen werden im Frühling/Sommer 2009 endgültig über eine Kombinationsfusion der

beiden Spitex-Vereine zu entscheiden haben. Dadurch entstünde mit rund 3'200 Mitgliedern einer der grössten Vereine der Stadt Luzern. Mit der Kinderspitex Zentralschweiz wurde erstmals eine Leistungsvereinbarung für die Periode 2008–2009 abgeschlossen.

Seniorenrat

Der Seniorenrat hat sich im Berichtsjahr zu acht Sitzungen getroffen. Im Hinblick auf die Fusion Littau-Luzern waren Tätigkeit und Traktanden stark geprägt von Diskussionen über die künftige Funktion eines vom Stadtrat eingesetzten Gremiums als Vertretung der Generation 60+. Es wurden zuhanden des Stadtrates wieder einige Stellungnahmen abgegeben, aber auch die jährliche Feier "Willkommen im AHV-Alter" organisiert und durchgeführt. Auf Ende Jahr hat der Präsident, Othmar Aregger, seinen Rücktritt bekannt gegeben. Das Präsidium wird bis zum Ende der Legislaturperiode ad interim durch Rosmarie Knüsli übernommen.

4.1.4 Kennzahlen

Im Sinne der ergebnisorientierten Verwaltung werden die Kennzahlen einzelner Dienstabteilungen und Bereiche dargestellt.

Das Leistungsblatt Heime und Alterssiedlungen / Betagtenzentren ist in den Bericht der Heime und Alterssiedlungen zum Leistungsauftrag mit Globalbudget in Kapitel 5.1 integriert und wird nicht mehr separat aufgeführt.

4.1.4.1 Sekretariat Vormundschaftsbehörde

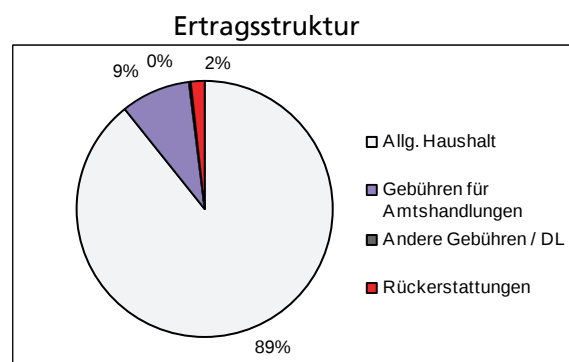
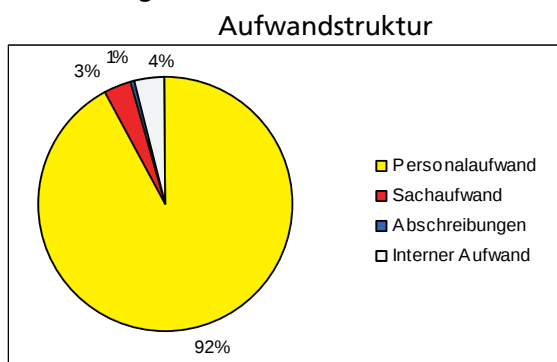
a) Aufgaben / Dienstleistungen

Vormundschaftsbehörde ist im Kanton Luzern der Gemeinderat. In der Stadt ist der Stadtrat für die Anordnung und Aufhebung vormundschaftlicher Massnahmen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene zuständig; er ernennt die beruflichen und privaten Betreuungspersonen und nimmt alle zwei Jahre deren Berichte und Rechnungen ab. Er stimmt nach Art. 421 ZGB allen wichtigen Geschäften zu, die über die ordentliche Verwaltung des Vermögens hinausgehen, und stellt Anträge an den Regierungsrat im Rahmen des Adoptionsrechts und der Artikel 404 und 422 ZGB. Überdies ist er für die Regelung des Kindesverhältnisses zum Vater und des Unterhalts für ausserhalb der Ehe geborene Kinder sowie für Besuchsrechtsregelungen und Einräumung der gemeinsamen elterlichen Sorge zuständig. Das Sekretariat der Vormundschaftsbehörde bereitet alle Geschäfte der Vormundschaftsbehörde vor und führt die Verfahren durch. Es beschäftigt 13 Personen (1'000 Stellenprozente).

b) Ergebnis

	R 2007	R 2008	B 2008	Abw. zu B 08 in Fr.	Abw. zu B 08 in %	Abw. zu R 07 in Fr.	Abw. zu R 07 in %
Aufwand	1'522'843	1'583'382	1'603'400	-20'018	-1%	60'540	4%
Ertrag	169'350	169'780	166'000	3'780	2%	430	0%
Ergebnis	-1'353'492	-1'413'602	-1'437'400	23'798	2%	-60'110	-4%

c) Allgemeine Kennzahlen



d) Spezifische Kennzahlen

	2004	2005	2006	2007	2008	Veränd.
Anträge an Vormundschaftsbehörde	537	588	740	715	774	+8%
Sozialabklärungen	381	398	467	464	470	+1%
Neuanordnungen Massnahmen	168	196	238	220	241	+10%
Aufhebung/Übertragung von Massnahmen	147	182	177	175	201	+15%
Berichtsabnahmen	484	494	524	573	596	+4%
Vaterschafts-/Unterhaltsregelungen ohne Massnahmen	89	83	140	89	88	-1%
Zustimmungsgeschäfte	63	66	68	63	54	-14%
Diverse Geschäfte	153	224	223	215	117	-46%
Inventare	78	64	102	84	93	+11%

e) Kommentar

In den letzten fünf Jahren haben die Anträge an die Vormundschaftsbehörde um rund 45 % zugenommen. Im Textteil werden die hauptsächlichen Gründe für diesen Zuwachs angeführt. Etwa im gleichen Rahmen wächst auch die Anzahl der angeordneten Massnahmen. Dies führt ebenso zu einer stetigen Zunahme der jährlich abgenommenen Berichte und Abrechnungen der privaten und beruflichen Betreuungspersonen sowie der vom Sekretariat der Vormundschaftsbehörde getroffenen Abklärungen. Unter diverse Geschäfte fallen u. a. auch die durch Pensionierungen oder Stellenwechsel bedingten Beistands-, Beirats- und Vormundswechsel. Weil in der Amtsvormundschaft keine Neueinstellungen erforderlich waren, ist die Zahl der diversen Geschäfte relativ gering.

4.1.4.2 Amtsvormundschaft

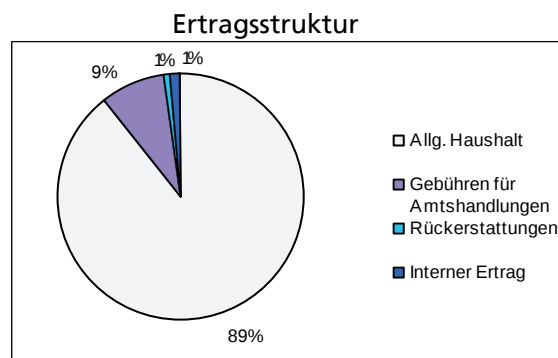
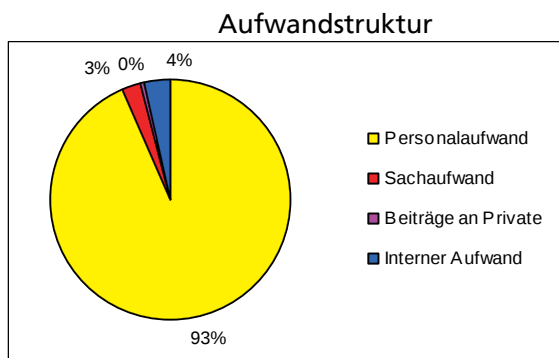
a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der Amtsvormundschaft betreuen und vertreten Erwachsene, für die eine Vormundschaft, Beiratschaft oder Beistandschaft besteht. Der Aufgabenbereich der Mandatsführung umfasst je nach Massnahme die persönliche Betreuung, die Regelung der finanziellen Angelegenheiten, die Einkommens- und Vermögensverwaltung, die Wahrnehmung von Rechtsinteressen und die Vertretung vor Gericht und Amtsstellen. Die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger erstellen über die Massnahmeführung alle zwei Jahre Bericht und Rechnung. Sie werden in ihrer Tätigkeit durch die kaufmännische Sachbearbeitung unterstützt. Die Amtsvormundschaft beschäftigt 29 Personen (2'150 Stellenprozente).

b) Ergebnis

	R 2007	R 2008	B 2008	Abw. zu B 08 in Fr.	Abw. zu B 08 in %	Abw. zu R 07 in Fr.	Abw. zu R 07 in %
Aufwand	2'887'901	3'039'037	3'109'200	-70'163	-2%	151'137	5%
Ertrag	324'072	324'221	315'200	9'021	3%	150	0%
Ergebnis	-2'563'829	-2'714'816	-2'794'000	79'184	3%	-150'987	-6%

c) Allgemeine Kennzahlen



d) Spezifische Kennzahlen

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	Veränd.
Klientinnen und Klienten	968	713	706	752	767	783	+2%
Vormundschaften		203	197	189	180	176	
Beiratschaften		38	32	37	33	34	
Beistandschaften		451	456	505	532	557	
Andere Massnahmen		21	21	21	22	16	
Anzahl Neueingänge		91	92	129	117	113	-3%
Anzahl Abgänge		97	109	88	99	91	-8%
Tod		45	63	47	47	51	
Übertragung		16	14	12	14	8	
Aufhebung		36	32	29	38	32	

e) Kommentar

Die Fallzahlen sind im Jahr 2008 wiederum leicht gestiegen. Das Wachstum hat sich über das ganze Jahr gleichmässig verteilt. Wie im Vorjahr ist eine Verlagerung von den Vormundschaften zu den Beistandschaften zu beobachten. Dies entspricht der gesamtschweizerischen Entwicklung und trägt dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit Rechnung, der in der Vormundschaftspflege von grosser Bedeutung ist.

4.1.4.3 Sozialversicherungen, Arbeitsamt, AHV-Zweigstelle

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die Abteilung SVS umfasst die Bereiche Arbeitsamt und AHV-Zweigstelle. Das Arbeitsamt ist zuständig für die Anmeldung von Arbeitslosen und von Personen, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind, zur Stellenvermittlung und zum Bezug von Versicherungsleistungen. Die Kontrollformulare "Angaben der versicherten Person" werden jeden Monat von den versicherten Personen im Arbeitsamt abgegeben. Fachlich ist das Arbeitsamt der kantonalen Dienststelle Wirtschaft und Arbeit (wira) unterstellt. Eine Zusammenarbeit erfolgt hauptsächlich mit den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) und mit den Arbeitslosenkassen.

Die AHV-Zweigstelle ist im Beitragsbereich der AHV zuständig für Abklärungen und Erfassungen von Selbstständigerwerbenden und Nichterwerbstätigen. In den Bereichen Renten und Ergänzungsleistungen ist die AHV-Zweigstelle verantwortlich für die Beratung sowie die Mithilfe bei Anmeldungen und Mutationen. Dasselbe gilt auch im Bereich KVG-Prämienverbilligungen. Fachlich ist die AHV-Zweigstelle für diese Aufgaben der Ausgleichskasse Luzern unterstellt. Die weitere Zusammenarbeit erfolgt hauptsächlich mit den städtischen Dienstabteilungen Einwohnerdienste und Steueramt.

Ebenfalls von der AHV-Zweigstelle werden Anmeldungen, Berechnungen, Entscheide und die Auszahlung der städtischen Zusatzleistungen zu den Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenrenten (AHIZ) sowie der Zusatzleistungen für Familien und Alleinerziehende (FAZ) übernommen.

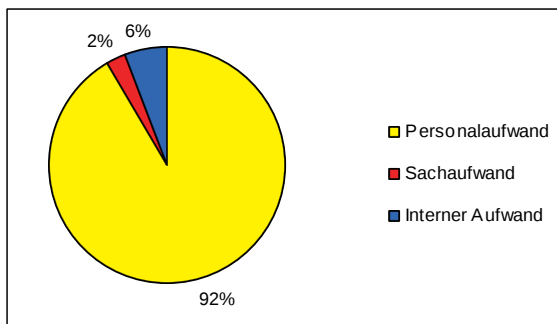
Im Stellenplan sind 10,6 Stellen bewilligt, verteilt auf 14 Personen.

b) Ergebnis

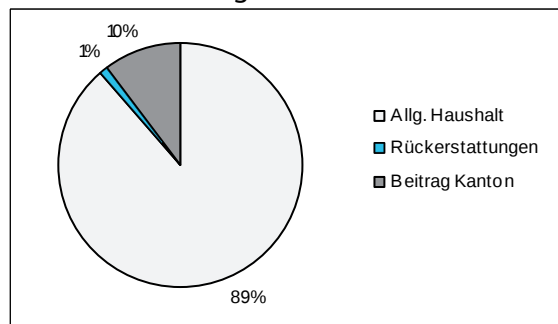
	R 2007	R 2008	B 2008	Abw. zu B 08 in Fr.	Abw. zu B 08 in %	Abw. zu R 07 in Fr.	Abw. zu R 07 in %
Aufwand	1'234'938	1'202'050	1'221'800	-19'750	-2%	-32'889	-3%
Ertrag	140'405	138'070	121'000	17'070	12%	-2'335	-2%
Ergebnis	-1'094'533	-1'063'980	-1'100'800	36'820	3%	30'553	3%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Arbeitsamtdossiers	2003	2004	2005	2006	2007	2008	Veränd.
Anfangsbestand	1'822	2'073	2'001	2'226	1'883	1'444	
Neuanmeldungen	2'812	2'646	2'703	2'445	2'513	2'344	
Abmeldungen	2'561	2'718	2'478	2'788	2'952	2'345	
Endbestand	2'073	2'001	2'226	1'883	1'444	1'443	0%
Rentendossiers	2003	2004	2005	2006	2007	2008	Veränd.
Anfangsbestand	7'251	7'259	7'219	6'945	7'036	6'872	
Neuanmeldungen	754	665	336	540	461	529	
Abgänge	746	705	610	449	625	407	
Endbestand	7'259	7'219	6'945	7'036	6'872	6'994	+2%
Prämienverbilligung	2003	2004	2005	2006	2007	2008	Veränd.
Anmeldungen	9'142	9'607	9'800	9'175	11'974	11'272	-6%

Ergänzungsleistungs-Dossiers	2003	2004	2005	2006	2007	2008	Veränd.
Anfangsbestand	3'099	3'198	3'346	3'327	3'341	3'304	
Neuanmeldungen	637	680	616	531	581	528	
Abgänge	538	532	635	517	618	539	
Endbestand	3'198	3'346	3'327	3'341	3'304	3'293	0%
Revisionen	665	527	511	499	678	710	+5%

AHV-Unterstellung Selbstständigerwerbende	2003	2004	2005	2006	2007	2008	Veränd.
Anfangsbestand	2'790	3'379	3'861	4'363	4'813	5'352	
Neuanmeldungen	763	667	951	638	691	703	
Abgänge	174	185	448	188	152	256	
Endbestand	3'379	3'861	4'363	4'813	5'352	5'799	+8%

AHV-Unterstellung Nichterwerbstätige	2003	2004	2005	2006	2007	2008	Veränd.
Anfangsbestand	2'419	2'926	3'306	2'941	2'828	3'180	
Neuanmeldungen	762	782	661	812	1'069	634	
Abgänge	255	402	1'026	925	717	966	
Endbestand	2'926	3'306	2'941	2'828	3'180	3'038	-4%

e) Zusatzleistungen für Familien und Alleinerziehende (FAZ)

Die vorgesehene Verlängerung des FAZ-Reglements konnte im Jahr 2008 nicht realisiert werden. Aufgrund der fehlenden Rechtsgrundlage konnten keine Leistungen erbracht werden.

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	Veränd.
Höhe der Zusatzleistungen in Fr.	141'211	172'898	180'823	205'759	269'119	0	-100%
Ausrichtung an:							
Anzahl Haushalte	66	86	86	99	123		
Anzahl Kinder	128	166	205	185	254		
Die jährlichen Leistungen betrugen im Durchschnitt in Fr.						0	
pro Haushalt	2'139	2'010	1'674	2'078	2'187		
pro Kind	1'103	1'041	882	1'112	1'059		

f) Zusatzleistungen zu den Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenrenten (AHIZ)

Die AHIZ haben den Zweck, Rentnerinnen und Rentnern in der Stadt Luzern ein Mindesteinkommen, das analog zu den Ergänzungsleistungen berechnet wird, zu gewähren. Im Gegensatz zu den Ergänzungsleistungen wird bei der Anrechnung von Mietzins und Nebenkosten auf die städtischen Verhältnisse speziell Rücksicht genommen, indem der Höchstbetrag für Mieten höher angesetzt ist und die Nebenkosten effektiv angerechnet werden können. Damit soll dem sozialpolitischen Grundsatz, wonach betagte Personen möglichst lange in ihren eigenen vier Wänden verbleiben können, Rechnung getragen werden.

AHIZ-Haushalte	2003	2004	2005	2006	2007	2008	Veränd.
Höhe der Zusatzleistungen (in Mio. Fr.)	0,71	0,66	0,72	0,75	0,66	0,70	+6%
<i>Auszahlung an:</i>							
Anzahl Haushalte am 1.1.	1'200	360	373	392	419	337	
Neuanmeldungen	54	88	84	98	65	80	
Abgänge	894	75	65	71	147	76	
Anzahl Haushalte am 31.12.	360	373	392	419	337	341	+1%
Davon Anzahl Frauen	217	223	248	253	211	211	
Anzahl Männer	84	85	83	92	70	69	
Anzahl Ehepaare	59	65	61	74	56	61	
<i>Leistungen pro Haushalt/Jahr in Fr.</i>							
im Durchschnitt	365	1'833	1'598	1'796	1'962	2'074	
im Minimum	60	60	60	60	60	60	
im Maximum	6'104	9'684	6'400	5'000	5'000	5'000	

Mit B+A 44/2007 "Reform der Heimtaxen im Anschluss an die Finanzreform 08" hat das Parlament gleichzeitig einen Systemwechsel im Bereich der Finanzhilfen für Heimbewohnende beschlossen. Überstiegen bisher die effektiven Heimkosten die Leistungen der Ergänzungsleistungen und der Krankenversicherungen, musste für die Deckung der Heimrechnungen beim Sozialamt Wirtschaftliche Sozialhilfe beantragt werden. Durch die Reglementsänderung kann ein allfälliger Differenzbetrag seit 1. Februar 2008 auch bei Heimaufenthalt durch AHIZ vergütet werden. Dadurch wird verhindert, dass Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Luzern nur aufgrund ihrer Pflegebedürftigkeit Sozialhilfe beziehen müssen.

AHIZ Heimbewohnende (seit Febr. 08)	2003	2004	2005	2006	2007	2008	Veränd.
Höhe der Zusatzleistungen (in Mio. Fr.)						1,23	100% ²
<i>Auszahlung an:</i>							
Anzahl Heimbewohnende am 1.1.						0	
Neuanmeldungen						268	
Abgänge						120	
Anzahl Heimbewohnende am 31.12.						148	
Davon Anzahl Frauen						107	
Anzahl Männer						41	
<i>Leistungen pro Person/Jahr in Fr.</i>							
im Durchschnitt						8'316	
im Minimum						732	
im Maximum						31'795	

g) Kommentar

Im Berichtsjahr haben die Fallzahlen im Arbeitsamt vor allem in den Sommermonaten nochmals leicht abgenommen. Die steigenden Zahlen in den Herbst-/Wintermonaten waren verglichen mit den Vorjahren nicht beunruhigend. Insgesamt hat auch die Anzahl der An- und Abmeldungen etwas abgenommen. Allerdings schlägt die wirtschaftliche Rezession mehr und mehr und sofort durch.

In der AHV-Zweigstelle hat sich hauptsächlich die Reglementsänderung der Zusatzleistungen zu den AHV-IV-Renten ausgewirkt. Die regelmässigen Dossierkontrollen, Neuberechnungen sowie die monatlichen Auszahlungen der AHIZ für Heimbewohnende sind sehr arbeitsintensiv. Bei den AHIZ für Personen, die in der eigenen Wohnung leben, haben sich die Fallzahlen stabilisiert. Allerdings sind die Leistungen in den einzelnen Fällen insgesamt höher geworden. Über die Weiterführung der Zusatzleistungen für Familien und Alleinerziehende (FAZ) ist im Berichtsjahr noch nicht entschieden worden. Mit einer bundesrechtlichen Lösung ist in absehbarer Zeit nicht zu rechnen. Der Beschluss über die Weiterführung der FAZ, gemäss seinerzeitigem Postulat der Sozialkommission des Grossen Stadtrates (336 2004/2009), muss im nächsten Jahr gefasst werden.

Der Aufwand für alle andern Aufgabengebiete der AHV-Zweigstelle ist mehr oder weniger unverändert geblieben. Die Anspruchsvoraussetzungen für die Prämienverbilligung nach KVG für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sind nochmals angepasst worden. Neu besteht der Anspruch nur noch bis zu einer vorgegebenen Einkommensgrenze der Eltern. Aus diesem Grund hat sich die Bezügerzahl leicht reduziert.

² Diese Veränderung muss im Kontext mit der Entwicklung der Wirtschaftlichen Sozialhilfe betrachtet werden.

4.1.4.4 Sozialamt

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Das Sozialamt der Stadt Luzern ist für die Ausrichtung der Sozialhilfe zuständig. Das Sozialhilfegesetz des Kantons Luzern schreibt folgende Aufgaben vor:

- Wirtschaftliche Sozialhilfe für die Existenzsicherung
- Persönliche Sozialhilfe zur sozialen und beruflichen Integration (Beratung und Dienstleistungen, soziale Sachhilfen)
- Sonderhilfen: Mutterschaftsbeihilfe und Alimentenhilfe
- Generelle Sozialhilfe (z. B. Leistungsverträge)

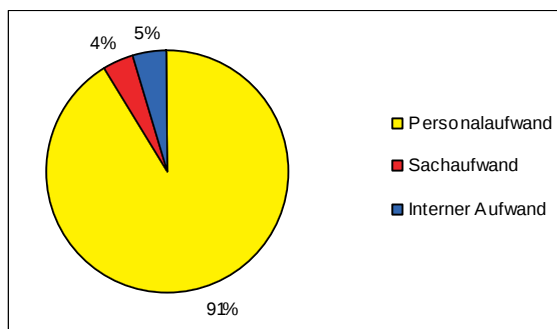
Das Sozialamt arbeitet in verschiedenen Gremien mit den Sozialdiensten der anderen Gemeinden, dem kantonalen Sozialamt und den privaten Sozialdiensten eng zusammen. Es unterhält auch regionale und nationale Fachkontakte. Im Stellenplan sind für die Durchführung dieser Aufgaben insgesamt 39,7 Stellen für Festangestellte, befristete Anstellungen und Praktikanten bewilligt.

b) Ergebnis

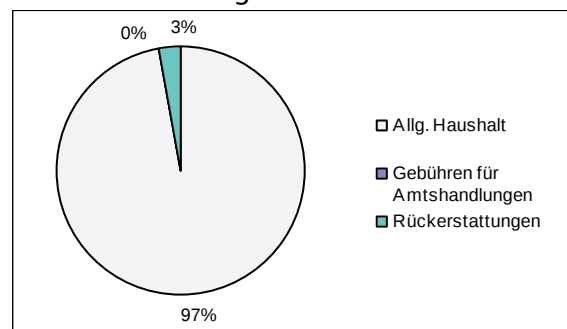
	R 2007	R 2008	B 2008	Abw. zu B 08 in Fr.	Abw. zu B 08 in %	Abw. zu R 07 in Fr.	Abw. zu R 07 in %
Aufwand	4'480'102	4'711'587	4'649'400	62'187	1%	231'485	5%
Ertrag	91'080	127'558	87'000	40'558	47%	36'479	40%
Ergebnis	-4'389'022	-4'584'029	-4'562'400	-21'629	0%	-195'006	-4%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	Veränd
Bruttoausgaben pro Personaleinheit (WSH / Mutterschaftsbeihilfe / ohne Massnahmenvollzug)	1'666'969	1'613'693	1'654'944	1'351'739	1'351'248	726'731	-46%
Nettokosten pro Personaleinheit	398'871	448'241	461'828	374'377	339'540	361'473	6%
Anzahl Personaleinheiten pro Mio. Franken Bruttoaufwand	0,60	0,62	0,60	0,74	0,74	1,40	89%
Anzahl offene Dossiers per 31.12.	1'194	1'296	1'407	1'454	1'358	989	-27%

e) Kommentar

Der grosse Rückgang der offenen Dossiers ist auf die Ausweitung der Bezugsberechtigung der AHIZ auf die Heimbewohnenden und auf die weiterhin günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zurückzuführen. Zudem zeigen die verstärkten und konsequenten Integrationsmassnahmen, nicht zuletzt dank der tieferen Dossierbelastung der Sozialarbeitenden und der Fachstelle für Arbeit, ein erfreuliches Resultat. Allerdings sind neu mit dem Asylbereich (anerkannter Status und abgewiesene Gesuche) anspruchsvolle Dossiers dazugekommen.

4.1.4.5 Wirtschaftliche Sozialhilfe (exkl. Mutterschaftsbeihilfe)

a) Aufgaben / Dienstleistungen

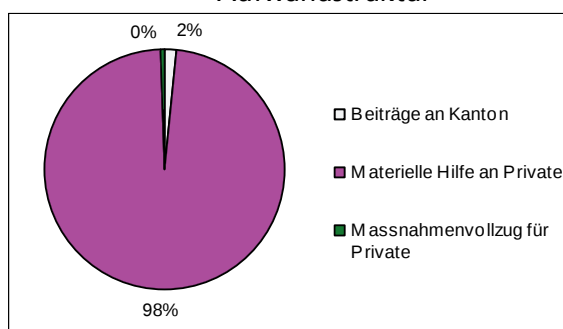
Das Sozialamt der Stadt Luzern hat den Auftrag, für die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Luzern Wirtschaftliche und Persönliche Sozialhilfe anzubieten. Als Bemessungsgrundlage gelten die Richtlinien der SKOS (Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe). Die Aufteilung nach Herkunft der Klientinnen und Klienten ist Voraussetzung für die Geltendmachung der Kostenersatzpflicht durch andere Gemeinwesen. Der Auftrag ist im Sozialhilfegesetz des Kantons Luzern definiert.

b) Ergebnis

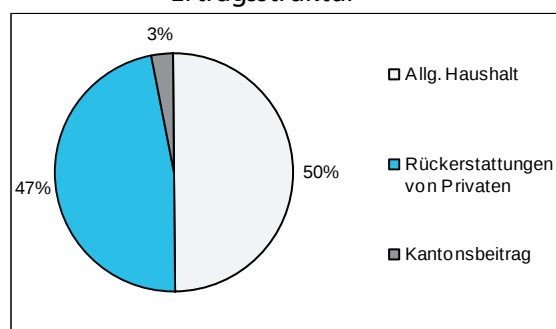
	R 2007	R 2008	B 2008	Abw. zu B 08 in Fr.	Abw. zu B 08 in %	Abw. zu R 07 in Fr.	Abw. zu R 07 in %
Aufwand	53'669'797	28'851'259	49'820'000	-20'968'741	-42%	-24'818'539	-46%
Ertrag	39'797'961	14'500'746	32'670'000	-18'169'254	-56%	-25'297'215	-64%
Ergebnis	-13'871'836	-14'350'512	-17'150'000	2'799'488	16%	-478'676	-3%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	Veränd.
Anzahl Dossiers per 31.12. (kum.)	1'603	1'719	1'938	1'995	1'954	1'773	-9%
Stadtbürger/innen	280	328	478	488	480	408	-15%
Kantonsbürger/innen	296	308	314	320	303	277	-9%
Ausserkantonale	656	670	693	712	693	576	-17%
Ausländer/innen	371	413	453	475	478	512	7%
Nettoaufwand pro Dossier in Fr.	*6'076	7'033	7'219	7'450	7'099	8'094	14%

*Verzicht auf die Kostenersatzpflicht innerhalb des Kantons Luzern.

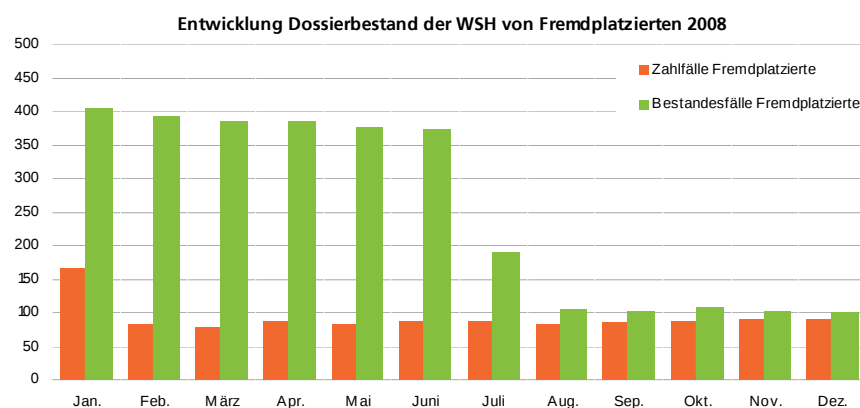
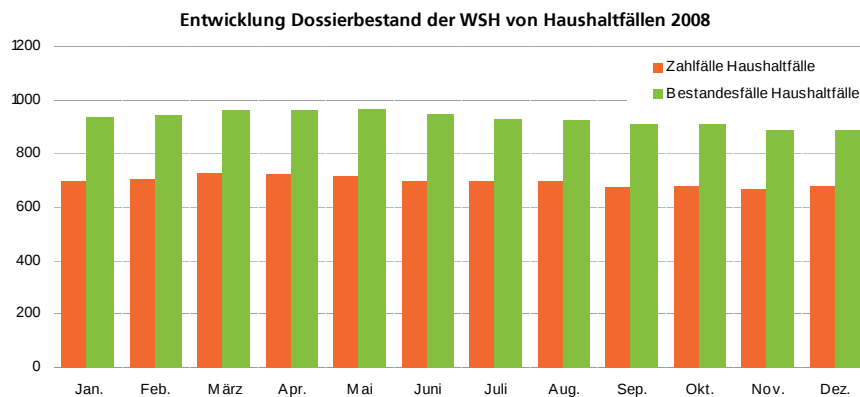
e) Kommentar

Trotz des Wegfalls des kantonalen Ausgleichsfonds für die WSH per 1. Januar 2008 stiegen die Nettokosten nur moderat an. Die eingeleiteten Massnahmen und die vertretbare Dossierbelastung zeigen positive Auswirkungen. Die Zunahme der Zahl der Ausländerinnen und Ausländer ist mit der Zuständigkeit der Gemeinden für Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene, die länger als zehn Jahre in der Schweiz leben, zu erklären. Die massive Verringerung des Bruttoaufwandes ist im Wesentlichen mit der Ablösung der Heimpensionäre ab dem 1. Februar 2008 aus der Sozialhilfe zu begründen. Entsprechend gingen auch die Rückerstattungen zurück.

Fallzahlen

Bei den Haushaltfällen bewegten sich die Zahlfälle zwischen 670 und 729, bei den Bestandesfällen zwischen 888 und 967. Bei den Fremdplatzierten reichten die Zahlfälle von 78 bis 165, die Bestandesfälle von 101 bis 404.

Grafische Darstellung der Entwicklung der Fallzahlen



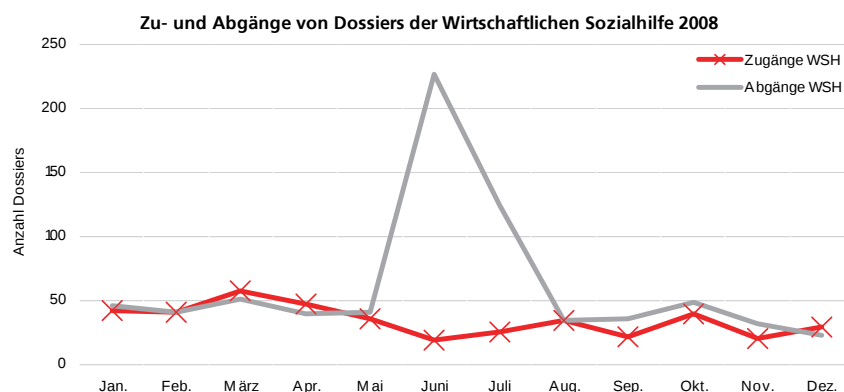
Als Zahlfälle werden per Stichtag die Fälle gezählt, die im entsprechenden Monat eine bedarfsabhängige Sozialhilfeleistung beziehen. Der Rückgang von 165 auf 82 Fälle bei den Fremdplatzierten im Februar 2008 ist mit der Einführung der AHIZ zu begründen.

Als Bestandesfälle werden per Stichtag die Zahlfälle und die Fälle gezählt, deren letzter Leistungsbezug nicht über sechs Monate zurückliegt (pendente Abschlüsse wegen hoher "Rückfallgefährdung"). Nach sechs Monaten werden die zweitgenannten Fälle definitiv abgeschlossen. Darauf ist der Rückgang von 374 auf 191 Fälle bei den Fremdplatzierten im Juli 2008 zurückzuführen.

Dossiers

Die Zugänge der Dossiers bewegten sich zwischen 19 und 58, die Abgänge zwischen 23 und 227.

Grafische Darstellung der Entwicklung der Dossiers



Die hohe Abnahme der Dossiers in den Monaten Juni und Juli 2008 ist auf die Abschlüsse der Fälle, deren letzter Leistungsbezug über sechs Monate zurückliegt, zurückzuführen. Wie oben erwähnt, werden die Fälle wegen hoher "Rückfallgefährdung" sechs Monate lang pendent gehalten.

4.1.4.6 Mutterschaftsbeihilfe und Alimentenhilfe

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die Mutterschaftsbeihilfe sichert Müttern und Familien während zwölf Monaten ab Geburt des Kindes das soziale Existenzminimum, sofern dieses nicht durch Einkommen (Lohn, Lohnfortzahlung, Versicherungen) oder Vermögen gedeckt ist (§ 54 kant. Sozialhilfegesetz SHG).

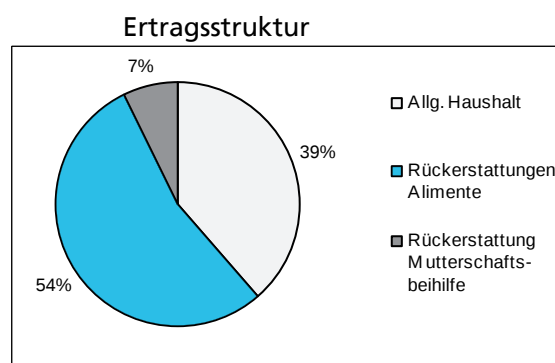
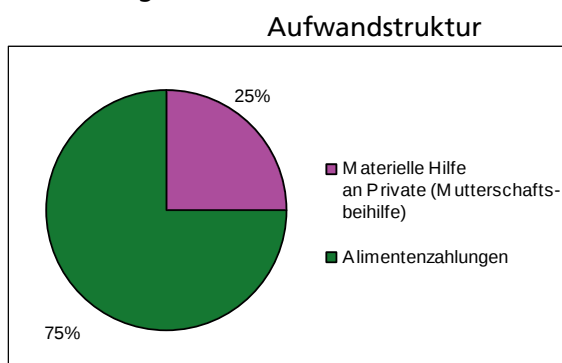
Die Alimentenhilfe umfasst einerseits die Bevorschussung von Kinderalimenten, sofern diese nicht rechtzeitig oder nicht vollständig bezahlt werden (§ 45 ff. SHG). Andererseits hat das Sozialamt Inkassohilfe für Ehegattenalimente und/oder Kinderalimente (bevorschusste und nicht bevorschusste) zu leisten (§ 44 SHG).

Die im Jahre 2006 in Kraft getretene Mutterschaftsversicherung führte zu einer Reduktion der Anzahl der Mutterschaftsbeihilfen.

b) Ergebnis

	R 2007	R 2008	B 2008	Abw. zu B 08 in Fr.	Abw. zu B 08 in %	Abw. zu R 07 in Fr.	Abw. zu R 07 in %
Aufwand	4'018'421	3'961'371	3'900'000	61'371	2%	-57'050	-1%
Ertrag	2'524'953	2'428'108	2'450'000	-21'892	-1%	-96'845	-4%
Ergebnis	-1'493'468	-1'533'263	-1'450'000	-83'263	-6%	-39'795	-3%

c) Allgemeine Kennzahlen



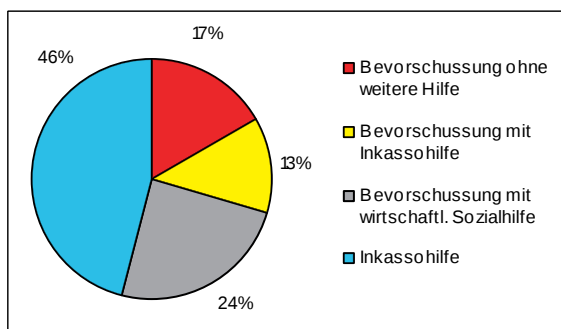
d) Spezifische Kennzahlen

Mutterschaftsbeihilfe	2005	2006	2007	2008	Veränd.
Anzahl MBH (kumuliert)	118	82	60	51	-15%
Bruttoauszahlungen	2'058'434	1'284'553	990'384	986'254	0%
Einnahmen (Renten/Lohn/Taggeld)	967'667	623'600	366'842	291'367	-21%
Nettoauszahlungen	1'090'767	660'953	623'542	694'887	11%
Alimentenhilfe	2005	2006	2007	2008	Veränd.
Anzahl Inkassodossiers (kumuliert)	793	821	826	825	0%
Anzahl Bevorschussungsdossiers (kum.)	261	245	240	222	-8%
Bevorschusste Alimente	1'715'902	1'747'174	1'812'445	1'711'653	-6%
Rückerstattung / bez. Alimente	615'169	791'637	874'890	880'042	1%
Rückerstattungsquote	36%	45%	48%	51%	6%
Anzahl Inkassohilfemandate (kumuliert)	151	148	185	191	3%
Einkassierte Beträge (Inkassohilfe)	1'233'617	1'175'333	1'282'883	1'256'697	-2%

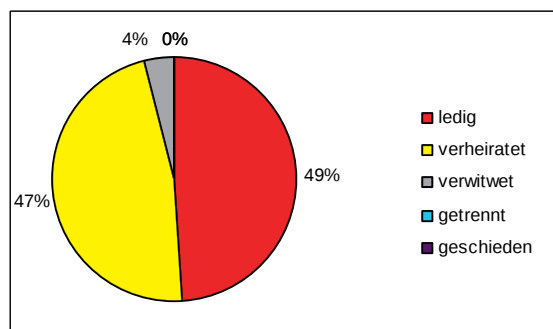
e) Kommentar

Die Gesamtsumme der Bevorschussungen hat sich leicht vermindert, da Klientinnen/Klienten teilweise von der Bevorschussung abgelöst und auf Inkassohilfe umgestellt werden konnten.

Aufteilung der Bevorschussung



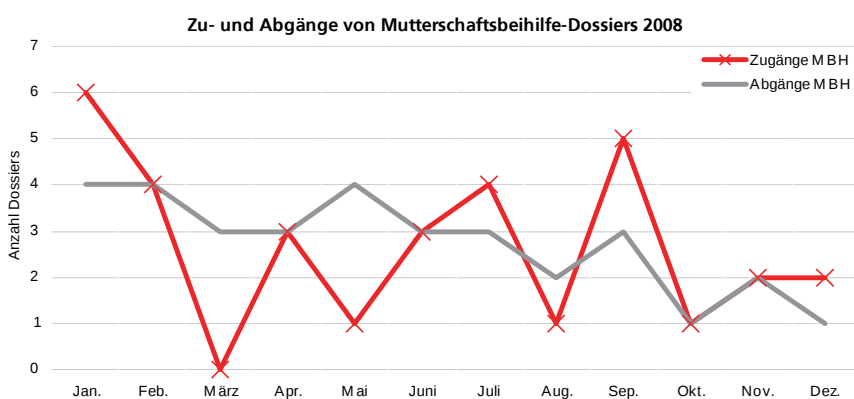
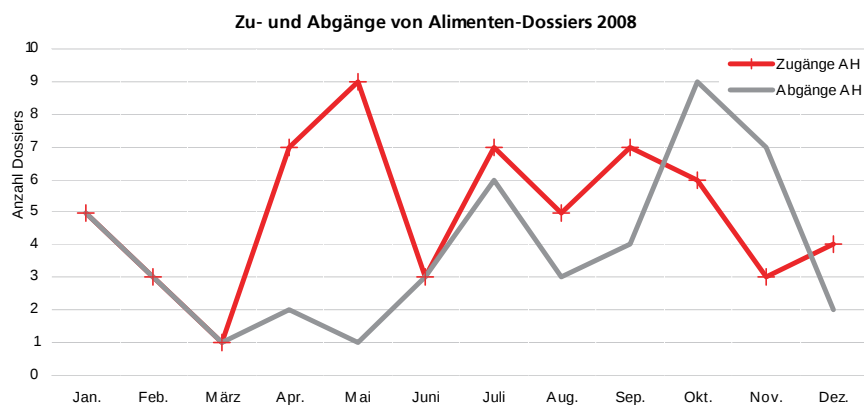
Zivilstand der Bezügerinnen MBH



Dossiers

Bei der Alimentenhilfe betrugen die Zu- und Abgänge je zwischen 1 und 9. Bei der Mutterschaftsbeihilfe bewegten sich die Zugänge zwischen 0 und 6, die Abgänge zwischen 1 und 4.

Grafische Darstellung der Entwicklung der Dossiers



4.1.4.7 Kinder Jugend Familie

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die Abteilung Kinder Jugend Familie KJF ist das Kompetenzzentrum für die Kinder-, Jugend- und Familienpolitik der Stadt Luzern. Die folgenden Unterabteilungen setzen den Leitsatz "Die Stadt Luzern will eine kinder-, jugend- und familienfreundliche Stadt sein" in ihrer täglichen Arbeit um:

- *Animation/Partizipation* (Quartierarbeit für Kinder und Jugendliche, Ferienpass, Freizeitangebote, Kinderparlament, Jugendparlament, Jugendhaus Treibhaus).
- *Familienergänzende Kinderbetreuung* (Unterstützung privater Kindertagesstätten für das Vorschulalter, eigene Betreuungsangebote für Kinder im Schulalter).
- *Kinder- und Jugendschutz* (Kinder- und Jugendschutzmassnahmen, psychosoziale Beratung, Pilotprojekt Kompetenzorientierte Familienarbeit KOFA).
- *Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg* (vgl. nachfolgendes Kapitel).

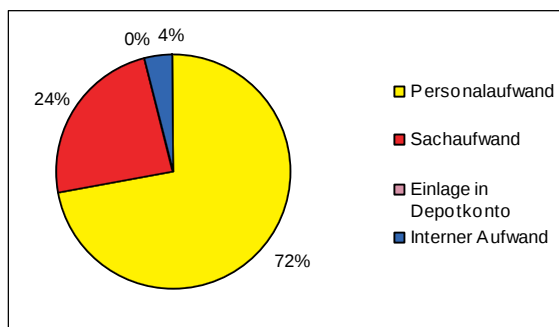
Insgesamt waren 2008 im Stellenplan 94,75 Stellen für Festangestellte bewilligt. Davon entfallen 39 Stellen auf die Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg.

b) Ergebnis (Institutionen: 215, 221, 222, 223)

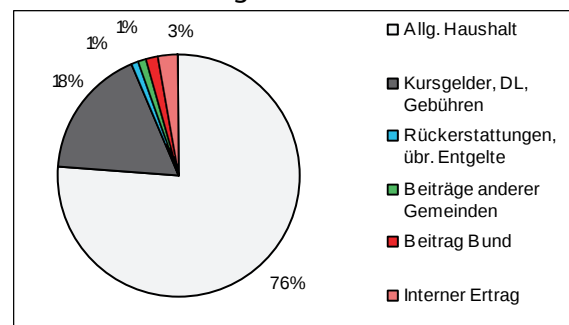
	R 2007	R 2008	B 2008	Abw. zu B 08 in Fr.	Abw. zu B 08 in %	Abw. zu R 07 in Fr.	Abw. zu R 07 in %
Aufwand	6'954'960	8'062'553	7'791'800	270'753	-3%	1'107'594	-14%
Ertrag	1'774'730	1'991'644	2'179'100	-187'456	-9%	216'914	11%
Ergebnis	-5'180'230	-6'070'910	-5'612'700	-458'210	-8%	-890'680	-15%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Kinder- und Jugendschutz	2004	2005	2006	2007	2008	Veränd.
Anzahl geführte Dossiers (Mandate)	252	295	321	346	358	+3%

Kommentar

Die Fälle im Kinder- und Jugendschutz haben auch im vergangenen Jahr zugenommen. Pro 100%-Stelle werden durchschnittlich 77 anspruchsvolle Mandate für Kinder und Jugendliche geführt, was eine sehr grosse Arbeitsbelastung ist. Entsprechend musste der Personalbestand 2008 aufgestockt werden.

Familienergänzende Kinderbetreuung im Vorschulbereich	2005	2006	2007	2008
Anzahl Institutionen mit Leistungsverträgen	6	6	8	15
Anzahl Plätze in subventionierten Kinderkrippen	116	121	148	254
Davon subventionierte Plätze in Kindertagesstätten	83	85	113	147
Anzahl subventionierte Betreuungsstunden bei Tageseltern	51'000	50'237	49'000	62'435
Total Subventionsbetrag netto	1'477'400	1'445'110	1'690'896	2'411'452

Kommentar

Im vergangenen Jahr konnten wiederum neue Kitas unterstützt werden. Die Tageselternvermittlung hatte einen starken Anstieg an Betreuungsverhältnissen zu verzeichnen.

Familienergänzende Kinderbetreuung Schulalter	2005	2006	2007	2008
Horte/Betreuungseinrichtungen	8	8	10	11
Plätze	172	190	235	255
Betreute Kinder	236	248	280	292
Mittagstische	4	7	8	8
Plätze	70	130	145	105
Betreute Kinder	203	172	152	162
Projekte Schule+Betreuung (aufgelöst Ende Schuljahr 2006/2007)				
Plätze	30	30	30	-
Betreute Kinder	97	48	48	-
Ferienhorte: Anzahl Kinder	296	304	329	288
11 Wochen Ferienhort				

Kommentar

Im Maihof konnte ein neuer Hort eröffnet werden. Die Mittagstischplätze wurden aufgrund der Auslastung dem Bedarf angepasst.

Animation/Partizipation	2005	2006	2007	2008
Quartierarbeit für Kinder und Jugendliche				
Basel-/Bernstrasse				
Treffangebot: Anzahl Kinder, Jugendliche	900	690	620	772
Spielanlässe im Quartier: Anzahl Kinder ¹	1'000	1'100	970	2'030
Quartieranlässe (z. B. BaBeL-Cup): Anzahl Teilnehmende	260	250	220	340
Projekte mit Kindern und Jugendlichen: Anzahl Kinder, Jugendliche	174	480	403	311
Hubelmatt/Moosmatt/Säli				
Regelmässige Angebote:				294
Quartieranlässe: Anzahl Teilnehmende				260
Projekte und Aktionen mit Kindern und Jugendlichen:			536	2'049
Anzahl Kinder, Jugendliche				
Würzenbach/Büttenen/Utenberg				
Quartieranlässe: Anzahl Teilnehmende				320
Projekte und Aktionen mit Kindern und Jugendlichen: Anzahl Kinder, Jugendliche				376
21 Spielnachmittage im Vögeligärtli: Anzahl Erwachsene und Kinder ²	735	1'045	1'928	1'505
Midnight Sports & Music (Säli), und seit Oktober 2008 Midnight Sports & More (Würzenbach) ³			522	2'635

¹ Verein Sentitreff (Dammgärtli und Sentitreff) und Verein BaBeL (Sagenmattrain und Quartierwerkraum); Koordination und Mitarbeit Quartierarbeit für Kinder und Jugendliche (QAKJ)

² Verein Spielraum, 2008 17 Anlässe; Koordination QAKJ

³ Verein Midnight Projekte Schweiz, 2008 insgesamt 47 Anlässe; Koordination QAKJ

Kommentar

Seit Sommer 2008 arbeitet die Quartierarbeit für Kinder und Jugendliche in drei Stadtteilen.

Kinder- und Jugendparlament	2005	2006	2007	2008
Kinderparlament				
Mitglieder	103	75	86	84
Kinder in Kommissionen (Teams)	46	45	43	40
Jugendparlament				
Mitglieder	24	12	12	12

Kommentar

Seit 2006 ist das Jugendparlament als Kommission organisiert.

Ferienpass	2005	2006	2007	2008
Anzahl verkaufter Ferienpässe	4'397	6'248	5'967	7'250
Davon Ferienpässe	1'156	1'556	1'647	1'813
Davon Ferienpässe light	3'241	4'692	4'320	5'437
Davon Kinder/Jugendliche aus der Stadt Luzern	1'026	1'841	2'013	2'282

Kommentar

Der Ferienpass verzeichnete im 2008 einen ausserordentlichen Zuwachs.

Freizeitangebote	2005	2006	2007	2008
Osterkreativwoche				
Anzahl Teilnehmende	277	328	279	359
Freizeitkurse				
Anzahl Teilnehmende	388	422	385	356
Meitli-/Buebepowerwoche				
Anzahl Mädchen	106	133	109	126
Anzahl Knaben	88	74	69	87
Tag des Kindes				
Kinder	374	100	180	520
Erwachsene	80	50	80	50

Kommentar

Für den Tag des Kindes wurde im 2008 mit verschiedenen Schulklassen zusammengearbeitet.

Jugendhaus Treibhaus	2005	2006	2007	2008
Mittagessen im Durchschnitt	46	57	58	53
Besucherinnen und Besucher pro Abend bei Veranstaltungen	200	140	175	180
Anzahl durchgeführte Veranstaltungen	73	84	47	62
Durchschnittliche Besucher/innen pro Veranstaltung	170	135	120	111
Fremdveranstaltungen	38	43	37	39
Vermietungen Bandräume (Doppelbelegungen)	6	6	6	6

Kommentar

Im Sommer 2008 wurde der Treibhausgarten zusammen mit Jugendlichen neu gestaltet.

4.1.4.8 Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Auf den sechs Wohngruppen der **Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg** wohnen 45 Kinder und Jugendliche, die aus verschiedenen Gründen für eine bestimmte Zeit nicht in ihrer Familie aufwachsen können. Aufgrund ihrer persönlichen und sozialen Situation bedürfen sie einer gezielten und individuellen stationären Förderung.

Auf der **Notaufnahme Utenberg (NAU)** werden bis zu sieben Kinder und Jugendliche in einer akuten Gefährdungssituation rund um die Uhr aufgenommen. Zusätzlich stehen zwei Notfallbetten zur Verfügung. Zusammen mit den Kindern und Jugendlichen und unter Einbezug der Behörde und der bisherigen Bezugspersonen werden Lösungen erarbeitet und Entscheidungen getroffen. Die interne NAU-Schule wird ab 2009 dem Rektorat der Volksschule unterstellt.

In der **Wohnbegleitung Rank** finden sechs junge Erwachsene der KJU Aufnahme, die bereits weitgehend selbstständig und eigenverantwortlich denken und handeln. Die Siedlung bietet ihnen mit den 1-Zimmer-Wohnungen die Möglichkeit, diese Kompetenzen zu erweitern und gleichzeitig das selbstständige Wohnen zu erproben.

Der interne **Sozialdienst** der Siedlung bereitet mit den Jugendlichen den Austritt aus der KJU vor und begleitet sie helfend und beratend auf ihrem Weg in die Selbstständigkeit.

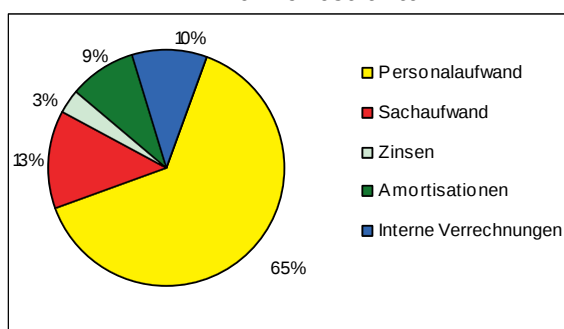
Die Siedlung gilt als anerkannte, subventionsberechtigte Einrichtung über Leistungen des Bundes für den Straf- und Massnahmenvollzug. Die Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg hat mit der kantonalen Dienststelle für Soziales und Gesellschaft für alle Angebote Leistungsverträge abgeschlossen. Die Finanzierung erfolgt über das kantonale Gesetz über die sozialen Einrichtungen. Für die Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg waren im 2008 insgesamt 39,0 Stellen bewilligt.

b) Ergebnis

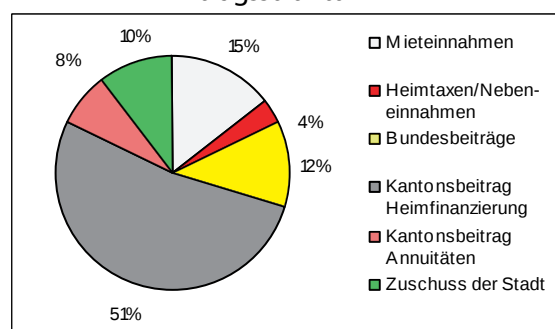
	R 2007	R 2008	B 2008	Abw. zu B 08 in Fr.	Abw. zu B 08 in %	Abw. zu R 07 in Fr.	Abw. zu R 07 in %
Aufwand	6'246'959	7'083'904	6'209'500	864'704	14%	836'945	13%
Ertrag	5'854'949	7'083'904	6'209'500	874'404	14%	1'228'955	21%
Ergebnis	-392'009	0	0	0		392'009	-100%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Eintritte 6 Wohngruppen + Rank	14	10	21	12	15	18
Austritte 6 Wohngruppen + Rank	14	11	29	8	15	13
Durchschnittliche Belegung	92%	91%	84%	89%	90%	92%
Eintritte NAU						29
Austritte NAU						24
Durchschnittliche Belegung NAU						87%
Platzangebot insgesamt (31. Dez.)	58	51	51	51	51	58

e) Kommentar

Die Mehrkosten gegenüber dem Budget sind im Wesentlichen auf die im 2008 eröffnete Notaufnahme und auf eine höhere Belegung zurückzuführen. Beides hat auch zu entsprechenden Mehrerträgen geführt. KJU wird seit 2008 als Spezialfinanzierung geführt. Der im 2008 erzielte Ertragsüberschuss von Fr. 337'363.- ist als Gewinnvortrag passiviert worden.

4.2 Bildungsdirektion

Vorwort von Urs W. Studer, Bildungsdirektor

Die Stadtverwaltung und ihre vielen sehr motivierten und gut ausgebildeten Mitarbeitenden ermöglichten, dass auch im Jahre 2008 die hochgesteckten Ziele erreicht werden konnten:

Südpol

Im Herbst wurde nach mehrjähriger Planungs- und Bauzeit der Südpol eröffnet. Er ist eine in der Schweiz bislang einzigartige Synergie verschiedener Institutionen und Kunstsparten unter einem Dach. Die Musikschule, der öffentliche Kulturbetrieb Südpol, das Luzerner Theater, das Sinfonieorchester LSO und die Brassband Bürgermusik Luzern nutzen das Gebäude sowohl in gemeinsamen als auch in eigens auf ihre unterschiedlichen Bedürfnisse zugeschnittenen Räumen.

Sportarena

Am 30. November 2008 sagten 55,1 % der Stimmberechtigten der Stadt Luzern definitiv Ja zur Sportarena Luzern, indem sie den Krediten und Verträgen zustimmten. Damit kann die Entwicklung auf der Allmend mit dem Ausbau der Messe, der Tieflegung der Zentralbahn, der neuen Sportarena und der Aufwertung des Natur- und Erholungsraums wie geplant umgesetzt werden.

Da die Einsprachen zum Gestaltungsplan beim Verwaltungsgericht zurückgezogen wurden und keine Einsprache zur Baubewilligung eingegangen ist, können die Realisatoren im Sommer 2009 mit dem Bau der Sportarena beginnen. Der FC Luzern kann somit bis zum Schluss der Meisterschaft 2008/2009 im alten Stadion spielen, und das Meeting Spitz Leichtathletik Luzern wird am 15. Juli 2009 im gewohnten Rahmen durchgeführt.

Starke Stadtregion

Am 15. Dezember haben die Exekutivbehörden von Adligenswil, Ebikon, Emmen, Horw, Kriens, Littau, Luzern und des Kantons Luzern die Grundsatzvereinbarung zum Projekt "Starke Stadtregion Luzern" unterschrieben. Ziel ist die nachhaltige Stärkung der Stadtregion Luzern, indem die heutigen Strukturen vereinfacht werden. In der ersten Phase wird gemeinsam geprüft, ob die Fusion oder erweiterte Kooperationsmodelle vorteilhafter seien. Am 17. Mai 2009 entscheiden die Stimmberechtigten von Ebikon, Emmen, Horw und Kriens an der Urne, in Adligenswil an der Gemeindeversammlung über den Projektbeitritt.

Der Bildungsdirektor auf Tournee

Der Bildungsdirektor und drei seiner Mitarbeitenden im Bildungsbereich besuchten und besuchten in den Jahren 2008/2009 sämtliche Schulhäuser in Littau und Luzern. Ziel ist es, sich am Ort, wo Bildung "produziert" wird, ein eigenes Bild zu verschaffen und Schulleitungen, Lehrpersonen sowie Schülerinnen und Schülern den Puls zu fühlen. Die Eindrücke von den Infrastrukturen, aber auch vor allem von den motivierten Schulhausteams sind vielfältig, eindrucklich und nachhaltig. Der Bildungsdirektor ist stolz auf diese Schulen!

Rektorenwechsel

Im Juli 2008 wurde der bisherige Rektor der Volksschule, Ernst Portmann, nach über 40 Jahren Schuldienst auf eigenen Wunsch vorzeitig pensioniert. In seiner rund dreijährigen Amtszeit als Rektor ist es ihm gelungen, die Volksschule komplett zu reorganisieren. Eine durchgeführte Evaluation zeigte, dass der Prozess ein voller Erfolg war. Die Volksschule hat ein Profil. Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortungen sind nicht nur klar geregelt, sondern werden auch wahrgenommen. Ernst Portmann sei auch an dieser Stelle für seinen enormen Einsatz ganz herzlich gedankt. Neuer Rektor seit August 2008 ist Rolf von Rohr, früher pädagogischer Schulleiter in Littau, der sich sehr rasch in die neuen Aufgaben eingearbeitet hat.

Additive Tagesschule

Die als Pilotversuch während dreier Schuljahre geführte integrierte Tagesschule im Grenzhof-Schulhaus wurde auf Beginn des Schuljahrs 2008/2009 in die erste additive Tagesschule der Stadt Luzern übergeführt. Damit wird dem Bedürfnis nach ganztägiger Betreuung der Schulkinder während einzelner Wochentage Rechnung getragen. Das Modell "additive Tagesschule" wird in den nächsten Jahren auf dem gesamten Stadtgebiet eingeführt und ersetzt das bisherige Betreuungssystem der Horte.

4.2.1 Meilensteine zu den Fünfjahreszielen und den strategischen Projekten

Projekt Führungsentwicklung (Projektplan Nr. L02007)	Fünfjahresziel A1.4
--	-------------------------------

Weiterführung der Weiterbildungsoffensive für die rund 300 Führungskräfte der Stadt Luzern mit Umsetzung der neuen Führungsgrundsätze des Stadtrates.

Die Weiterbildungsoffensive konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Rund 300 Führungspersonen konnten ihre Führungskompetenzen auffrischen und weiterentwickeln. Grundlage der Management-Weiterbildung ist ein Handbuch der Stadt Luzern zu den wichtigsten Führungsthemen. Ab 2009 finden im Rahmen des Weiterbildungsprogramms der Stadt Führungskurse für neu eintretende Führungspersonen statt.

Umsetzung Fusion Littau-Luzern (Projektplan Nr. I01109)	Fünfjahresziel A3.1, A4.1
---	-------------------------------------

Die Umsetzung der Fusion Littau-Luzern wird so vorangetrieben, dass sie plangemäss am 1. Januar 2010 stattfinden kann.

Die künftige Verwaltungsorganisation ist im Wesentlichen erarbeitet. Die Prozesse für die Integration der Kadermitarbeitenden sind in den meisten Fällen abgeschlossen, für die übrigen Angestellten eingeleitet und teilweise ebenfalls schon weit fortgeschritten. Die Bearbeitung wichtiger Themen wie Synergien, Leistungsangleichungen, Raumfragen ist so weit gediehen, dass im ersten Quartal 2009 die abschliessenden Entscheide fallen können. Zahlreiche Einzelfragen – von der Zukunft des AZ Staffelnhof bis zur Neubenennung von Strassen – wurden geklärt. In vielen Bereichen wurde die Zusammenarbeit im Tagesgeschäft bereits intensiviert, teilweise übernimmt Luzern bereits ganze Aufgabenbereiche aufgrund von Verwaltungsvereinbarungen.

Neue Stadtgemeinde (Projektplan Nr. L02001)	Fünfjahresziel A3.2, A4.1
---	-------------------------------------

Unter Federführung des Kantons wird an der Verwirklichung der Empfehlungen aus der Studie "Starke Stadtregion" gearbeitet.

Dank dem Engagement der Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten von Adligenswil, Ebikon, Emmen, Horw, Kriens, Littau und Luzern konnte zwischen dem Regierungsrat, den Gemeinderäten der erwähnten Gemeinden sowie dem Stadtrat Einigkeit erwirkt werden, unter welchen Rahmenbedingungen und mit welchen Zielsetzungen ein gemeinsames Projekt "Starke Stadtregion Luzern" gestartet werden soll. In einer Grundsatzvereinbarung, welche die Exekutivbehörden am 15. Dezember unterzeichneten, werden diese festgehalten. Im Mai 2009 entscheiden die Stimmberechtigten von Ebikon, Emmen, Horw und Kriens an der Urne, in Adligenswil an der Gemeindeversammlung über den Projektbeitritt.

Projekt BaBeL – Quartierentwicklung, Projektierung 2007–2009 (Projektplan Nr. L79001)	Fünfjahresziel C2.1
---	-------------------------------

Der Quartierentwicklungsprozess im Gebiet Basel-/Bernstrasse ist evaluiert. Der Grosse Stadtrat hat auf der Grundlage eines B+A über die Weiterführung ab 2009 entschieden.

Der Grosse Stadtrat hat am 23. Oktober 2008 mit B+A 27/2008 "BaBeL – Nachhaltige Quartierentwicklung Basel-/Bernstrasse Luzern II" vom Rechenschaftsbericht über den laufenden Prozess Kenntnis genommen sowie für die Jahre 2009–2011 einen Rahmenkredit von Fr. 360'000.– bewilligt. Eine Projektevaluation wurde 2008 in Form des Buches "Projekt BaBeL: Quartierentwicklung im Luzerner Untergrund, Einsichten – Ergebnisse – Erkenntnisse" durch die ehemalige Projektleitung veröffentlicht.

Die Baudirektion leistete Vorbereitungsarbeiten zum Durchbruch des Bahndamms. Der Aktionsplan wurde durch den Verein BaBeL weiter umgesetzt. Konkret sichtbare Umsetzungsmassnahmen

waren die Markierung der Kernfahrbahn mit Velostreifen auf der Bernstrasse zur Verkehrsberuhigung, der Start eines Rückbildungsturnens für tamilische Frauen, öffentliche Workshops zur Neugestaltung des Lädeliplatzes und Aufwertung des Reussufers. Zudem wurden einige private Liegenschaften saniert oder neu gebaut. Weiterhin sehr bewährt haben sich die Aktivitäten im Rahmen von BaBeL-Kids und Shop & Food.

Integrative Schulung 2011 (Projektplan Nr. L21901)

Fünffjahresziel
C3.1

Die Vorabklärungen zur Schulung leicht geistig behinderter und lern- und verhaltensbehinderter Kinder und Jugendlicher in der Stadt Luzern sind abgeschlossen, und verschiedene Modelle sind auf ihre Tauglichkeit hin geprüft.

Im vergangenen Jahr wurden gleich mehrere Meilensteine im Rahmen der Umsetzung der Integrativen Förderung in der Stadt Luzern erreicht.

Im April hat die vereinigte Schulpflege Littau und Luzern den Modellvorschlag für die Umsetzung gutgeheissen.

Begleitet durch den Wechsel in der Projektleitung wurde im Sommer 2008 die praktische Umsetzung eingeleitet. Mit gezielten Veranstaltungen für alle Lehrpersonen (Casino-Tagung 2008) sowie Informationen in den einzelnen Schulbetriebseinheiten durch das Rektorat konnten ein Informationsgleichstand hergestellt und viel Überzeugungsarbeit bei den Lehrpersonen geleistet werden. Die Steuerungsgruppe entschied im Oktober 2008, dass sie die Umsetzung der Integrativen Förderung gemäss dem Vorschlag der Schulleitungen harmonisch von unten nach oben umsetzen will.

Gemäss den bisherigen Kostenrechnungen kann die Integrative Förderung in der Stadt Luzern kostenneutral umgesetzt werden, sofern der Grosse Stadtrat einen entsprechenden Bericht, der ihm 2009 zugeleitet wird, zustimmend zur Kenntnis nimmt.

Informatik Volksschule (Projektplan Nr. I21990)

Fünffjahresziel
C3.3

Alle Primarschulhäuser sind mit Computern ausgerüstet, und die Lehrpersonen sind entsprechend geschult.

Per 30. September 2008 konnten alle Schulhäuser der Stadt Luzern mit den geplanten Informatikmitteln ausgerüstet werden. Die neue Ausrüstung der Etappen 3 und 4 erfüllt die Forderung nach abschaltbaren Access-Points. Die entsprechenden Verantwortlichen für die Geräte in den Schulhäusern sind ernannt und mit einem entsprechenden Pflichtenheft ausgerüstet. Die Lehrpersonen wurden in die Benutzung der neuen Geräte eingeführt und können sie im Unterricht einsetzen. Zu einem späteren Zeitpunkt wird das neue Weiterbildungskonzept angewendet.

Billettsteuerfonds, Neupositionierung (Projektplan Nr. L34003)

Fünffjahresziel
C3.4

Die Weiterentwicklung des Billettsteuerfonds mit Fokus Events ist eingeleitet.

Die Entwicklung der Eventkoordination hat viele Erkenntnisse und Entwicklungen gebracht, so dass eine Änderung beim Billettsteuer-Fonds sich als unnötig erweist. Von einer Reglementsrevision wird deshalb abgesehen. Events könnten zulasten des bestehenden Kultur- und Sportförderungsfonds unterstützt werden, da sie in der Regel klar zuzuordnen sind. Hingegen soll im Zuge der Integration der Littauer Vereine in die Jugendsportförderung bei diesem Fonds eine Reglementsanpassung erfolgen, und zwar in dem Sinne, dass die vorhandenen Mittel vermehrt Vereinen zugute kommen, die jugendsportliche Aktivitäten entfalten. Diese Reglementsänderung soll am 1. Januar 2011 in Kraft treten.

Bewirtschaftung der Sport- und Freizeitanlagen, Gesamtkonzept
 (Projektplan Nr. L34002)

 Fünfjahresziel
 C3.5

Ein Gesamtkonzept für den Unterhalt und die Bewirtschaftung der Sport- und Freizeitanlagen (inkl. Schulräumen) ist erstellt.

Die Arbeiten konnten im Berichtsjahr wegen anderweitiger Ressourcen-Beanspruchung (Allmend-Projekt) nicht aufgenommen werden. Das Projekt wird im Jahr 2009 angepackt.

Kulturzentrum Südpol Luzern
 (Projektplan Nr. I30223)

 Fünfjahresziel
 C3.5

Kulturzentrum Südpol ist eröffnet.

Im Mai 2008 schlossen der Verein Südpol und die Stadt Luzern einen Gebrauchsleihe- und einen Subventionsvertrag ab, der die Basis für die Übergabe der entsprechenden Räume an die Betreiber des öffentlichen Kulturbetriebes bildet. Der Verein Südpol hat im Berichtsjahr personelle Besetzungen vorgenommen und intensiv an der Entwicklung von tragfähigen Organisations- und Betriebsstrukturen gearbeitet. Südpol-Betriebsleiter Philippe Bischof, die Verantwortlichen des Luzerner Theaters, der Musikschule und weitere kleine Nutzer haben dazu beigetragen, dass am Wochenende des 7. bis 9. November 2008 ein grossartiges Eröffnungsfest über die Bühne gehen konnte, das bei der Bevölkerung auf reges Interesse stiess. Der Südpol ist gestartet. Für das Jahr 2009 ist die Etablierung des eigentlichen Betriebs mit regelmässigem Kulturprogramm, Bistro- und Barbetrieb usw. vorgesehen. Die Bauarbeiten sind praktisch abgeschlossen. Es sind noch Mängelbehebungen notwendig. Die Abrechnung ist für 2009 zu erwarten.

4.2.2 Rechnungsergebnis im Überblick Präsidialstab, Stadtkanzlei, Personalamt

in Fr. 1'000.–

	Aufwand				Ertrag				Ergebnis		
	R 08	B 08	Abwei- chung	in %	R 08	B 08	Abwei- chung	in %	(Aufwand) / Ertrag netto	Mehrauf- wand/Min- derertrag	Minder- aufwand/ Mehrertrag
K100 Grosser Stadtrat	470	433	37	9%	0	0	0		(470)	37	
K101 Stadtrat	3'487	3'540	-53	-1%	146	148	-2	-1%	(3'342)		50
K111 Stadtkanzlei	4'926	4'233	693	16%	386	172	214	124%	(4'540)	479	
K112 Personalamt	2'243	1'986	257	13%	675	673	2	0%	(1'568)	254	
Spezialaufgaben											
K120 Leistungen Perso- nal und Rentner	7'727	6'486	1'241	19%	187	162	25	15%	(7'540)	1'216	
Total	18'853	16'678	2'175	13%	1'393	1'155	238	21%	(17'460)	1'986	50
Nettover- schlechterung											1'936

Gegenüber dem Budget schliesst die Rechnung 2008 der Bildungsdirektion+ (Stadtkanzlei und Personalamt) um Fr. 1,9 Mio. schlechter ab.

Nach einem strengen Jahr 2007 tagte der Grosse Stadtrat auch im Jahr 2008 an mehr Kommissions- und Parlamentssitzungen als üblich.

Beim Stadtrat reduzierten sich infolge Todesfalls die Kosten für Renten an pensionierte Stadträte und Bürgerräte. Die Feier für den neuen Kantonsratspräsidenten Adrian Borgula konnte nicht budgetiert werden.

Die Kosten für die Abklärungen und letztlich für den Abbruch des Verkaufs der Xundheit Öffentliche Gesundheitskasse AG betrugen insgesamt Fr. 260'000.–. Die Abschreibungskosten für das Dokumentenmanagement-System

Hummingbird wurden der Stadtkanzlei voll belastet.

Im Personalamt führten eine vorzeitige Pensionierung, höhere Versandkosten sowie die Abschreibungskosten auf die neue Software xpert.hrm zu Mehrkosten.

Bei den Leistungen für das städtische Personal schlugen die Teuerungsanpassungen auf die Renten mit Fr. 230'000.– zu Buche. Ausserdem machten wiederum deutlich mehr Angestellte als angenommen von der Möglichkeit einer frühzeitigen Pensionierung Gebrauch, was Mehrkosten von Fr. 338'000.– bedeutete. Am meisten schenkte die Einmaleinlage für die Besitzstandswahrung in die Pensionskasse der Mittelschullehrpersonen mit rund Fr. 670'000.– ein.

Bildungsdirektion

in Fr. 1'000.–

	Aufwand				Ertrag				Ergebnis		
	R 08	B 08	Abwei- chung	in %	R 08	B 08	Abwei- chung	in %	(Aufwand) / Ertrag netto	Mehrauf- wand/Min- derertrag	Minder- aufwand/ Mehrertrag
K310 Stab Bildungs- direktion	1'216	1'323	-107	-8%	238	231	8	3%	(977)		115
K3110 Volksschule	54'139	53'627	512	1%	12'596	12'123	472	4%	(41'544)	41	
K3111 Heilpädagogische Sonderschule	5'607	4'700	907	19%	6'046	6'490	-445	-7%	439	1'351	
K3112 Sprachheil- kindergarten	287	271	16	6%	344	100	245	245%	58		230
K3113 Schulgesundheits- dienst	105	114	-9	-8%	15	7	8	114%	(90)		17
K3114 Tagesschule	235	464	-229	-49%	59	131	-73	-56%	(176)		157
K3115 Elternschule	58	69	-12	-17%	22	21	2	10%	(36)		13
K312 Musikschule	6'809	6'666	143	2%	2'570	2'356	213	9%	(4'240)		70
K315 Kultur und Sport	4'151	4'273	-122	-3%	884	1'130	-245	-22%	(3'267)	124	
K317 Kinder- und Jugendzahnklinik <i>Spezialaufgaben</i>	1'291	1'527	-236	-15%	739	1'043	-304	-29%	(552)	68	
K320 Stadtbibliothek	1'947	1'986	-38	-2%	521	600	-79	-13%	(1'426)	40	
K321 Musik- und Atelier- zentrum Sedel	154	165	-11	-7%	63	65	-1	-2%	(91)		9
K322 Richard Wagner Museum	144	155	-11	-7%	45	38	7	18%	(99)		18
Total	76'142	75'340	803	1%	24'142	24'334	-193	-1%	(52'001)	1'624	629
Netto- verschlechterung											995

Die Rechnung 2008 der Bildungsdirektion schliesst mit einem Aufwand von Fr. 76,1 Mio. und einem Ertrag von Fr. 24,1 Mio. ab. Die Nettobelastung liegt mit rund Fr. 1 Mio. über dem Budget. Der grösste Teil ist mit den neuen kalkulatorischen Raumkosten sowie Mehraufwand in den Bereichen Volksschule, HPS, Kultur und Sport und Kinder- und Jugendzahnklinik begründet.

Beim Stab der Bildungsdirektion wurde bei den Städtepartnerschaften das Projekt "Flora Olomouc" auf Frühjahr 2009 verschoben.

Bei der Volksschule wurden 1 Kindergarten und 2 Primarklassen mehr geführt als angenommen.

Bedingt durch höhere Schülerzahlen musste an der HPS eine Klasse mehr geführt werden. Zusätzlich wurde nachträglich die Anschaffung von Informatikmitteln bewilligt.

Der neue Finanzausgleich NFA führte beim Sprachheilkindergarten zu einem Mehrertrag.

Das Projekt Tagesschule endete per 31. Juli 2008, dies führte zu einem Minderaufwand. Die Musikschule konnte ihre Schülerzahl steigern und erwirtschaftete einen Mehrertrag.

Temporäre Pensenmutationen im Zusammenhang mit der Sportarena Allmend, die Überführung von Kunstwerken vom Picasso-Museum in die Sammlung Rosengart an der Pilatusstrasse sowie die Anschaffung einer Wappenscheibe führten bei Kultur und Sport zu einem Mehraufwand.

Die Kinder- und Jugendzahnklinik besetzte eine Vakanz im Bereich Kieferorthopädie vorübergehend nicht, was einen entsprechenden Ertragsausfall zur Folge hatte.

Die Stadtbibliothek konnte die optimistisch geschätzten Ausleihzahlen nicht ganz erreichen. Der "Nonbook-Bereich" ist rückläufig.

4.2.3 Schulpflege

Die Schulpflege hat im Jahr 2008 an zehn halbtägigen Sitzungen sowie an einer externen Klausurtagung von anderthalb Tagen die jährlich wiederkehrenden Arbeiten und die Alltagsgeschäfte erledigt. Erstmals fanden im Hinblick auf den Vollzug der Fusion Littau-Luzern gemeinsame Sitzungen mit der Schulpflege Littau statt.

Den Schwerpunkt 2008 bildete die geplante Einführung der Integrativen Förderung in der Volksschule Stadt Luzern. Die Schulpflege hat sich vertieft mit den ersten Konzepten und Planungen des Rektorats auseinandergesetzt. Des Weiteren wurden folgende umfangreiche Themen behandelt: Weiterführung der Tagesschule Schulhaus Grenzhof in der additiven Form, Status der Schulpflege ab 1. Januar 2011 (Revision Gemeindeordnung) sowie Arbei-

ten/Strategie bis Ende 2010, Weiterentwicklung der Begabungsförderung und weiteres Vorgehen bei der Begabtenwerkstatt, Ausbau tägliche Bewegungs- und Sportstunde und Konkretisierung musisch-sportlicher Schwerpunkt in den Schulhäusern.

Seit 2005 führt der Kanton Luzern bei den städtischen Schulhäusern externe Evaluationen durch. 2008 fand im letzten Schulhaus der Stadt Luzern eine solche erste externe Überprüfung statt. Gesamthaft zeichnen die Resultate das Bild einer qualitativ guten bis sehr guten Volksschulbildung in der Stadt Luzern sowie eine hohe Zufriedenheit bei allen an der Schule beteiligten Personen. Einzelne Defizite wurden in Massnahmenplänen festgehalten und zum Teil bereits verbessert.

4.2.4 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen

Stadtkanzlei

Im Berichtsjahr wurden 1'155 Stadtratsbeschlüsse, 1'340 Posteingänge und 50 Berichte bzw. Berichte und Anträge verarbeitet. Dies entspricht dem langjährigen Durchschnitt. Das im Herbst 2007 gestartete Organisationsentwicklungsprojekt in der Stadtkanzlei im engen Sinne (ohne Stadtarchiv, Kommunikation, Telefonzentrale) wurde weitergeführt und wird im Rahmen des Fusionsprojekts mit Littau umgesetzt. Dabei sollen vor allem die Aufgaben des Sekretariats des Grossen Stadtrates und desjenigen des Stadtrates entflochten werden.

Im Spätherbst ist erstmals das "Statistikportal" zur Stadt Luzern erschienen. Es wurde im Auftrag des Stadtrates von Lustat Statistik Luzern entwickelt und tritt an die Stelle des Statistischen Jahrbuchs der Stadt Luzern, das zwischen 1999 und 2007 erschienen ist.

Anlässe

Aus den verschiedenen von der Stadtkanzlei organisierten Anlässen sind folgende erwähnenswert:

- Empfang anlässlich des 75. Geburtstags von Emil Steinberger am 6. Januar im Luzerner Theater und danach in der Kornschütte des Rathauses mit Ernennung des Jubilars zum Ehrenbürger der Stadt Luzern;
- Luzerner Empfang im Luzerner Theater am 14. März;
- Empfänge an zwei Anlässen des Europa Forums Luzern: "Der ländliche Raum im Aufbruch" am 24./25. April und "Die Schweiz in Europa zwischen politischem Alleingang und wirtschaftlicher Integration" am 10. November;
- Betreuung der Ehrengäste anlässlich des offiziellen Tags des Eidgenössischen Jodlerfests Luzern am 29. Juni;
- Feier zu Ehren des Stadtluzerner Kantonsratspräsidenten 2009 Adrian Borgula am 2. Dezember;
- Am 11. Dezember war der Stadtrat Ehrengast an der Gansabhauet in Sursee;
- Verleihung der Ehrennadel der Stadt Luzern an Claudia Moser, Kaspar Lang und Edwin Rudolf am 18. Dezember im Rathaus.

Kommunikation

Drei Themen beherrschten 2008 die Arbeit der Stelle für Kommunikation: die Entwicklungen auf der Luzerner Allmend, die Umsetzung des Fusionsvertrags Littau-Luzern sowie die Entwicklung des Projekts "Starke Stadtregion" Luzern. Die Stelle arbeitet nach einer

Kommunikationsstrategie, die der Stadtrat gutgeheissen hat. Sie trug 2008 den Titel "Den Dialog fördern". Ziel war es, vermehrt die direkte Kommunikation, das Gespräch mit den Anspruchsgruppierungen, zu führen. Die Hauptanspruchsgruppen des Stadtrates und der Verwaltung sind die Mitarbeitenden, die Bevölkerung, die politischen Institutionen und Gruppierungen sowie die Medien.

In der Strategie sind vier Kommunikationskampagnen formuliert:

1. Luzern gewinnt – Aufbruch zur starken Stadtregion;
2. Förderung nachhaltiger Entwicklung mit den Schwerpunkten: Förderung Wirtschaftsraum Luzern, Entwicklung Verkehrsinfrastrukturen, Revision Bau- und Zonenordnung;
3. Entwicklungsraum Allmend mit den Projekten Sportarena, Messeplatz, Ausbau Zentralbahn, Ersatzmassnahmen und Freiraum Natur;
4. Stärkung der Sicherheit in Luzern: Umsetzung Sicherheitsbericht, Projekte saubere und sichere Stadt.

Ende Februar und Ende November fanden Abstimmungen zur Allmend statt, denen Informationsphasen und sehr kontrovers geführte Abstimmungskampagnen vorangingen. Die Stelle für Kommunikation begleitete die Projekte intensiv mit Informationsmassnahmen wie Exkursionen sowie Ausstellungen mit Führungen.

Bei einem weiteren Hauptthema, der Entwicklung der "Starken Stadtregion Luzern", arbeitete die Kommunikationsstelle bei allen entscheidenden Schritten mit. Sie ist auf allen Stufen in die Organisation eingebaut.

Stadtarchiv

Die Fusion Littau-Luzern hat 2008 auch das Stadtarchiv beschäftigt. Mit der Integration des Gemeindearchivs Littau in das Stadtarchiv akzentuiert sich die Dringlichkeit, die Raumfrage zu lösen. Zudem ging es darum, den Bearbeitungsbedarf für die aktuellen Bestände des Gemeindearchivs Littau sowie den künftigen Zuwachs abzuklären und die damit verbundene Sollorganisation zu definieren. Der Antrag des Stadtarchivs nach einer Aufstockung um 50 Stellenprozente sowie nach zusätzlich notwendigen Sachmitteln für die Dauer von 10 Jahren wurde gutgeheissen. Die Aufarbeitung des Gemeindearchivs war bereits in der Langzeitplanung Littaus vorgesehen.

Für die Raumfrage fanden Machbarkeitsstudien für verschiedene Standorte statt, von denen zwei weiterverfolgt werden (in Littau und Kriens).

Trotz personeller Einschränkungen infolge eines Mutterschaftsurlaubes konnte das Stadtarchiv im Berichtsjahr gleich zwei neue Bände seiner Reihe "Luzern im Wandel der Zeiten" herausgeben:

- Sandro Frefel, Otti Gmür, René Regenass: "Genossenschaftlicher Wohnungsbau in der Stadt Luzern" (= LWZ, N.F., Heft 11), 2008
- Heinz Horat: "Seelust. Badefreuden in Luzern" (= LWZ, N.F., Heft 12), 2008

Letzterer wurde anlässlich der Ausstellung "Seelust" im Historischen Museum Luzern in Zusammenarbeit mit dem Stadtarchiv publiziert. In Eigenregie hat das Stadtarchiv überdies verschiedene historische Kleinausstellungen mit ausgewählten Bilddokumenten aus seinen Beständen produziert.

Last but not least erschien von Heidi Bossard-Borner: *"Im Spannungsfeld von Politik und Religion. Der Kanton Luzern 1831 bis 1875"* als Bd. 42 der Reihe "Luzerner Historische Veröffentlichungen", die das Stadtarchiv zusammen mit dem Staatsarchiv herausgibt.

Personalamt

Im Projekt Fusion Littau-Luzern konnten die gesetzten Ziele im Personalbereich erreicht werden. Für alle Führungspersonen der Littauer Gemeindeverwaltung wurden entweder interne Arbeitsmöglichkeiten bei der Stadt Luzern gefunden, oder es ergaben sich externe Lösungen. Auf der Ebene der Mitarbeitenden wurden wichtige Vorgehensprozesse definiert und erste Schritte eingeleitet. Das Ziel, dass alle Mitarbeitenden bis im Juni 2009 ihren neuen Einsatzplatz bei der Stadt kennen, dürfte erreicht werden.

Das Personalamt konnte zwei grosse Projekte erfolgreich abschliessen: Im Projekt Personalentwicklung wurde vom Stadtrat ein umfassendes Konzept verabschiedet. Dazu gehört eine Strategie, mit der die Mitarbeitenden und die Führungspersonen aktiv motiviert werden, sich weiterzubilden. Mit einem sowohl inhaltlich wie auch von der Gestaltung her attraktiven Weiterbildungsprogramm wird diese Strategie des Stadtrates umgesetzt. Neu können sich Mitarbeitende online an Kurse anmelden, was rege genutzt wurde.

Das zweite Projekt betrifft den Führungsbereich. Rund 300 Führungspersonen sind im Bereich Management und Mitarbeitenden-

führung geschult worden. Neu werden auch stadtinterne Führungskurse angeboten, um die neuen Führungspersonen auf ihre Aufgabe vorzubereiten und nicht zuletzt auch um das Führungsverständnis der Stadt Luzern zu vermitteln. Auch im Bereich der Berufsbildung setzt die Stadt einen Schwerpunkt. Die Stadt bildet rund 100 Lernende in 18 Berufen aus und beschäftigt ebenfalls gut 100 Praktikantinnen und Praktikanten. Bei den Heimen und Alterssiedlungen sind neue Berufe entstanden, wie die Fachangestellten Gesundheit und die Fachangestellten Beratung. Hier wird die Stadt in den nächsten Jahren die Anzahl der Ausbildungsplätze stark ausbauen; dies auch im Sinne einer förderlichen Nachwuchspflege und als Beitrag zur Berufsbildung Jugendlicher. Das Projekt Absenzenmanagement wurde im dritten Jahr weitergeführt. Über die ganze Stadt betrachtet sind die Absenzzahlen nochmals leicht zurückgegangen. Es braucht eine aktive Begleitung der erkrankten Mitarbeitenden durch die Führungspersonen; v. a. auch beim Wiedereinstieg. Intensiv bearbeiteten die Mitarbeitenden des Personalamtes die Einführung des Personalinformationssystems xpert.hrm, einer Software der Firma Sorecco. Dieses IT-System wird nicht nur die ganze Lohnverwaltung ablösen, sondern bietet den Führungspersonen auch elektronische Unterstützung in den Kernprozessen der Personalarbeit an (z. B. Personalgewinnung oder -honorierung).

Stab Bildungsdirektion

Neben den Kernaufgaben sowie der operativen Umsetzung der Fusion Littau-Luzern beschäftigte sich der Stab zur Hauptsache mit den folgenden Themen:

Schulärzte

2008 traten die neuen Bestimmungen des kantonalen Gesundheitsgesetzes in Kraft. Folge ist, dass neu die Gemeinden den schulärztlichen Dienst durchführen. Der Verband Luzerner Gemeinden (VLG) hat daraufhin Richtlinien für die Entlohnung der Ärzteschaft erlassen. Die beauftragten Schulärztinnen und Schulärzte in Stadt und Agglomeration Luzern befanden die vorgeschlagenen Tarife als zu tief, und Einzelne von ihnen legten in der Folge das Mandat nieder. Kurzfristig führte ein deutscher Arzt (wie für die Gemeinde Littau) die noch nicht gemachten Reihenuntersuchungen durch. Im Schuljahr 2008/2009 werden alle Kinder von ansässigen Pädiatern untersucht.

Metropolitanraum

Der in Gründung befindliche "Verein Metropolitanraum Zürich" wird Kantone, Städte und Gemeinden im Metropolitanraum Zürich in einer gemeinsamen Plattform zusammenschliessen.

Ziel des Vereins ist es, den gemeinsamen Raum von Schaffhausen bis Luzern zu stärken und die Wettbewerbsfähigkeit der einzig international wahrgenommenen Metropolitanregion der Schweiz langfristig zu erhalten. Im Vordergrund steht die Lebensqualität der Bevölkerung, die sich zunehmend mobiler verhält und die traditionellen Grenzen bei verschiedenen Gelegenheiten (Arbeit, Wohnen, Freizeit) überschreitet. Diesem Umstand wird Rechnung getragen, indem sich der Perimeter der neuen Organisation nicht an historischen Grenzen, sondern an funktional-räumlichen Begebenheiten orientiert.

Die Stadt Luzern vertritt die Interessen von Stadt und Kanton Luzern im obersten Lenkungsgremium.

Städtepartnerschaften

Chicagos Bürgermeister Richard M. Daley nützte seinen ersten, mehrtägigen Besuch in Luzern unter anderem, sich über das öffentliche Verkehrssystem in der Region informieren zu lassen.

Der Auftritt Luzerns an der traditionellen Gartenbauschau "Flora Olomouc" musste wegen Konzeptänderungen der Ausstellung auf das Jahr 2009 verschoben werden.

Volksschule

Die Informationen über das Geschäftsjahr 2008 der Volksschule sind im Bericht über den Leistungsauftrag mit Globalbudget für die Rechnung 2008 ausführlich dargestellt. In Ergänzung dazu wird nachfolgend nur über diejenigen Bereiche der Volksschule berichtet, welche nicht im Leistungsauftrag und Globalbudget enthalten sind.

Additive Tagesschule

Im Schulhaus Grenzhof wurde auf Beginn des Schuljahres 2008/2009 die erste additive Tagesschule der Stadt Luzern eröffnet. Damit ist im Rahmen des kantonalen Auftrags zur Umsetzung des Angebots von schul- und familienergänzenden Tagesstrukturen ein erster Schritt gemacht worden. Die Entwicklung wurde in enger fachlicher Zusammenarbeit mit der Bereichsleitung "Schulergänzende Kinderbetreuung" realisiert. Die Leitung der schul- und familienergänzenden Tagesstrukturen im Grenzhof ist der Schulleitung unterstellt.

Heilpädagogische Schule (HPS)

Im Rahmen des Leistungsauftrags und der Leistungsvereinbarung mit dem Kanton Luzern wurden durch die HPS sieben Lernende mit geistiger Behinderung in der Stadt Luzern (Kindergarten) und in den umliegenden Gemeinden in Regelklassen integriert gefördert. Den Lernenden wird nach Abklärungen durch die Fachstellen ein bestimmtes Pensum an heilpädagogischen Förderlektionen zugesprochen. Lehrpersonen der HPS fördern die Lernenden im Kindergarten oder in der Primarschule und beraten die Klassenlehrpersonen und Schulleitungen.

Sprachheilkindergarten

Zwischen dem Kanton Luzern und der Stadt Luzern als Trägerin des Sprachheilkindergartens besteht seit 1. Januar 2008 ein Leistungsauftrag und eine Leistungsvereinbarung mit einer pauschalen Leistungsabgeltung. Dies war durch die Neuverteilung der Aufgaben zwischen dem Bund und den Kantonen (NFA) notwendig, da seit 1. Januar 2008 der Kanton und die Gemeinden für die Sprachheilbehandlung und den Transport der Lernenden zuständig sind. Der Sprachheilkindergarten bietet zehn Plätze an und nimmt Kinder der Stadt Luzern und der umliegenden Gemeinden auf.

Musikschule

Auf das Schuljahr 2008/2009 wurden zwei Teilkzentren der Musikschule eröffnet: 20 Musikzimmer und drei Säle im Kulturzentrum Südpol und acht Musikzimmer im Dachstock der Dula-Turnhalle. Die Stadt Luzern hat Raum für Musikerziehung geschaffen. Die Schülerzahl wächst seit Jahren sanft an. 2'950 ist eine Rekordzahl. Mit der Fusion der Musikschulen Littau und Luzern wurde die Führungsstruktur angepasst. Nach der Fusion werden an der Musikschule 125 Lehrpersonen 3'700 Lernende unterrichten. Deshalb wurde die Aufteilung in drei Fachbereiche beschlossen: Klavier und Gesang (Leitung Bernhard Mettler, bis Ende 2009 Musikschulleiter in Littau, Prorektor, neu), Blas- und Schlaginstrumente (Leitung Thomas Limacher, Prorektor der MSL, bisher) sowie Saiteninstrumente und Blockflöte (Barbara Betschart, Prorektorin, neu ab 1. August 2009).

Kultur und Sport

Die Abteilung stand im Berichtsjahr deutlich im Zeichen des Allmend-Projekts. Nachdem die erste Abstimmung über die Umzonung im Februar 2008 positiv verlaufen war, ging es darum, die Vorlage für die definitive Abstimmung zu entwickeln. Hierzu waren Verhand-

lungen mit den Investoren/Realisatoren sowie verschiedenste Aktivitäten auf Verwaltungsebene laufend zu koordinieren und in Einklang zu bringen. Die Dienstchefin übernahm ab 1. März 2008 die interne Projektleitung und -koordination und wurde für diese Aufgabe zu 50 Prozent freigestellt. Verschiedene Mitarbeitende der Abteilung haben diese Penserverschiebung mitgetragen und sorgten so für einen trotzdem reibungslosen Betrieb im Interesse von Kultur und Sport. Die Volksabstimmung vom 30. November 2008 ergab eine 55-prozentige Zustimmung zum Projekt, das somit realisiert werden kann. Die Sportanlagen auf der Luzerner Allmend stehen vor einer umfassenden Erneuerung. Diese kann nun angepackt werden, da die laufenden Verfahren (Gestaltungsplan, Baubewilligung) abgeschlossen sind.

Im Herbst konnte allen Kultur- und Sportvereinen mitgeteilt werden, mit welchen finanziellen Auswirkungen die Integration in das Luzerner Fördersystem verbunden ist. In allen Fällen wurden Lösungen gefunden, die für die Vereine kostenneutral oder positiv sind.

Nachdem der Grosse Stadtrat mit der Zustimmung zum Subventionsvertrag gemäss B+A 50/2007 die Basis für die Integration der Donation Rosengart in die Sammlung Rosengart gelegt hatte, fand der Umzug im Mai 2008 statt. Die Donation Rosengart im Am-Rhyn-Haus wurde Ende März 2008 geschlossen.

Die Stiftung Salle Modulable, welche in Luzern einen Saal für modernes Musiktheater errichten will, nahm im Berichtsjahr erste konzeptionelle Arbeiten mit Blick auf die Realisierung dieses Projekts auf. Die Stadt Luzern wirkte bei diesen Arbeiten durch die Dienstchefin Kultur und Sport mit, die gleichzeitig im Stiftungsrat des Luzerner Theaters Einsitz hat. Der Stadtrat steht diesem Projekt positiv gegenüber, sieht aber komplexe kultur- und standortpolitische Fragestellungen damit verbunden, die eine enge Zusammenarbeit zwischen privaten Initianten und öffentlicher Hand notwendig machen. Dies umso mehr als beabsichtigt ist, das Haus in der Stadt Luzern, an zentraler Lage, möglicherweise gar auf einem Baurechtsgrundstück der Stadt Luzern, zu errichten.

Gerade noch rechtzeitig auf die Saison konnte das Sommercafé beim Richard Wagner Museum in Betrieb genommen werden. Die ersten Erfahrungen sind positiv: Museum, Besuchende und Spazierende haben dieses neue Angebot gut aufgenommen.

Integrationsbeauftragte

Am 1. Januar 2008 ist das neue Ausländergesetz auf Bundesebene in Kraft getreten. Die Integrationsstelle hat die Projektförderung und die Informationsinstrumente den Neuerungen auf Bundes- und Kantonsebene angepasst. Die Leistungsvereinbarung mit dem Verein Sentitreff wurde erneuert, und das Parlament hat mit dem B+A 27/2008 "BaBeL – Nachhaltige Quartierentwicklung Basel-/Bernstrasse Luzern II" einen finanziellen Beitrag für die nächsten drei Jahre bewilligt. Im Frühbereich wurde der Dialog mit den Spielgruppenleiterinnen aufgenommen, eine erste Bestandesaufnahme gemacht und die Förderung gestartet. Das Pilotprojekt zur Stärkung der Mütter- und Väterberatungsstelle wurde vorbereitet. Die Integrationsstelle hat auch eine Bestandesaufnahme der afrikanischen Vereine und Schlüsselpersonen in Luzern gemacht, welche die Grundlage für eine transparente und gute Zusammenarbeit bietet.

Stadtbibliothek

Die Stadtbibliothek als externer Betrieb im Bourbaki Panorama ist die grösste öffentliche Bibliothek der Zentralschweiz. Sie versorgt die Bevölkerung von Stadt und Agglomeration mit einem breiten Mediensortiment zur Bildung und Unterhaltung. Nach zwei Jahren Ausleihrückgang konnte 2008 das Niveau des Vorjahres gehalten werden. Folgende neue Dienstleistungen wurden eingeführt: E-Mail-Benachrichtigung vor Ablauf der Ausleihfrist, Reservation nicht ausgeliehener Medien, freier Internet-Zugang mit eigenen Geräten über WLAN. Für eine detaillierte Berichterstattung wird auf den Jahresbericht des Bibliotheksverbandes Region Luzern verwiesen.

Kinder- und Jugendzahnklinik (KJZK)

Die Gemeinden Littau und Luzern verfügen im schulzahnärztlichen Dienst über unterschiedliche Systeme. Im Rahmen des Vollzugs der Fusion Littau-Luzern wurde die Zukunft der KJZK unter Einbezug eines externen Experten geprüft. Gleichzeitig hat die langjährige Kieferorthopädin wegen Mutterschaft gekündigt. Da der Stadtrat zuerst die Zukunftsfrage geklärt haben wollte, wurde die Kieferorthopädie an der KJZK vorläufig sistiert, und die in Behandlung stehenden Kinder und Jugendlichen wurden externen Kieferorthopäden zugewiesen.

Die Prüfung hat gezeigt, dass es Sinn macht, die beiden unterschiedlichen Systeme (Luzern staatliche KJZK und Littau mehrere Privat-Zahnarztpraxen) auch im vereinigten Gemeinwesen

weiterzuführen. Die Stelle für eine Kieferorthopädin/einen Kieferorthopäden wurde wieder ausgeschrieben. Allerdings soll die

Person nicht mehr durch die Stadt angestellt werden, sondern analog einem Zahnärztezentrums auf eigene Rechnung arbeiten.

4.2.5 Kennzahlen

Im Sinne der ergebnisorientierten Verwaltung werden die Kennzahlen einzelner Dienstabteilungen und Bereiche dargestellt.

4.2.5.1 Stadtkanzlei

a) Aufgaben / Dienstleistungen

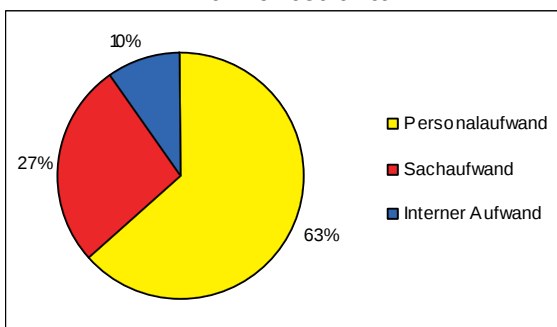
Die Stadtkanzlei ist eine wichtige Anlaufstelle für Fragen aus der Bevölkerung. Als Stabsstelle erbringt die Stadtkanzlei Dienstleistungen für den Stadtrat und die Verwaltung und führt das Sekretariat des Grossen Stadtrates von Luzern. Der Stadtkanzlei sind zwei Bereiche angegliedert: Die Stelle für Kommunikation stellt die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Luzern sicher, das Stadtarchiv gewährleistet mit der Sicherung, Aufbewahrung, Erschliessung, Auswertung und Beratung die langfristige Zugänglichkeit des überlieferungswürdigen städtischen und stadtbezogenen Schriftguts. In der Stadtkanzlei arbeiten 31 Personen (2'130 Stellenprozente).

b) Ergebnis

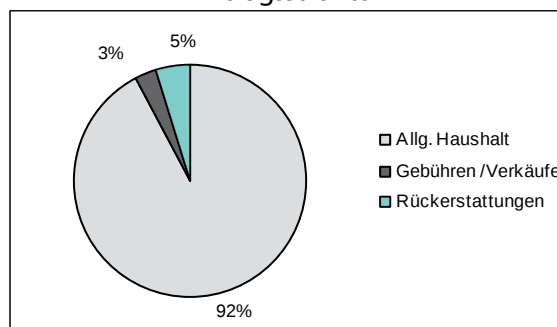
	R 2007	R 2008	B 2008	Abw. zu B 08 in Fr.	Abw. zu B 08 in %	Abw. zu R 07 in Fr.	Abw. zu R 07 in %
Aufwand	5'283'482	4'925'929	4'232'900	693'029	16%	-357'553	-7%
Ertrag	320'348	386'068	172'400	213'668	124%	65'721	21%
Ergebnis	-4'963'134	-4'539'860	-4'060'500	-479'360	-12%	423'274	9%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2004	2005	2006	2007	2008
Kanzleidienste					
Ausgefertigte Stadtratsbeschlüsse inkl. Berichte und Anträge (B+A) und Protokollnotizen	1'407	1'246	1'316	1'193	1'234
Anzahl Beglaubigungen	559	458	486	714	705
KOMM					
Anzahl Medienorientierungen	25	23	21	38	49
Anzahl Medienmitteilungen	343	269	309	370	371
Stadtarchiv					
Neuzugang Aktenbestand in Laufmetern	112,37	66,43	94,75	85,41	57,02
Auskünfte (Benutzungstage)	1'091	1'220	1'169	1'342	1'400
Pensenaufwand für Auskünfte	43%	48%	50%	60%	65%

e) Kommentar

Die Anzahl ausgefertigter Stadtratsbeschlüsse blieb 2008 gegenüber dem Vorjahr konstant. In dieser Zahl inbegriffen sind 79 Protokollnotizen und 50 Berichte und Anträge.

Beim Stadtarchiv stiegen die Benutzungstage im Berichtsjahr um 4 %, wobei die Zahl der Besucherinnen und Besucher um 17 % wuchs. Gegenüber 2008 wurden 16 % mehr Dossiers ausgegeben. Die Zuwächse lagen vor allem bei der privaten Nutzung, sodass das Verhältnis amtliche und private Nutzung nun bei 30:70 liegt.

Im Zentrum der Kommunikationsarbeiten standen die Projekte auf der Allmend. Die Stelle für Kommunikation betreute die Projekte aus Sicht der Stadt für die beiden zentralen Abstimmungstermine im Februar (Sportarena, Zentralbahn, Messe Luzern) und im November (Sportarena). Ein zweites Schwergewicht in der Kommunikation befasste sich mit der Entwicklung des Projekts "Starke Stadtregion" und mit der Umsetzung des Vertrags zur Fusion von Littau und Luzern.

4.2.5.2 Musikschule

a) Aufgaben / Dienstleistungen

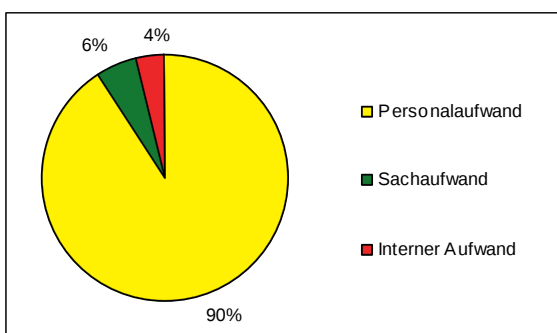
An der Musikschule werden Kinder und Jugendliche mit Wohnsitz in der Stadt Luzern bis zum erfüllten 20. Lebensjahr zu einem vergünstigten Jugendtarif unterrichtet. Lernende von kantonalen Mittelschulen und von Aussengemeinden können zu lohnkostendeckenden Tarifen aufgenommen werden. Seit 1986 wird auch Erwachsenen Musikunterricht zu lohnkostendeckenden Schulgeldtarifen erteilt. Hauptangebot ist der Instrumental-, Gesangs- und Ensembleunterricht. Als Lehrkräfte sind diplomierte Musiklehrpersonen nach kantonalem Recht im öffentlich-rechtlichen Arbeitsverhältnis angestellt. Das Schulgeld wird in Abstimmung mit den Agglomerationsgemeinden und den kantonalen Richtlinien vom Stadtrat festgesetzt. In begründeten Fällen werden für Kinder und Jugendliche aus Luzern Schulgeldermässigungen gewährt. Auf das Schuljahr 2008/2009 wurden die Teilzentren Südpol mit 20 Musikzimmern und 3 Sälen und das Teilzentrum Dula mit 8 Musikzimmern eröffnet.

b) Ergebnis

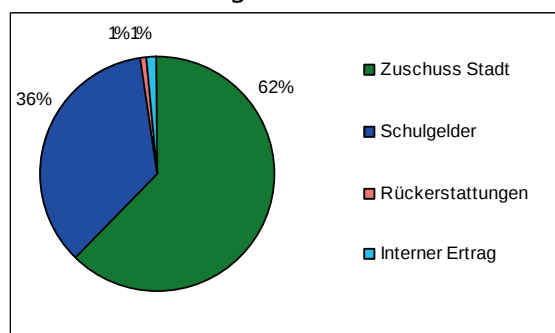
	R 2007	R 2008	B 2008	Abw. zu B 08 in Fr.	Abw. zu B 08 in %	Abw. zu R 07 in Fr.	Abw. zu R 07 in %
Aufwand	6'397'110	6'809'458	6'666'300	143'158	2%	412'348	6%
Ertrag	2'447'942	2'569'834	2'356'400	213'434	9%	121'892	5%
Ergebnis	-3'949'168	-4'239'624	-4'309'900	70'276	2%	-290'456	-7%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Rechnungsjahr Schuljahr	2004 2003/04	2005 2004/05	2006 2005/06	2007 2006/07	2008 2007/08	Veränd.
Anzahl Schüler/innen total	2'783	2'802	2'867	2'930	2'950	+20
davon Erwachsene	218	244	261	273	257	-16
Aufwand pro Schüler und Jahr (brutto) in Fr.	2'135	2'057	2'114	2'183	2'308	+125
Kostendeckungsgrad insgesamt	43,7%	36,9%	38,1%	39,8%	38,2%	-1,6%
Anzahl Pensen (umgerechnet in Vollpensen)	42,2	40,24	40,85	41,76	41,69	-0,07

e) Kommentar

Der Kostendeckungsgrad beträgt 38,2 %. Damit wird die langjährige Vorgabe von 35 % erneut übertroffen. Die im Vergleich zum Budget um Fr. 72'000.– bessere Rechnung ist eine Folge der damals als Massnahme innerhalb des EÜP eingeführten Dreissigminutenlektion für Anfänger und des Qualitätsmanagements. 2'950 Schülerinnen und Schüler bedeuten erneut eine Rekordschülerzahl seit der Gründung der Musikschule im Jahr 1861.

4.2.5.3 Kultur und Sport

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Seit dem 1. Juli 2006 besteht die Dienstabteilung Kultur und Sport. Eine Organisationsentwicklung im Jahr 2008 führte zu einer Gliederung in die Bereiche Förderung und Infrastruktur. Alle Fragen rund um Kulturanlässe, -projekte und -angebote, aber auch Sportveranstaltungen und -events sowie das umfangreiche Beitragswesen sind dem Bereich Förderung zugewiesen. Der Bereich Infrastruktur verwaltet die städtischen Turn- und Sportanlagen sowie die Aulen, Singsäle, Küchen und Schulzimmer ausserhalb der Schulzeit und ist Fachstelle für Bau und Betrieb von Sportanlagen. Die Organisation der Schulsportanlagen ausserhalb der Schulzeit und die Ferien-Sportwochen sind eine gemeinsame Aufgabe. Die Stadtbibliothek als externer Betrieb in der Bourbaki-Liegenschaft fungiert zum einen als Gemeindebibliothek und zum andern als Zentralstelle des interkommunalen Bibliotheksverbandes.

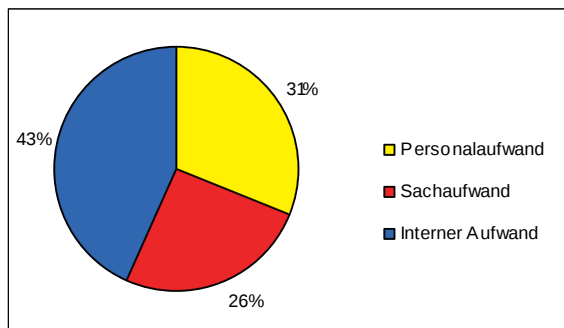
Mit zur Dienstabteilung gehört auch die Integrationsbeauftragte, welche die Aufgaben und Leistungen gemäss den periodisch vom Parlament beschlossenen Berichten und Anträgen zur Integrationspolitik erfüllt (letztmals per 2006 für die Jahre 2006 bis 2009).

b) Ergebnis Kultur und Sport

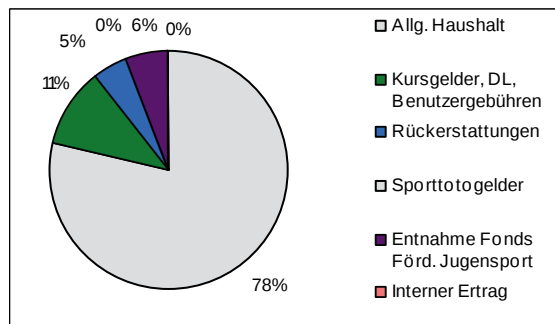
	R 2007	R 2008	B 2008	Abw. zu B 08 in Fr.	Abw. zu B 08 in %	Abw. zu R 07 in Fr.	Abw. zu R 07 in %
Aufwand	4'734'624	4'151'234	4'272'800	-121'566	-3%	-583'390	-12%
Ertrag	962'173	884'237	1'129'700	-245'463	-22%	-77'936	-8%
Ergebnis	-3'772'451	-3'266'997	-3'143'100	-123'897	-4%	505'454	13%

c) Allgemeine Kennzahlen Kultur und Sport

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Die Zahlen zum Beitragswesen in der Kulturförderung werden seit einigen Jahren gemäss Grundlagenbericht Kultur-Standort Luzern vom Mai 2001, Seite 25, dargestellt, jedoch ohne anteiligen administrativen Aufwand: Aufgerechnet werden zunächst die Aufwendungen im Beitragswesen sowie ferner die Aufwendungen für das Probe- und Atelierzentrum Sedel und für den Kunstpreis. Es handelt sich weitestgehend um Subventionen bzw. Beiträge an Dritte – die Rechnungszahlen bei den entsprechenden Konti geben Auskunft über Bezüger und Höhe der Beträge im Einzelnen.

Beitragswesen Kulturförderung

	R 2007	R 2008	B 2008	Abw. zu B 08 in Fr.	Abw. zu B 08 in %	Abw. zu R 07 in Fr.	Abw. zu R 07 in %
Kulturförderung aus LR	17'788'132	18'659'136	18'551'100	108'036	1%	-871'005	-5%
Kulturförderung aus Billettsteuer	2'782'607	3'419'881	3'385'400	34'481	1%	-637'274	-23%
Total	20'570'739	22'079'017	21'936'500	142'517	1%	-1'508'279	-7%

Im Folgenden werden im Sinne der Fortschreibung der früheren Kennzahlen nur ganz wenige und punktuelle Leistungen der Abteilung Kultur und Sport beleuchtet. Kenngrössen mit mehr Aussagekraft sind im Kulturbereich den Berichten und Rechenschaftspapieren der unterstützten Institutionen zu entnehmen, die zumeist als Vereine oder Stiftungen organisiert sind. Für das Controlling derselben durch die Verwaltung findet das Reglement über das Beteiligungs- und Beitragscontrolling Anwendung.

Kulturförderung

Rechnungsjahr	2005	2006	2007	2008	Abw.
Aufwand (exkl. Abschreibungen und Zinsen auf Kulturbeiträgen, netto) für Kulturförderung pro Einwohner/in der Stadt in Fr.	402.35	409.95	401.85	427.30	+6.34%

Hallenbelegungen

	2005		2006		2007		2008		Veränderung in %
	Std./ Woche	Std./ Jahr	Std./ Woche	Std./ Jahr	Std./ Woche	Std./ Jahr	Std./ Woche	Std./ Jahr	
Drittbelegung									
Belegungen Erwachsene (E)	560	25'760	667	30'682	632	29'072	653	30'038	3,3
davon Turnhallen (46 Kalenderwochen)	435	20'010	489	22'494	519	23'874	514	23'644	-1,0
Belegungen Jugendliche (J)	994	45'724	1'067	49'082	908	41'768	757	34'822	-16,6
davon Turnhallen (46 Kalenderwochen)	564	25'944	553	25'438	573	26'358	593	27'278	3,5
Total E und J	1'554	71'484	1'734	79'764	1540	70'840	1410	64'860	-8,5
davon Vereinsbelegungen Turnhallen (46 Kalenderwochen)	999	45'954	1'042	47'932	1092	50'232	1107	50'922	1,4
Vergleich: Schulbelegungen (40 Kalenderwochen)	1'255	50'200	1'094	43'760	1'144	45'760	1183	47'320	3,4

e) Kommentar

Der gegenüber 2007 erhöhte Aufwand pro Kopf der Bevölkerung ist vor allem auf die 2008 erstmals ausgerichtete Jahressubvention an das neue Kulturzentrum Südpol sowie auf die Erhöhung des Subventionsbetrags an die Stiftung Rosengart durch die Integration der Donation Rosengart (ehemaliges Picasso-Museum) in die Sammlung Rosengart zurückzuführen.

Der Sanierungsaufwand in einzelnen Schulhäusern (Pestalozzi, Tribtschen, Utenberg) führte zum Rückgang der Belegungen durch Vereine. Durch die aufgrund der Sanierungsarbeiten erfolgte Verdichtung des regulären Schulbetriebs in einzelnen Schulhäusern (Säli, Wartegg, Unterlöchli) wurde die Möglichkeit der Drittbelegung durch Vereine eingeschränkt.

Der gegenüber dem Budget 2008 tiefer ausgewiesene Ertrag der Abteilung lässt sich im Wesentlichen auf folgende Punkte zurückführen: Die Sportanlagen wurden 2008 wiederum vermehrt von Jugendlichen gebührenfrei genutzt, gleichzeitig sank die kostenpflichtige Belegung durch Erwachsene leicht. Ebenfalls bewegten sich die Raum- und Sportanlagenbelegungen auf einem tieferen Niveau als bei der Budgetierung angenommen. Im Zusammenhang mit dem Projekt Sportarena Allmend musste durch die Stadt ein Ausfall von Mieteinnahmen durch Drittbelegungen in Kauf genommen werden.

4.2.5.4 Fonds zur Unterstützung kultureller Aktivitäten

a) Beschreibung

Der FUKA-Fonds ist im Bereich der städtischen Kulturförderung das zentrale Instrument der Stadt Luzern für die Veranstaltungs- und Projektförderung. Der FUKA-Fonds bezweckt die Förderung und Unterstützung kultureller Projekte und kultureller Aktivitäten. Er fördert ein möglichst breites Spektrum kultureller Aktivitäten von Kulturschaffenden und Veranstaltern mit Bezug zur Stadt Luzern; dies in Form von Produktions- und Veranstaltungsbeiträgen. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Innovationsförderung und auf Anschubfinanzierungen.

Herkunft der Mittel

Der Fonds wird aus dem Billettsteuerertrag der Stadt Luzern gespeist. 15 % der entsprechenden Erträge werden jährlich in den Fonds eingelegt. Die Billettsteuer wird bei den steuerpflichtigen Veranstaltern der Stadt Luzern erhoben und kommt vollends der Sport- und Kulturförderung zugute. Es handelt sich um ein Instrument, das einen finanziellen Ausgleich zwischen Sport- und Kulturförderung schafft und gleichzeitig eine verursacherbezogene Finanzierung der entsprechenden Kosten ermöglicht (Finanzierung zulasten der Veranstaltungsbesuchenden und nicht zulasten der städtischen Steuerzahlenden). Die jährliche Einlage von rund Fr. 40'000.– in den regionalen Kulturfonds der RKK (1/3 Kanton, 1/3 Stadt und 1/3 Agglomerationsgemeinden) stammt ebenfalls aus dem FUKA-Fonds.

Fondsverwaltung

Die Fondsverwaltung wird vom Stadtrat von Luzern eingesetzt. Ihr gehören verwaltungsexterne Personen an, die über die entsprechenden Kenntnisse der Luzerner Kulturszene verfügen und als Kulturvermittler/innen in der Lage sind, über die eingehenden Gesuche zu entscheiden. Die Fondsverwaltung entscheidet abschliessend. Die Abteilung Kultur und Sport (Kulturförderung) ist in der Fondsverwaltung vertreten. Ihr obliegt die notwendige Koordination mit den übrigen Instrumenten städtischer, regionaler und kantonaler Kulturförderung.

b) Ergebnis

	2004	2005	2006	2007	2008
Einlage in den FUKA-Fonds (Billettsteuer)	788'496.75	665'433.95	740'230.20	720'482.05	722'181.10
Rückerstattungen	188.00	0	0	0	2'600.00
Darlehen/Rückstellungen	205'000.00	50'000.00	0	0	
Total Fondseinlagen	788'456.75	665'433.95	740'230.20	720'482.05	722'181.10
Geleistete Beiträge pro Jahr	791'164.10	835'036.25	869'740.45	730'123.30	769'129.60
Fondsreserve per 1.1.	934'438.30	1'136'958.95	1'017'356.65	887'846.35	878'205.10
Fondsreserve per 31.12.	1'136'958.95	1'017'356.65	887'846.35	878'205.10	833'856.60

c) Spezifische Kennzahlen

Die durch den FUKA-Fonds geförderten kulturellen Sparten ergeben folgende Werte (in %-Anteilen):

Sparte	2004	2005	2006	2007	2008	Veränd.
Ausstellungen/Installationen	9	9	11	13	12	-1
Musik inkl. CDs (alle Sparten)	28	32	24	24	25	+1
Theater/Tanz/Performance	23	21	29	28	21	-7
Film/Video	8	9	7	7	6	-1
Druckkosten (inkl. Literatur)	13	17	11	5	9	+4
Spartenübergreifende/diverse Projekte	19	12	18	14	23	+9
Kulturvermittlung/Verwaltung				3/6	2/2	-1/-4

d) Kommentar

Im Jahr 2008 wurden an sieben Fondssitzungen rund 315 Gesuche behandelt. Zusätzlich haben drei Sitzungen stattgefunden, um grundsätzliche Fragestellungen zur Förderpraxis zu diskutieren. Der FUKA-Kiosk erfreut sich grosser Beliebtheit in der Bevölkerung. Insgesamt haben im Jahr 2008 sieben Kiosköffnungen in der Heiliggeistkapelle stattgefunden. Das Kulturvermittlungsprojekt "Kostprobe" wurde zwei Mal durchgeführt.

Das Pilotprojekt von Stadt und Kanton Luzern "Theater- und Tanzförderung Luzerner Selektion" wurde abgeschlossen.

4.2.5.5 Fonds zur Förderung und Unterstützung des Jugendsportes

a) Beschreibung

Als beitragsberechtigte Sportvereine gelten alle Stadtluzerner Organisationen, welche Schüler- und Jugendabteilungen führen, deren Mitglieder 7- bis 19-jährig sind, unter der Obhut von qualifizierten Leitern stehen und einen regelmässigen Trainingsbetrieb aufrechterhalten. Teilweise beitragsberechtigt sind Organisationen, die sinngemäss nur teil- oder zeitweise ein sportliches Programm anbieten, z. B. Pfadfinder. Diese gelten als Assoziierte.

Die Fondseinlage beträgt 15 % der Billettsteuererträge, wovon 60 % gemäss nachstehender Aufschlüsselung verteilt werden, 40 % sind in der Laufenden Rechnung für den Bereich Sportförderung einberechnet. Der jährlich zur Verfügung stehende Anteil aus der Fondseinlage wird wie folgt aufgeteilt: 20 % Vereinsquote und 80 % Kopfquote.

Der Vereinsquotenbeitrag ist ein Grundbeitrag, der folgendermassen abgestuft wird:

- Stufe I bis 50 Aktivmitglieder
- Stufe II 51–150 Aktivmitglieder
- Stufe III 151–300 Aktivmitglieder
- Stufe IV ab 301 Aktivmitgliedern

Der Kopfquotenbeitrag ist ein Beitrag an die Leiterentschädigung, der sich nach der Gesamtzahl der erfassten Jugendlichen richtet.

b) Ergebnis

	2005	2006	2007	2008
Total Fondseinlagen/Billettsteuern	665'433.95	740'230.20	720'482.05	722'181.10
Ausbezahlte Beiträge pro Jahr	461'461.00	438'358.30	476'570.00	487'983.00
Entnahme für K+S Sportteil				500'000.00
Entnahme für Jugendsport	299'788.74	269'685.45	300'310.00	238'151.20
Fondsreserve (2036.13) per 1.1.	958'306.50	862'580.71	894'767.16	838'369.21
Fondsreserve per 31.12.	862'580.71	894'767.16	838'369.21	334'416.11

c) Spezifische Kennzahlen

Die durch den Jugendsport-Fonds geförderten Sparten sind sehr unterschiedlich. In Franken und prozentmässig ergeben sich folgende Werte:

Sparte	2005	Anteil in %	2006	Anteil in %	2007	Anteil in %	2008	Anteil in %
Ballsportarten (Hallen, Rückschlagspiele)	92'628	20,1	91'837	21,0	96'480	20,2	104'695	21,7
Fussball und Landhockey	102'346	22,2	87'938	20,1	107'310	22,6	100'530	20,8
Leichtathletik, Turnen und polysportive Arten	82'359	17,8	75'474	17,2	86'780	18,2	81'965	17,0
Schnee-, Eis-, Bergsport	65'073	14,1	56'911	13,0	60'115	12,6	71'090	14,7
Radsport	3'825	0,8	3'453	0,8	3'915	0,8	3'685	0,8
Wassersport	43'204	9,4	44'878	10,2	50'230	10,5	48'050	10,0
Schiesssport			2'651	0,6	2'945	0,6		
Kampfsport	23'112	5,0	29'937	6,8	19'520	4,1	27'500	5,7
Diverse ³	44'259	9,6	41'464	9,5	44'490	9,4	40'485	8,4
Assoziierte	4'655	1,0	3'815	0,9	4'785	1,0	4'845	1,0
Total	461'461	100	438'358	100	476'570	100	482'845	100

d) Kommentar

Die ausbezahlten Beiträge an die Vereine für den Jugendsport belaufen sich auf rund Fr. 483'000.–. Dies entspricht 67 % der Billettsteuereinlage in den Jugendsport-Förderungsfonds. Weitere rund Fr. 240'000.– wurden dem Fonds entnommen, um Jugendsportveranstaltungen wie Oster- und Herbstsportwochen sowie Hallenbad- und Kunsteisbahneintritte der Stadtschule zu finanzieren. Die Fondsreserve hat sich per 31.12. um Fr. 500'000.– durch eine Entnahme zugunsten des Sportteils K+S-Fonds zur Kompensation der Aufwendungen des K+S-Fonds, welche auch dem Bereich Jugendsportförderung zugeordnet werden können, vermindert.

³ Behindertensport, Billard, OL, Golf, Fechten, Frisbee, Reiten, Rugby, Schach, Schwingen.

4.2.5.6 Stadtbibliothek

a) Aufgaben / Dienstleistungen

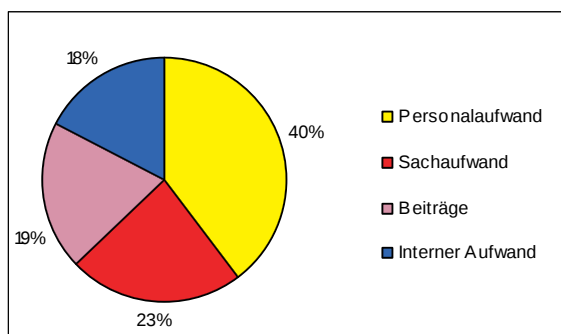
Die Stadtbibliothek Luzern ist Mitglied des Bibliotheksverbandes Region Luzern (BVL). Von den 106'000 BVL-Medien für die sieben Verbandsgemeinden waren per Ende 2008 64'200 Einheiten der Stadtbibliothek zugeteilt. Zu diesem Angebot kommen der Eigenbestand von 20'600 Medien sowie 150 Zeitungen und Zeitschriften. Den 21'000 aktiven Kundinnen und Kunden der Stadtbibliothek Luzern stehen somit insgesamt 85'000 verschiedene Medien für alle Altersstufen zur Verfügung.

b) Ergebnis

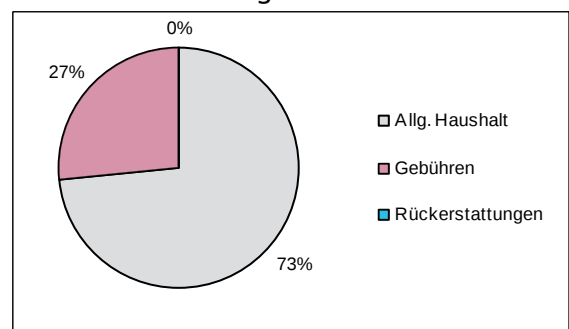
	R 2007	R 2008	B 2008	Abw. zu B 08 in Fr.	Abw. zu B 08 in %	Abw. zu R 07 in Fr.	Abw. zu R 07 in %
Aufwand	1'966'471	1'947'011	1'985'500	-38'489	-2%	-19'460	-1%
Ertrag	550'611	520'940	600'000	-79'060	-13%	-29'671	-5%
Ergebnis	-1'415'859	-1'426'071	-1'385'500	-40'571	-3%	-10'211	-1%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Anzahl Ausleihen	520'556	569'372	587'194	542'981	527'645	526'800
Bestandeszahl	77'001	84'951	88'333	89'351	85'922	84'821
Umsetzung des Bestandes	6,76-mal	6,70-mal	6,65-mal	6,08-mal	6,14-mal	6,21-mal
Ø Kosten pro Ausleihe	Fr. 3.50	Fr. 3.27	Fr. 3.29	Fr. 3.67	Fr. 3.73	Fr. 3.70
Eintritte		279'639	282'296	266'388	256'992	254'751
Kunden, aktive	20'197	21'463	21'985	21'550	20'998	20'752
Zusammensetzung						
Anteil Stadt	49,6%	49,8%	50,2%	49,8%	49,5%	50,3%
Anteil BVL	20,8%	20,3%	20,2%	21,0%	21,1%	20,2%
Anteil übrige	29,6%	29,9%	29,6%	29,2%	29,4%	29,5%

e) Kommentar

Nach zwei Jahren mit leicht rückläufigen Ausleihzahlen konnte dieser Trend letztes Jahr gestoppt werden. Die erneute leichte Steigerung der Buchausleihe konnte den Rückgang der Ausleihe von Nonbooks (CD, CD-ROM, DVD) fast wettmachen. Video- und Tonkassetten sind nun definitiv aus dem Angebot verschwunden, was die rückläufige Bestandeszahl erklärt.

Mit einer über sechsfachen Umsetzung des Bestandes und über einer Viertelmillion Besucherinnen und Besuchern pro Jahr gehört die Stadtbibliothek Luzern zu den meistfrequentierten öffentlichen Bibliotheken der Schweiz.

Weitere Informationen können dem Jahresbericht des Bibliotheksverbandes Region Luzern entnommen werden.

4.2.5.7 Kinder- und Jugendzahnklinik

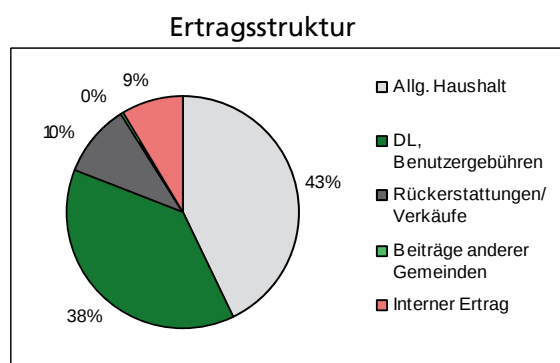
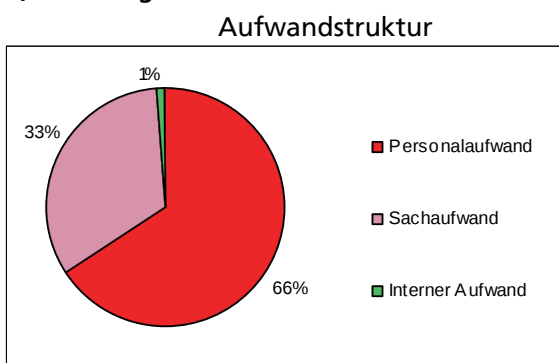
a) Aufgaben / Dienstleistungen

Gestützt auf das Gesundheitsgesetz vom 13. September 2005 (§ 52, Schulzahnpflege) sorgt die Kinder- und Jugendzahnklinik für die regelmässige zahnmedizinische Prophylaxe und Untersuchung im Rahmen der Schulzahnpflege. Sie ermöglicht allen vorschul- und schulpflichtigen Kindern mit Wohnsitz in der Stadt Luzern eine gute zahnärztliche Betreuung. Die Leistungen werden nach dem SSO-Tarif für Schulzahnpflege abgerechnet. Der Taxpunktwert beträgt Fr. 3.25. Die Erziehungsberechtigten tragen bis zu einem Betrag von Fr. 150.– die vollen Kosten. Behandlungskosten über Fr. 150.– werden den Erziehungsberechtigten zu abgestuften Ansätzen in Rechnung gestellt, massgebend ist die Höhe des steuerpflichtigen Einkommens plus 20 % des Reinvermögens. Die Dienstabteilung KJKZ beschäftigt 9 Personen (690 Stellenprozente) sowie 8 Schulzahnpflegeinstruktorinnen stundenweise.

b) Ergebnis

	R 2007	R 2008	B 2008	Abw. zu B 08 in Fr.	Abw. zu B 08 in %	Abw. zu R 07 in Fr.	Abw. zu R 07 in %
Aufwand	1'193'467	1'290'881	1'527'300	-236'419	-15%	97'414	8%
Ertrag	780'106	738'683	1'043'000	-304'317	-29%	-41'423	-5%
Ergebnis	-413'361	-552'198	-484'300	-67'898	-14%	-138'838	-34%

c) Allgemeine Kennzahlen



d) Spezifische Kennzahlen

Rechnungsjahr	2004	2005	2006	2007	2008	Veränd.
Anzahl untersuchte Lernende	4'358	4'357	4'299	4'236	3'911	-325
Anzahl Patienten der KJKZ	1'759	1'752	1'777	2'541	2'783	+424
Anzahl Behandlungen pro Jahr	1'126	1'262	1'233	1'337	1'393	+56
Anzahl Behandlungen in Lachgas	56	127	112	97	32	-65
Anzahl Behandlungen in Vollnarkose	47	49	35	25	34	+9
Anzahl KFO-Fälle		220	202	160	0	-160

e) Kommentar

Der Rückgang der untersuchten Lernenden ist auf die erstmals angewendete Wahlfreiheit der Eltern zurückzuführen. Trotzdem konnten vermehrt Patienten für die KJKZ gewonnen werden, ein Trend, der sich seit Jahren abzeichnet. Entsprechend nahm auch die Anzahl behandelter Kinder zu. Der Einbruch bei der Lachgasbehandlung ist Ausdruck einer natürlichen Schwankung. Hingegen hat die Anzahl der kleinen und kleinsten Patienten, die entsprechend schwierig zu behandeln sind, leicht zugenommen. Infolge Mutterschaft hat die Kieferorthopädin die KJKZ im Juli 2008 verlassen. Hernach wurde die KFO vorübergehend sistiert, und alle laufenden Fälle wurden fremdplatziert. Dieses Faktum hat sich entsprechend auf die Betriebsrechnung ausgewirkt, wo die Einnahmen im Bereich KFO ausgeblieben sind.

4.3 Sicherheitsdirektion

Vorwort von Ursula Stämmer-Horst, Sicherheitsdirektorin

Das Jahr 2008 war für die Sicherheitsdirektion geprägt von wichtigen Weichenstellungen für die Zukunft. Der Grosse Stadtrat hiess am 5. Juni gleich drei Geschäfte gut, die für die Stadt Luzern von hoher Bedeutung sind. Einerseits gab die Legislative grünes Licht für die Zusammenlegung der Stadt- mit der Kantonspolizei, andererseits stimmte sie der definitiven Einführung von SIP (Sicherheit, Intervention, Prävention) sowie der Eventkoordination zu. Mit diesen Entscheiden kann in Luzern der hohe Sicherheitsstandard weiter verbessert und der in der Gesamtplanung beschriebene Leitsatz C "Luzern fördert das Zusammenleben aller" kann echt gelebt werden. Wegweisend waren auch die vorgezogene Fusion der Feuerwehren von Littau und Luzern sowie das Massnahmenpaket zur Luftreinhaltung und zum Klimaschutz.

Aktionsplan Luftreinhaltung und Klimaschutz

Die Stadt Luzern verstärkt ihre Anstrengungen zur Reduktion der Luftverschmutzung und zur Reduktion der klimawirksamen Kohlendioxidemissionen. Der Stadtrat hat am 10. September einen "Aktionsplan Luftreinhaltung und Klimaschutz" beschlossen. Damit nutzt die Stadt Luzern den kommunalen Handlungsspielraum in der Luftreinhalte-, Klima- und Energiepolitik und ergänzt die entsprechenden Aktivitäten des Bundes und des Kantons. Der Aktionsplan umfasst 24 Massnahmen in den folgenden sieben Handlungsfeldern:

- Energieträger und -versorgung
- Gebäude
- Stadtverwaltung
- Wirtschaft
- Ruhender Verkehr
- Velo und öffentlicher Verkehr
- Fahrzeugtechnologie

Die Massnahmen werden in den nächsten Jahren umgesetzt. Sie leisten nicht nur einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Umweltqualität, sondern beinhalten auch ein beträchtliches wirtschaftliches Potenzial. Die Abhängigkeit von zunehmend unsicheren und teuren Energieimporten sinkt. In Wärmedämmung, Energieeffizienz und erneuerbare Energie investiertes Geld bleibt in der Region und schafft lokale Arbeitsplätze.

Feuerwehrfusion

Die beiden Feuerwehrrkommandos von Littau und Luzern haben sich nach der positiven

Fusionsabstimmung auf eine rasche Umsetzung geeinigt. Damit sollten neue, optimale Strukturen für das neue Gemeindegebiet gebildet werden. Im vergangenen Jahr haben die beiden Feuerwehrrkommandos unter Einbezug vieler Milizangehöriger der beiden Wehren intensive und umfassende Arbeiten für den erfolgreichen Zusammenschluss geleistet, der am 31. Dezember vollzogen wurde. Die Projektarbeiten zur Fusion – bei der es nicht nur um Fakten, sondern auch um Kultur, Identität und ums Herz ging – wurden vorbildlich umgesetzt. Das zu Beginn der Arbeiten geprägte Motto:

"Zusammenkommen – ist ein Anfang...",
 "Zusammenbleiben – ist ein Fortschritt...",
 "Zusammenarbeiten – ist ein Erfolg..." wurde durch die Beteiligten der beiden Feuerwehren in die Tat umgesetzt.

Zusammenlegung Stadtpolizei und Kantonspolizei

Im Rahmen des Projekts "Luzerner Polizei" wurde die Zusammenlegung von Stadt- und Kantonspolizei vertieft geprüft. Insgesamt zeigte der Bericht auf, dass für die polizeiliche Arbeit die Vorteile bei einer Zusammenlegung deutlich überwiegen. Davon wird auch die Sicherheitslage in der Stadt profitieren. Grosse Stadtrat und Kantonsrat nahmen im Juni vom Planungsbericht positiv Kenntnis. Somit werden auf den 1. Januar 2010 die beiden Polizeikörper zur "Luzerner Polizei" zusammengeführt. Der Stadtrat hat künftig über einen Sicherheitsausschuss bei der strategischen Polizeiarbeit (z. B. Schwerpunktbildung) ein Mitspracherecht. Die entsprechenden Umsetzungsarbeiten sind zurzeit im Gange.

Aktion "sprayfrei"

Die Aktion "sprayfrei – saubere Fassaden in der Stadt Luzern" ist nach wie vor erfolgreich. Bisher wurden in Luzern rund 80 Objekte saniert und Sprayereien auf einer Gesamtfläche von 1800 Quadratmetern beseitigt. Es darf erfreut festgestellt werden, dass die Aktion sensibilisiert hat. Schnell gesäuberte Fassaden sind nach der Sanierung meist sauber geblieben. Die Aktion sprayfrei ist eine von vielen Massnahmen der Stadt Luzern, um gegen Vandalismus und Verschmutzung vorzugehen. Die Aktion dauert noch bis Mai 2009. Weitere Informationen sind zu finden unter der Homepage www.sprayfrei.ch.

"Luzern glänzt"

Stadtverwaltung und Partner im Bereich des Europa- und Bahnhofplatzes wollen, dass die Gegend rund um den Bahnhof wieder zu einer sauberen und sicheren Zone wird. Seit Sommer 2007 werden Schritt für Schritt Massnahmen umgesetzt, von Privaten und von der Stadtverwaltung. Unter dem Motto "Luzern glänzt" entwirft dazu die Stadtverwaltung ein mehrjähriges Programm. Erste Erfolge sind sichtbar.

Bevölkerungsdienste

Die Bevölkerungsdienste waren mit der Umsetzung des Softwareprojekts OPAL (Objekte- und Personen-Applikation Luzern) stark gefordert. Nicht vorgesehene, durch extern verursachte Datenbereinigungsarbeiten erforderten einen zusätzlichen Effort aller Mitarbei-

tenden. Dank der Bereitschaft zu diesem grossen Einsatz verfügt die Stadt Luzern heute über eine moderne und effiziente Softwarelösung.

Grosse Leistungsbereitschaft

Im Zusammenhang mit den Fusions- und Reorganisationsprojekten, den besonderen Herausforderungen durch Grossanlässe sowie durch gesellschaftliche Veränderungen waren die Mitarbeitenden stark gefordert. Allen Beteiligten wird für den langen Atem und das grosse Engagement gedankt. Ebenfalls gebührt ein Dank den Mitarbeitenden der ZSO-pilatus sowie den Milizeingeteilten von Feuerwehr und ZSOpilatus, speziell der Nothilfeformation Cobra – die 2008 ihr zehnjähriges Bestehen feiern durfte –, für ihren wichtigen Dienst zugunsten der Bevölkerung.

4.3.1 Meilensteine zu den Fünfjahreszielen und den strategischen Projekten

Nachhaltige Entwicklung, Strategie
(Projektplan Nr. L79101)

Fünfjahresziel
A1.1

Eine Methode zur Nachhaltigkeitsbeurteilung von Einzelvorhaben ist in der Stadtverwaltung eingeführt.

Stadtrat und Parlament haben beschlossen, Planungen und Projekte mit potenziell relevanten Auswirkungen in wirtschaftlicher, sozialer oder ökologischer Hinsicht in Zukunft bezüglich ihrer Nachhaltigkeit zu beurteilen. Im Rahmen der laufenden Revision der Bau- und Zonenordnung wurde diese Absicht erstmals umgesetzt. Das Raumentwicklungskonzept wurde einer Nachhaltigkeitsbeurteilung unterzogen mit dem Ziel, Lücken und Verbesserungspotenziale aufzuzeigen. Die Weiterentwicklung der Methodik und die generelle Einführung in der Stadtverwaltung musste infolge anderer Prioritätensetzung verschoben werden.

Luftreinhaltung/Klimaschutz
(Projektplan Nr. L78903)

Fünfjahresziel
A1.2

Der Stadtrat hat den kommunalen Massnahmenplan Luftreinhaltung beschlossen und erste Massnahmen eingeleitet.

Der Stadtrat hat den kommunalen Aktionsplan Luftreinhaltung und Klimaschutz im September 2008 beschlossen und in der Folge zusammen mit seiner Haltung zur Energie-Initiative der SP breit kommuniziert. Die Umsetzung der 24 Massnahmen des Aktionsplans wird in den kommenden Jahren die Luftbelastung in der Stadt Luzern reduzieren und gleichzeitig einen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Die Nachrüstung der städtischen Dieselfahrzeug-Flotte mit wirkungsvollen Russpartikelfiltern konnte im Herbst 2008 abgeschlossen werden. Sie bewirkt eine Reduktion der krebserzeugenden Dieselmotoremissionen um 90 % gegenüber 2006.

Eventkoordination
(Projektplan Nr. L02923)

Fünfjahresziel
C3.4

Der Entscheid über die Zukunft der Eventkoordination ist gefallen.

Mit Bericht B 13/2008 nahm der Grosse Stadtrat am 5. Juni 2008 die vom Stadtrat formulierte Eventpolitik zustimmend zur Kenntnis. Damit soll sichergestellt werden, dass die in Luzern durchgeführten Anlässe von guter Qualität sind. Zwei Instrumente sollen das künftig sicherstellen: Einerseits werden die Veranstaltungen nach verschiedenen Kriterien wie mikro- und makroökonomischen Aspekten, Image und Ausstrahlung, Umwelt und Verkehr usw. beurteilt. Andererseits werden einheitliche Standards zu den Themen Sicherheit und Verkehr, Beschallung, Verpflegung, Reinigung usw. definiert. Die Eventkoordination wird im Sommer 2009 neu verwaltungsintern angesiedelt.

Natur- und Erholungsraum Allmend
(Projektplan Nr. I77001)

Fünfjahresziel
C3.5

Natur- und Erholungsraum Allmend: Erste Massnahmen aus dem Freiraum- und Sanierungsprojekt sind umgesetzt.

Eine erste Etappe der Altlastensanierung auf dem ehemaligen Schiessplatz Allmend ist abgeschlossen. Das Gelände der Jäger-Schiessanlagen südlich des Zihlmattwegs wurde vorgezogen saniert, da die Fläche als temporärer Deponieplatz für das Projekt Tieflegung Zentralbahn benötigt wird. Das Sanierungsprojekt für die voraussichtlich im Jahre 2009 durchzuführende zweite Etappe (Kurzstanzanlagen Zihlmatt) wurde erarbeitet.

Sicherheitsstrategie, Realisierung
 (Projektplan Nr. L11303)

 Fünfjahresziel
 C4.1

Massnahmen aus dem Sicherheitsbericht werden gemäss der Sicherheitsstrategie des Stadtrates umgesetzt.

Die Massnahmen aus dem Sicherheitsbericht wurden durch die Arbeitsgruppe Sicherheit, geleitet durch die Stelle für Sicherheitsmanagement, systematisch auf Verhältnismässigkeit und Notwendigkeit hin analysiert. Die zur Umsetzung empfohlenen Massnahmen sind grösstenteils realisiert bzw. wurden als Dauermassnahme Bestandteil der täglichen Arbeit.

Mit der neuen Polizeiorganisation "Luzerner Polizei", der definitiven Einsetzung von SIP (Sicherheit, Intervention, Prävention) und der neuen Dienstabteilung "Stadtraum und Veranstaltungen" ist eine weitere Effizienzsteigerung zu erwarten.

Optimierung Stadtpolizei
 (Projektplan Nr. L11304)

 Fünfjahresziel
 C4.1

Der Entscheid über die künftige Polizeiorganisation in Stadt und Kanton Luzern ist gefällt.

Mit B+A 15/2008 nahm der Grosse Stadtrat vom Planungsbericht über die Zusammenlegung der Stadtpolizei mit der Kantonspolizei Kenntnis. Auch der Kantonsrat stimmte dem Planungsbericht zu. Somit werden auf den 1. Januar 2010 die beiden Polizeikörper zur Luzerner Polizei zusammengeführt. Die entsprechenden Umsetzungsarbeiten sind zurzeit im Gange.

Vandalismus und Sicherheit im öffentlichen Raum
 (Projektplan Nr. L11902)

 Fünfjahresziel
 C4.2

Die Bekämpfung von Sicherheits- und Sauberkeitsproblemen im öffentlichen Raum wird verstärkt.

Zur Erhöhung der Sicherheit wurden auf dem Bahnhofplatz die Beleuchtung verbessert und sechs Kameras zur Videoüberwachung installiert. Allgemein wurde im Zentrum der Stadt Luzern die Polizei- und SIP-Präsenz verstärkt. Dies führte spezifisch im Vögeligärtli zu einem Rückgang der Szene der Randständigen. Die Spielanlässe für Kinder in den Sommermonaten fanden auch durch den Wegzug der Randständigen noch stärkeren Anklang. Momentan läuft die erste Umgestaltungsphase im Vögeligärtli (z. B. offenere Parkgestaltung, bessere Beleuchtung).

Zur Beruhigung bzw. Belebung des öffentlichen Raums wurden zusätzlich zur Ufeschötti-Strandbar die Buvette auf dem Inseli und die Stadtlounge auf dem Bahnhofplatz unterstützt. Zur Erhöhung der Sauberkeit hat das Strasseninspektorat die Reinigungsintervalle auf dem Bahnhofplatz deutlich erhöht. Veranstaltende von Grossanlässen sind zu Mehrwegsysteme verpflichtet. Mit Take-away-Betrieben wurden auf freiwilliger Basis Abkommen getroffen, für die Reinigung eines gemeinsam festgelegten Perimeters die Verantwortung zu übernehmen.

Gemeinsam mit Anwohnenden und den Betreibenden von Nachtlokalen wurden Massnahmen erarbeitet, um die Emissionen (Lärm, Littering, Vandalismus) im Umfeld der Lokale zu reduzieren.

Energierregion Luzern: Wettbewerbsvorteile durch Energieeffizienz und die Nutzung erneuerbarer Energien
 (Projektplan Nr. L86001)

 Fünfjahresziel
 D1.2

Erkenntnisse, ob sich der Standort Luzern für eine verstärkte Entwicklung im Bereich der Energieeffizienz und der Nutzung erneuerbarer Energien eignet, liegen vor.

Im Auftrag von Stadt, Kanton und LuzernPlus wurde eine volkswirtschaftliche Marktanalyse erarbeitet. Der Schlussbericht lag im Herbst 2008 vor und wurde vom Stadtrat zur Kenntnis genommen. Annähernd der gesamte Wärmebedarf und ein Viertel des Strombedarfs der Region Luzern liessen sich durch erneuerbare Energien decken. Sollen die vorhandenen Potenziale verstärkt ausgeschöpft werden, so gelingt dies nur über eine entschlossene und engagierte Zusammenarbeit aller privaten und öffentlichen Akteure. Für die weiteren Arbeiten geht die Federführung nun an den Kanton bzw. die Wirtschaftsförderung Luzern über. Gezielte Clusterförderung, auch im Bereich Energie, ist Teil der Strategie der Wirtschaftsförderung.

4.3.2 Rechnungsergebnis im Überblick

<i>in Fr. 1'000.–</i>		Aufwand				Ertrag				Ergebnis		
<i>Dienstabteilungen</i>		R 08	B 08	Abwei- chung	in %	R 08	B 08	Abwei- chung	in %	(Aufwand) /Ertrag netto	Mehrauf- wand/Min- derertrag	Minder- aufwand/ Mehrertrag
K410	Stab SiD	1'721	1'679	42	3%	28	5	23	460%	(1'693)	19	
K411	Stadtpolizei	31'147	31'640	-493	-2%	23'217	22'740	478	2%	(7'930)		971
K412	Bevölkerungs- dienste	3'802	4'189	-387	-9%	2'209	2'852	-643	-23%	(1'593)	256	
K413	Umweltschutz <i>Spezialaufgaben</i>	2'479	2'763	-284	-10%	974	1'238	-264	-21%	(1'504)		21
K420	Zivilschutz	505	357	148	41%	72	49	24	49%	(432)	124	
K421	öko-forum <i>Spezial- finanzierungen</i>	383	358	25	7%	291	254	38	15%	(91)		13
K490	Parkingmeter	4'628	4'350	278	6%	4'628	4'350	278	6%	0		
K491	Feuerwehr	3'948	3'607	341	9%	3'948	3'607	341	9%	0		
Total		48'613	48'944	-331	-1%	35'369	35'094	275	1%	(13'244)	399	1'005
Nettoverbesserung											606	

Die Rechnung der Sicherheitsdirektion schliesst insgesamt um Fr. 606'000.– besser ab als budgetiert. Auf der Aufwandseite konnten Einsparungen von Fr. 331'000.– erzielt und gleichzeitig auf der Ertragsseite Mehreinnahmen von Fr. 275'000.– generiert werden.

Die Ergebnisverschlechterung beim Stab von Fr. 19'000.– ist auf Mehrkosten für die externe Eventkoordination zurückzuführen, insbesondere im Zusammenhang mit "Public-Viewing-Projekten" im Umfeld der Euro 2008.

Insgesamt schliesst die Rechnung der Stadtpolizei Luzern um Fr. 971'000.– besser ab als budgetiert. Dieses Ergebnis konnte realisiert werden, da beim Personalaufwand tiefere Kosten im Zusammenhang mit Einsätzen zugunsten der Euro 2008 und auf der Ertragsseite höhere Busseneinnahmen zu verzeichnen waren. Gleichzeitig konnte Fr. 1,0 Mio. in eine Rückstellung eingelegt werden, für die bei der Kantonalisierung der Stadtpolizei zu erwartenden einmaligen Pensionskassen-Übergangskosten.

Die Bevölkerungsdienste schliessen mit einer Ergebnisverschlechterung von Fr. 256'000.– ab. Hauptgrund hierfür ist einerseits die geringere Nachfrage nach Pässen und Identitätskarten sowie andererseits der Umstand, dass der Kanton seit Herbst 2008 die Gebühren für Aufenthaltsbewilligungen (Ausländerausweise) direkt in Rechnung stellt. Beide Umstände führten netto zu Einnahmenausfällen.

Die Dienstabteilung Umweltschutz sowie das angegliederte öko-forum im Bourbaki Pano-

rama schliessen mit leicht besseren Ergebnissen als budgetiert ab; insgesamt Fr. 34'000.–.

Im Bereich der städtischen Zivilschutzbauten sind Mehrkosten von Fr. 124'000.– ausgewiesen. Dies ist auf interne Verrechnungen durch die Baudirektion zurückzuführen für die kurzfristigen Umbauarbeiten der Haftstelle Sonnenberg, die im Auftrag von Stadt- und Kantonspolizei erfolgten.

Im Bereich Parkingmeter konnten rund Fr. 0,2 Mio. mehr Parkgebühren vereinnahmt werden, was eine höhere Einlage in die reglementarisch vorgesehenen Fonds ermöglichte.

Die Rechnung der Feuerwehr der Stadt Luzern schliesst mit einer Besserstellung gegenüber dem Budget von Fr. 582'100.– ab. Die Einlage in die Spezialfinanzierung kann somit von Fr. 29'300.– auf Fr. 611'400.– erhöht werden. Die Abweichung ist insbesondere auf höhere Feuerwehrrpflichtersatzabgaben und geringere Sachaufwendungen zurückzuführen.

4.3.3 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen

Stab

Neben der Kerntätigkeit sowie zahlreichen Aufgaben im Zusammenhang mit der Fusion Littau-Luzern befasste sich der Stab mit diversen weiteren Aufgaben.

So wurde unter der Federführung des Stabs die Erarbeitung einer neuen Eventpolitik zu Ende geführt. Vom Bericht und den vorgeschlagenen Massnahmen nahm das Parlament am 5. Juni 2008 zustimmend Kenntnis. Mit der Eventpolitik soll erreicht werden, dass die in Luzern durchgeführten Anlässe von guter Qualität sind. Zwei Instrumente sollen das künftig sicherstellen. Einerseits werden die Veranstaltungen nach verschiedenen Kriterien wie mikro- und makroökonomischen Aspekten, Image und Ausstrahlung, Umwelt und Verkehr usw. beurteilt. Andererseits werden einheitliche Standards zu den Themen Sicherheit und Verkehr, Beschallung, Verpflegung, Reinigung usw. definiert. Die Eventkoordination wird definitiv eingeführt und ab Sommer 2009 neu verwaltungsintern angesiedelt.

Die Evaluation der Versuchsphase von SIP (Sicherheit, Intervention, Prävention) konnte im Berichtsjahr zu Ende geführt werden. Die Evaluation zeigte neben einigen Kritikpunkten und Verbesserungsmöglichkeiten ein insgesamt positives Bild von SIP. Mit B+A 14/2008 beschloss der Grosse Stadtrat am 5. Juni die definitive Einführung von SIP. Die Ziele und der Auftrag von SIP wurden aufgrund des im Bericht und Antrag erwähnten Leitbildes entsprechend angepasst.

Auch durch die geplante Zusammenlegung der Stadtpolizei mit der Kantonspolizei war der Stab der Sicherheitsdirektion stark gefordert. Es galt, die städtischen Interessen in Bezug auf sicherheitspolitische, -strategische, aber auch finanzielle und rechtliche Fragestellungen aktiv in verschiedenen Gremien zu vertreten. Der Planungsbericht über die Zusammenlegung der Polizeikörpers wurde vom Parlament im Sommer 2008 verabschiedet. Die im Herbst gestarteten Umsetzungsarbeiten zur neuen Luzerner Polizei werden durch den Stab begleitet und unterstützt.

Durch die Zusammenlegung der Polizeikörpers wurde eine partielle Reorganisation der Stadtverwaltung notwendig, um ein Aufgabengleichgewicht zwischen den Direktionen sicherzustellen. Der Stab übernahm im Sommer verschiedene Projektleitungsaufgaben zur Integration des Tiefbauamtes in die Sicherheitsdirektion bzw. zur Neugliederung der Aufgaben. Die Einführung der Stelle für Sicherheitsmana-

gement hat sich bewährt. So konnte die Umsetzung der Massnahmen aus dem Sicherheitsbericht zügig angegangen werden. Zudem engagierte sich die Stelle mittels behördenübergreifender Vernetzung mit Anwohnenden, Ausgehlokalen und Gewerbetreibenden bei Problemen der übermässigen Nutzung des öffentlichen Raums. Die initiierten Massnahmenkonzepte zeigen erste erfreuliche Erfolge.

Stadtpolizei

Kommando

Neben der Kerntätigkeit galt es, die Vor- und Nachteile einer Zusammenlegung der Stadt- und der Kantonspolizei zu prüfen. Nach dem Beschluss zur Zusammenlegung ging es prioritär darum, eine Projektorganisation zur Umsetzung zu schaffen und die entsprechenden Aufträge zu formulieren. Im Einvernehmen mit dem Stadtrat stellte sich der Kommandant a.i. der Stadtpolizei als Projektleiter zur Verfügung. Dessen Wahl wurde vom Steuerungsausschuss bestätigt. Seit Anfang November 2008 arbeiten in fünf Teilprojekten und 72 Unterteilprojekten rund 200 Mitarbeitende der Stadt- und Kantonspolizei sowie einige Mitarbeitende der beiden Verwaltungen engagiert, effizient und zielorientiert. Hauptziel ist, unter Beachtung der beschlossenen Rahmenbedingungen und Zielvorgaben die strategische und operative Funktionalität der neuen Polizeiorganisation auf hohem Niveau per 1. Januar 2010 sicherzustellen.

Sicherheits- und Verkehrspolizei

Die Polizeiarbeit erfolgt mit einem Stundenaufwand von über 80 % nach wie vor zur Hauptsache in den sicherheitspolizeilichen Bereichen der Gefahrenabwehr, Ereignisbewältigung und Strafverfolgung.

Grossereignisse und spezielle Lagen werden ausnahmslos im Verbund mit der Kantonspolizei bewältigt. Als sehr wirkungsvoll erweisen sich der gemeinsame uniformierte Auftritt bei Grossanlässen und die gemeinsame Schwerpunktbildung im Bereich der Strassenkriminalität. Mit dieser offensiv agierenden Vorgehensweise und Präsenz kann eine positiv nachhaltige Wirkung erzielt werden, indem viele Delikte im Ansatz verhindert und Straftäter zur Rechenschaft gezogen werden können. Ebenso kann damit den negativen Folgen der nach wie vor zunehmend intensiveren Nutzung des öffentlichen Raums begegnet werden. Abzuwarten bleibt der Erfolg der Videoüberwachung am Bahnhofplatz und der neuen Gesetzesbestimmungen im Bereich örtlicher

Wegweisung und sofortiger Ordnungsbussen bei festgestellter Verschmutzung des öffentlichen Raums. Bei diesen Massnahmen ist die Polizeiführung vorsichtig optimistisch.

Nach wie vor ist die objektive Kriminalitäts- bzw. Sicherheitslage auf Stadtgebiet relativ gut und stabil. Die spezifischen Falldaten bewegen sich im Mehrjahresvergleich wohl auf hohem Niveau, aber im Bereich der bisherigen statistischen Schwankungen und sind nicht höher als in anderen Städten. Sorgen bereiten vorab bei den Gewaltdelikten nicht die Quantität, sondern die Qualität bei deren Ausführung. Tragische Einzelfälle wie der Tod eines Menschen bei einem tätlichen Angriff sind geeignet dazu, den Grad der Sicherheit in Zweifel zu ziehen und an die Polizeiarbeit unrealistische Forderungen zur Verhinderung solcher Taten zu stellen.

Gewerbe- und Gesundheitspolizei

Unter Berücksichtigung der Fusion Littau-Luzern, der geplanten und beschlossenen Zusammenlegung der Stadt- und Kantonspolizei sowie der daraus folgenden partiellen Reorganisation der Stadtverwaltung arbeitete die eingesetzte Projektgruppe am Neuaufbau der Organisation für die bei der Stadt verbleibenden Aufgaben. Im Rahmen der Projektarbeiten wurde beschlossen, sämtliche Aufgaben, die mit der Nutzung des öffentlichen Grundes im Zusammenhang stehen, in einer neuen Dienstabteilung zusammenzufassen. Darin werden die bei der Stadt verbleibenden Aufgaben der Stadtpolizei (insbesondere der heutigen Gewerbe- und Gesundheitspolizei), die Eventkoordination, aber auch die SIP (Sicherheit, Intervention, Prävention) geführt. Mit der Neuorganisation sollen Schnittstellen abgebaut und die Kundenausrichtung sowie die Effizienz verbessert werden. Die neu gebildete Dienstabteilung "Stadtraum und Veranstaltungen" nimmt ihren operativen Betrieb im Sommer 2009 auf.

Bevölkerungsdienste

Die ständige Informatikkommission (SIK) der Stadt Luzern hat im November 2006 entschieden, NEST als zentrale Lösung für die Bewirtschaftung von Personen-, Steuer- und Objektdaten einzusetzen und das Projekt OPAL (Objekte- und Personen-Applikation Luzern) zur Realisierung und Einführung freizugeben. Ende Februar 2008 konnte die Applikation für alle Bereiche produktiv in Betrieb genommen werden. Zahlreiche Datenbereinigungsarbeiten nahmen wesentlich mehr Zeit in Anspruch, sodass das Projekt mit einer Verzögerung von

fünf Monaten erst im Dezember 2008 definitiv abgeschlossen werden konnte.

Mit NEST hat die Stadt Luzern eine moderne und innovative Lösung, deren Architektur durchgängige Prozesse ohne Medienbrüche gewährt. Der Pflegeaufwand für die Datenbestände wird dadurch erheblich verringert und die Qualität der Daten massgeblich erhöht. Neu können verschiedene Umsysteme anderer Dienstabteilungen direkt auf die Subjekt- und Objektdaten von NEST zugreifen und diese für ihre Prozesse und Aufgaben weiterverwenden.

Ziel der Registerharmonisierung ist es, die kommunalen und kantonalen Einwohnerregister schweizweit zu harmonisieren und diese für die statistische Erhebung und für die Modernisierung der Volkszählung nutzbar zu machen. Die neu konzipierte Volkszählung sieht ab Ende 2010 vierteljährlich eine Registererhebung vor. Um dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen, haben die Einwohnerdienste in Zusammenarbeit mit der Stadtplanung die ersten Meilensteine eingeleitet und umgesetzt. In den kommenden Jahren werden bei den Gemeinden und Städten weitere Arbeiten anfallen.

Sämtliche ab 1. Januar 1988 eröffneten Familienregisterblätter mussten gemäss Weisung des Bundes per 31. Dezember 2008 in Infostar (Informatisiertes Standesregister) rückerfasst sein. Das Regionale Zivilstandsamt konnte die vom Bund vorgegebene Frist einhalten.

Mit dem Inkrafttreten des neuen Ausländergesetzes per 1. Januar 2008 sind die Zivilstandsämter angehalten, bei Verdacht auf Scheinehen entsprechende Abklärungen und Befragungen durchzuführen. Wird festgestellt, dass Braut und Bräutigam offensichtlich keine Lebensgemeinschaft begründen, sondern die Bestimmungen über Zulassung und Aufenthalt von Ausländerinnen und Ausländern umgehen wollen, ist auf das Gesuch um Eheschliessung nicht einzutreten. In rund zehn Fällen wurden diesbezüglich vertiefte Abklärungen eingeleitet.

Mit der Umsetzung der Finanzreform 08 ist das Ressort Bürgerrechtswesen seit 1. Januar 2008 zuständig für das Erstellen der Einbürgerungsberichte für ausländische Gesuchstellende. Diese Aufgabe fiel bis anhin in den Zuständigkeitsbereich der Kantonspolizei Luzern. Insgesamt wurden rund 200 Berichte erstellt. Neben der Vorbereitung und Durchführung der vier Urnengänge wurden 31'360 Unterschriften von 22 Initiativen und Referenden (Bund/Kanton/Stadt) geprüft. Dies bedeutet

im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme von 10'470 Unterschriften bzw. fünf Initiativen und Referenden (Bund/Kanton/Stadt). Zudem wurden bereits Vorarbeiten für die 2009 stattfindenden Wahlen der fusionierten Gemeinden Littau-Luzern sowie für die Volksabstimmungen der reformierten und katholischen Kirchen in die Wege geleitet.

Zivilschutz

Das vergangene Jahr war für den Zivilschutz geprägt vom Eidgenössischen Jodlerfest 2008. Zum dritten Mal in vier Jahren unterstützte die ZSOpilatus damit einen nationalen Anlass auf dem Platz Luzern mit mehr als 1'000 Dienstoffizieren.

Die Unterstützung grosser Veranstaltungen gehört inzwischen zu den Kernaufgaben des Zivilschutzes. Wie in den vergangenen Jahren wurde auch dieser Einsatz zusätzlich zu den bestehenden Aufgaben ausgeführt. Dies hatte zur Folge, dass insgesamt rund 1'300 Dienstoffiziere mehr geleistet wurden als im Vorjahr.

Die Nothilfeformation Cobra war mit rund 50 Mann während einer Woche in der Region Lugano im Einsatz. Sie leisteten wertvolle Hilfe beim Wiederaufbau zerstörter Infrastruktur und der Instandstellung eines mehrere Kilometer langen Rundwegs, der nicht mehr begehbar war. Von Geröll und umgestürzten Bäumen verschüttete Passagen wurden freigelegt, und mehrere teilweise oder vollständig zerstörte Brücken wurden wieder aufgebaut.

Cobra feierte 2008 ihr zehnjähriges Bestehen. Aus der anfänglichen Ad-hoc-Formation wurde in den vergangenen zehn Jahren eine polyvalent ausgebildete Spezialeinheit. Mit grossem Engagement und Fachkompetenz konnte sie mehrfach wertvolle Dienste zur Bewältigung von Grossereignissen anbieten. Sie geniesst in Fachkreisen und bei Blaulichtorganisationen über die Region hinaus einen ausgezeichneten Ruf.

Die Ereignisbewältigung bleibt Kernkompetenz der Blaulichtorganisationen. Bei Bedarf können diese Unterstützung durch Formationen des Zivilschutzes anfordern. Die Reaktionszeit beim Zivilschutz liegt aber deutlich über deren Bedürfnissen. Zur Schliessung dieser Lücke kommt die Nothilfeformation zum Einsatz. Wer bei Cobra eingeteilt ist, kann elektronisch alarmiert werden und ist eine Stunde nach Alarm einsatzbereit.

Als im vergangenen Jahr der Hang an der Basenstrasse abrutschte und Bäume aus diesem Gebiet geflogen werden mussten, waren es Angehörige der Cobra, die kurzfristig zur weiträumigen Absperrung der Flugschneise aufgebogen werden konnten.

Zur Vorbereitung und Planung der vom Gesetzgeber neu verlangten Wiederholungskurse war das Milizkader vermehrt gefordert. Neben den vielen Stunden am Abend und an den Wochenenden wurden an vier Stabsarbeitstagen das Konzept und die notwendigen Unterlagen erarbeitet.

Die ZSOpilatus legt bei ihren Einsätzen grossen Wert auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen öffentlicher Dienstleistung und Festigung der fachdienstlichen Kompetenzen.

Die personelle Unterstützung beim Umzug der Bewohnenden von Betagtenzentren gehört zu den dienstleistungsorientierten Einsätzen, die die ZSOpilatus besonders freuen. Wie in den vergangenen Jahren beim Umzug der Betagtenzentren Hirschkamp und Eichhof kam der Betreuungsdienst der ZSOpilatus auch 2008 zum Einsatz. Für die Rückkehr in die neuen Räume des Zentrums Eichhof stellte der Zivilschutz das Personal, um eine Eins-zu-eins-Betreuung der Bewohnenden zu ermöglichen.

Die ZSOpilatus erbrachte für die Gemeinden Horw, Kriens und Luzern an insgesamt 3'900 Dienstoffizierten folgende Arbeitsleistungen:

- 1'710 Tage Einsätze für Veranstaltungen (Eidg. Jodlerfest, Rotseeregatta u. a.);
- 770 Tage für sozialdienstliche Einsätze in Betagtenzentren und zur Unterstützung von Behindertenorganisationen;
- 600 Tage Pflege von Wald und Landschaft;
- 360 Tage Wartung und Unterhalt von Schutzanlagen der Gemeinden;
- 460 Personentage diverse kleinere Einsätze und Dienstleistungen.

Insgesamt entspricht dies einem Leistungsumfang von etwa 16 Personenjahren.

Umweltschutz/öko-forum

Der städtische "Aktionsplan Luftreinhaltung und Klimaschutz" wurde vom Stadtrat am 10. September 2008 beschlossen und die zuständigen Dienstabteilungen mit der Umsetzung der 24 Massnahmen beauftragt. Der Aktionsplan leistet einen wesentlichen Beitrag zur Reduktion der Luftbelastung und der klimawirksamen Kohlendioxidemissionen. Er verringert die Abhängigkeit von fossilen Energie-

trägern und schafft wirtschaftliche Impulse für die Region.

Gleichzeitig beschloss der Stadtrat seinen Gegenvorschlag zur SP-Initiative "Für eine aktive Energiepolitik in der Stadt Luzern". Der Aktionsplan und der Gegenvorschlag des Stadtrates zur Energieinitiative wurden breit kommuniziert und erreichten in Parlament und Öffentlichkeit eine hohe Akzeptanz.

Die vom Stadtrat im Februar 2007 beschlossene Nachrüstung der städtischen Dieselfahrzeuge und -maschinen konnte per Ende 2008 erfolgreich abgeschlossen werden. Mit Ausnahme der Feuerwehrfahrzeuge wurden sämtliche schweren Nutzfahrzeuge und mehr als 30 Geräte wie Kleintraktoren, Kehrmaschinen, Mäher und Raupenbagger mit wirkungsvollen Partikelfiltern ausgerüstet. Die vom Strasseninspektorat und vom Umweltschutz gemeinsam geleitete Nachrüstaktion reduziert die krebserzeugenden Russmissionen der städtischen Diesellaggregate gegenüber 2006 um 90 %.

Das städtische Förderprogramm "Jetzt Wohnbauten erneuern!" ist eine Erfolgsgeschichte mit nationaler Beachtung. Das Luzerner Modell wurde von Basel übernommen und ist in Zürich und Bern geplant. Seit Beginn der Kampagne im März 2006 wurden 328 Erstberatungen durchgeführt. Die erneuerten Objekte umfassen eine Wohnfläche von über 37'000 m² (5 Einfamilien- und 42 Mehrfamilienhäuser). Die erzielten Energieeinsparungen liegen dank den strengen Anforderungen im Schnitt bei 60 %. Vom städtischen Energieprogramm konnte auch die regionale Wirtschaft profitieren: "Jetzt Wohnbauten erneuern!" löste bisher ein Investitionsvolumen von über Fr. 18 Mio. aus.

Am unteren Hirschengraben besteht ein interessantes Potenzial für die Nutzung der Abwasserwärme. Auf Initiative des Umweltschutzes wurde eine Projektorganisation unter Federführung der ewl (Contractor) gebildet. Die Realisierung der geplanten Heizanlage ist im Zuge der bevorstehenden Kanalsanierung geplant.

In Zusammenarbeit mit ewl führte der Umweltschutz einen Wettbewerb "Energiespar-Idee" durch. Über 400 Ideen aus der Bevölkerung kamen zusammen.

Im Hinblick auf den B+A "Natur- und Erholungsraum Allmend", der im September 2009 dem Grossen Stadtrat vorgelegt wird, wurden die geplanten Massnahmen zur Sicherung, Aufwertung und Ergänzung der Allmend-

Freiräume unter Berücksichtigung der Aspekte extensive Naherholung, Landschaft und Natur weiter konkretisiert. Im Bereich der ehemaligen Jägeranlagen konnte eine erste Etappe des Altlasten-Sanierungsprojekts Schiessanlagen Allmend umgesetzt werden. Die betreffende Fläche wird ab Anfang 2009 als temporärer Deponieplatz für das Projekt Tieflegung Zentralbahn benötigt. Für die Planungen zum Schulprojekt Naturerlebnisraum Allmend konnte als Partnerin die PHZ Luzern gewonnen werden.

Im Rahmen des Open-Air-Kinos am See wurden Personen aus Politik, Umwelt, Verwaltung und Wirtschaft sowie Schulklassen zum Film "The Oil Crash" eingeladen. Die Interessierten hatten dabei Gelegenheit, sich intensiv mit dem Energieträger Erdöl zu befassen.

Die Anzahl der Beratungen durch das öko-forum konnte auf 12'700 gesteigert werden, was einer Zunahme von 1 % entspricht. Die Themen-Hitliste wurde angeführt von "Garten/Natur" vor "Energie" und "Haushalt". Die Umweltbibliothek verzeichnete 11'714 Ausleihen (+3 %). Das Angebot der beliebten "SBB-Tageskarten Gemeinde" wurde weiter ausgebaut (von 8 auf 10 Karten).

Feuerwehr

Im Berichtsjahr bewältigte die Feuerwehr Stadt Luzern 529 alarmmässige und 256 geplante Einsätze (Dienstleistungen, wie z. B. Bereitschaftsdienste bei Grossanlässen) zuverlässig, kompetent und effizient. Die geleisteten Einsatzstunden nahmen gegenüber dem Vorjahr um 22 % zu. Das Jahr 2008 war von vielfältigen Einsätzen und vom Fusionsprojekt mit der Feuerwehr Littau geprägt.

Infolge der Gemeindefusion Littau-Luzern erhielten die beiden Feuerwehren ebenfalls den Fusionsauftrag. Dank der Unterstützung der politischen Führung und des kantonalen Feuerwehrinspektorats konnte die Fusion zügig angeschlossen und vorzeitig auf den 1. Januar 2009 vollzogen werden. Dieses proaktive Vorgehen war zum Vorteil aller Beteiligten, konnten so Unsicherheiten zügig eliminiert und Lösungen gemeinsam in einem überschaubaren Zeitraum erarbeitet werden. Acht paritätisch zusammengesetzte Arbeitsgruppen nahmen die Arbeit auf. Gemäss Auftrag wurde zuerst die Istsituation in beiden Wehren analysiert. Dabei wurden die Bereiche Auftrag, Dienstleistungen, Sicherheitsstandards, Einsatzgebiet, Alarmierung, Polizeilöschpikett, Organisation, Personelles, Kommando, Ausrüstung, Mittel, Ausbil-

derung, Standorte, Wasserversorgung, Finanzen, Administration, Kultur und Identität durchleuchtet. Im Juni 2008 folgten die Entscheidungsinstanzen dank den fundierten Abklärungen der Arbeitsgruppen praktisch allen Empfehlungen. Nach den Sommerferien begann die Umsetzungsphase: Bis im Oktober wurden die personellen Besetzungen vorgenommen, wobei es keine Verlierer geben sollte. Ab Oktober wurden die Vorbereitungen für die Fusion Schritt für Schritt abgeschlossen. Die Erstellung des ersten gemeinsamen Jahresausbildungsprogramms für 2009 oder die Definition der neuen Alarmierungsgruppen waren Herausforderungen, die dank den seriösen Vorarbeiten gut gemeistert werden konnten. Bei der Zusammenführung der beiden Organisationen wurden Höhen und Tiefen durchlebt: Es galt, nicht nur Fakten, sondern auch Kultur, Identität und Herz zu berücksichtigen. Die engagierte und konstruktive Zusammenarbeit hatte jedoch immer ein gemeinsames Ziel: eine optimale Versorgung von Littau und Luzern durch ein Feuerwehrkorps. Die Fusion hat das Wissen und die Erfahrung aller zusammengeführt. Die "neue" Feuerwehr ist so noch besser auf die vielfältigen Einsätze vorbereitet.

Neben der Fusion und den Kernaufgaben Einsatzbewältigung und Ausbildung waren die weiteren Schwerpunkte im Berichtsjahr:

- Der langfristige Finanzplan der Feuerwehr wurde mit der Finanzdirektion besprochen, mittelfristige Finanzierungsprobleme wurden identifiziert und Lösungsvorschläge erarbeitet.
- Die Erstellung der Pflichtenhefte sowie die Ausschreibung, Evaluierung und Bestellung der langfristig geplanten Ersatzbeschaffung für die 20-jährige regionale Autodrehleiter in der Niederflurbauweise erfolgten korrekt und termingerecht.
- Zur Effizienzsteigerung und Sicherstellung der Datenverfügbarkeit wurde die veraltete Software für die Feuerwehradministration durch eine bedürfnisgerechte, bedienungsfreundliche und moderne Lösung ersetzt.
- Die Durchführung von Brandschutzinstruktionen und Verhaltensschulungen wurde von der Feuerpolizei neu konzipiert und auf Gastronomiebetriebe, Schulen und Verwaltung fokussiert. Die Instruktionen und Schulungen werden von den Teilnehmenden sehr positiv bewertet. Dieser Beitrag zur Prävention ist der Feuerwehr sehr wichtig.

4.3.4 Kennzahlen

Im Sinne der ergebnisorientierten Verwaltung werden die Kennzahlen einzelner Dienstabteilungen und Bereiche dargestellt.

4.3.4.1 Stadtpolizei

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die uniformierte Hauptabteilung der Stadtpolizei ist im sicherheits- und verkehrspolizeilichen Bereich tätig. Die *Sicherheitspolizei* sorgt für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie für die Kriminalitätsbekämpfung und trägt durch Information und andere geeignete Massnahmen zur Prävention bei. Sie verfügt über diejenigen kriminalpolizeilichen Kompetenzen, welche zur Wahrnehmung des sicherheitspolizeilichen Auftrages erforderlich sind; sie unterstützt die Kriminalpolizei nach deren Bedürfnis. Die *Verkehrspolizei* erfüllt alle im Strassenverkehr der Polizei übertragenen Aufgaben und sorgt mittels Vollzugsarbeit und Verkehrserziehung für ein angepasstes und richtiges Verhalten der Verkehrsteilnehmenden.

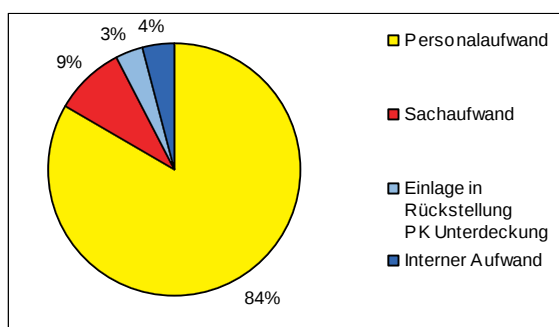
Die *Gewerbe- und Gesundheitspolizei* erfüllt die Aufgaben der Verwaltungs- und Gerichtsbehörden, soweit die polizeiliche Mithilfe in Gesetzen und Verordnungen vorgesehen oder zu ihrer Vollstreckung notwendig ist. Die Haupttätigkeit liegt in der Verwaltung des öffentlichen Grundes (Sondernutzungen des öffentlichen Grundes, Markt- und Messwesen, Reklamewesen) und im Bereich des Gastgewerbewesens. Weiter obliegen ihr Aufgaben der Handelspolizei, des Umweltschutzes, des Tier- und Taxiwesens, behördliche Zustellungen, Zuführungen und Exmissionen sowie die Führung des städtischen Fundbüros. Die Stadtpolizei beschäftigt 218 Personen (21'035 Stellenprozente).

b) Ergebnis

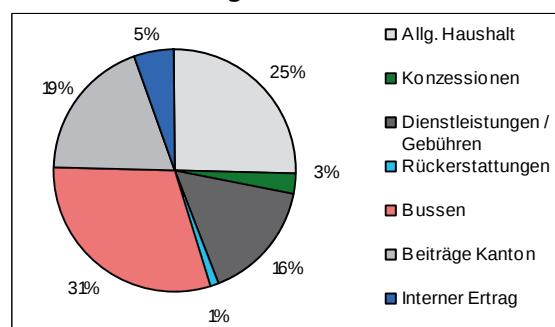
	R 2007	R 2008	B 2008	Abw. zu B 08 in Fr.	Abw. zu B 08 in %	Abw. zu R 07 in Fr.	Abw. zu R 07 in %
Aufwand	30'284'737	31'146'997	32'640'400	-1'493'403	-5%	862'259	3%
Ertrag	20'799'970	23'217'298	22'739'500	477'798	2%	2'417'328	12%
Ergebnis	-9'484'767	-7'929'699	-9'900'900	1'971'201	20%	1'555'068	16%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2004	2005	2006	2007	2008	Veränd.
Total Stunden Kernprodukte Polizei	181'579	210'004	234'159	234'365	246'253	5%
Leistungsgruppe Sicherheitspolizei	89'208	109'007	121'656	120'858	134'908	12%
- davon präventive Präsenz	40'782	42'337	40'803	37'403	36'976	-1%
- davon Ordnungsdienst	21'677	23'698	34'559	37'597	42'291	12%
Leistungsgruppe Alltagskriminalität	48'515	53'643	62'870	64'894	60'977	-6%
- davon Prävention	2'308	2'225	1'079	1'115	1'282	15%
Leistungsgruppe Verkehrspolizei	43'856	47'354	49'633	48'613	50'368	4%
Überstunden/Pikettstunden	41'376	40'138	48'140	42'470	61'983	46%
Verkehrspolizei	2004	2005	2006	2007	2008	Veränd.
Ordnungsbussen im Strassenverkehr	55'572	52'613	62'661	55'616	64'677	16%
Automat. Verkehrsüberwachung	68'600	61'268	72'811	74'288	90'732	22%
Angetrunkene Fahrzeuglenkende	218	218	341	325	339	4%
Verkehrsunfälle	783	775	707	756	704	-7%
Verletzte Verkehrsteilnehmende	332	343	262	247	320	30%

⁴ Ab Sommer 2005 exkl. Erarbeitung Lagebild.

Sicherheitspolizei⁵	2004	2005	2006	2007	2008⁶	Veränd.
Einfacher Diebstahl	2'469	1'933	2'033	1'989	1'244	-37%
Einbruchdiebstahl	961	648	613	559	454	-19%
Entreisssdiebstahl	44	40	30	32	37	16%
Taschendiebstahl	800	685	601	277	458	65%
Ladendiebstahl	566	525	567	350	460	31%
Betäubungsmitteldelikte	927	798	1'038	669	828	24%
Raub	68	78	84	57	64	12%
Tätlichkeiten	142	144	205	156	142	-9%
Körperverletzung	88	105	90	65	83	28%
Häusliche Gewalt	90	111	129	143	108	-24%
Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte	62	24	99	61	76	25%
Sachbeschädigung	707	679	574	520	488	-6%
Vorläufige Festnahmen	1'125	961	1'200	1'005	0	-
Gewerbe- und Gesundheitspolizei	2004	2005	2006	2007	2008	Veränd.
Anzahl Bewilligungen für Benützung öffentlichen Grundes	700	760	757	798	834	5%
Bewilligungen von Verlängerungen im Gastgewerbe durch die STAPO	2'090	1'987	1'612	1'728	1'381	-20%
Bewilligungen von Verlängerungen im Gastgewerbe durch das Amt für das Gastgewerbe (Kanton)	519	412	585	824	632	-23%
Anzahl Probenahmen der Lebensmittelkontrolleure	957	817	822	864	0	-
Total Kleintierwegschaffung (Tierwesen/Wasenmeisterei)	1'460	842	562	290	539	86%
Fundgegenstände	4'457	4'449	4'654	4'769	5'244	10%
Total Rapporte im Umweltschutz (Lärm, Luft, Gewässer, Kehrrecht usw.)	192	452	498	288	223	-23%

e) Kommentar

Das Total der Stunden richtet sich nach dem Personalbestand und der Höhe der Produktivität (75 %). Während die geleisteten Überstunden gegenüber dem Vorjahr um rund 5'000 Stunden gesenkt werden konnten, erhöhten sich die Pikettstunden um das Zweifache. Grund dafür sind einerseits die Grossanlässe (z. B. Euro 2008 und das Eidgenössische Jodlerfest), andererseits aber auch die Bestrebungen, die Grundversorgung und Sondereinsätze mit einem angepassten, noch verantwortbaren Personalbestand zu bewältigen und im Gegenzug zur Abdeckung allfälliger Eskalationssituationen einen Pikettdienst anzuordnen.

Die Erhöhung der Ordnungsdienst-Stunden erklärt sich mit den Einsätzen für die Euro 2008, das WEF 08 sowie einer gestiegenen Anzahl Demonstrationen bzw. Kundgebungen. Die Einsatzstunden für die Betreuung der Fussballspiele konnten auf dem bisherigen hohen Niveau stabil gehalten werden.

Die Erhöhung der Verkehrsbussen ist auf zusätzliche Überwachungskameras und Verkehrsassistentinnen (EÜP-Massnahmen) zurückzuführen.

Gegenüber den Vorjahren sind die Zahlen der Sicherheitspolizei-Ereignisse unbesehen der Bearbeitung durch Kantons- oder Stadtpolizei erhoben worden. Sie sind deshalb nur bedingt vergleichbar mit den Vorjahreszahlen.

Seit 1. Januar 2008 ist die Lebensmittelkontrolle Sache des Kantons, weshalb bei der Gewerbe- und Gesundheitspolizei keine Probenahmen mehr zu verzeichnen sind. Weiter ist die stetige Steigerung der Bewilligungen für die Benützung des öffentlichen Grundes sowie der Rückgang bei den gastgewerblichen Bewilligungen auffällig.

⁵ Quelle: Kriminalstatistik der Kantonspolizei Luzern, ab 2008 Erhebung durch das Bundesamt für Statistik.

⁶ Gegenüber den Vorjahren Total der Ereignisse, unbesehen der Bearbeitung durch Kantons- oder Stadtpolizei. Nicht vergleichbar mit den Vorjahreszahlen. Die Anzahl Festnahmen werden nicht mehr erhoben (keine Fallzahl).

4.3.4.2 Bevölkerungsdienste

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die Bevölkerungsdienste umfassen die drei Bereiche Einwohnerdienste, Regionales Zivilstandsamt mit Bürgerrechtswesen sowie Wahlen und Abstimmungen. Die *Einwohnerdienste* führen das Einwohner- und Geschäftsregister. Darunter fallen die administrative Verarbeitung von zivilrechtlichen Ereignissen der Einwohnerinnen und Einwohner, das Erstellen von Ausweisen, Zeugnissen und Bescheinigungen, die Überwachung und Bearbeitung von Aufenthaltsbewilligungen, die Bearbeitung von Adressanfragen und weitere Auskünfte. Im Weiteren veranlassen die Einwohnerdienste die Mitteilung der Einwohnerdaten an Amtsstellen, das Erstellen von Einwohnerstatistiken und das Organisieren von Zählungen und Erhebungen. Zum weiteren Aufgabenbereich gehören das Führen des Hunderegisters und das Inkasso der Hundesteuer.

Das *Regionale Zivilstandsamt* ist zuständig für die Beurkundung des Personenstandes der Bürgerinnen und Bürger und Einwohnerinnen und Einwohner des Zivilstandskreises Luzern (Geburt, Anerkennung, Eheschliessung, Tod). Weitere Aufgaben sind Beratung in ehe-, namens- und bürgerrechtlichen Angelegenheiten aufgrund von Geburten und Eheschliessungen sowie Durchführung von Ziviltrauungen. Dem Regionalen Zivilstandsamt ist das Bestattungsamt der Stadt Luzern angegliedert.

Die Eintragungen in den Zivilstandsregistern bilden die Grundlage für die Ausstellung von Zivilstandsdokumenten zum Beweis der personen- und familienrechtlichen Stellung jeder Bürgerin und jedes Bürgers, für den Nachweis des Bürgerrechts in der Heimatgemeinde und damit des Schweizer Bürgerrechts, für die Abgabe von Ausweispapieren wie Heimatscheinen, Identitätskarten, Reisepässen, für vormundschaftliche Massnahmen, für die Feststellung der Erben, das Bestattungswesen, die militärische Aushebung, die Bevölkerungsstatistik, genealogische Forschungen und wissenschaftliche Erhebungen usw.

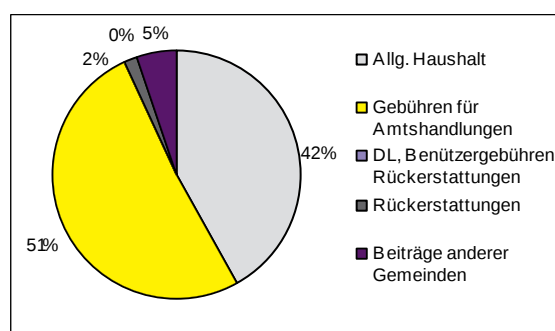
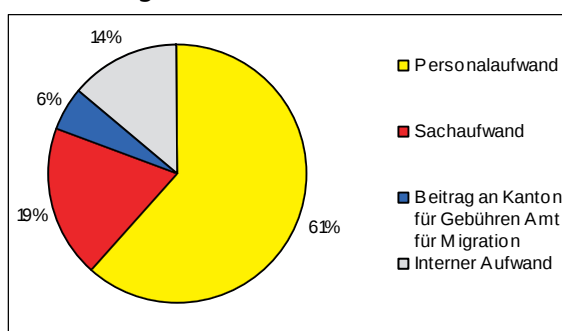
Anlaufstelle für einbürgerungswillige Personen schweizerischer und ausländischer Nationalität ist der Fachbereich *Bürgerrechtswesen*. Er ist zuständig für den administrativen Bereich bei der Zusage des Stadtluzerner Bürgerrechtes, von der Beratung der Gesuchstellenden, der Kontrolle und der Ergänzung der Unterlagen, den dazu erforderlichen Abklärungen, der Vorbereitung der Sitzungen der Bürgerrechtskommission und des Stadtrates bis zur positiven Entscheidungsmittelung an die Gesuchstellenden nach dem Beschluss des Grossen Stadtrates.

Dem Ressort *Wahlen und Abstimmungen* obliegt die Organisation und Durchführung aller Wahlen und Abstimmungen von Bund, Kanton, Stadt und Kirchgemeinden in der Stadt Luzern. Die gesamten Aufwendungen im Personal- und Sachaufwand für andere Körperschaften werden diesen vollumfänglich in Rechnung gestellt. Als Nebenaufgabe ist dem Büro Wahlen und Abstimmungen die Stimmrechtskontrolle bei Initiativen und Referenden von Bund, Kanton und Stadt zugeteilt. Die Bevölkerungsdienste beschäftigen 23 Personen (2'100 Stellenprozente).

b) Ergebnis

	R 2007	R 2008	B 2008	Abw. zu B 08 in Fr.	Abw. zu B 08 in %	Abw. zu R 07 in Fr.	Abw. zu R 07 in %
Aufwand	3'979'123	3'801'890	4'188'700	-386'810	-9%	-177'233	-4%
Ertrag	2'370'316	2'208'679	2'851'500	-642'821	-23%	-161'637	-7%
Ergebnis	-1'608'807	-1'593'211	-1'337'200	-256'011	-19%	15'596	1%

c) Allgemeine Kennzahlen



d) Spezifische Kennzahlen

Einwohnerdienste	2004	2005	2006	2007	2008	Abw.
Gesamtbevölkerung Stand per 31.12.	60'333	60'368	60'779	61'248	61'874	1%
Anzahl Ausländer Stand per 31.12.	12'067	11'897	11'939	12'191	12'455	2%
Zuzug Wochenaufenthalter	799	865	865	857	827	-4%
Änderung Wochenaufenthalt in Wohnsitz	266	265	265	225	269	20%
Anzahl Wochenaufenthalter Stand per 31.12.	1'640	1'757	1'770	1'847	1'941	5%
Zivilstandsamt	2004	2005	2006	2007	2008	Abw.
Geburten	2'256	2'246	2'311	2'396	2'472	3%
Eheschliessungen	509	515	539	532	586	10%
Registrierte Partnerschaften				22	13	-41%
Todesfälle	1'301	1'221	1'247	1'292	1'302	1%
Bürgerrechtswesen	2004	2005	2006	2007	2008	Abw.
Erteilung bzw. Zusicherung des Stadtbürgerrechtes	182/335	237/460	227/432	229/399	247/438	8%/10%
(behandelte Gesuche)						
an Schweizer (Gesuche/Personen)	66/103	72/99	59/87	67/101	67/105	0%/4%
an Ausländer (Gesuche/Personen)	116/232	165/361	168/345	162/298	180/333	11/11%
davon erleichterte Einbürgerungen	60	67	73	84	91	8%
Einbürgerungsgesuche Ausländer						
Neu eingegangene Gesuche		168	142	162	131	-19%
Pendente Gesuche Stand per 31.12.		462	429	422	356	-16%
Wahlen und Abstimmungen	2004	2005	2006	2007	2008	Ø
Stimmberechtigte	40'632	40'925	41'120	41'384	41'543	41'121
Stimmbeteiligung (gerundet)	50%	53%	45%	44%	50%	48%
Stimmende	20'638	21'836	18'644	18'056	20'915	20'018
Gesamtkosten pro Abstimmung	126'337	63'674	89'281	126'734	99'265	101'058
Kosten pro Stimmberechtigte/n	Fr. 3.11	Fr. 2.25	Fr. 2.17	Fr. 3.06	Fr. 2.46	Fr. 2.61
Kosten pro Stimmabgabe	Fr. 6.12	Fr. 4.16	Fr. 4.76	Fr. 7.01	Fr. 4.93	Fr. 5.40
Anzahl Urnengänge p.a.	5	4	4	6	4	4,6

e) Kommentar

Eine Zunahme der Geschäftsfälle ist vor allem bei den Geburten und Eheschliessungen zu verzeichnen.

Die Bürgerrechtskommission traf sich im Berichtsjahr zu zwölf Sitzungen. Aufgrund der erhöhten Anzahl behandelter Gesuche konnte der Bestand der pendenden Gesuche deutlich gesenkt werden, was dem Fünfjahresziel C2.3 entspricht. Auffallend ist zudem der Rückgang der eingereichten Gesuche.

4.3.4.3 Umweltschutz

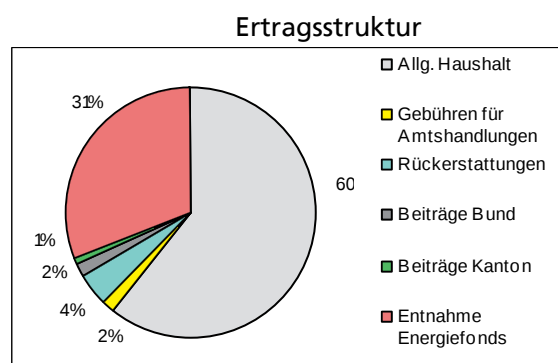
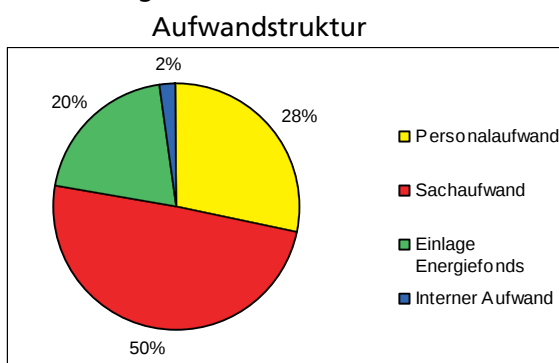
a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die Hauptaufgaben der Dienstabteilung Umweltschutz liegen im Gesetzesvollzug, in der Grundlagenbeschaffung zur Umweltsituation und in der umfassenden Umweltinformation. Vollzugsaufgaben bestehen in erster Linie in den Bereichen Energie, Natur- und Landschaftsschutz (Inventare, Schutz- und Unterhaltmassnahmen, Baubewilligungsverfahren usw.) und Emissionsschutz (z. B. Feuerungskontrolle, Mobilfunk usw.). Die Umweltinformation erfolgt in enger Zusammenarbeit mit dem im Bourbaki Panorama stationierten öko-forum. Die Dienstabteilung beschäftigt neun Personen (695 Stellenprozente).

b) Ergebnis

	R 2007	R 2008	B 2008	Abw. zu B 08 in Fr.	Abw. zu B 08 in %	Abw. zu R 07 in Fr.	Abw. zu R 07 in %
Aufwand	3'122'475	2'478'815	2'763'300	-284'485	-10%	-643'660	-21%
Ertrag	1'491'560	974'318	1'238'000	-263'682	-21%	-517'242	-35%
Ergebnis	-1'630'914	-1'504'497	-1'525'300	20'803	1%	126'418	8%

c) Allgemeine Kennzahlen



d) Spezifische Kennzahlen

	2005	2006	2007	2008	Veränd.
Energie					
<i>Energiefonds</i>					
Neu zugesicherte Förderbeiträge [Fr.]	1'027'216	1'607'898	479'363	369'264	-23%
Ausbezahlte Förderbeiträge [Fr.]	980'567	956'785	1'293'742	774'061	-40%
Unterstützte Projekte	51	62	108	62	-43%
Stand Energiefonds per Ende Jahr	3'383'640	4'926'856 ⁷	4'133'115	3'859'054	-7%
<i>Kampagne "Jetzt Wohnbauten erneuern!" (Start: März 2006)</i>					
Objekte mit Erstberatung		119	75	134	79%
Förderbeitrag gesprochen		18	13	16	23%
Natur- und Landschaftsschutz					
<i>Projekt "Luzern grünt"</i>					
Beratungen vor Ort	37	30	33	43	30%
Abgegebene Pflanzen	2'279	1'850	2'240	1'530	-32%
Emissionsschutz					
<i>Anzahl Feuerungskontrollen</i>	2'620	2'123	2'785	2'149	-23%
Anteil Beanstandungen bei Ölfeuerungen	45%	43%	39%	36%	-8%
bei Gasfeuerungen	25%	26%	22%	24%	9%
Mobilfunkantennen					
Beurteilte Baugesuche	7	6	10	7	-30%
Beurteilte Messberichte	9	7	4	5	25%
Standorte insgesamt per Ende Jahr	26	33	36	40	11%

⁷ Zusätzliche ausserordentliche Einlage von Fr. 2 Mio. mit Jahresabschluss 2006 gemäss B+A 15/2007.

e) Kommentar

Aufwand und Ertrag der Dienstabteilung Umweltschutz lagen je etwa Fr. 300'000.– unter dem Budget. Hauptgrund dafür war, dass die aus dem Energiefonds ausgeschütteten Beiträge nur etwa 70 % der budgetierten Mittel erreichten. Die Auszahlungen sind abhängig von Baufortschritt und Umfang der Projekte, welche jeweils schwierig abzuschätzen sind.

Die Kampagne "Jetzt Wohnbauten erneuern!" konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Den 47 Sanierungsprojekten wurden Förderbeiträge von insgesamt rund Fr. 1'200'000.– zugesichert. Die Auszahlung erfolgt jeweils nach Abschluss der Sanierungsarbeiten.

Wie die Anzahl abgegebener Pflanzen und persönlicher Beratungen zeigt, erfreut sich das Projekt "Luzern grünt" in der Bevölkerung nach wie vor hoher Beliebtheit.

Mit der Einführung der generellen Messpflicht für Stickoxide und verschärften energetischen Anforderungen für einen Teil der Feuerungsanlagen nahm die Beanstandungsquote bei den Kontrollen im Jahre 2005 gegenüber den Vorjahren sprunghaft zu. Seither ist eine rückläufige Tendenz zu beobachten. Dies zeigt, dass beanstandete Anlagen laufend saniert oder ersetzt werden.

Das Netz der Mobilfunkantennen-Standorte auf Stadtgebiet wird nach wie vor weiter verdichtet. Die jährliche Anzahl an Baugesuchen für den Neubau oder die Umrüstung von Antennen ist grossen Schwankungen unterworfen, ebenso die Anzahl der zu beurteilenden Messberichte (Abnahmemessungen).

4.3.4.4 Zivilschutz

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Der Zivilschutz ist eine Nothilfeorganisation. Er stellt die erforderlichen Elemente der zweiten Staffel, wenn die Mittel der Blaulichtorganisationen erschöpft sind oder wenn diese Unterstützung anfordern. Dadurch wird deren Durchhaltefähigkeit bei grossen und/oder lang andauernden Ereignissen erhöht. Einsätze wie die Betreuung von Kriegsflüchtlings im Eigenthal, das Abfüllen von Sandsäcken zur Eindämmung des Hochwassers und die Überwachung des Schadensgebietes bei den Unwettern 2005 sind Beispiele dafür.

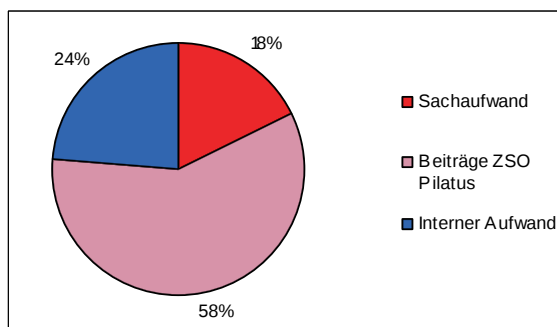
Die notwendigen Fertigkeiten werden den Schutzdienstpflichtigen in Aus- und Weiterbildungskursen durch Bund und Kanton vermittelt. Es ist Aufgabe der Gemeinden, das notwendige Wissen im Rahmen von Wiederholungskursen zu erweitern und zu festigen. Im Einsatz und bei der Ausbildung leistet der Zivilschutz einen Beitrag zum Schutz und zur Hilfe für die Bevölkerung bei der Bewältigung von ausserordentlichen Lagen.

b) Ergebnis

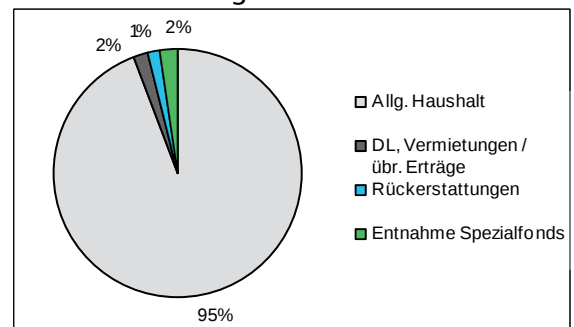
	R 2007	R 2008	B 2008	Abw. zu B 08 in Fr.	Abw. zu B 08 in %	Abw. zu R 07 in Fr.	Abw. zu R 07 in %
Aufwand	1'171'260	1'220'273	1'098'100	122'173	11%	49'013	4%
Ertrag	56'442	72'438	48'800	23'638	48%	15'996	28%
Ergebnis	-1'114'818	-1'147'836	-1'049'300	-98'536	-9%	-33'017	-3%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen (gem. Jahresrechnung ZSOpilatus)

	2004	2005	2006	2007	2008	Veränd.
Kostenanteil Stadt Luzern an der ZSOpilatus	1'034'474	921'684	876'121	910'755	710'531	-22%
Kosten pro Einwohner in Fr.	17.92	15.91	15.08	15.59	12.01	-23%
Einsatztage ZSOpilatus	2'807	2'969	5'417	2'637	3'899	48%
Kosten pro Einsatztag in Fr.	19.60	16.51	13.10	21.35	16.92	-21%
Kosten für städtische ZS-Bauten	301'936	300'938	299'083	277'237	504'714	82%

e) Kommentar

Mit dem neuen Zivilschutzgesetz sind die Kosten für die Grund- und Kaderausbildung durch den Kanton zu tragen. Das ergibt für die Stadt Luzern eine Reduktion von rund Fr. 150'000.-. Die Entflechtung der Kosten für den Unterhalt von Zivilschutzanlagen aus dem allgemeinen Aufwand in die Kosten für ZS-Bauten hat ebenfalls positive Auswirkungen auf den Kostenanteil der Stadt Luzern an die ZSOpilatus. Als Folge daraus ergibt sich auch die deutliche Reduktion der Kosten pro Einwohner/in. Diese Verschiebung dient zwar der Kostenwahrheit, führt aber zu einer Erhöhung der Kosten für städtische ZS-Bauten. Zusätzlich belastend wirken die erhebliche Erhöhung der Kosten für die Gebäudeversicherung sowie eine interne Kostenverrechnung durch die Baudirektion, welche für den Umbau der Anlage Sonnenberg zuständig war.

Die Kosten pro Dienstag sind stark abhängig von den Verpflegungskosten. Bei den Einsätzen für das Jodlerfest wurde die Verpflegung vom Veranstalter übernommen.

4.3.4.5 öko-forum

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Das 1987 gegründete öko-forum ist die erste Anlaufstelle für Fragen aus den Bereichen Umweltschutz, Naturschutz und Energie. Seit dem Jahre 1999 ist das öko-forum die offizielle stationäre und telefonische Umweltberatungsstelle für den ganzen Kanton Luzern und seit April 2007 die Erstanlaufstelle für das kantonale Förderprogramm Gebäudeenergie. Der Kanton leistet für diese Ausweitung des Leistungsauftrages finanzielle Entschädigungen.

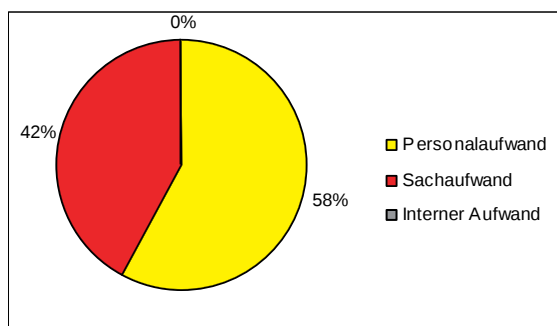
Das öko-forum ist organisatorisch Teil der städtischen Dienstabteilung Umweltschutz.

b) Ergebnis

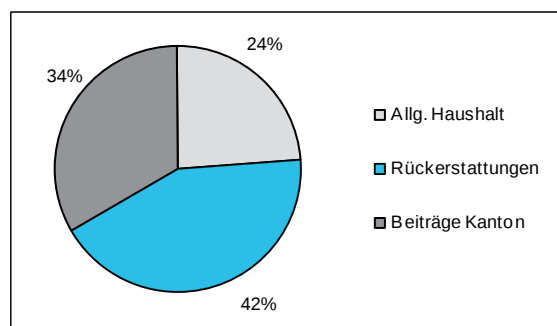
	R 2007	R 2008	B 2008	Abw. zu B 08 in Fr.	Abw. zu B 08 in %	Abw. zu R 07 in Fr.	Abw. zu R 07 in %
Aufwand	333'555	382'613	357'800	24'813	7%	49'058	15%
Ertrag	219'550	291'388	253'800	37'588	15%	71'838	33%
Ergebnis	-114'005	-91'225	-104'000	12'775	12%	22'780	20%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2004	2005	2006	2007	2008	Veränd.
Anzahl Beratungen	11'503	12'140	12'291	12'627	12'734	1%
davon Stadtbevölkerung	6'382	7'291	7'514	8'019	7'684	-4%
Anzahl Ausleihen von Medien	10'229	10'677	10'834	11'323	11'714	3%

e) Kommentar

Der Anteil der Stadt Luzern an der Finanzierung des öko-forums konnte seit dem Jahre 2000 von etwa 70 % auf unter 25 % reduziert werden. Mehr als drei Viertel der Kosten werden heute von Kanton, Gemeinden und Privaten getragen.

Der Aufwandüberschuss liegt mit Fr. 91'225.– unter dem budgetierten Betrag von Fr. 104'000.–. Mehreinnahmen haben dieses Ergebnis ermöglicht (Verkauf SBB-Tageskarten, mehr Kantons- und Gemeindebeiträge).

Die Anzahl der Umweltberatungen konnte um 1 % gesteigert werden. Der Anteil der Ratsuchenden aus der Stadt Luzern ging dabei leicht zurück.

Die Anzahl der Medien-Ausleihen nahm um 3 % zu. Sie liegt heute mehr als dreimal so hoch wie noch vor sechs Jahren.

4.3.4.6 Feuerwehr

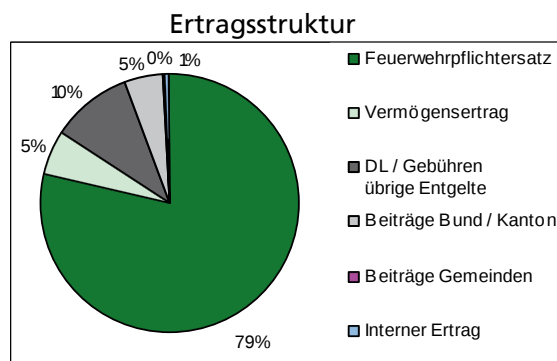
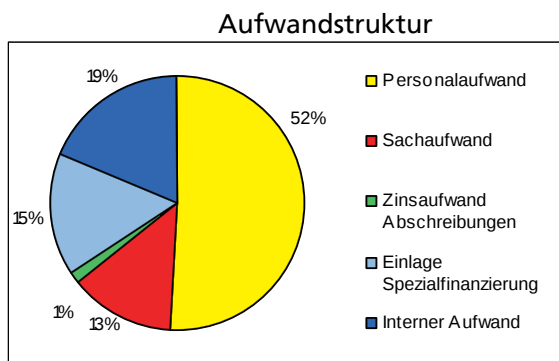
a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die Aufgaben der Feuerwehr sind im Feuerschutzgesetz umschrieben. Im Vordergrund stehen Einsätze bei Bränden und Explosionen, bei Elementar- und sonstigen Ereignissen, welche Personen, Tiere oder die Umwelt schädigen oder gefährden. Hinzu kommen Einsätze für Bereitschafts-, Wach-, Kontroll- und Verkehrsdienste sowie technische Hilfeleistungen. Als Stützpunktfeuerwehr wird die städtische Feuerwehr auch für Einsätze mit Langzeitatemschutzgeräten, Strassenrettungen, als Strahlenwehr und als Ölwehr aufgeboden. Bei der Feuerwehr sind neun Personen mit 850 Stellenprozenten als Verwaltungspersonal fest angestellt. Das Feuerwehrkorps ist nach dem Milizsystem zusammengesetzt und wird für den Ernstfalleinsatz mit Funk- und Telefonalarm, zu den Übungen jeweils schriftlich aufgeboden.

b) Ergebnis

	R 2007	R 2008	B 2008	Abw. zu B 08 in Fr.	Abw. zu B 08 in %	Abw. zu R 07 in Fr.	Abw. zu R 07 in %
Aufwand	3'780'207	3'948'335	3'607'300	341'035	9%	168'128	4%
Ertrag	3'780'207	3'948'335	3'607'300	341'035	9%	168'128	4%
Ergebnis	0	0	0	0		0	

c) Allgemeine Kennzahlen



d) Spezifische Kennzahlen

	2004	2005	2006	2007	2008	Veränd.
Alarimeingänge	505	463	453	520	529	2%
davon Fehlalarme (aber Ausrücken des Polizeilöschpiketts oder von Teilen der Feuerwehr)	304	260	280	275	225	-18%
Einsätze total (Alarimeinsätze + im Voraus geplante)	690	690	774	835	785	-6%
Einsatzstunden total (inkl. Polizeilöschpikett)	7'714	14'410	7'487	8'420	10'279	22%
Besoldete Stunden für Übungen, Kurse und Rapporte	17'413	16'119	17'698	20'297	19'713	-3%
Besoldete Stunden für Retablierung, AVOR und Dokumentationsdienst	2'265	3'162	3'585	3'789	2'055	-46%

e) Kommentar

Die Rechnung der Feuerwehr schliesst gegenüber dem Budget um Fr. 582'000.– besser ab. Die Abweichung ist auf Mehreinnahmen bei der Feuerwehrpflichtersatzabgabe und den verrechenbaren Leistungen sowie auf geringere Sachaufwendungen (z. B. Fahrzeugreparaturen) zurückzuführen. Die Anzahl Alarimeinsätze ist ähnlich hoch wie im Vorjahr. Erfreulicherweise haben die darin enthaltenen Fehlalarme – verursacht durch Brandmeldeanlagen – deutlich abgenommen. Dieser Rückgang wurde jedoch durch die Zunahme von Ernstfalleinsätzen vollständig kompensiert. Dies führte auch zu einem deutlich höheren Aufwand für die geleisteten Einsätze. Der Ausbildungsaufwand blieb im Rahmen des Vorjahrs. Der deutliche Rückgang für Retablierung, Vorbereitungen und Dokumentationsdienst ist insbesondere auf abgeschlossene Projekte, wie z. B. im Internetbereich, zurückzuführen.

4.4 Baudirektion

Vorwort von Kurt Bieder, Baudirektor

Die Notwendigkeit der prozesshaften Lösungssuche

Bei umstrittenen Projekten mehrheitsfähige Lösungen zu erwirken ist arbeitsintensiv. Diese Projekte sind prozesshaft zu erarbeiten: In einer Analysephase müssen sämtliche relevanten Facetten erkannt und ausgeleuchtet werden. Wenn jeweils die aus den einzelnen Sichtweisen legitimen Interessen identifiziert sind, muss verifiziert werden, welche Aspekte unabdingbar respektiert werden müssen und bei welchen Gesichtspunkten Verhandlungsspielraum besteht. Auf dieser Basis können sodann breit abgestützte Lösungen erwirkt werden.

Ein interessantes Lehrstück bietet die öffentliche Diskussion über die Kapellbrückenbilder. Eine gute Zusammenfassung des langjährigen Prozesses, der zu der heute realisierten Hängeordnung führte, ergibt sich aus den Jahresberichten der Kantonalen Denkmalpflege Luzern 2005 und 1997. Die Kapellbrücke als Denkmal von eidgenössischer Bedeutung bedarf einer umsichtigen und verantwortungsbewussten Behandlung. Ein "Denkmal" löst schon definitorisch ein vertieftes Reflektieren aus. Ein "Denkmal" soll beim Adressaten etwas auslösen. Der pflegliche Umgang mit einem Denkmal setzt fachliches Wissen voraus. Der Miteinbezug bzw. die Mitverantwortung der Eidgenössischen Kommission für Denkmalpflege bei der Festlegung der Kapellbrückenbilder-Hängeordnung ist deshalb wichtig. Andererseits müssen sich die Bevölkerung und die Gäste der Stadt Luzern, also Touristinnen und Touristen, in der getroffenen Lösung ebenfalls wiederfinden. Die Ansprüche der Denkmalpflege einerseits und einer breite-

ren Bevölkerung andererseits müssen in Einklang gebracht werden. Die seit 2002 existierende Hängeordnung tat dies. Eine Weiter- oder Neukonzeption der Hängeordnung muss wieder entsprechend angegangen werden. Die Wahrnehmung der politischen Verantwortung bedingt, zu klären, inwieweit populistische Forderungen einerseits und fundamentalistische denkmalpflegerische Lehren andererseits zurückzuweisen sind. Dabei gilt es insbesondere auch, öffentlichen Druckversuchen, wie sie teilweise auch über die Medien ausgeübt werden, nicht stattzugeben. Auch wenn dieser Prozess zeitaufwendig ist, muss ein derartiges Vorgehen ausgehalten werden.

Die Zielkonflikte lassen sich bei der Frage über die Kapellbrückenbilder schnell identifizieren. Komplexer sind diese bei gesamtstädtischen strategischen Fragestellungen wie bei der Revision der Bau- und Zonenordnung. Je nach politischer Schwergewichtssetzung werden ökonomische, ökologische oder gesellschaftliche Dimensionen in den Vordergrund gestellt. Eine Lösungsfindung bedarf in höchstem Masse eines gegenseitigen Verstehens und einer gelebten Toleranz für abweichende Standpunkte. Dabei ist es unabdingbar, gewisse objektivierte Erkenntnisse zuzulassen.

Das Faszinierende der direkten Demokratie ist ja, dass alle Stimmberechtigten bei relevanten Sachfragen mitentscheiden können. Die direkte Demokratie kann in seltenen Fällen zu schnellen Resultaten führen. Dazu braucht es zu lange Prozesse. Dafür sind die Entscheide dann auch in der Regel mit einem langen Haltbarkeitstermin versehen. Schon dies rechtfertigt die umsichtige Lösungssuche.

4.4.1 Meilensteine zu den Fünfjahreszielen und den strategischen Projekten

Stadtplanung, Rahmenkredit (BZO-Revision) (Projektplan Nr. I79077)	Fünfjahresziel A1.3, A4.1, C4.2, D2.1, D3.1
--	--

Für die Erarbeitung des Raumentwicklungskonzepts liegen Szenarien für die künftige Entwicklung der Stadt vor.

Für die Erarbeitung des Raumentwicklungskonzepts wurden von privaten Büros die drei Szenarien Tourismusstadt, Wohnstadt und Grossstadt erarbeitet. Schwerpunkte daraus wurden mit der Baukommission diskutiert und ins Mitwirkungsverfahren "Luzern 2022" gegeben (die weiteren Arbeiten zur BZO-Revision sind unter Ziff. 4.4.3, Stadtplanung, geschildert).

Langensandbrücke, Neubau (Projektplan Nr. I61043)	Fünfjahresziel A1.3
Schweizerhofquai, Wettbewerb/Realisierung (Projektplan Nr. I61042)	
Hirschmattstrasse, Sanierung/Ausbau (Projektplan Nr. I62040)	
Busspur Eichhof (Projektplan Nr. I61038)	

Die Realisierung wichtiger städtischer Verkehrsanlagen ist vorangetrieben.

Die Meilensteine im Rahmen der Realisierung wichtiger städtischer Verkehrsanlagen konnten erreicht werden, mit Ausnahme der für September 2008 geplanten Umgestaltung des Schweizerhofquais. Dieses Projekt wurde vom Kanton aus finanziellen Gründen verschoben und erfolgt nun ab Sommer 2009.

Agglomerationsprogramm (Mobilität) (Projektplan Nr. L69036)	Fünfjahresziel A4.1, B1.1, B2.1
---	---------------------------------------

Die Zweckmässigkeitsstudie Spange Süd ist unter der Federführung des Kantons und unter Mitbeteiligung der Stadt durchgeführt.

Eine erste Stufe der Zweckmässigkeitsbeurteilung (ZMB) Spange Süd wurde durchgeführt. Demnach steht langfristig die Spange mit oberirdischer Führung längs der Fruttstrasse, dem Hubelmatttunnel bis zur Allmend und ab da als oberirdische Verbindung zur Arsenalstrasse und zum Anschluss Grosshof im Vordergrund. Kurzfristig soll die Erschliessung des Entwicklungsgebiets durch Verkehrsmanagement und konsequente Förderung des öffentlichen Verkehrs, mit einer zB Haltestelle Langensand-Steghof, gewährleistet werden. Sowohl die kurzfristige wie die langfristigen Lösungen werden in der laufenden BZO-Revision berücksichtigt. Die notwendigen Flächen werden planungsrechtlich gesichert.

Agglomerationsprogramm: Ausbau Zentralbahn (Projektplan Nr. I69042)	Fünfjahresziel B1.1
---	------------------------

Die Bauarbeiten sind gestartet.

Die Kantone Luzern, Obwalden und Nidwalden sowie die Stadt Luzern genehmigten ihre Kreditanteile im Februar 2008, sodass mit den Arbeiten im Dezember 2008 begonnen werden konnte. Der Spatenstich fand termingerecht am 9. Dezember 2008 statt. Seither laufen die Bauarbeiten auf Hochtouren und sind sowohl bezüglich Termin, Qualität und Kosten auf Kurs.

AggloProgramm: Langsamverkehrsachse Grosshof-See (Projektplan Nr. I69040)	Fünffjahresziel B1.2
AggloProgramm: Velo-Tunnel Bahnhof (Projektplan Nr. I69041)	Fünffjahresziel B1.2

Veloprojekte erarbeitet.

Eine Planungsstudie für die Langsamverkehrsachse Grosshof-See wurde erstellt. Das darauf abgestimmte Projekt kann erst 2009, zusammen mit den kurz- und langfristigen Lösungen für die Spange Süd, in Angriff genommen werden.

Das Projekt Velo-Tunnel Bahnhof kann erst nach dem Entscheid für die Bahnhofzufahrt und damit mit dem Rahmenplan Bahnhof angegangen werden, voraussichtlich Mitte 2009.

Sportarena Allmend, Ausführungskredite (Projektplan Nr. I34023)	Fünffjahresziel C3.5
Entwicklung Allmend, Ersatzmassnahmen und Transformationsprozesse (Projektplan Nr. I34024)	Fünffjahresziel C3.5

Volksabstimmung Allmend erfolgreich durchgeführt und Teilprojekte gestartet.

Im Februar 2008 wurde mit einem Ja-Stimmenanteil von 80 % der Vorlage über die Entwicklung des Messeplatzes Allmend zugestimmt. Im November 2008 war auch die zweite Allmend-Abstimmung erfolgreich: Nach heftigem Abstimmungskampf sagten 55 % der Stimmenden Ja zur Umzonung der Allmend, zur neuen Sportarena, zur Realisierung von zwei Hochhäusern, zu einem neuen Hallenbad sowie weiteren neuen Breitensportanlagen (Schiesshalle, Bocciodromo usw.). Der Bericht und Antrag für den Natur- und Erholungsraum wurde auf das Jahr 2009 verlegt (siehe Sicherheitsdirektion).

Betagtenzentrum Dreilinden, Sanierung/Ausführung (Projektplan Nr. I41506)	Fünffjahresziel C2.2
---	-------------------------

Der Projektierungskredit für das Haus "Pilatus" und der Wettbewerbskredit für das Haus "Rigi" sind eingeholt.

Gestützt auf das Ergebnis der Machbarkeitsstudie soll das Betagtenzentrum Dreilinden auch zukünftig Platz für 170 Bewohnende bieten. Für den Ersatzbau des Hauses Rigi wurde ein Wettbewerbskredit beantragt und im Juni 2008 vom Parlament beschlossen. Der Wettbewerb wurde durchgeführt. Der Ersatzbau soll aufgrund der neuen Baufolgen im Anschluss an die Sanierung des Alterszentrums Staffelnhof im Jahre 2013 und 2014 realisiert werden. Erst danach soll das Haus Pilatus in den Jahren 2015 und 2016 saniert werden. Der Projektierungskredit wurde daher noch nicht eingeholt.

Wohnheim Wesemlin, Sanierung (Projektplan Nr. I41507)	Fünffjahresziel C2.2
---	-------------------------

Der Ausführungskredit für die Sanierung des Wohnheims Wesemlin ist vom Parlament beschlossen.

Die Ausführungsplanung und die Vorbereitungen zur Ausführung sind abgeschlossen. Der Kredit wurde im November 2007 von den Stimmberechtigten gutgeheissen.

Bauliche Entwicklung Schulhäuser gemäss Gesamtkonzept umsetzen (Projektplan Nr. I21729 und Nr. I21727)	Fünffjahresziel C3.3
--	-------------------------

Sanierung/Ausbau der Schulanlage Felsberg und Neubau des Schulhauses Büttenen gestartet.

Bei der Schulanlage Felsberg wurde der Kredit wegen unterschiedlicher Vorstellungen zum Lösungskonzept noch nicht beantragt. Ein Kreditantrag ist für Ende 2009 vorgesehen.

Der Gesamtleistungswettbewerb für die Schulanlage Büttenen wurde mit der Wahl eines funktionalen und architektonisch guten Projekts abgeschlossen. Das Projekt wurde weiterbearbeitet, sodass das neue Schulgebäude im Sommer 2009 den Betrieb aufnehmen kann.

4.4.2 Rechnungsergebnis im Überblick

<i>in Fr. 1'000.–</i>		Aufwand				Ertrag				Ergebnis		
		R 08	B 08	Abwei- chung	in %	R 08	B 08	Abwei- chung	in %	(Aufwand)/ Ertrag netto	Mehrauf- wand/Min- derertrag	Minder- aufwand/ Mehrertrag
K510	Stab Baudirektion	883	792	91	11%	0	1	-1	-100%	(883)	91	
K511	Finanzen und Controlling	2'031	2'157	-126	-6%	1'913	1'998	-85	-4%	(117)		42
K512	Stadtplanung	2'633	2'747	-113	-4%	1'632	1'698	-66	-4%	(1'002)		47
K513	Tiefbauamt	49'029	39'618	9'411	24%	28'735	19'078	9'657	51%	(20'294)		246
K514	Immobilien	4'710	4'846	-137	-3%	2'269	2'318	-49	-2%	(2'440)		88
K515	GIS-DLZ	2'849	3'044	-194	-6%	3'162	3'273	-111	-3%	312		83
	<i>Spezialaufgaben</i>											
K520	Liegenschaften Verwaltungsverm.	15'816	15'277	540	4%	18'543	17'429	1'114	6%	2'727		575
K521	Liegenschaften Finanzvermögen	9'462	9'724	-261	-3%	9'462	9'474	-11	0%	0		250
	<i>Spezialfinanzierungen</i>											
K590	Kehrichtbeseitigung	9'022	7'607	1'415	19%	9'022	7'607	1'415	19%	0		
K591	Stadtentwässerung	8'244	8'850	-606	-7%	8'244	8'850	-606	-7%	0		
	Total	104'680	94'660	10'020	11%	82'983	71'725	11'258	16%	(21'698)	91	1'331
	Nettoverbesserung										1'240	

Die Rechnung der Baudirektion schliesst mit einer Nettoverbesserung von Fr. 1,24 Mio. ab. Mehraufwendungen und Mindererträgen von Fr. 0,1 Mio. stehen Mehrerträge und Minderaufwendungen von Fr. 1,3 Mio. gegenüber.

Beim Aufwand schliesst die Rechnung mit Mehrausgaben von Fr. 10 Mio. ab. Davon sind Fr. 8,96 Mio. auf interne Verrechnungen des TBA an die Spezialfinanzierungen Kehricht und Stadtentwässerung zurückzuführen. Im Aufwand enthalten sind auch Nachtragskredite des Stadtrates in Anwendung von Art. 60 Abs. 2 lit. b GO von Fr. 0,34 Mio. und in Anwendung von Art. 60 Abs. 2 lit. c GO von Fr. 1,2 Mio. Mehrausgaben resultieren nebst den erwähnten internen Verrechnungen an Spezialfinanzierungen beim Stab (Fr. 91'000.–), beim Tiefbau (Fr. 455'000.–) und bei den Liegenschaften des Verwaltungsvermögens über Fr. 540'000.– (Nachtragskredite gem. Art. 60 Abs. 2 lit. b und c GO). Der Mehraufwand bei der Kehrichtbeseitigung von Fr. 1'415'000.– ist einerseits auf eine Einlage in die Spezialfinanzierung und andererseits auf die Anschaffung eines Kehrichtfahrzeuges zurückzuführen.

Demgegenüber stehen Einsparungen von Fr. 126'000.– bei Finanzen und Controlling (Ressourcenverschiebung und allg. Büromaterial), von Fr. 113'000.– bei der Stadtplanung (Unterhalt Kulturgüter und von GIS-DLZ), von Fr. 137'000.– bei den Immobilien (Personalfluktuationen), von Fr. 194'000.– beim GIS-DLZ

(Honorare an Dritte und allg. Büromaterial), von Fr. 261'000.– bei den Liegenschaften des Finanzvermögens (geringere interne Ablieferung aufgrund des Betriebsergebnisses) sowie von Fr. 606'000.– bei der Stadtentwässerung (kleinere Entschädigung an den Zweckverband GALU und MWSt).

Beim Ertrag schliesst die Rechnung mit Mehreinnahmen von Fr. 11,3 Mio. ab. Die grösste Abweichung betrifft die internen Verrechnungen an Spezialfinanzierungen; weitere Mehrerträge von Fr. 3,2 Mio. ergaben sich bei folgenden Positionen: höhere Erträge und Rückerstattungen beim TBA von Fr. 0,7 Mio., bei den Liegenschaften des Verwaltungsvermögens von Fr. 1,1 Mio. (weiterverrechnete Reinigungskosten, RV Heiz- und Nebenkosten und interne Verrechnungen an Zivilschutz) sowie bei der Kehrichtbeseitigung. Hier sind mit Fr. 1,4 Mio. die Betriebsgebühren, Recyclingverkäufe und Rückerstattungen höher ausgefallen als budgetiert.

Schliesslich resultierten einige Mindererträge bei einzelnen Konti, nämlich Fr. 85'000.– bei FCBD (durch Pensenverschiebung kleinere interne Verrechnungen), Fr. 66'000.– bei der Stadtplanung (Benützungsgebühren), Fr. 49'000.– bei den Immobilien (Rückerstattungen aus Investitionsrechnung), Fr. 111'000.– beim GIS-DLZ (interne Verrechnungen) sowie Fr. 11'000.– bei den Liegenschaften des Finanzvermögens. Bei der Stadtentwässerung sind geringere Betriebsgebühren und Rückerstattungen von Fr. 606'000.– zu verzeichnen.

4.4.3 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen

Stab Baudirektion

Der Stab war im vergangenen Jahr besonders durch die Fusion Littau-Luzern, die Reorganisation der Stadtverwaltung und das Projekt Allmend beansprucht.

Finanzen und Controlling

Nebst den üblichen Kernaufgaben befasste sich die FCBD im Berichtsjahr u. a. mit folgenden Projekten und Geschäften:

- Operativer Start der Leistungs- und Kostenfassung im Bereich Kostenrechnung TBA via MS Navision per 1. Januar 2008.
- Reporting Beitrags- und Beteiligungscontrolling; Ablauf internes Controlling für Aufgaben von untergeordneter Bedeutung.
- Reorganisation Stadtverwaltung im Bereich Baudirektion/Sicherheitsdirektion.
- Fusion Littau-Luzern, insbesondere Teilprojekte Beschaffung sowie Tiefbau.

Unter der Federführung der Finanzdirektion wurden in enger Zusammenarbeit mit der Abteilung FCBD das Konzept der flächendeckenden Kostenrechnung, der internen Leistungsverrechnung sowie die Grundlagen für die kalkulatorischen Kosten erarbeitet; die Umsetzung erfolgt per 1. Januar 2009.

Stadtplanung

Die Revision der Bau- und Zonenordnung wurde weitergeführt. Die erarbeiteten Zukunftsbilder "Luzern 2022" sind im Herbst 2007 in einem öffentlichen Mitwirkungsverfahren zur Diskussion gestellt worden. Aufbauend auf dem Mitwirkungsbericht vom Februar 2008 wurde der Entwurf zum Raumentwicklungskonzept bearbeitet. Dieser Entwurf wurde wiederum in die Mitwirkung geschickt. Daraus entstand das definitive Raumentwicklungskonzept 2008 (REK). Es ist die Grundlage für die eigentliche Revision. Mit dem REK wurde die 1. Phase der Revision der Bau- und Zonenordnung abgeschlossen. In der Folge wurde der B+A 48/2008 für die 2. Phase BZO-Revision erarbeitet. Dieser wurde vom Grossen Stadtrat am 29. Januar 2009 beschlossen und beinhaltet die zustimmende Kenntnisnahme des Raumentwicklungskonzepts 2008 sowie den Rahmenkredit für die Teilrevision der Bau- und Zonenordnung und für die Bearbeitung von drei Schlüsselarealen aus dem Aktionsprogramm Stadtentwicklung. In der Weiterbearbeitung gilt es jetzt, die Erkenntnisse aus dem Raumentwicklungskonzept in der Teilrevision umzusetzen.

Als wichtiger Meilenstein auf dem Weg zur Realisierung der Sportarena auf der Allmend

genehmigte der Regierungsrat die Umzonung in eine Sonderbauzone 5 anstelle der Zone für Sport- und Freizeitanlagen. Die Zonen- und Bebauungsplanänderung Z 30 Butterzentrale wurde vom Grossen Stadtrat beschlossen. Die Zonen- und Bebauungsplanänderung Z 25 Schulhaus Büttenen wurde Anfang Januar 2008 vom Regierungsrat genehmigt. Die Umzonung der Stadtgärtnerei an der Brambergstrasse wurde vom Stadtrat zuhänden des Parlaments verabschiedet. Der Stadtrat genehmigte am 13. August 2008 die Planungszone Ibach mit provisorischen Planungs- und Baubestimmungen.

2008 wurden sieben Gestaltungspläne vom Stadtrat genehmigt: G 314 Seeburgstrasse, G 332 Geissmatthöhe, G 336 Rodtegg, G 339 Rebstockrain, G 340 Allmend, G 343 Bundesplatz Süd, G 345 Bodenhof-Terrasse Ost II. Von diesen Gestaltungsplänen wurden fünf ans Verwaltungs- bzw. ans Bundesgericht weitergezogen (G 314, G 336, G 339, G 340 und G 343). In Bearbeitung sind zudem die Gestaltungspläne G 344 Leumattstrasse Süd (in der Zwischenzeit zurückgezogen) sowie der G 347 Oberlöchli Süd.

Folgende abgeschlossene Wettbewerbsverfahren sind im Berichtsjahr durchgeführt oder begleitet worden:

- Investorenwettbewerb Wettsteinpark
- Gesamtleistungswettbewerb Schulanlage Büttenen
- Projektwettbewerb Wohnungen für Studierende Eichhof
- Studienauftrag Seebad
- Studienauftrag Château Gütsch

Im Berichtsjahr wurden total 418 Baugesuche zur Bearbeitung eingereicht. Darin enthalten sind auch Projektänderungen, Vorprojekte, Fensterersatz usw. Vom Ressort Baugesuche wurden total 427 Gesuche behandelt, davon 61 mit Einsprachen. Es mussten sieben Baugesuche vom Stadtrat abgewiesen werden. Zudem wurden 14 nicht bewilligungsfähige Gesuche von den Gesuchstellern zurückgezogen. Das Bauvolumen betrug rund Fr. 539 Mio., ein absoluter Spitzenwert. Die Bearbeitung der Bauvoranfragen und Baugesuche umfasste auch die Beratung und Unterstützung von Bauvorhaben in baurechtlicher und architektonischer Hinsicht.

Der Bund setzte per 1. Januar 2008 das Registerharmonisierungsgesetz (RHG) in Kraft. Für die Stadt Luzern wurde die Stadtplanung mit der Datenbereinigung des eidg. Gebäude-

und Wohnungsregisters (GWR) beauftragt. Die Aufgabe konnte nur mit zusätzlichen temporären personellen Ressourcen erfüllt werden.

Auf Wunsch der Bildungsdirektion wurde im Rahmen des städtischen Bauinventars das Themen-Inventar "Schulhäuser" erarbeitet. Es dient der Verwaltung als Arbeitsinstrument und als Entscheidungsgrundlage für anstehende Umbau- und Erweiterungsprojekte.

Denkmalpflegerisch stand das Löwendenkmal im Zentrum der Arbeiten:

Im Frühjahr 2008 wurden gezielt wasserführende Felsklüfte angebohrt, um die Durchfeuchtung des Felsens und somit die Verwitterung des Sandsteins zu vermindern. Im Herbst 2008 wurden Konservierungsarbeiten an der Löwenskulptur und in der Felsnische durchgeführt. Weiter wurde der frühbarocke Marienbrunnen (ehemaliger Spitalbrunnen) auf dem südlichen Franziskanerplatz restauriert.

In der Berichtsperiode sind folgende vier Objekte in das Kantonale Denkmalverzeichnis aufgenommen worden:

- Weinmarkt 20 / Hirschenplatz 8 (Gesamtbauwerk und Fassadenmalerei)
- Dampfschiff Unterwalden (Gesamtobjekt)
- Haldenstrasse 37 (Gebäudehülle, soweit aus der Belle Epoque stammend)
- Haldenstrasse 37a und 37b (Gebäudehülle, soweit aus der Belle Epoque stammend).

Tiefbau

Im Frühjahr konnte nach bald 20-jähriger Planung und Vorbereitung mit dem technisch anspruchsvollen Neubau der Langensandbrücke begonnen werden. Im Dezember war die erste Hälfte fertig und konnte dem Verkehr übergeben werden, die zweite Hälfte und damit die ganze Brücke soll im Dezember 2009 in Betrieb genommen werden. Bedingt durch den Bahnbetrieb und entsprechende Sicherheitsvorkehrungen müssen viele Arbeiten nachts erfolgen, vor allem der lärmintensive Abbruch der alten Brücke.

Am Mühlenplatz wurden nach umfangreichen archäologischen Grabungen die ersten Werkleitungen verlegt. 2009 werden die Arbeiten fortgesetzt, in enger Koordination mit den Arbeiten am Reusswehr unter Leitung des Kantons. Als Ersatz für die aufgehobenen Parkplätze auf dem Mühlenplatz konnte rechtzeitig das Parkhaus Altstadt saniert und erweitert werden.

Auf der Obergrundstrasse (Eichhof–Grosshof) konnten die Arbeiten für die Busspur und die Sanierung des Knotens Eichhof weitgehend abgeschlossen werden; in Kriens wurde unter städtischer Projektführung das Trottoir längs der Arsenalstrasse zum Südpol so verbreitert, dass hier auch Velofahrende zirkulieren können.

Im Gebiet der oberen Bernstrasse wurde die Kanalisation erneuert; in einer Tiefe von bis zu 10 m wurde die Leitung im Microtunneling-Verfahren grabenlos verlegt. Ebenfalls mit Microtunneling wurde eine erste Etappe der Kanalisation Zihlmattweg, ein Gemeinschaftswerk von Luzern und Horw, auf der Allmend realisiert.

Und last, but not least, konnte der Felsenweg nach einjähriger Sperre und umfangreichen Sanierungsmassnahmen wieder auf der ganzen Länge geöffnet werden.

Bei den Projekten standen die Erschliessungsprojekte Allmend mit den Verkehrskonzepten für die Sportarena im Vordergrund. So musste der Strassen- und Baulinienplan und anschliessend das Auflageprojekt erstellt werden. Die Projekte wurden eng mit den gleichzeitig laufenden Planungen der Messe (Baubeginn August 2008) und der Zentralbahn (Baubeginn Dezember 2008) sowie der Sportarena (Baubeginn 2009) koordiniert. Gleichzeitig wurden im Rahmen der Ersatzmassnahmen auf der Allmend die nötigen Umbauten an den Sportanlagen vorbereitet.

Zusammen mit den kantonalen Stellen wurde an den Gesamtverkehrsstrategien gearbeitet. Eine erste Etappe der Spange Nord wurde projektiert, eine weitere Etappe mit Anschluss Lochhof und Bypass weiterentwickelt. Aufgrund der Zweckmässigkeitsbeurteilung konnte die Spange Süd so weit festgelegt werden, dass die nötigen Korridore in der BZO freigehalten werden können. In Übereinstimmung mit dem Kanton hat sich die Stadt für einen Ausbau der Bahnerschliessung stark gemacht und die unterirdische Zufahrt von Ebikon präferiert. Zusammen mit Zürich und weiteren Städten wurde die Städteallianz gegründet mit dem Ziel, die Bahnverbindungen auf den Achsen nach Zürich zu fördern. Zwischen Luzern und Zürich soll die Bahn durchgehend auf Doppelspur ausgebaut und damit sollen Takt und Reisezeit wesentlich attraktiviert werden.

Neben den grossen Projekten wurden kleinere Massnahmen bearbeitet, vor allem im Inte-

resse des öffentlichen Verkehrs, der Fussgänger und Velofahrenden. Erwähnt seien die Radverkehrsanlagen am Luzernerhof, der Richtplan Zweiradverkehr, Fussgängerinseln und die Neuorganisation Bahnhofplatz.

Die Lärmschutzprojekte wurden termingerecht weiterbearbeitet; heute sind etwa die Hälfte der Kantonsstrassen und ein Drittel der sanierungspflichtigen Gemeindestrassen saniert. Gemäss Lärmschutz-Verordnung müssen die Sanierungen 2018 abgeschlossen sein.

Die Stadtgärtnerei realisierte mit ersten Massnahmen beim Vögeligärtli eine bessere Einsicht und ermöglicht damit eine höhere Sicherheit in dieser Grünanlage. Termingerecht konnte im Frühjahr im Friedhof Friedental das erste Grabfeld für Muslime im Kanton Luzern bereitgestellt werden.

Im Bereich Strassenunterhalt wurden wiederum eine ganze Reihe von Massnahmen, insbesondere Belagssanierungen, vorgenommen, sodass der allgemein gute Zustand der Verkehrsanlagen gehalten werden konnte. Neben den laufenden Unterhaltsarbeiten waren die Regiebetriebe wiederum in besonderen Veranstaltungen engagiert, 2008 mit dem Jodlerfest wieder in einem aussergewöhnlich grossen Event.

Seit zwei Jahren werden wegen der Feinstaubbelastung nur noch Dieselfahrzeuge mit Partikelfilter angeschafft. Mit Unterstützung des Umweltschutzes wurden im Berichtsjahr auch noch mehr als 30 ältere Geräte und Fahrzeuge mit Partikelfiltern nachgerüstet; damit betreibt die Stadt Luzern eine der saubersten kommunalen Fahrzeugflotten der Schweiz.

Am 13. September 2008 rutschten hinter den Liegenschaften Baselstrasse 37 und 39 rund 1'000 m³ Erdreich ab, und zahlreiche Bewohnende mussten evakuiert werden. Nach Abschluss der Sofortmassnahmen durch die Sicherheitsverantwortlichen wurde unter Federführung des Tiefbauamtes in kurzer Zeit die notwendige Hangsanierung mit Kosten von mehr als Fr. 1 Mio. durchgeführt; die Finanzierung erfolgte in erster Linie durch Kanton, Bund und Liegenschaftseigentümer. Der ganze Hang hinter der Baselstrasse ist laut Gefahrenkarte rutschgefährdet; die Sanierung der restlichen Bereiche soll nun rasch vorangetrieben werden.

Das vergangene Jahr stand im Zeichen grosser Veränderungen: Im Rahmen der Fusion mit Littau muss das Tiefbauamt einen erheb-

lichen Synergiebeitrag leisten. Dazu mussten sämtliche Prozesse analysiert und optimiert werden. Gleichzeitig wurde auch die Übertragung der Abfalllogistik an den fusionierten Zweckverband REAL vorbereitet und die zukünftige Rolle des Strasseninspektorats hinterfragt, welches heute die Logistik für die Stadt verantwortet. Es resultierte das Konzept "Status quo+" mit Einsparungsmöglichkeiten auf der Angebotsseite.

Als Folge der Fusion der städtischen und kantonalen Polizeikorps beschloss der Stadtrat im Mai den Wechsel des Tiefbauamtes von der Baudirektion in die neue Direktion Umwelt, Verkehr und Sicherheit. In diesem Rahmen und im Interesse von weiteren Sparoptionen wurde die Organisation in allen Teilen überprüft und gestrafft.

Immobilien

Ein Schwergewicht der Arbeiten lag bei der Gestaltung und Umsetzung verschiedener Hauptprozesse im Immobilienmanagement. Auch war die Abteilung bei den Allmend-Projekten stark gefordert. Hier ging es neben der Findung von geeigneten Ersatzmassnahmen vor allem auch um die Vorbereitungsarbeiten für den Bericht und Antrag Sportarena und um die Konzeptarbeit betreffend die künftige Projektorganisation Allmend. Die Vorbereitungsarbeiten für die Fusion Littau-Luzern und besonders das Teilprojekt B3 Räume forderten ebenfalls stark. Hier wurden aufgrund einer Bedarfsermittlung verschiedene Lösungsszenarien entwickelt und mit Belegungsvarianten die Grundlagen für die Entscheide betreffend die neuen Verwaltungsstandorte erarbeitet.

Bereich IGM (Immobilien Gebäudemanagement)

Das im Vorjahr erarbeitete Organisationskonzept wurde umgesetzt, und mit der Einführung des Service Desk können nun die "Kunden" der städtischen Liegenschaften über eine zentrale Stelle ihre Anliegen anbringen. Ebenfalls konnte die Evaluation und Implementierung eines computergestützten Werkzeugs (CAFM-Tool) zur Erfassung und Führung der stadt-eigenen Gebäude durchgeführt und die ersten Gebäude konnten im System erfasst werden.

Im Rahmen der bewilligten Budgetkredite wurden die Heizungsanlage des Amtsgerichts ersetzt und im Stadthaus auf der Seite Winkelriedstrasse die WC-Anlagen inkl. Leitungen erneuert. Flachdachsanierungen wurden beim Werkhof Ibach, der Villa Schröder und dem

Tribschenbad durchgeführt. Die Sanierungsarbeiten bei den Kindergartenspielflächen Dula, Bruchstrasse 77, Würzenbach und Geissenstein konnten im Frühsommer abgeschlossen werden. Im Juni konnte beim Richard Wagner Museum das "Sommercafé" im Neubaupavillon seinen Betrieb aufnehmen. Im März 2008 erfolgte der Start für die Sanierungen und Konzeptanpassungen bei der Gastronomie Eichhof mit Kosten von Fr. 2,7 Mio. Die Herausforderung des Umbaus bestand darin, die Bauarbeiten unter laufendem Produktionsbetrieb der Küche durchzuführen und auf die Eröffnung des Pflegeheims Rubin im Oktober 2008 die Arbeiten termingerecht abzuschliessen.

Im Berichtsjahr wurde die Überarbeitung und Anpassung der Pflichtenhefte der Hauswarte an die Hand genommen.

Bereich IPM (Immobilien Bauprojektmanagement)

Folgende wesentliche Projektierungs- und Realisierungsarbeiten wurden umgesetzt:

- Sanierung Dula-Turnhalle, Pausenplatz Dula/Säli: Die Sanierung der Dula-Turnhalle konnte abgeschlossen, der Pausenplatz Dula/Säli/Pestalozzi saniert sowie die Taxivorfahrt realisiert werden.
- Sanierung Schulhaus Pestalozzi: Als Startvoraussetzung für die Sanierungsarbeiten beim Pestalozzi-Schulhaus wurden das Provisorium für den Kinderhort erstellt und die Schulklassen ins Säli- und Dula-Schulhaus gezügelt.
- Sanierung Schulanlage Wartegg/Tribschen: Nach einem längeren Unterbruch konnten die Arbeiten zur Sanierung und zum Umbau der Schulanlage wieder aufgenommen werden. Die erneuerte Dreifachturnhalle und der neue Hort/Mittagstisch wurden nach den Herbstferien in Betrieb genommen.
- Schulanlage Maihof: Der Projektierungskredit für die Schulanlage Maihof wurde im Dezember 2008 vom Grossen Stadtrat bewilligt.
- Kleinschulanlage Büttlenen: Kann im Sommer 2009 den Betrieb aufnehmen.
- Betagtenzentrum Eichhof (Haus Rubin): Termingerecht konnte das sanierte Haus Rubin dem Betrieb übergeben werden.
- Südpol (Kulturwerkplatz Luzern-Süd): Die Bauarbeiten konnten termingerecht abgeschlossen werden. Im August haben das Luzerner Theater sowie die Musikschule die neuen Räume übernommen, und am 8. November wurde der Südpol offiziell eröffnet.

- Entlastungsmassnahmen Allmend: Die beiden neuen Kunstrasenspielfelder Wartegg und Utenberg konnten den Nutzern übergeben und die Planungsarbeiten für das Bocciodromo und den Stützpunkt STIL ausgelöst werden.
- Liegenschaft Museggstrasse 21/Maria-Hilf-Kirche: Für die leer stehenden Räumlichkeiten konnte mit dem Verein Kita Campus ein neuer Nutzer gefunden werden. Die Räumlichkeiten wurden denkmal- und funktionsgerecht saniert und Ende Jahr übergeben.

Bereich IFL (Immobilien Finanzliegenschaften-Management)

Das Projekt Wettsteinpark (Verlegung Stadtgärtnerei, Veräusserung einer Teilfläche sowie Aufwertung des Parks) wurde erarbeitet und im Januar 2009 vom Grossen Stadtrat bewilligt.

Beim Grundstück Unterlöchli wurden die umfangreichen Verhandlungen mit der Katholischen Kirchgemeinde Ende 2008 abgeschlossen.

Beim Restgrundstück Südpol-Süd in Kriens sind die Verhandlungen mit einem ernsthaften Interessenten weit fortgeschritten. Es finden noch Abklärungen für die mögliche Unterbringung des Stadtarchivs statt.

Die im Sommer 2008 durchgeführte Vermarktung des Büttlenen-Grundstücks ergab keine befriedigenden Angebote, weshalb nach einer erneuten, gezielten Marktanalyse die Verschiebung des Geschäftes beschlossen wurde.

Bei der Liegenschaft Bramberghöhe 4 konnte nach dem Auszug der Musikschule ein neuer Mieter verpflichtet werden. Die Albert Koechlin Stiftung (AKS) wird das Gebäude der Stiftung "Roter Faden" zur Nutzung als Demenzzentrum zur Verfügung stellen.

Im Geschäftsjahr 2008 wurden verschiedene, teilweise umfassende, Sanierungen vorgenommen:

- Die Liegenschaft Winkelriedstrasse 14 wurde einer wärmetechnischen Gesamtsanierung im Minergie-Standard unterzogen.
- Eine wärmetechnische Gebäudesanierung mit Einbau einer Solaranlage wurde auch bei der Liegenschaft Weggismattstrasse 16 durchgeführt.
- Bei der Liegenschaft Guggistrasse 7 wurden sämtliche Fenster ersetzt. Zudem wurde ein Projekt bezüglich eines Büroanbaus im Minergie-Standard initiiert.

- Nach dem Auszug des langjährigen Mieters musste das Einfamilienhaus Bernstrasse 80 zurückgebaut werden, da eine Sanierung dieses baufälligen Gebäudes nicht mehr möglich war.

GIS-Dienstleistungszentrum

Die Kerngeschäfte des GIS-Dienstleistungszentrums sind die amtliche Vermessung, die Bauvermessung, die Netzinformationen und die Geoapplikationen. Im Berichtsjahr bearbeitete das GIS in den genannten Geoinformationsbereichen verschiedenste Projekte. Mit der Erledigung von Aufträgen für städtische Verwaltungen, Werkleitungsbetreiber (ewl, TBA, Swisscom, Cablecom, Sunrise) sowie auch für private Kundschaft konnte ein positives Rechnungsergebnis erwirtschaftet werden.

Die im 2007 eingeleitete Neuorganisation innerhalb des GIS-Dienstleistungszentrums mit der Aufteilung in die vier erwähnten Bereiche hat sich sehr bewährt. Die Aufbau- und Ablauforganisation wurde weiter verbessert, und die Arbeitsprozesse konnten ausgebaut und gefestigt werden.

Für die amtliche Vermessung (Nachführung) wurde die veraltete Software GOES4 durch die neue GIS-Software "Geonis-Expert" abgelöst, was bedeutet, dass innerhalb der

Dienstabteilung nun in allen Bereichen mit den gleichen Softwareprodukten gearbeitet werden kann. Mit dieser Umstellung waren umfassende Umschulungen der Mitarbeitenden verbunden.

Die Bauvermessung erledigte die laufenden baupolizeilichen Kontrollen und führte Bauvermessungsarbeiten für städtische Belange und teils auch für Private durch. Das städtische Vermessungsfixpunktnetz wurde durch gezielten Unterhalt laufend gepflegt.

Das GIS-Konzept für die Stadt Luzern betreffend die Netzinformationen (Leistungs- und Werkleitungskataster) ist umgesetzt. Die entsprechenden Softwarefachsachen sind produktiv im Einsatz.

Für die Geoapplikationen (GIS-Anwendungen) konnten dienststellenübergreifend weitere spezielle Aufgaben mit dem GIS gelöst werden. Die Daten der Nutzungsplanung liegen digital vor, und die Baulinien sind ebenfalls im GIS erfasst worden. Im WebGIS konnten weitere Basisinformationen und Themen zur Verfügung gestellt oder erweitert werden, wie die Baustellenübersicht Allmend, der Stützmauerkataster, der Richtplan Fusswege und der Marktkataster.

4.4.4 Kennzahlen

Im Sinne der ergebnisorientierten Verwaltung werden die Kennzahlen zahlen der einzelnen Dienstabteilungen und Bereiche dargestellt.

4.4.4.1 Stadtplanung

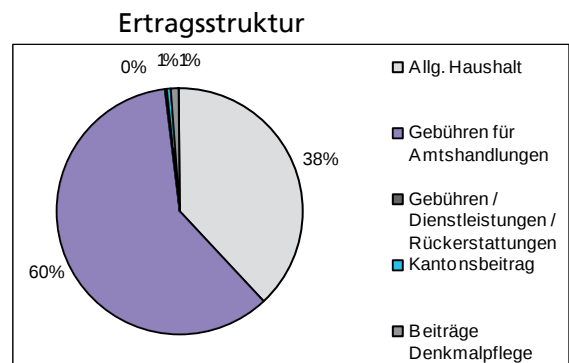
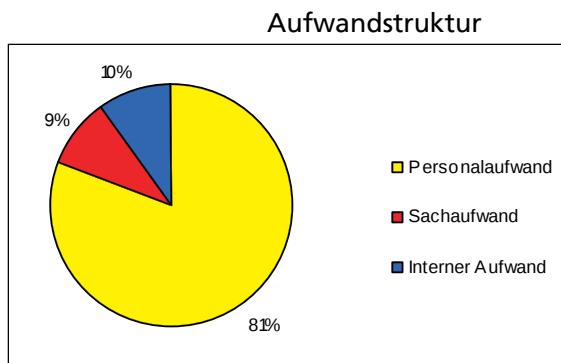
a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die Stadtplanung fördert mit ihren Dienstleistungen die qualitätsvolle bauliche Entwicklung der Stadt. Die Stadtplanung behandelt alle raumplanerischen, städtebaulichen, architektonischen und baurechtlich relevanten Fragen. Zudem berät sie intern und extern in Fragen der Denkmalpflege und des Kulturgüterschutzes. Sie erarbeitet und koordiniert räumliche Entwicklungskonzepte sowie Richt- und Nutzungspläne. Bauwillige werden bei ihren Planungen und Projekten beraten und begleitet. Die Stadtplanung bereitet Berichte und Anträge des Stadtrates an das Stadtparlament vor. Sie organisiert und koordiniert Wettbewerbsverfahren. Die Stadtplanung beschäftigt 17 Personen (1'500 Stellenprozente).

b) Ergebnis

	R 2007	R 2008	B 2008	Abw. zu B 08 in Fr.	Abw. zu B 08 in %	Abw. zu R 07 in Fr.	Abw. zu R 07 in %
Aufwand	2'946'197	2'633'376	2'746'500	-113'124	-4%	-312'821	-11%
Ertrag	1'547'737	1'631'692	1'697'500	-65'808	-4%	83'955	5%
Ergebnis	-1'398'460	-1'001'684	-1'049'000	47'316	5%	396'776	28%

c) Allgemeine Kennzahlen



d) Spezifische Kennzahlen

	2004	2005	2006	2007	2008
Total eingegangene Baugesuche	420	379	415	416	418
Total Anzahl behandelte Baugesuche	441	374	419	417	427
- davon mit Einsprachen	56 (13%)	58 (16%)	59 (14%)	60 (14%)	61 (14%)
- abgewiesene Baugesuche	6	7	11	1	7
- zurückgezogene Baugesuche	12	18	21	18	14
Bewilligtes Bauvolumen	404 Mio.	264 Mio.	281 Mio.	375 Mio.	539 Mio.
Total offene Baugesuche per 31.12.	80	84	99	90	120
Erledigte Baugesuche⁸	2004	2005	2006	2007	2008
Ordentl. Verfahren innert 40 Arbeitstagen (AT)	39%	48%	39%	48%	44%
Ordentl. Verfahren über 40 AT	61%	52%	61%	52%	56%
Vereinfachtes Verfahren innert 25 AT	46%	46%	44%	39%	45%
Vereinfachtes Verfahren über 25 AT	54%	54%	56%	61%	55%
Einsprachen im ordentlichen Verfahren	52	53	51	47	48
Einsprachen im vereinfachten Verfahren	4	5	8	13	13

e) Kommentar

Die Kennzahlen für 2008 weisen gegenüber 2007 wieder eine leicht höhere Anzahl behandelter Baugesuche auf. Auffallend ist auch das überdurchschnittlich grosse Bauvolumen, bedingt durch mehrere grosse Bauprojekte. Deswegen konnte die Bearbeitungszeit trotz der zusätzlichen Stelle nicht verkürzt werden: Alleine die Baubewilligung der Sportarena Allmend beanspruchte den zuständigen Sachbearbeiter über nahezu zwei Monate vollständig. Deshalb ist es als positiv zu bewerten, dass die Bearbeitungsdauer im Durchschnitt der letzten Jahre gehalten werden konnte.

⁸ In diesen Zahlen enthalten sind auch Projektänderungen, Verlängerungen von Baubewilligungen, Fassadenrenovationen, Fensterersatz usw.

4.4.4.2 Immobilien

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die Dienstabteilung Immobilien betreut sämtliche städtischen Liegenschaften des Finanz- und Verwaltungsvermögens. Sie muss die vorgesehene Gebäudenutzung sicherstellen sowie Werthaltigkeit und optimalen Substanzerhalt gewährleisten.

Für die Vermietung der Wohnungen, Parkplätze und Gewerberäume, die sich im Eigentum der Stadt Luzern befinden, ist der Bereich *Finanzliegenschaften-Management (IFL)* zuständig. Kauf und Verkauf von Liegenschaften inner- und ausserhalb der Stadt gehören ebenfalls zu seinen Aufgaben. Wie im Vorjahr wurden die Liegenschaften des Finanzvermögens auch im Berichtsjahr mit Leistungsauftrag und Globalbudget geführt. Im Rahmen der städtischen Investitionstätigkeit übernimmt der Bereich *Bauprojekt-Management (IPM)* die Projektleitungen und ist gemäss den definierten Zielen verantwortlich für eine ordnungsgemässe Projektrealisierung bezüglich Terminen, Qualität und Kosten. Der Bereich *Gebäudemanagement (IGM)* ist verantwortlich für den Betrieb (Hauswartung, Reinigung, Verwaltung usw.) und den baulichen und technischen Unterhalt der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens. In der Dienstabteilung Immobilien arbeiten 188 Personen (total 7'400 Stellenprozente).

b) Ergebnis (Abteilungen 514, 520, 521, 522)

	R 2007	R 2008	B 2008	Abw. zu B 08 in Fr.	Abw. zu B 08 in %	Abw. zu R 07 in Fr.	Abw. zu R 07 in %
Aufwand	23'708'318	25'273'551	24'815'500	458'051	2%	1'565'233	7%
Ertrag	29'883'718	30'274'604	29'220'800	1'053'804	4%	390'887	1%
Ergebnis	6'175'400	5'001'053	4'405'300	595'753	-14%	-1'174'347	19%
Baul. U'halt	6'054'325	7'096'339	6'759'900	336'439	5%	1'042'014	17%

In obigen Zahlen sind auch Fr. 9'462'399.– für den Bereich Finanzliegenschaften (Umsatz Konto 521) enthalten; dieser Teilbereich der Abteilung Immobilien wird mit Leistungsauftrag und Globalbudget geführt und separat kommentiert (siehe Kapitel 5.4).

Aufwendungen IGM für den baulichen Unterhalt (Konti 314.00 und 314.02)

Funkt. Gliederung	R 2007	R 2008	B 2008	Abw. zu B 08 in Fr.	Abw. zu B 08 in %	Abw. zu R 07 in Fr.	Abw. zu R 07 in %
Verwaltung	1'708'176	2'503'718	2'561'000	-57'281	-2%	795'542	47%
Sicherheit	83'792	387'924	95'000	292'924	308%	304'132	363%
Bildung	1'535'143	1'201'067	1'332'000	-130'933	-10%	-334'076	-22%
Kultur und Freizeit	266'761	280'732	216'000	64'732	30%	13'971	5%
Soziale Wohlfahrt	1'877'851	1'699'341	1'773'300	-73'959	-4%	-178'510	-10%
Verkehr	37'948	45'843	50'000	-4'157	-8%	7'895	21%
Volkswirtschaft	65'325	180'844	58'000	122'844	212%	115'519	177%
Finanzen	64'945	22'739	30'500	-7'761	-25%	-42'206	-65%
Zwischentotal	5'639'941	6'322'208	6'115'800	206'408	3%	682'267	12%
./. Aufwand Art. 60 GO	-600'983	-370'934		-370'934		230'049	-38%
Total¹	5'038'958	5'951'274	6'115'800	-164'526	-3%	912'316	18%

¹ Reiner baulicher Unterhalt.

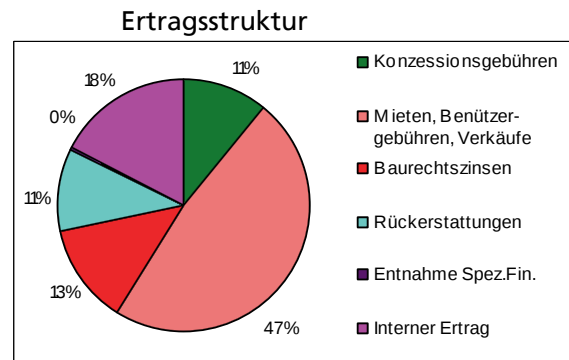
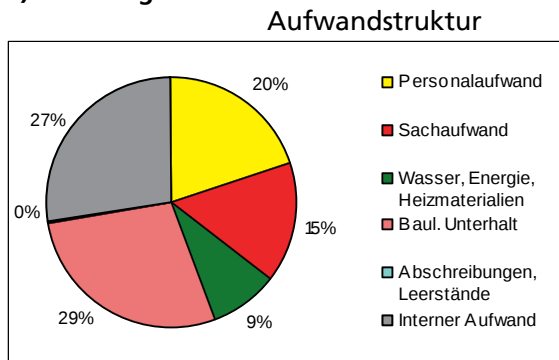
Vergleich Rechnung 2008 zu Budget 2008

Bedingt durch Projektoptimierungen sowie günstige Arbeitsvergaben konnten die Ausgaben für den reinen baulichen Unterhalt gegenüber dem Budget um 3 % unterschritten werden. Die Erhöhung um 18 % in der Rechnung 2008 gegenüber dem Vorjahr ist auf dringend notwendige ausserordentliche Unterhaltsarbeiten zurückzuführen.

Wie die funktionale Gliederung zeigt, waren 2008 grössere Aufwendungen bei der Sicherheit, der Volkswirtschaft, beim Verkehr und bei der Verwaltung notwendig. Diese Massnahmen betreffen im Wesentlichen folgende Objekte:

- Stadthaus mit Stadtpolizei: Diverse Massnahmen zur Beseitigung der Sicherheitslücken und Sanierung der WC-Anlagen
- Anlage Sonnenberg: Umbauarbeiten Haftstelle
- Friedhof Friedental: Stützmauersanierung und Entwässerung
- Hallenbad: Sicherheitsarbeiten
- Werkhof Ibach: Flachdachsanie rung
- Kulturzentrum Schüür: Ersatz Behindertenaufzug

c) Allgemeine Kennzahlen



d) Spezifische Kennzahlen

Gebäudemanagement IGM für baulichen Unterhalt:	2005	2006	2007	2008	Veränd.
Aufwand in Fr. für Primarschulen (inkl. Turnhallen)	2'438'421	2'016'872	1'995'306	659'308	-67%
pro Schülereinheit (07: 2'548 / 08: 2'496 / -2,0%)	929	778	783	264	-66%
pro m ² (42'496 m ²)	57	47	47	16	-67%
Oberstufenschulen (inkl. Turnhallen)	290'177	261'652	1'016'232	704'218	-31%
pro Schülereinheit (07: 928 / 08: 933 / +1,0%)	263	273	1'095	755	-31%
pro m ² (30'056 m ²)	10	9	34	23	-31%
BZ/Pflegeheim/Pflegewohnungen	2'776'612	2'703'083	1'954'618	2'191'667	12%
pro Bett (07: 749 / 08: 760 / +1,5%)	3'583	3'510	2'610	2'884	11%
Alterssiedlungen	1'065'234	756'731	753'658	546'365	-28%
pro Wohnung (07: 232 / 08: 232 / 0,0%)	4'495	3'248	3'249	2'355	-28%

e) Kommentar

Die spezifischen Kennzahlen enthalten den baulichen Unterhalt der Schulhäuser, Betagtenzentren und Alterssiedlungen in der Stadt Luzern. Die Veränderungen von Jahr zu Jahr sind durch die jährlich unterschiedlich anfallenden Unterhaltsaufgaben begründet.

Die Aufwendungen 2008 beinhalten zwei grössere Sanierungen, nämlich:

- Turnhalle Bramberg, Belagersatz
- Moosmatt-Schulhaus, Einbau eines zusätzlichen Kindergartens

Bei den Betagtenzentren mussten zwei grössere Unterhaltsarbeiten über Budgetkredite in der Investitionsrechnung ausgeführt werden:

- BZ Eichhof im Haus Diamant, Erneuerung der Nasszellen
- BZ Eichhof und Rosenberg, Ersatz Abwaschanlagen inkl. Sanierung Bodenkonstruktion

Die Berichterstattung des Bereichs Finanzliegenschaften der Abteilung IMMO mit spezifischen Kennzahlen erfolgt unter dem Kapitel 5.4, Leistungsauftrag mit Globalbudget.

4.4.4.3 GIS-Dienstleistungszentrum

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Der Grundauftrag des GIS-Dienstleistungszentrums besteht aus den Kernbereichen der "amtlichen Vermessung" (Verwaltung und Nachführung), der "Bauvermessung" (baupolizeiliche Kontrollen) sowie den "Netzinformationen" (Verwaltung und Nachführung der Medien Elektro, Gas, Wasser, Abwasser, Swisscom und weitere). Die mit dem Betrieb des Geografischen Informationssystems (GIS) verbundenen Querschnittsfunktionen zu den städtischen Dienstabteilungen wird mit dem Kernbereich "Geoapplikationen" (GIS-Anwendungen) sichergestellt.

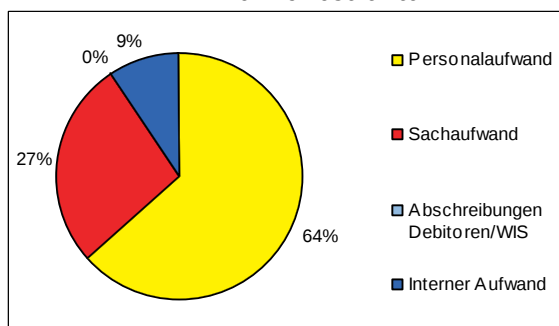
Basierend auf der amtlichen Vermessung wird der Leitungskataster über sämtliche Medien geführt. Der Leitungskataster erstreckt sich über das ganze Gebiet der Stadt Luzern und ist die Grundlage für die Baukoordination und die damit verbundene und gesicherte Auskunftspflicht über unter- und oberirdische Leitungen. Mit den Werkleitungsbetreibern bestehen vertragliche Vereinbarungen für die Führung von Werkdaten mit hohem Detaillierungsgrad. Die einzelnen Dienstleistungen aus den Kernbereichen, wie das Baubewilligungsverfahren, baupolizeiliche Kontrollen, Baukoordination, Auskunftserteilung betreffend den Leitungskataster und die amtliche Vermessung, sind zu einem hohen Masse untereinander vernetzt und korreliert. Im GIS-DLZ werden 21 Personen (davon zwei Lernende) mit 1'780 Stellenprozenten beschäftigt.

b) Ergebnis

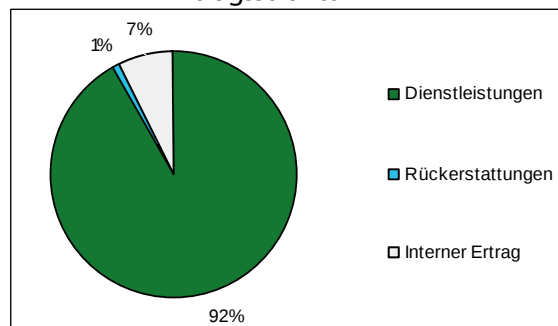
	R 2007	R 2008	B 2008	Abw. zu B 08 in Fr.	Abw. zu B 08 in %	Abw. zu R 07 in Fr.	Abw. zu R 07 in %
Aufwand	2'734'554	2'849'451	3'043'600	-194'149	-6%	114'897	4%
Ertrag	2'908'427	3'161'670	3'272'500	-110'830	-3%	253'243	9%
Ergebnis	173'872	312'219	228'900	83'319	36%	-138'347	-80%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Anzahl der wichtigsten Geschäfte:	2005	2006	2007	2008
Grenzmutationen	28	17	34	25
Bestandesänderungen	122	155	134	124
Handänderungen	1'208	1'210	961	1'581
Baupolizeiliche Kontrollen (Bauten)	78	57	48	120
Leitungsmutationen (Wasser, Abwasser, Gas, Elektro)	1'798	1'365	1'740	1'370
Datenbezüge durch Dritte	860	741	810	910
Datenbezüge durch Stadt intern	-	230	190	215
Datenbezüge durch ewl	701	416	415	430

e) Kommentar

Der sehr gute Auftragsbestand im 2008 wurde mit der gleichen Anzahl Stellenprozenten wie im Vorjahr bearbeitet. Rund 50 % der aufgewendeten Stunden fielen im Bereich der Netzinformationen (Vermessung und Verwaltung der Werkleitungen) an, und zwar zur Hauptsache für Dienstleistungen für die ewl-Gruppe, Swisscom, Cablecom und Stadtentwässerung. Die Beschaffung und das Bereinigen von Daten für das Werkinformationssystem, der Aufbau von GIS-Anwendungen (Geoapplikationen) für die Stadtverwaltung, die baupolizeilichen Kontrollen sowie die Nachführung und Erneuerung der amtlichen Vermessung beanspruchten die personellen Ressourcen ebenfalls sehr stark. Der Umsatz nahm um 9 % zu, und das Ergebnis liegt 36 % über dem Voranschlag.

4.5 Finanzdirektion

Vorwort von Franz Müller, Finanzdirektor

Dass wir wirtschaftlich stürmischen Zeiten entgegengehen – beziehungsweise uns schon mitten drin befinden –, ist unterdessen mehr als bekannt. Der städtische Haushalt kann sich, um im Bild zu bleiben, als stark und gut gebautes Schiff den drohenden Unwettern entgegenstellen. Zwar nahm im Jahr 2008 die Nettoschuld erstmals seit fünf Jahren wieder zu. Aufgrund der sehr hohen Investitionen war dies allerdings erwartet worden; und noch immer liegt die Verschuldung mit rund 750 Franken pro Kopf sehr tief. Die hohen Investitionen kommen nun – natürlich ohne dass dies planbar gewesen wäre – konjunkturpolitisch zur richtigen Zeit.

Es wird sich jetzt auszahlen, dass die Stadt in den letzten Jahren eine Finanzpolitik mit langfristiger Optik verfolgt und in guten Jahren vorgesorgt hat. Man darf sich allerdings keinen Illusionen hingeben: Auch gut gebaute Schiffe werden in den kommenden Stürmen arg in Mitleidenschaft gezogen. Die ersten Berechnungen für die nächste Finanzplanperiode stimmen nicht zuversichtlich und zeigen einen grossen Handlungsbedarf auf. Die Stadt wird für einige Zeit an roten Zahlen und stark steigender Verschuldung nicht vorbeikommen – und sie wird sich anstrengen müssen, um den Schaden in Grenzen zu halten.

Dass der Regierungsrat in dieser Situation an der Revision des Steuergesetzes im geplanten Umfang und zum geplanten Zeitpunkt festhält, ist schwer verständlich. Die Stadt hat den Kanton immer im Bestreben unterstützt, die Steuerbelastung der Einwohnerinnen und Einwohner zu reduzieren, und sie hat ihren Teil dazu beigetragen. Der Grundsatz, dabei mit Augenmass und mit Blick fürs Ganze vorzugehen, hat sich bewährt – es bleibt zu hoffen, dass schlussendlich dieser Grundsatz auch vom Kanton Luzern nicht gänzlich ausser Acht gelassen wird.

Am 1. Januar 2010 wird der Zusammenschluss von Littau und Luzern Tatsache. Damit eröffnen sich für beide Gemeinden neue Perspektiven. Im Vordergrund stehen raumplanerische Entwicklungen. Der Norden Luzerns verfügt über Potenzial. Als Ergänzung und Gegenstück zur historischen Innenstadt kann eine moderne Stadt mit vielen Arbeitsplätzen entstehen. Seit Jahrzehnten wird die städtebauliche und wirtschaftliche Entwicklung durch die räumliche Enge eingeschränkt. Im Quervergleich zu anderen Stadtregionen entwickelt sich Luzern in vielen Bereichen unterdurchschnittlich. Relevante Land- und Raumreserven sind nicht ausreichend vorhanden, die Topografie und politische Grenzen schränken den Handlungsspielraum ein. Mit der Fusion von Littau und Luzern und der engeren Zusammenarbeit mit dem Kanton und Nachbargemeinden besteht die Möglichkeit, diese Einschränkungen zu überwinden.

Auch auf der Allmend werden die Räume weit gemacht: Neben den Ausbauplänen für den Sport wird innert sechs Jahren auch die Infrastruktur der Messe Luzern fast vollständig erneuert. Zwei moderne Event- und Messehallen bedeuten für den Messeplatz einen Quantensprung. Der neue Anschluss an die S-Bahn erschliesst das Messegelände optimal. Im Endausbau werden rund 15'000 m² gedeckte Ausstellungsfläche – 3'000 m² mehr als bisher – angeboten. Der neue, moderne Messeplatz vermittelt den bestehenden Fach- und Publikumsmessen, die jährlich 350'000 bis 500'000 Besuchende anlocken, starke Impulse. Die qualitativ und quantitativ bessere Infrastruktur eröffnet auch Perspektiven für den Messeplatz: Luzern wird als Veranstaltungsort für sportliche Grossanlässe, Konzerte, Events und nationale Fachmessen attraktiver.

Möge sich der Mut der heutigen Generation zu grossen zukunftsweisenden Entscheidungen auszahlen und mithelfen, die Folgen des wirtschaftlichen Sturms auf den Lebensraum Luzern zu reduzieren.

4.5.1 Meilensteine zu den Fünfjahreszielen und den strategischen Projekten

Plan lumière
(Projektplan Nr. L62201)

Fünfjahresziel
A1.3

Die im Expertenbericht "Plan lumière" definierten Grundsätze der öffentlichen Beleuchtung sind nach der politischen Beratung umgesetzt.

Die Stimmberechtigten haben am 30. November 2008 das Referendum, das sich gegen das Beleuchtungskonzept richtete, abgelehnt. Somit ist der Weg frei für dessen Umsetzung. Der Grosse Stadtrat legte bei der parlamentarischen Beratung im Mai 2008 fest, dass vor der Umsetzung ein Versuchssperimeter realisiert wird. Das Gebiet um das Rathaus eignet sich dafür, weil in der unmittelbaren Umgebung alle Komponenten des Beleuchtungskonzepts enthalten sind: Platzbeleuchtung, Uferbeleuchtung, Gassenbeleuchtung, Schaufensterbeleuchtung sowie eine zu beleuchtende Sehenswürdigkeit (Rathaus mit Turm) und ein PPP-Projekt (Zunftthaus zu Pfistern).

Optimierung der Dienstleistungsprozesse
(Projektplan Nr. L02013)

Fünfjahresziel
A1.4

Das Internet wird aktiv zur Optimierung der Dienstleistungsprozesse eingesetzt.

Per November 2008 wurde der ständigen Informatikkommission (SIK) durch PIT der Bericht mit Massnahmenvorschlägen zur Optimierung der Dienstleistungsprozesse mit Hilfe von E-Government-Mitteln vorgelegt. Darin wurden Massnahmen in verschiedenen Bereichen vorgeschlagen, wobei ein Schwerpunkt bei den Bevölkerungsdiensten liegt. Die SIK ist dem Antrag gefolgt und hat die Umsetzung des Massnahmenpakets – inklusive Beschaffung der notwendigen technischen Hilfsmittel – beschlossen.

Wirtschaftsstrategie Stadtregion Luzern
(Projektplan Nr. L84006)

Fünfjahresziel
A2.1

Die Trägerschaft und Projektorganisation für eine gemeinsame Wirtschaftsstrategie sind geklärt.

Die Kommission für Wirtschaftsfragen (KWF) wurde im Frühjahr 2008 aufgelöst, und eine Verwaltungsvereinbarung zwischen Littau und Luzern wurde unterzeichnet. Vordringlich sind Überlegungen und Planungen, wie das Gebiet "Luzern Nord" (Seetalplatz, Fluhmühle, Basel- und Bernstrasse) entwickelt werden kann. Mit der Schaffung einer moderneren Arbeitsstadt – als Gegenstück zur historischen Innenstadt – könnten die seit Jahren bestehenden Raumengpässe behoben werden und zu einer wirtschaftlichen Entwicklung der Stadtregion Luzern führen.

Bestandespflege
(Projektplan Nr. L84007)

Fünfjahresziel
D1.1

Intensivierte Bestandespflege und Standortentwicklung

Erste Kontakte mit Firmen in Littau sind 2008 und 2009 bereits hergestellt worden.

Messewesen Allmend
(Projektplan Nr. I84001)

Fünfjahresziel
D1.3

Eine Ausstellungshalle als Ersatz für die Festhalle ist im Bau.

Am 24. Juli 2008 erfolgte der Spatenstich für die neue Messehalle zwischen der Lumag- und der heutigen Ausstellungs- und Festhalle. In die neue Halle werden Fr. 28,6 Mio. investiert. Sie bietet auf 5'000 m² sämtlichen Komfort einer modernen Messehalle. Ende September 2009 wird die erste Messe in der neuen Halle stattfinden. Bis 2013 wird in einer zweiten Etappe anstelle der heutigen Festhalle eine zweite neue Halle entstehen. Danach kann die Luga-Halle abgebrochen werden, und der Messeplatz wird sein definitives Erscheinungsbild erhalten.

Kosten- und Leistungsrechnung, Einführung
(Projektplan Nr. L02004)Fünfjahresziel
D4.1

Bei zwei weiteren Dienstabteilungen ist die Kostenrechnung neu eingeführt. Für die Ausweitung zur Flächendeckung sind die Voraussetzungen geschaffen. Die Anlagebuchhaltung ist eingeführt.

Die flächendeckende Kostenrechnung ist eingeführt. Mit dem Abschluss 2009 werden alle Abteilungen mit Vollkosten ausgewiesen. Für die Dienstabteilungen mit Globalbudgets führt die Stadt Luzern detaillierte Kostenrechnungen: Die Kostenrechnung des Tiefbauamtes wurde dazu per 1. Januar 2008 auf Navision migriert. Die Einführung der Kostenrechnung bei der Stadtpolizei wurde infolge des Projekts "Luzerner Polizei" sistiert.

Gemäss den Vorschriften des neuen Gemeindegesetzes wurden 2008 alle Anlagen in die Anlagebuchhaltung aufgenommen. Die Anlagenbuchhaltung ist ab 1. Januar 2009 operativ.

Steuersenkung
(Projektplan Nr. L90002)Fünfjahresziel
D4.1**Steuersenkung**

Die Steuerzahlenden in der Stadt wurden 2008 spürbar entlastet: Der städtische Steuerfuss wurde von 1,85 auf 1,75 Einheiten gesenkt. Gleichzeitig trat die erste Tranche der kantonalen Steuergesetzrevision 2008 in Kraft und führte zu einer zusätzlichen Entlastung. Die Steuererträge 2008 liegen im Rahmen des Voranschlags. Dies lässt grob darauf schliessen, dass die Ertragsausfälle infolge der Steuergesetzrevision und der Steuerfussreduktion im erwarteten Rahmen liegen.

4.5.2 Rechnungsergebnis im Überblick

in Fr. 1'000.–

	Aufwand				Ertrag				Ergebnis		
	R 08	B 08	Abwei- chung	in %	R 08	B 08	Abwei- chung	in %	(Aufwand)/ Ertrag netto	Mehrauf- wand/Min- derertrag	Minder- aufwand/ Mehrertrag
610 Stab Finanz- direktion	724	765	-41	-5%	12	12	0	0%	(712)		41
611 Finanzverwaltung	2'164	2'166	-1	0%	670	654	16	2%	(1'495)		17
612 Regionales Steueramt	8'422	8'430	-8	0%	4'261	3'870	392	10%	(4'160)		400
613 Teilungsamt	1'511	1'566	-54	-3%	1'275	1'257	18	1%	(236)		73
614 Prozesse und Informatik <i>Adm. unterstellte Dienstabteilungen</i>	7'957	8'408	-451	-5%	7'912	7'771	142	2%	(45)		592
615 Betreibungsamt	1'707	1'957	-250	-13%	2'017	2'304	-287	-12%	310	38	
616 Finanzinspektorat	606	631	-25	-4%	123	127	-4	-3%	(483)		22
617 Friedensrichteramt	163	137	26	19%	110	75	35	47%	(53)		9
Total	23'254	24'058	-804	-3%	16'379	16'068	311	2%	(6'875)	38	1'154
Nettoverbesserung										1'116	

Die Finanzdirektion weist gegenüber dem Budget eine Nettoverbesserung von Fr. 1,1 Mio. aus.

Da der geplante Ausbau der Wirtschaftsförderung beim Stab Finanzdirektion noch nicht umgesetzt wurde, schliesst die Rechnung um rund Fr. 0,04 Mio. besser ab.

Das Regionale Steueramt weist eine Nettoverbesserung von rund Fr. 0,4 Mio. aus. Diese ist auf Mehrertrag für Dienstleistungen der Gemeinde Littau sowie auf höhere Inkassoprämien infolge höheren Steuerertrags zurückzuführen.

Die Rechnung des Teilungsamts schliesst rund Fr. 0,1 Mio. besser ab, da die Abgeltung für die Dienstleistungen für Littau nicht budgetiert war.

Auch die Abteilung Prozesse und Informatik schliesst die Rechnung um Fr. 0,6 Mio. besser ab als budgetiert, da zusätzliche Leistungen in Rechnung gestellt werden konnten und die Abschreibungen tiefer als budgetiert ausgefallen sind.

4.5.3 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen

Finanzverwaltung

Auch im 2008 waren die Mitarbeitenden der Finanzverwaltung zusätzlich zu den Stammaufgaben des Tagesgeschäfts in zahlreichen Projekten engagiert:

Die flächendeckende Kostenrechnung und die Anlagebuchhaltung sind eingeführt – vgl. dazu auch die Berichterstattung zum Meilenstein. Damit ist der gesetzliche Auftrag zur Einführung per 1. Januar 2009 erfüllt.

Im Rahmen der Stammaufgaben Rechnung und Voranschlag ist die Umsetzung der Massnahmen für 2008 aus dem Entlastungs- und Überprüfungsprojekt (EÜP) begleitet und kontrolliert worden.

Seit 1. Januar 2008 übernimmt die Finanzverwaltung die Debitorenbewirtschaftung des Alterszentrums Staffelnhof von der Gemeinde Littau, und seit März 2008 erfolgt die Mittelbeschaffung der Gemeinde Littau zur Finanzierung des allgemeinen Haushalts über die Stadt Luzern. Seit 1. Januar 2009 wird in der Stadtbuchhaltung auch noch die Finanzbuchhaltung für die Gemeinde Littau geführt. Da die Übernahme dieser Aufgaben vor dem Fusionsstichtag erfolgte, wurden 2008 drei Verwaltungsvereinbarungen mit der Gemeinde Littau unterzeichnet.

Auch im abgelaufenen Jahr nahm die betriebswirtschaftliche oder finanzpolitische Unterstützung von Projekten anderer Direktionen einen wichtigen Platz ein.

Beim Projekt Führungsentwicklung erarbeitete die Finanzverwaltung einen Vorschlag, damit alle Dienstabteilungen der Stadt ihren Grundauftrag und ihre Leistungen nach einheitlichen Grundlagen erstellen konnten.

Bei der Erarbeitung von Entscheidungsgrundlagen für die Zusammenlegung der beiden Polizeikorps (Projekt Luzerner Polizei) hat die Finanzverwaltung massgeblich mitgewirkt, ebenso bei den Verhandlungen und bei der Erarbeitung des Projekts Sportarena Allmend (B+A 23/2008).

Beim Beteiligungs- und Beitragscontrolling beauftragte der Stadtrat die Finanzverwaltung mit der Überprüfung der Eigentümerstrategie der Stadt für die 100%-Beteiligung Xundheit. In deren Verlauf konkretisierte der Stadtrat das Vorgehen, um den Verkauf der Aktien der Gesellschaft vorzubereiten. Die Vorbereitungen dauerten von Anfang 2008 bis zur Vorlage des B+A 21/2008 "Xundheit: Verkauf der Aktien an die Krankenkasse Concordia". Das

Parlament lehnte den Verkauf nach zweimaliger Behandlung am 11. September 2008 ab.

Im Hinblick auf die Teilliberalisierung des Strommarkts auf den 1. Januar 2009 beauftragte der Stadtrat die Finanzverwaltung, die Eigentümerstrategie der ewl zu überprüfen. Die gesetzlichen Vorschriften zur Festlegung der Strompreise und die im Dezember 2008 vom Bundesrat verordneten Änderungen werden längerfristig die wirtschaftliche Entwicklung der ewl beeinflussen, weshalb der Stadtrat die Weiterführung des Projekts beschlossen hat.

Bei den städtischen Investitionen ist schon seit längerer Zeit ein Nachholbedarf absehbar, der sich mit starken Zunahmen beim Investitionsvolumen der Gesamtplanung 2009–2013 manifestiert. Dies betrifft Sanierungs- und Neubauprojekte in fast allen Bereichen, wie z. B. bei Heimen und Alterssiedlungen, bei Schulanlagen, bei Sport und Kultur, sowie gewichtige Infrastrukturvorhaben. Damit verbunden waren im vergangenen Jahr wesentlich umfangreichere Abklärungen für die in die Planung eingegebenen Projekte, aber auch die Bewältigung der neuen Ausgangslage für die Finanzierung der Projekte.

Schliesslich hat die Finanzverwaltung ihren eigenen Leistungsauftrag überarbeitet, die Funktionsdiagramme aktualisiert sowie die Prozesse ihrer Leistungsgruppen im Intranet dokumentiert.

Regionales Steueramt Luzern

Das operative Tagesgeschäft konnte im Jahr 2008 ohne grössere Probleme bewältigt werden. Wegen Personalwechseln im Team Veranlagung Unselbstständigerwerbende konnte das Ziel eines Veranlagungsstands von 85 % knapp nicht erreicht werden. Die vier neuen Mitarbeitenden im Einschätzungsteam haben sich bereits gut eingearbeitet, sodass es möglich sein wird, den leichten Rückstand im nächsten Jahr aufzuholen. Der Veranlagungsstand bei der Bearbeitung der Selbstständigerwerbenden lag über der Zielsetzung. Hier besteht eine enge Zusammenarbeit mit der kantonalen Dienststelle Steuern, die vor allem im Hinblick auf den Wechsel des Teams zum Kanton per 1. Januar 2010 aufgebaut wurde. Bereits im Jahr 2009 wird die Abteilung SE bei der Dienststelle Steuern die Arbeitsweise des Regionalen Steueramtes Luzern (elektronisches Dossier, teilautomatisierte Veranlagung)

übernehmen. Das Team Dienste konnte die Digitalisierung der Akten zeitgerecht sicherstellen. Beim Inkasso stand die vorzeitige Übernahme der Verlustscheinbewirtschaftung von Littauer Akten im Vordergrund. Im Kundendienst wurde mit über 55'000 Telefongesprächen ein neuer Höchststand verzeichnet.

Daneben waren die Mitarbeitenden des Regionalen Steueramtes Luzern in wichtigen Projekten engagiert. Der Wechsel der Software für die Einwohnerkontrolle führte dazu, dass auch das Steueramt die eingesetzte Datenbank auswechseln musste. Neu werden alle Subjekt-/Personendaten sowie die Objektdaten zu Grundstücken und Gebäuden in der gleichen Software bearbeitet. Dazu mussten Daten aus drei verschiedenen Quellen zusammengeführt werden. Die unterschiedliche Datenqualität zwang zu umfangreichen Nachbearbeitungen, die sich bis Ende Jahr hinstreckten. Die gemeinsame Software für Einwohnerkontrolle, Objektwesen und Steuern bietet ab 2009 grosse Vorteile bei der Bearbeitung der Register.

Beim Projekt LuTax der Dienststelle Steuern war das Regionale Steueramt Luzern stark involviert. Letztlich geht es in diesem Projekt neben der Zentralisierung der Datenbanken auch darum, die gesamten Daten zu digitalisieren und so die Arbeitsweise der Steuerämter Ebikon und Luzern auf den gesamten Kanton auszudehnen. Darum war das Know-how der Stadtluzerner Steuerfachleute sehr gefragt und entsprechend zeitintensiv. Der Entscheid der politischen Behörden wird im Sommer 2009 erwartet.

Ebenfalls gemeinsam mit der Dienststelle Steuern wurde ein Projekt gestartet mit dem Ziel, das Inspektionswesen der Abteilung Unselbstständigerwerbende bei den Gemeinden neu zu gestalten. Damit soll ein umfassendes Qualitätssicherungssystem im Steuerwesen aufgebaut werden. Dieses Projekt wird im Jahr 2009 abgeschlossen werden.

Prozesse und Informatik (PIT)

Die Ablösung der Kernapplikationen (Einwohnerkontrolle, Personalsystem) hat in der Berichtsperiode grosse Fortschritte gemacht. Die Migration der Einwohnerkontrolle konnte abgeschlossen werden. Aufseiten der Bevölkerungsdienste und des Steueramtes musste ein erheblicher Aufwand betrieben werden, um die Altdaten in das neue System zu übernehmen. Das Projekt konnte mit einer Verzögerung von neun Monaten abgeschlossen werden. Die Ablösung des Personaladministrationssystems

konnte termingerecht und innerhalb des Kostenrahmens abgewickelt werden. Ende Jahr war die Migration so weit fortgeschritten, dass ab 2009 die gesamte Lohn- und Stellenplanverwaltung über das neu beschaffte System abgewickelt werden kann.

Die Einführung der unterstützenden Informatikinfrastruktur in den Primarschulen konnte nach dem längeren Unterbruch infolge der parlamentarischen Intervention dieses Jahr abgeschlossen werden. Ende Jahr verfügten alle städtischen Primarschulen über die modernen Informatikhilfsmittel zur Unterstützung des Unterrichts.

Die städtischen Infrastrukturen müssen nicht nur gepflegt, sie müssen auch mit den laufenden räumlichen Veränderungen mitentwickelt werden. So wurden auch die Verlagerung der Musikschule in den Südpol und der teilweise Umzug des BZ Eichhof unterstützt. Die Unterstützung bestand im Wesentlichen im Zügeln der eingesetzten PC-Infrastruktur und im Aufbau und Umbau des benötigten Netzwerks.

Es wurde aber auch in die zukünftige Entwicklung der Informatikinfrastrukturen investiert. Der Grossteil der PC-Geräte ist mittlerweile fünf Jahre alt. Die Technologie hat sich in der vergangenen Zeit massiv verändert. Trendmässig zeichnet sich eine Zentralisierung der PC-Infrastruktur ab. Aus diesem Grund wurden umfangreiche Abklärungen getroffen, auch bei mehreren Städten, welche beantworten sollten, wie die 1'100 PC-Geräte der Stadtverwaltung zukünftig betrieben werden.

Eine weitere Aufgabe war die Vorbereitung der informatiktechnischen Fusion von Littau mit Luzern. So weit wie möglich wurden die Vorbereitungen im technischen Bereich vorangetrieben. Diese sind jedoch vom Stand der Abklärungen in den betroffenen Abteilungen abhängig. Hingegen konnte die gemeinsame Organisation mit der Informatikabteilung von Littau geklärt werden. Ende 2008 wurden die beiden Informatikabteilungen zusammengeführt und in Luzern konzentriert. Die Gemeinde Littau mit dem angeschlossenen Rechenzentrum wird seither aus Luzern betreut.

Betreibungsamt

Im vergangenen Jahr wurden 15'333 Betreibungen eingereicht, was einen Rückgang um 588 Fälle gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Die gute Wirtschaftslage der letzten Jahre führte zu einem starken Rückgang der Betreibungsfälle: Im Jahr 2004 waren es noch 17'398

Betreibungen. Mit dem Rückgang der Betreibungen gingen auch die Pfändungen von 7'873 auf 6'766 zurück. Im Jahr 2005 waren es noch 8'879 Pfändungen. Die Pfändungsbeamten haben insgesamt 841 Wohnungskontrollen durchgeführt. Auch die ausgestellten Verlustscheine gingen von 5'603 auf 5'113 zurück. Im vergangenen Jahr musste keine Grundpfandverwertung vorgenommen werden. Der anhaltende Rückgang der Betreibungen in den letzten Jahren führte auch zu weniger Gebühreneinnahmen. Diese betrugen 2005 Fr. 2,44 Mio., 2008 waren es noch Fr. 2 Mio. Durch den geringeren Aufwand und das nicht Wiederbesetzen von drei Arbeitsstellen im vergangenen Jahr konnte ein Überschuss von Fr. 309'949.17 erzielt werden.

Die Einführung des papierlosen Büros (elektronische Bearbeitung der Dokumente) per 1. Januar 2007 hat sich sehr bewährt: Die Be-

treibungsfälle können rascher und effizienter behandelt werden.

Durch die Zuweisung der Dokumente zu den einzelnen Geschäftsfällen verfügt das Betreibungsamt nun über vollständige elektronische Dossiers. Dadurch sind ab 1. Januar 2009, nach der vorzeitigen Zusammenlegung der Betreibungsämter Littau und Luzern, sämtliche Dokumente jeweils in Luzern und in der Aussenstelle Littau elektronisch sichtbar. Das Betreibungsamt scannt im Jahr rund 115'000 Akten ein, die direkt im Archiv abgelegt und nicht mehr an die Mitarbeitenden weitergeleitet werden müssen. Die Möglichkeit der Bestellung von Betreuungsauskünften über den Online-Schalter der Stadt Luzern seit Mitte August 2008 hat grossen Anklang gefunden: Bis zum Jahresende waren es bereits 606 Bestellungen über Internet. Am Schalter in Luzern wurden 5'400 Betreuungsauszüge erstellt. Die Einführung der Bestellung über Internet sollte zu einem Rückgang am Schalter führen.

4.5.4 Kennzahlen

Im Sinne der ergebnisorientierten Verwaltung werden die Kennzahlen einzelner Dienstabteilungen und Bereiche dargestellt.

4.5.4.1 Regionales Steueramt

a) Aufgaben / Dienstleistungen

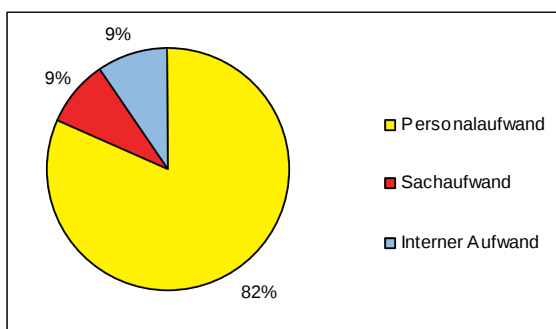
Im Regionalen Steueramt sorgen 68 Mitarbeitende (58,7 Stellen) für die Registerführung, die Veranlagung und den Bezug der ordentlichen Gemeinde- und Staatssteuern für die natürlichen Personen. Bei den juristischen Personen erfolgt das Inkasso durch das Steueramt, die Veranlagung erledigt die kantonale Dienststelle Steuern. Im Bereich der Sondersteuern ist das Regionale Steueramt zuständig für die Grundstückgewinn- und die Handänderungssteuern sowie die Liegenschaftssteuern. Zudem werden die Billettsteuern und die Kurtaxen erhoben und bezogen. Das Steuerregister für die ordentlichen Steuern umfasst rund 45'000 Personen und Gesellschaften für Luzern sowie 10'000 für die Gemeinde Littau.

b) Ergebnis

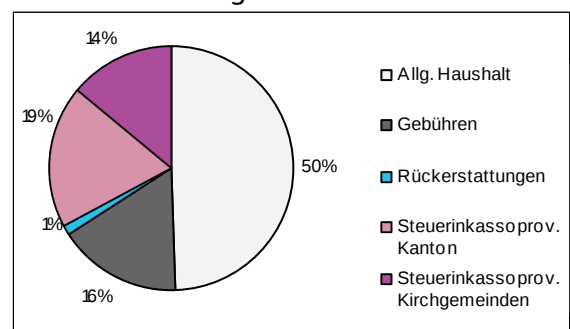
	R 2007	R 2008	B 2008	Abw. zu B 08 in Fr.	Abw. zu B 08 in %	Abw. zu R 07 in Fr.	Abw. zu R 07 in %
Aufwand	8'594'307	8'421'886	8'429'900	-8'014	0%	-172'421	-2%
Ertrag	4'089'529	4'261'072	3'869'500	391'572	10%	171'527	4%
Ergebnis	-4'504'779	-4'160'814	-4'560'400	399'586	9%	343'948	8%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Erledigte Veranlagungen	19'585	39'071	44'076	40'058	37'998	45'353	42'305
Offene Veranlagungen Selbstständigerwerbende	1'733	3'286	2'993	3'019	3'284	3'372	2'639
Offene Veranlagungen Unselbstständigerwerbende	13'992	6'952	7'093	5'604	9'994	6'709	8'389
Aufwand brutto pro Steuerpfl.	182	168	162	157	154	145	146
Aufwand netto pro Steuerpfl.	71	57	49	88	81	79	78
Total Steuerertrag pro Einheit in Fr. 1'000 (Luzern)	128'511	126'521	124'352	121'230	130'731	130'696	133'235
Anteil Steuererklärungen PC			29%	40%	47%	50%	49%

e) Kommentar

Obwohl ab 2007 die Bruttokosten des Regionalen Steueramtes die Grundstückgewinn- und Handänderungssteuern umfassen (rund Fr. 550'000.-), konnte der Aufwand pro Steuerpflichtige/n auch für 2008 unter den Kosten der früheren Jahre gehalten werden. Dies kam dank einem effektiven Kostencontrolling sowie einer gestiegenen Anzahl von Steuerpflichtigen zustande. So ist die Anzahl der steuerpflichtigen natürlichen Personen von 42'000 im Jahre 2005 auf 47'400 im Jahre 2008 angestiegen. Der Anteil der am PC ausgefüllten Steuererklärungen stagniert, obwohl die CD aktiv beworben wurde.

4.5.4.2 Teilungsamt

a) Aufgaben / Dienstleistungen

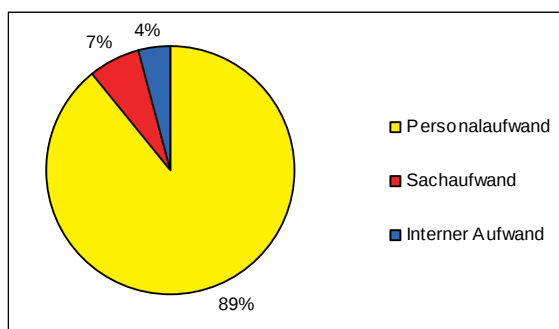
Das Teilungsamt erledigt die der Teilungsbehörde nach Gesetz zugewiesenen Aufgaben. Darunter fallen Tätigkeiten wie Inventarisierungen, Erbenabklärungen, Testamentseröffnungen, Erbenverhandlungen, Erbgangsbescheinigungen und die amtliche Mitwirkung bei Erbteilungen. Gleichzeitig werden die Erbschaftssteuern für die Stadt und den Kanton veranlagt und bezogen. Das Teilungsamt ist Depositatstelle für Testamente und nimmt als Steuerungsbehörde amtliche Steuerungen vor. Schliesslich werden auch Mandate als Willensvollstrecker und Erbteilungen im Auftrag der Erben übernommen sowie Auskünfte und Beratungen in Erbschaftsfragen erteilt. Im Übrigen ist das Teilungsamt Aufsichtsbehörde über die Willensvollstrecker und Erbschaftsverwalter. Der Personalbestand umfasst zwölf Mitarbeitende (11,40 Pers.-Einheiten).

b) Ergebnis

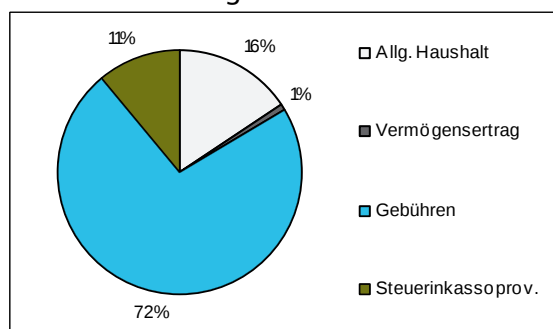
	R 2007	R 2008	B 2008	Abw. zu B 08 in Fr.	Abw. zu B 08 in %	Abw. zu R 07 in Fr.	Abw. zu R 07 in %
Aufwand	1'462'139	1'511'239	1'565'600	-54'361	-3%	49'100	3%
Ertrag	1'319'469	1'274'993	1'256'500	18'493	1%	-44'477	-3%
Ergebnis	-142'669	-236'246	-309'100	72'854	24%	-93'577	-66%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Erbschaftsfälle neu	719	764	781	718	720	708	785
Erbschaftsfälle pendent	493	453	399	341	322	325	341
Erbschaftsfälle erledigt	762	804	835	776	739	705	769
Durchschnittswerte in Fr. je erledigten Erbschaftsfall:							
Aufwand	2'056	2'106	1'868	2'058	2'086	2'074	1'965
Ertrag	1'268	1'729	1'577	1'552	1'743	1'872	1'658
Erbschaftssteuern	6'619	6'948	8'446	7'469	7'355	9'684	7'279

e) Kommentar

Am 1. Januar 2008 wurden die Teilungsämter Littau und Luzern vorzeitig zusammengelegt. Die Gemeinde Littau hat die Sachbearbeitung für die Aufgaben des Teilungsamtes Littau an das Teilungsamt Luzern übertragen. Die Zusammenlegung erfolgte problemlos. Die Pendenzen haben sich, bei sehr guter Altersstruktur, auf einem tiefen Stand eingependelt. Der budgetierte Ertrag aus Erbschaftssteuern wurde deutlich verfehlt: Der Ertrag liegt mit Fr. 1,65 Mio. um 23 % unter dem Budget. Die Erbschaftssteuern unterliegen Schwankungen und sind nicht beeinflussbar.

4.5.4.3 Prozesse und Informatik

a) Aufgaben / Dienstleistungen

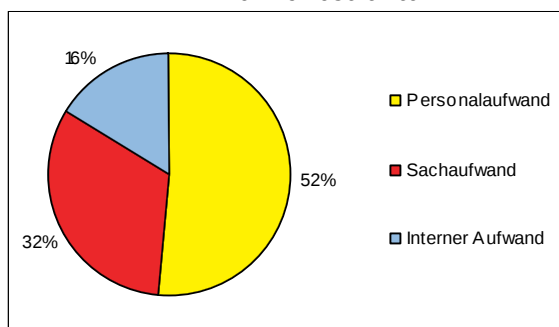
Die Dienstabteilung Prozesse und Informatik berät die Dienstabteilungen der Stadtverwaltung bei der Lösung von Organisations- und Informatikaufgaben. Sie betreibt die eingesetzten Informatik- und Kommunikationsinfrastrukturen und leistet ergänzende Dienste im Zentrum für Informationsverarbeitung (inkl. Reprodienste). Der Postdienst, der Einkauf der Büromaterialien und der Betrieb der Telefonie-Anlagen gehören ebenfalls zu den Dienstleistungen von PIT. Die Abteilung beschäftigt 37 Personen (3'465 Stellenprozente, 4 Lehrlinge/Praktikanten).

b) Ergebnis

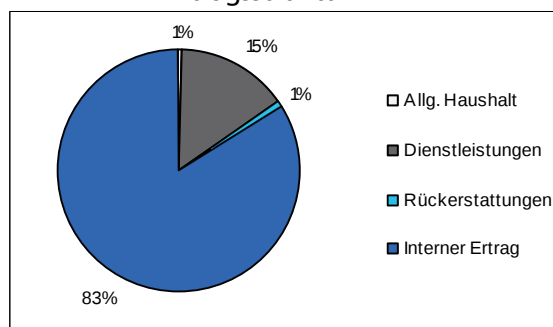
	R 2007	R 2008	B 2008	Abw. zu B 08 in Fr.	Abw. zu B 08 in %	Abw. zu R 07 in Fr.	Abw. zu R 07 in %
Aufwand	8'214'491	7'956'618	8'407'500	-450'882	-5%	-257'872	-3%
Ertrag	8'119'859	7'912'094	7'770'500	141'594	2%	-207'765	-3%
Ergebnis	-94'632	-44'525	-637'000	592'475	93%	50'107	53%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2004	2005	2006	2007	2008
Informatikausrüstung:					
Mit Informatik ausgerüstet (2008 nur Verwaltung)	1'084	1'081	1'290	1'179	1'020
Informatik an den Volksschulen (Anz. PC)					475
Verrechnung pro PC-Arbeitsplatz/Jahr (Verw.)	3'200.-	3'200.-	2'900.-	2'900.-	2'700.-
(Unterhalt, Betrieb, Netzwerk, Schulung)					
Verfügbarkeiten:					
Gesamtsystem	99,61%	99,80%	97,50%	98,91%	98,93%
Von Ausfall Betroffene im Durchschnitt	25,8%	46,8%	46%	41%	65%
Helpdesk:					
Total gelöste Helpdeskfälle	5'845	6'374	6'632	7'368	6'887
Schulung:					
Kurse und Workshops	48	75	70	47	39
Total Kursteilnehmende	311	544	491	353	293
Projekte:					
Anzahl Projekte	109	106	74	84	75
Anzahl Stunden für Projekte	14'022	15'933	13'082	13'973	16'306
Stundenanteil PIT für Projekte	21,2%	24,8%	37,5%	31,6%	25,1%

e) Kommentar

PIT hat 2008 zwar von der Menge her weniger Projekte bearbeitet, die Anzahl der geleisteten Stunden ist jedoch stark angestiegen. Dies weil 2008 mehrere grosse Projekte bearbeitet wurden (z. B. INFOPRIM, OPAL, NEPAL, FLL TP4, Umzüge BZ). Für die Ausrüstung der Volksschule mit Computern (INFOPRIM) wurden 2008 allein rund 2'350 Stunden geleistet.

4.6 Beitragswesen

4.6.1 Rechnungsergebnis im Überblick

in Fr. 1'000.–

	Aufwand				Ertrag				Ergebnis		
	R 08	B 08	Abwei- chung	in %	R 08	B 08	Abwei- chung	in %	(Aufwand)/ Ertrag netto	Mehrauf- wand/Min- derertrag	Minder- aufwand/ Mehrertrag
800 Allg. Verwaltung	188	191	-2	-1%	0	0	0		(188)		3
810 Öffentliche Sicherheit	910	978	-68	-7%	0	0	0		(910)		68
820 Bildung	9'718	9'507	210	2%	0	0	0		(9'718)	211	
830 Kulturförderung	18'633	18'501	132	1%	19	0	19		(18'614)	113	
831 Denkmalpflege	942	600	342	57%	899	550	349	63%	(44)		6
832 Sport	727	392	335	85%	0	0	0		(727)	335	
833 Freizeitgestaltung	183	198	-15	-8%	0	0	0		(183)		15
840 Gesundheit	5'736	5'544	192	3%	8	0	8		(5'728)	184	
850 Familienergänzende Kinderbetreuung	2'411	2'479	-67	-3%	0	0	0		(2'411)		68
851 Fürsorge	37'656	35'867	1'789	5%	625	0	625		(37'031)	1'164	
852 Wohnbauförderung	87	90	-3	-3%	87	90	-3	-3%	0		
860 Verkehr	10'340	10'841	-501	-5%	1'683	1'044	639	61%	(8'657)		1'140
870 Umwelt- und Raumordnung	11	11	0	0%	0	0	0		(11)		
880 Volkswirtschaft	1'020	1'120	-100	-9%	224	248	-23		(795)		78
Total Netto- verschlechterung	88'562	86'319	2'243	3%	3'544	1'931	1'612	83%	(85'018)	2'007	1'378
											629

Der Nettoaufwand für das Beitragswesen liegt rund Fr. 0,6 Mio. über dem Budget.

Die Beiträge an die ZSOpilatus fielen um rund Fr. 25'000.– tiefer aus. Zudem wurde die geplante Kugelfangsanie rung (budgetiert: Fr. 40'200.–) nicht umgesetzt.

Der Mehraufwand im Bildungsbereich ist vor allem Folge der höheren Beiträge an die Sonderschulkosten (+Fr. 536'000.–) und an Heime und Therapieinstitutionen (+Fr. 335'000.–). Dafür liegen die Beiträge an die Kantonschulen und an die HPS rund Fr. 588'000.– bzw. Fr. 37'000.– tiefer.

Bei der Kulturförderung ergaben sich Abweichungen beim Beitrag an die Stiftung Rosengart (Beitrag Umbau von Fr. 100'000.–) und bei den teuerungsbedingt etwas höheren Beiträgen an das Luzerner Theater (+Fr. 79'000.–) und das Luzerner Sinfonieorchester (+Fr. 10'000.–). Dagegen wurde die budgetierte Defizitgarantie für die Schür nicht beansprucht (–Fr. 52'000.–). Wiederum deutlich höher fiel der Defizitbeitrag an das Hallenbad aus (+Fr. 116'000.–). Zudem wurde der Genossenschaft Pferdesport ein ausserordentlicher Beitrag über Fr. 150'000.– zugesprochen.

Der Mehraufwand im Gesundheitsbereich ist vor allem Folge des höheren Beitrags an die

Spitex (+Fr. 285'000.–). Dazu kam ein Beitrag von Fr. 30'000.– für die interkulturelle Mütter- und Väterberatung. Im Gegenzug fielen Fr. 112'000.– weniger an Kantonsbeiträgen für die Aids-Prävention an.

Die grössten Abweichungen bei der Fürsorge waren die Beiträge an IV und Familienzulagen Landwirtschaft (+Fr. 551'000.–), an den Verein Kirchliche Gassenarbeit (+Fr. 111'000.–), ein einmaliger Baubeitrag an das Pflegeheim Steinhof über Fr. 100'000.–, der Mehraufwand für die AHIZ von Fr. 1'280'000.– sowie die Minderaufwände für den ZiSG (–Fr. 107'000.–) bzw. die Pro Senectute (–Fr. 118'000.–) und die Rückerstattung der ALV über Fr. 625'000.–.

Die Beiträge an den Tarifverbund und den Zweckverband ÖVL fielen Fr. 97'000.– bzw. Fr. 916'000.– (inkl. Rückerstattung aus Vorjahr) tiefer aus als budgetiert.

Im Bereich Volkswirtschaft waren die Beiträge an die European Futurist Conference (Fr. 35'000.–) und an die European Beach Volleyball Championship (Fr. 20'000.–) nicht budgetiert. Dafür mussten die Defizitgarantien für die Luga und für das Jodlerfest nicht beansprucht werden. Die Beiträge an die übrigen Grossveranstaltungen fielen somit rund Fr. 120'000.– unter dem Budget aus.

5. Dienststellen mit Leistungsauftrag und Globalbudget

5.1 Heime und Alterssiedlungen / Parlamentarischer Leistungsauftrag

5.1.1 Leistungsziele / Zielerreichung

1. Das im kantonalen Vergleich eher knappe stationäre geriatrische Angebot in der Stadt Luzern wird im Sinne einer bedarfsgerechten Versorgung beibehalten.

Die Zahl der Heimplätze der städtischen Betagtenzentren (BZ) und Pflegewohnungen (PW) liegt seit dem Bezug der Provisorien und dem Umbau des Hauses Rubin (BZ Eichhof) bei 756 Betten. Das sind rund 20 Heimplätze weniger als vor Beginn der Sanierungsphase 2004. Zur teilweisen Kompensation der verlorenen Plätze werden in den Räumlichkeiten des ehemaligen Spitex-Hauptsitzes im BZ Rosenberg Anfang 2008 zusätzlich elf Heimplätze neu eröffnet. Sofern die Finanzierung mit Kanton und/oder Krankenversicherern geregelt werden kann, werden diese Plätze im Rahmen des neuen Angebots "Übergangspflege" genutzt. Vor Ende 2008 ziehen die 147 Heimbewohner/innen aus den Provisorien ins neu sanierte, attraktive Haus Rubin ein.

Erreicht: Im BZ Rosenberg konnte die Abteilung für Übergangspflege aufgrund von Verzögerungen beim Umbau und bei den Verhandlungen mit Kanton und Krankenversicherern allerdings erst am 7. Juli eröffnet werden. Start und Aufbau der Pilotabteilung waren jedoch bisher erfolgreich, sodass Ende Jahr die gesetzten Zielvorgaben erreicht wurden. Mitte November konnte das neu sanierte Haus Rubin im BZ Eichhof termingerecht bezogen werden.

2. Die Bewohner/innen der städtischen Altersinstitutionen fühlen sich wohl und als Individuum respektiert.

Zur Zielerreichung orientiert sich Heime und Alterssiedlungen (HAS) weiterhin an den folgenden beiden Leitsätzen: "Wir gewährleisten unseren Bewohnerinnen und Bewohnern einen Alltag, der den regulären Umständen und Bedingungen ihrer gewohnten Lebensweise so nahe wie möglich kommt." Und: "Wir ermöglichen unseren Bewohnerinnen und Bewohnern, nach ihren eigenen Möglichkeiten selbst zu bestimmen, wie sie ihr Leben gestalten."

Das spezialisierte Angebot von HAS wird 2008 durch je eine Abteilung für "Übergangspflege" im BZ Rosenberg und für spezialisierte Demenzbetreuung im BZ Eichhof, Haus Rubin, erweitert (siehe Leistungsziel 1). Gleichzeitig wird geklärt, ob HAS oder eine andere Trägerschaft in Zukunft ein geeignetes Betreuungsangebot für die grösser werdende Zahl suchtbetroffener älterer Menschen bereitstellen kann.

Grösstenteils erreicht: Die konkreten Jahresziele zu den Leitsätzen wurden von den Betagtenzentren und Pflegewohnungen erarbeitet und im Jahresverlauf umgesetzt. Die Überprüfung erfolgte im Rahmen des Trimestercontrollings der Dienstabteilung HAS. Die im Leistungsziel 2 erwähnten Spezialabteilungen im BZ Rosenberg und BZ Eichhof wurden nach erfolgtem Umbau eröffnet. Auf eine Erweiterung der Demenzabteilung wurde aufgrund einer rückläufigen Nachfrage jedoch verzichtet. Ein Angebot für suchtbetroffene ältere Menschen fehlt dagegen nach wie vor. Hier liegt die Federführung jedoch beim Kanton.

3. Die Bewohner/innen werden professionell gepflegt und betreut.

Das Pflegeleitbild von HAS folgt dem Grundsatz: "Gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern gestalten wir einen Lebensraum, in dem Menschen sich wohlfühlen und bis zu ihrem Tode leben können." Dazu richtet sich die Pflege und Betreuung am personenzentrierten Ansatz aus und unterstützt und fördert gewünschte soziale Kontakte inner- und ausserhalb der Institution. Der zukünftige Stellenplanschlüssel baut auf der neuen Bildungssystematik im Gesundheitswesen auf. Er basiert auf dem Pflegeleitbild HAS und den neu formulierten Leistungsvorgaben für den Kernprozess "Pflege und Betreuung".

Erreicht: Die Erarbeitung des zukünftigen Stellenschlüssels Pflege und Betreuung konnte abgeschlossen werden. Da der neue Stellenschlüssel umfangreiche Auswirkungen auf Aufgabenteilung und Zusammenarbeit innerhalb des Pflegebereichs hat sowie eine entsprechende Anzahl auf Sekundarstufe II ausgebildetes Personal voraussetzt, wird die Umsetzung in den nächsten Jahren schrittweise und abgesichert durch geeignete Arbeitsinstrumente vorgenommen.

4. Die sozialen Aussenkontakte der Bewohner/innen werden mit Hilfe freiwilliger Mitarbeitender bewusst gefördert.

In jedem Betagtenzentrum besteht eine betreute und in das Zentrum integrierte Gruppe freiwilliger Mitarbeitender. Diesen wird jährlich eine spezielle, auf sie ausgerichtete Weiterbildung angeboten. Um die Freiwilligenarbeit weiter auszubauen, wird gezielt nach geeigneten Betätigungsfeldern gesucht und bei der Bevölkerung aktiv dafür Werbung gemacht.

Erreicht: Das Weiterbildungsangebot "Helfen zwischen Lust und Frust" erfreute sich bei den über 100 freiwilligen Mitarbeitenden in den Betagtenzentren und Pflegewohnungen grosser Beliebtheit. Neue Ideen für zusätzliche Einsatzmöglichkeiten wurden erarbeitet und sollen im Frühjahr 2009 intensiv beworben werden.

- 5. Das Wohlbefinden und die Gesundheit der Bewohner/innen werden gefördert und verbessert.** Palliative Medizin, Pflege und Begleitung ("palliative care") bedeutet Schmerzlinderung und soziale, psychische, religiös-spirituelle Unterstützung von Menschen mit unheilbaren, fortschreitenden Erkrankungen in ihrer letzten Lebensphase. Aufgrund der zunehmenden Bedeutung von "palliative care" in den Pflegeheimen wird 2008 anstelle eines neuen Pflegequalitätsstandards ein einheitliches Konzept "palliative care" und ein Leitfaden zu dessen Umsetzung erarbeitet.

Erreicht: Das Konzept "palliative care", inklusive Umsetzungsplanung und Erfolgskontrolle, liegt vor. Die einzelnen Standortbestimmungen und das daran anschliessende Weiterbildungsprogramm sind in den Betagtenzentren und Pflegewohnungen für die Jahre 2008 bis 2011 geplant.

- 6. Essen und Trinken sollen für die Bewohner/innen ein Erlebnis und eine tägliche Freude sein.** Die im Rahmen des Gastronomieprojekts erarbeiteten Standards für bewohnergerechte Wahlangebote, Essenszeiten, individuellen Service und Aktivierungsmöglichkeiten werden 2007 und 2008 umgesetzt.

Grösstenteils erreicht: Während das BZ Wesemlin die meisten Standards bereits in den vergangenen Jahren umgesetzt hatte, führte das BZ Rosenberg diese schwerpunktmässig und mit Erfolg im 2008 ein. Eine zeitliche Verzögerung von einem halben Jahr hat sich dagegen beim BZ Eichhof (infolge Sanierung Haus Rubin) und beim BZ Dreilinden (infolge Leitungswechsels in Hotellerie und Küche) bei der Umsetzung des Standards "Essenszeiten" aufgedrängt.

- 7. Die Mitarbeitenden werden als entscheidende Ressource zur Erfüllung des Leistungsauftrags betrachtet.**

Zur zukünftigen Personalgewinnung und Personalsicherung engagiert sich HAS in der laufenden Führungsentwicklung der Stadt Luzern und erarbeitet ein auf die spezielle Situation im Pflegeheimbereich hin ausgerichtetes Bildungskonzept. Das bestehende Konzept "soziale Arbeitsplätze" zur Beschäftigung auch behinderter und eingeschränkt leistungsfähiger Mitarbeitender wird weiterentwickelt.

Zum Teil erreicht: Im Rahmen des Bildungskonzepts HAS wurde die zukünftige strategische Ausrichtung festgelegt. Aufbau- und Ablauforganisation müssen jedoch noch geklärt werden. Die Weiterentwicklung des Konzepts "soziale Arbeitsplätze" musste infolge eines personellen Wechsels im Personalamt um ein Jahr verschoben werden.

- 8. Die Abteilung Heime und Alterssiedlungen (HAS) setzt ihre Mittel wirtschaftlich und effizient ein.**

Ein Indikator dafür ist der Kostendeckungsgrad. Dieser liegt im Jahr 2008 für die Betriebskosten (ohne kalkulatorische Kosten) bei 101 %, bzw. unter Berücksichtigung der kalkulatorischen Kosten bei knapp 90 %.

Erreicht: Der budgetierte Kostendeckungsgrad konnte erreicht werden. Die Rechnung 2008 schliesst insgesamt um Fr. 145'480.– (d. h. um 2 %) besser ab als budgetiert.

5.1.2 Globalbudget

(in Franken)	IST 08	SOLL 08	Abweichung R08/B08		SOLL 09	IST 07
Kosten	71'064'243	71'134'300	-70'057	0%	72'622'700	69'693'622
/ . Ertrag	-72'056'123	-71'980'700	-75'423	0%	-73'481'600	-69'504'922
Globalbudget (Ergebnis Finanzbuchhaltung)	-991'880	-846'400	-145'480	-17%	-858'900	188'700
Abgrenzungen	-	-	-	0%		-
kalkulatorische Kosten	9'228'900	9'228'900	-	0%	10'228'302	9'228'900
Globalbudget (inkl. kalkulatorischer Kosten)	8'237'020	8'382'500	-145'480	-2%	9'369'402	9'417'600
Kostendeckungsgrad (in Prozent) ¹	89.7%	89.6%			88.7%	88.1%

¹ Der Kostendeckungsgrad bezeichnet das Verhältnis der Erträge zur Summe aller Kosten; er wird also inkl. kalkulatorischer Raumkosten berechnet.

5.1.3 Stadträtlicher Leistungsauftrag / Gesamtübersicht

Die nachfolgende Tabelle enthält neben Angaben zum Rechnungsjahr 2008 auch eine Darstellung der Rechnung 2007 und des Budgets 2009.

Hinweise zum Globalbudget

Um die Kostenentwicklung über die nächsten Jahre aufzeigen zu können, bleiben im Globalbudget die durch **Umbauten** bedingten vorübergehenden Kosten- und Einnahmeveränderungen unberücksichtigt (vgl. parlamentarische Leistungsvorgaben in der Gesamtplanung). Diese werden in den Investitionen der jeweiligen Einzelprojekte separat kalkuliert und kreditiert und fliessen in Form von Kompensationszahlungen in die Rechnung ein.

Die im Sommer 2008 eröffnete Spezialabteilung **Übergangspflege** im BZ Rosenberg wird in einer neuen Leistungsgruppe 3 "Spezialabteilungen" in den Kernleistungen geführt, um die zur Überprüfung der Finanzierungsregelung notwendige Kostentransparenz zu erlangen.

Im Budget 2009 ist es zu **weiteren Verschiebungen** zwischen den Leistungsgruppen gekommen. Verschoben wurden insbesondere das Tagesheim, die Cafeterias und das pflegerische Verbrauchsmaterial. Durch die geänderte Praxis bei der Berechnung der kalkulatorischen Kosten ergeben sich zwischen den Leistungsgruppen diverse zusätzliche Verschiebungen. Zudem wird das Globalbudget 2009 durch die Einführung der flächendeckenden Kostenrechnung mit weiteren **Mehrkosten** belastet, was die Vergleichbarkeit von Rechnung 2008 mit Budget 2009 einschränkt (siehe Voranschlag 2009, Kapitel 2 des Leistungsauftrags mit Globalbudget HAS).

5.1.3.1 Übersicht über die Leistungsgruppen

LG 1: Grundleistungen	IST 08	SOLL 08	SOLL 09	IST 07
Pensionstage	264'370	274'579	261'377	266'221
Kosten pro Pensionstag	116.75	109.28	136.11	115.12
Ertrag pro Pensionstag	-114.54	-109.91	-126.13	-118.03
Ergebnis	584'038	-172'051	2'607'441	-775'103
Kostendeckungsgrad	98.1%	100.6%	92.7%	102.5%

LG 2: Pflegeleistungen	IST 08	SOLL 08	SOLL 09	IST 07
BESA-Punkte pro Tag	20'848	21'447	20'656	20'660
Kosten pro BESA (und Tag)	4.51	4.33	4.80	4.46
Ertrag pro BESA (und Tag)	-4.17	-3.99	-4.19	-3.80
Ergebnis	2'645'541	2'697'357	4'549'647	4'952'112
Kostendeckungsgrad	92.3%	92.0%	87.4%	85.3%

LG 3: Spezialabteilungen	IST 08	SOLL 08	SOLL 09	IST 07
Pensionstage/Aufenthaltstage	1'037	3'212	3'212	
Kosten pro Pensionstag	503.11	403.23	593.81	
Ertrag pro Pensionstag	-330.32	-357.29	-436.71	
Ergebnis	179'180	147'565	504'617	
Kostendeckungsgrad	65.7%	88.6%	73.5%	

LG 4: Arztdienst	IST 08	SOLL 08	SOLL 09	IST 07
Kosten	3'122'980	3'054'109	2'690'701	2'952'339
Ertrag	-2'011'780	-2'064'900	-1'992'500	-2'031'731
Ergebnis	1'111'200	989'209	698'201	920'607
Kostendeckungsgrad	64.4%	67.6%	74.1%	68.8%

Kernleistungen total	IST 08	SOLL 08	SOLL 09	IST 07
Kosten	68'940'852	68'265'881	76'326'107	67'234'682
Ertrag	-64'420'893	-64'603'800	-67'966'200	-62'137'065
Ergebnis	4'519'959	3'662'081	8'359'907	5'097'617
Kostendeckungsgrad	93.4%	94.6%	89.0%	92.4%

LG 5: Alterssiedlungen	IST 08	SOLL 08	SOLL 09	IST 07
Anzahl Wohnungen	232	234	232	232
Kosten pro m2 und Jahr	292.21	299.45	219.30	308.65
Ertrag pro m2 und Jahr	-195.58	-184.71	-179.58	-183.09
Ergebnis	1'374'523	1'667'602	593'632	1'786'064
Kostendeckungsgrad	66.9%	61.7%	81.9%	59.3%

LG 6: Restauration	IST 08	SOLL 08	SOLL 09	IST 07
Kosten	1'993'450	2'183'026	1'980'465	2'041'476
Ertrag	-1'989'177	-2'062'000	-2'137'200	-2'000'518
Ergebnis	4'273	121'026	-156'735	40'958
Kostendeckungsgrad	99.8%	94.5%	107.9%	98.0%

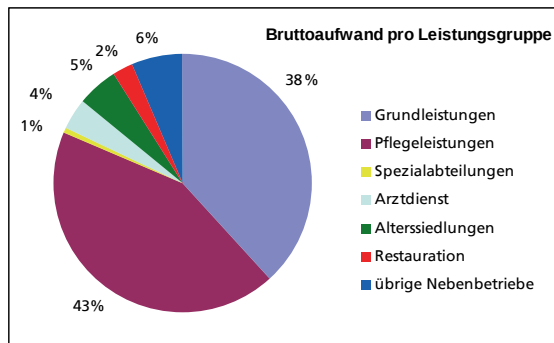
LG 7: übrige Nebenbetriebe	IST 08	SOLL 08	SOLL 09	IST 07
Kosten	5'202'163	5'562'091	1'267'198	5'255'866
Ertrag	-2'863'898	-2'630'300	-694'600	-2'762'905
Ergebnis	2'338'265	2'931'791	572'598	2'492'962
Kostendeckungsgrad	55.1%	47.3%	54.8%	52.6%

Nebenleistungen total	IST 08	SOLL 08	SOLL 09	IST 07
Kosten	11'352'292	12'097'319	6'524'895	11'687'840
Ertrag	-7'635'230	-7'376'900	-5'515'400	-7'367'857
Ergebnis	3'717'062	4'720'419	1'009'495	4'319'983
Kostendeckungsgrad	67.3%	61.0%	84.5%	63.0%

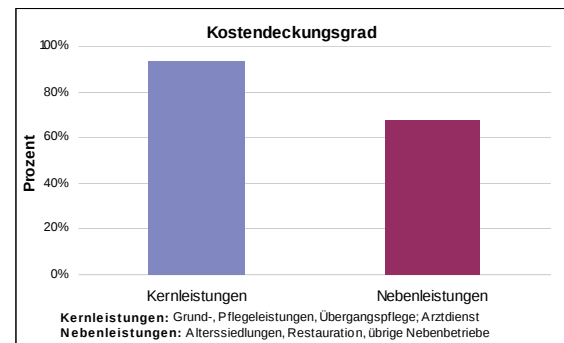
Ergebnis HAS total	IST 08	SOLL 08	SOLL 09	IST 07
Kosten	80'293'143	80'363'200	82'851'002	78'922'522
Ertrag	-72'056'123	-71'980'700	-73'481'600	-69'504'922
Ergebnis	8'237'020	8'382'500	9'369'402	9'417'600
Kostendeckungsgrad	89.7%	89.6%	88.7%	88.1%

5.1.3.2 Leistungsgruppen und Aufteilung des Globalkredits auf die Leistungsgruppen

a) Leistungsgruppen und Bruttoaufwand



b) Kostendeckungsgrad



5.1.3.3 Kommentar zum stadträtlichen Leistungsauftrag / Rechnung 2008

Gesamtergebnis

Die Dienstabteilung Heime und Alterssiedlungen (HAS) schliesst in der Betriebsrechnung (ohne kalkulatorische Kosten) mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 991'880.– ab. Das ist Fr. 145'480.– besser als budgetiert. Damit können neben den Betriebskosten erstmals auch gut 10 % der kalkulatorischen Kosten zur Deckung der Investitionen finanziert werden.

Dieses positive Ergebnis ist umso erfreulicher, als das Budget 2008 mit einigen Unsicherheiten behaftet war. Dies infolge des Provisoriums-betriebs und eines zu hoch budgetierten Bettenangebots im BZ Eichhof, einer zeitlich verzögerten Einführung der Taxerhöhungen im Anschluss an die kantonale Finanzreform 08 sowie der um ein halbes Jahr verschobenen Eröffnung der Abteilung für Übergangspflege. Hinzu kam eine hohe Teuerung u. a. bei den Lebensmitteln sowie Auslastungsprobleme bei der Bettenbelegung im ersten Halbjahr aufgrund vermehrter Kurzaufenthalte Schwerstkranker, die vom Spital überwiesen wurden. Positiv wirkte sich dies immerhin in einer stark gesunkenen durchschnittlichen Wartedauer vor Heimeintritt aus.

Zum schliesslich doch noch positiven Rechnungsabschluss beigetragen haben eine unerwartet hohe Bettenauslastung bis kurz vor dem Umzug aus bzw. in die Provisorien sowie diverse vorgenommene Einsparungen bei den Sachkosten.

Leistungsumfang und Kostendeckungsgrad in den Leistungsgruppen

In den **Grundleistungen** (LG 1) konnte der budgetierte Kostendeckungsgrad klar nicht erreicht werden. Dafür verantwortlich sind vor allem die erwähnten Budgetprobleme, die sich in erster Linie beim BZ Eichhof negativ auswirkten.

Demgegenüber liegt das Ergebnis bei den **Pflegeleistungen** (LG 2) im Rahmen des Budgets. Die fehlenden Betten und damit Pensionstage im BZ Eichhof wurden durch eine wesentlich höhere Pflegebedürftigkeit (BESA-Punkte) bei den Heimbewohnenden und damit verbunden durch entsprechend höhere Kosten und Erträge in der Leistungsgruppe 2 kompensiert. Besonders betroffen von dieser Entwicklung war das BZ Wesemlin, an zweiter Stelle auch das BZ Dreilinden.

Der Betrieb der Abteilung für **Übergangspflege** (LG 3) war für das ganze Jahr budgetiert, die Eröffnung und der Aufbau der Abteilung konnten jedoch erst im Sommer erfolgen, wodurch es nicht mehr möglich war, die "Startkosten" im 2008 noch vollständig zu kompensieren. Die Pflegegäste des ersten Halbjahres erreichten aber bereits das Angebotsziel: Rückkehr von 80 % der Pflegegäste nach Hause nach vier Wochen.

Die Leistungsgruppe 4 **Arztdienst** schliesst leicht schlechter ab als budgetiert. Verantwortlich dafür sind die höheren Kosten für Physiotherapie und Medikamente.

Im Gegensatz zu den Kernleistungen schliessen praktisch alle **Nebenleistungen** (LG 5 bis 7) besser ab als budgetiert. In erster Linie konnten die Kosten tiefer als angenommen gehalten werden. Zum Teil liessen sich aber auch dank guter Auslastung im Tagesheim, in den Alterssiedlungen, den Personalwohnungen und im Therapiebad Mehreinnahmen realisieren.

Innerhalb der **Restauration** (LG 6) schliesst das Catering für externe Kundschaft mit einer Umsatzrendite von 6 % erfreulich positiv ab. Demgegenüber ist der Betrieb des Personalrestaurants "Salü" im Stadthaus trotz etlicher Anstrengungen immer noch defizitär.

Qualitätsindikatoren

In der Übergangszeit bis zur Etablierung des neuen, vom Kanton geforderten Qualitätsmanagements für Pflegeheime wurde intern lediglich eine Befragung der Mitarbeitenden des BZ Eichhof durchgeführt. Das Ergebnis bestätigte die positive Entwicklung des Betagtenzentrums, wie sie mit der vor zwei Jahren eingeleiteten Organisationsentwicklung angestrebt wurde. Die tiefste Note, aber immer noch "genügend", erhielt der Aspekt "Wohnlichkeit in den Provisorien", was nicht überrascht.

Der mit dem Pflegequalitätsstandard "Dekubitus" angestrebte Wert von max. 10 Dekubitusereignissen pro 100 Bewohnende wurde auf einzelnen Abteilungen klar überschritten, was zum Gesamtdurchschnittswert von 13 beitrug. Erschwerend für die Zielerreichung war die zum Teil stark erhöhte Pflegebedürftigkeit der Bewohnenden und der häufige Personalwechsel im Heimbereich. Es bedarf daher laufender Anstrengungen, um die gesetzten Qualitätsstandards einhalten zu können.

Kompensationszahlungen und nicht budgetierte Einlagen

Als Kompensationszahlungen aus Investitionskrediten im Zusammenhang mit Sanierungen und Provisorien wurden im Jahr 2008 insgesamt Fr. 1'192'000.– verbucht. Nicht budgetierte Einlagen von Fr. 66'800.– betreffen

Rückstellungen für die Erfolgsbeteiligung Globalbudget und für Vergütungen aus dem städtischen Anreiz- und Anerkennungssystem.

Struktur- und Budgetveränderungen im 2009

Die von der Geschäftsleitung HAS festgelegten strategischen Entwicklungsziele für das Jahr 2009 betreffen vor allem die organisatorische Umsetzung des Bildungskonzepts HAS, des Stellenschlüssels Pflege und Betreuung sowie den Aufbau einer spezialisierten Palliativabteilung als Pilotbetrieb im BZ Eichhof. Zudem wird die Dienstabteilung die Eingliederung des Alterszentrums Staffelhof in Littau sowie die Entwicklung eines umfassenden Qualitätsmanagements noch intensiv beschäftigen. Der Strategieentscheid zu den Alterssiedlungen schliesslich soll vom Grossen Stadtrat im Sommer 2009 gefällt werden.

Das Budget 2009 rechnet mit einer weiteren Erhöhung der Heimtaxen im Rahmen der Taxireform 08. Durch die geänderte Praxis bei der Berechnung der kalkulatorischen Kosten und durch die Einführung der flächendeckenden Kostenrechnung wird das Globalbudget HAS im Gegenzug jedoch um Fr. 1 Mio. zusätzlich belastet (siehe Kap. 5.1.2). Aus heutiger Sicht sollten die Budgetunsicherheiten der letzten beiden Jahre zu einem grossen Teil behoben und das Budgetziel 2009 grundsätzlich erreichbar sein.

5.1.4 Stadträtlicher Leistungsauftrag: Die Ergebnisse der einzelnen Leistungsgruppen

5.1.4.1 Kernleistungen insgesamt

Die Kernleistungen der Dienstabteilung Heime und Alterssiedlungen bestehen aus den unten einzeln aufgeführten Leistungsgruppen zugunsten von Heimbewohnenden:

- Grundleistungen (5.1.4.2)
- Pflegeleistungen (5.1.4.3)
- Übergangspflege (5.1.4.4)
- Arztdienst (5.1.4.5)

Primäre Zielgruppe ist die ältere Wohnbevölkerung der Stadt Luzern.

a) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	IST R08	SOLL B08	IST R07
Kernleistungen insgesamt	Durchschnittliche Wartedauer zwischen Anmeldung und Heimeintritt für Wohnheim für Pflegeheim (inkl. Mischheim)	68 Tage 25 Tage	Max. 100 Tage Max. 60 Tage	84 Tage 40 Tage
Kernleistungen insgesamt	Bettenangebot	760 Betten	767 Betten	749 Betten
	Davon:			
	- Bettenangebot für Temporär-aufenthalte	4 Betten	4 Betten	6 Betten
	- Bettenangebot in spezialisierten Demenzwohngruppen	24 Betten	24 Betten	24 Betten
	- Bettenangebot für Übergangspflege	11 Betten	11 Betten	---
	Bettenauslastung insgesamt (exkl. Übergangspflege)	96,4%	97%	97,4%
Kernleistungen insgesamt	Bewohnerzufriedenheit über alle Bereiche pro Betagtenzentrum	Wird nicht erhoben. ¹	Wird nicht erhoben.	Gesamt-Ø: 5,7 Tiefster Wert: 4,9
Kernleistungen insgesamt	Angehörigenzufriedenheit über alle Bereiche pro Betagtenzentrum	Wird nicht erhoben.	Wird nicht erhoben.	Gesamt-Ø: 5,0 Tiefster Wert: 3,9
Kernleistungen insgesamt	Mitarbeiterzufriedenheit über alle Bereiche pro Betagtenzentrum	Gesamt-Ø: 4,6 Tiefster Wert: 3,1 (Wohnlichkeit in Provisorien)	Gesamt-Ø mind. Note 5 ("gut") Kein Ø pro Aspekt unter Note 3 ("genügend")	Gesamt-Ø: 4,6 Tiefster Wert: 3,3
Kernleistungen insgesamt	Anzahl Lernende und Praktikanten	70 Lernende und Praktikanten	70 Lernende und Praktikanten	65 Lernende und Praktikanten
Kernleistungen insgesamt	Anzahl Weiterbildungstage pro Vollzeitstelle (innerhalb der Arbeitszeit)	3,1 Tage ²	4 Tage	2,9 Tage
Kernleistungen insgesamt	Krankheitstage pro Vollzeitstelle	9,4 Tage	Max. 10 Tage	8,4 Tage
	Jahresfluktuationsrate	12%	Max. 15%	15,3%
Kernleistungen insgesamt	Soziale Arbeitsplätze für nicht voll leistungsfähige Mitarbeitende im Rahmen von 1 % der Gesamtlohnsumme	Fr. 388'992.–	Fr. 450'000.–	Fr. 470'000.–

¹ Begründung siehe Kapitel 5.1.3.3 unter dem Stichwort Qualitätsindikatoren.

² Definition und Erfassung der Weiterbildung während der Arbeitszeit werden im laufenden Bildungsprojekt überprüft.

b) Mengen und Kosten

Kernleistungen total	IST 08	SOLL 08	SOLL 09	IST 07
Kosten	68'940'852	68'265'881	76'326'107	67'234'682
Ertrag	-64'420'893	-64'603'800	-67'966'200	-62'137'065
Ergebnis	4'519'959	3'662'081	8'359'907	5'097'617
Kostendeckungsgrad	93.4%	94.6%	89.0%	92.4%

5.1.4.2 Leistungsgruppe Grundleistungen

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Zurverfügungstellen einer zeit- und bedarfsgerechten Unterkunft und Verpflegung mit einem persönlichen Wohnbereich, der im Rahmen der pflegerischen und sicherheitstechnischen Anforderungen weitgehendst selbst gestaltet werden soll.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Grundleistungen
Wohnangebot (Zimmer, Reinigung, Wäsche)
Verpflegung
Alltagsgestaltung, Betreuung/Aktivierung

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	IST R08	SOLL B08	IST R07
Grundleistungen insgesamt	Bewohnerzufriedenheit im Bereich Grundleistungen pro Betagtenzentrum	Wird nicht erhoben.	Wird nicht erhoben.	Gesamt-Ø: 5,7 Tiefster Wert: 5,1
Grundleistungen insgesamt	Angehörigenzufriedenheit im Bereich Grundleistungen pro Betagtenzentrum	Wird nicht erhoben.	Wird nicht erhoben.	Gesamt-Ø: 5,0 Tiefster Wert: 3,9
Gastronomie	Bewohnerzufriedenheit im Bereich Gastronomie pro Betagtenzentrum	Wird nicht erhoben.	Wird nicht erhoben.	Gesamt-Ø: 5,2 Tiefster Wert: 5,1
Gastronomie	Anteil Cook & Chill	52% ¹	55%	52%
Alltagsgestaltung	Angebot an Aktivitäten	Erfüllt.	Mind. 3 pro Woche und BZ	Erfüllt.

¹ Die Leistungsvorgabe des Stadtrates von 2005 (60 % Cook-&-Chill-Anteil beim Mittag- und Nachtessen) ist damit bereits erreicht.

d) Mengen und Kosten

LG 1: Grundleistungen	IST 08	SOLL 08	SOLL 09	IST 07
Pensionstage	264'370	274'579	261'377	266'221
Kosten pro Pensionstag	116.75	109.28	136.11	115.12
Ertrag pro Pensionstag	-114.54	-109.91	-126.13	-118.03
Ergebnis	584'038	-172'051	2'607'441	-775'103
Kostendeckungsgrad	98.1%	100.6%	92.7%	102.5%

5.1.4.3 Leistungsgruppe Pflegeleistungen

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Gewährleisten einer angepassten Pflege, basierend auf einem ganzheitlichen, aktivierenden Pflegeverständnis, das den anerkannten Ausbildungskriterien entspricht. Diese umfasst alle KVG-pflichtigen Leistungen gemäss Art. 7 KLV: Massnahmen der Abklärung und Beratung, der Untersuchung und der Behandlung sowie der Grundpflege, die auf ärztliche Anordnung hin oder im ärztlichen Auftrag erbracht werden.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Pflegeleistungen	
Pflege und Betreuung, gemäss Leistungskatalog BESA unterteilt in:	
▪ Grundpflege I: Grundpflege und hygienische Bedürfnisse ▪ Grundpflege II: Hilfe beim Essen und Trinken ▪ Grundpflege III: Mobilisierung (Mobilität / Gehfähigkeit / Bewegungsübungen / Lagern) ▪ Gesundheits- und Behandlungspflege ▪ Psychogeriatrische Leistungen I: Zeitliche und örtliche Orientierung ▪ Psychogeriatrische Leistungen II: Betreuungsgespräche (soziales Verhalten)	

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	IST R08	SOLL B08	IST R07
Pflege und Betreuung	BESA-Punkte pro Tag	20'848 BESA-Punkte	21'447 BESA-Punkte	20'660 BESA-Punkte
Pflege und Betreuung	Überprüfung/Anpassung BESA-Einstufung	Erfüllt.	2-mal pro Jahr sowie nach gesundheitlichen Veränderungen.	Erfüllt.
Pflege und Betreuung	Bewohnerzufriedenheit im Bereich Pflegeleistungen pro BZ	Wird nicht erhoben.	Wird nicht erhoben.	Gesamt-Ø: 5,8 Tiefster Wert: 5,7
Pflege und Betreuung	Angehörigenzufriedenheit im Bereich Pflegeleistungen pro BZ	Wird nicht erhoben.	Wird nicht erhoben.	Gesamt-Ø: 5,1 Tiefster Wert: 4,7
Pflege und Betreuung	Anteil ausgebildetes Pflege- und Betreuungspersonal ¹	52%	Mind. 50%	52%
Pflege und Betreuung	Überprüfung Pflegequalitätsstandards Dekubitus	13 Dekubitus pro 100 Bewohnende	Max. 10 Dekubitus pro 100 Bewohnende	12 Dekubitus pro 100 Bewohnende

¹ Als ausgebildetes Pflege- und Betreuungspersonal gelten nach bisheriger Regelung: diplomierte Pflegerinnen und Pfleger, Betagtenbetreuerinnen sowie Hauspflegerinnen, Fachangestellte Gesundheit und Betreuung.

d) Mengen und Kosten

LG 2: Pflegeleistungen	IST 08	SOLL 08	SOLL 09	IST 07
BESA-Punkte pro Tag	20'848	21'447	20'656	20'660
Kosten pro BESA (und Tag)	4.51	4.33	4.80	4.46
Ertrag pro BESA (und Tag)	-4.17	-3.99	-4.19	-3.80
Ergebnis	2'645'541	2'697'357	4'549'647	4'952'112
Kostendeckungsgrad	92.3%	92.0%	87.4%	85.3%

5.1.4.4 Leistungsgruppe Übergangspflege

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Förderung der Funktionalität von Patientinnen/Patienten nach einer Akutphase im Spital, um wieder nach Hause zurückkehren zu können. Eine erneute Spitaleinweisung und/oder eine Langzeitpflegebedürftigkeit im Pflegeheim soll damit verhindert oder zumindest verzögert werden. Das ursprüngliche Konzept der Übergangspflege ist im Rahmen der Konkretisierungsarbeiten vom Kanton, dem Verband der Sozialvorstehenden SVL und den anbietenden Gemeinden und Institutionen weiterentwickelt worden.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Übergangspflege
Grundleistungen
Pflegeleistungen
Arztdienstleistungen

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	IST R08	SOLL B08	IST R07
Übergangspflege	Durchschnittliche Aufenthaltsdauer in der Übergangspflege	24 Tage	4 Wochen	---
Übergangspflege	Anteil der Patientinnen/Patienten, die nach der Übergangspflege wieder nach Hause zurückkehren können.	85%	80%	---

d) Mengen und Kosten

LG 3: Spezialabteilungen	IST 08	SOLL 08	SOLL 09	IST 07
Pensionstage/Aufenthaltstage	1'037	3'212	3'212	
Kosten pro Pensionstag	503.11	403.23	593.81	
Ertrag pro Pensionstag	-330.32	-357.29	-436.71	
Ergebnis	179'180	147'565	504'617	
Kostendeckungsgrad	65.7%	88.6%	73.5%	

5.1.4.5 Leistungsgruppe Arztdienst

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Gewährleisten der ärztlichen Betreuung und eines Therapieangebotes, welches auf die Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner ausgerichtet ist.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Arztdienst
Arztdienst im Pflegeheimbereich

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	IST R08	SOLL B08	IST R07
Arztdienst	Bewohnerzufriedenheit im Bereich ärztliche Leistungen	Wird nicht erhoben.	Wird nicht erhoben.	Gesamt-Ø: 5,4 Tiefster Wert: 5,4
Arztdienst	Angehörigenzufriedenheit im Bereich ärztliche Leistungen und Therapie	Wird nicht erhoben.	Wird nicht erhoben.	Gesamt-Ø: 4,4 Tiefster Wert: 4,4

d) Mengen und Kosten

LG 4: Arztdienst	IST 08	SOLL 08	SOLL 09	IST 07
Kosten	3'122'980	3'054'109	2'690'701	2'952'339
Ertrag	-2'011'780	-2'064'900	-1'992'500	-2'031'731
Ergebnis	1'111'200	989'209	698'201	920'607
Kostendeckungsgrad	64.4%	67.6%	74.1%	68.8%

5.1.4.6 Nebenleistungen

Die Nebenleistungen der Dienstabteilung Heime und Alterssiedlungen bestehen aus den unten einzeln aufgeführten Leistungsgruppen für unterschiedliche Zielgruppen:

- Alterssiedlungen (5.1.4.7)
- Restauration (5.1.4.8)
- Cafeterias (5.1.4.9)
- Personalwohnungen (5.1.4.9)
- Tagesaufenthalte (5.1.4.9)
- Therapiebad (5.1.4.9)

a) Mengen und Kosten

Nebenleistungen total	IST 08	SOLL 08	SOLL 09	IST 07
Kosten	11'352'292	12'097'319	6'524'895	11'687'840
Ertrag	-7'635'230	-7'376'900	-5'515'400	-7'367'857
Ergebnis	3'717'062	4'720'419	1'009'495	4'319'983
Kostendeckungsgrad	67.3%	61.0%	84.5%	63.0%

5.1.4.7 Leistungsgruppe Alterssiedlungen**a) Ziele für die Leistungsgruppe**

Zurverfügungstellen altersgerechter Wohnungen mit Notfalldienst und der Möglichkeit, weitere Betreuung- und Servicedienstleistungen vom Betagtenzentrum zu beziehen. Bei der anstehenden Neuausrichtung der Alterssiedlungen (Betreuungskonzept, Mietzinspolitik, kalkulatorische Kosten) soll der Kostendeckungsgrad innert der nächsten fünf Jahre deutlich angehoben werden. Ein Vorgehenskonzept liegt in den Grundzügen vor.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Alterssiedlungen	
Wohnangebot	
Individuelle Serviceleistungen der Betagtenbetreuung (private Begleitung, Mahlzeitendienst, Körperpflege, Zimmerservice), der Lingerie (Näh-/Flickarbeit, Wäschereinigung) und der Hauswartung (Reparaturaufträge)	

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	IST R08	SOLL B08	IST R07
Wohnangebot	Anzahl Alterswohnungen	232 Wohnungen	234 Wohnungen	232 Wohnungen
Wohnangebot	Durchschnittliche Vermietungsquote	98%	95%	99%

d) Mengen und Kosten

LG 5: Alterssiedlungen	IST 08	SOLL 08	SOLL 09	IST 07
Anzahl Wohnungen	232	234	232	232
Kosten pro m2 und Jahr	292.21	299.45	219.30	308.65
Ertrag pro m2 und Jahr	-195.58	-184.71	-179.58	-183.09
Ergebnis	1'374'523	1'667'602	593'632	1'786'064
Kostendeckungsgrad	66.9%	61.7%	81.9%	59.3%

5.1.4.8 Leistungsgruppe Restauration**a) Ziele für die Leistungsgruppe**

Mahlzeitenproduktion und Catering für weitere stadtinterne und externe Kundschaft. Betrieb des Personalrestaurants Salü im Stadthaus.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Restauration
Produktion von Mahlzeiten in der Küche Eichhof und Catering für stadtinterne und externe Kundschaft
Betrieb des Personalrestaurants "Salü" im Stadthaus

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	IST R08	SOLL B08	IST R07
Produktion Mahlzeiten / Komponenten	Umsatzrendite bei externen Kunden	6%	5%	0%

d) Mengen und Kosten

LG 6: Restauration	IST 08	SOLL 08	SOLL 09	IST 07
Kosten	1'993'450	2'183'026	1'980'465	2'041'476
Ertrag	-1'989'177	-2'062'000	-2'137'200	-2'000'518
Ergebnis	4'273	121'026	-156'735	40'958
Kostendeckungsgrad	99.8%	94.5%	107.9%	98.0%

5.1.4.9 Leistungsgruppe Leistungen in den übrigen Nebenbetrieben

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Cafeterias:

Betrieb von Cafeterias in den Betagtenzentren

Personalwohnungen:

Angebot für eine temporäre Wohnmöglichkeit zur Attraktivitätssteigerung des Arbeitsplatzes für auswärtiges Fachpersonal und Lernende

Tagesaufenthalte:

Zurverfügungstellen von Tagesaufenthalten zur Entlastung pflegender Angehöriger, Fördern der Selbstständigkeit und Verhindern der Vereinsamung der Betagten.

Therapiebad:

Betrieb des Therapiebades Dreilinden

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Leistungen in den übrigen Nebenbetrieben
Cafeteria-Betrieb in den Betagtenzentren
Temporäres Wohnangebot in den Personalhäusern
Tagesaufenthalte im Tagesheim Eichhof
Therapiebad Dreilinden

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	IST R08	SOLL B08	IST R07
Personal-wohnungen	Anzahl Personal-wohnungen	130 Wohnungen	142 Wohnungen	133 Wohnungen
Personal-wohnungen	Vermietungsquote	97%	95%	98%
Tagesaufenthalte	Anzahl Tagesplätze	12 Plätze	12 Plätze	12 Plätze
Tagesaufenthalte	Auslastung Tagesheim Eichhof	83%	80%	79%
Therapiebad	Anzahl verkaufte Nutzerstunden (Total Std. an Gruppen und an Einzelpersonen)	2'291 Std.	1'900 Std.	2'202 Std.

d) Menge und Kosten

LG 7: übrige Nebenbetriebe	IST 08	SOLL 08	SOLL 09	IST 07
Kosten	5'202'163	5'562'091	1'267'198	5'255'866
Ertrag	-2'863'898	-2'630'300	-694'600	-2'762'905
Ergebnis	2'338'265	2'931'791	572'598	2'492'962
Kostendeckungsgrad	55.1%	47.3%	54.8%	52.6%

5.1.5 Gliederung von Leistungsauftrag und Globalbudget nach Betagtenzentren

Leistungsgruppe		BZ Eichhof	BZ Dreilinden	BZ Rosenberg	BZ Wesemlin	Pflege- wohnungen	Total
LG 1: Grundleistungen	Pensionstage	89'840	61'178	48'177	50'016	15'159	264'370
	Kosten pro Pensionstag	124.17	102.02	107.50	119.86	151.32	116.75
	Ertrag pro Pensionstag	-121.06	-110.72	-108.50	-113.51	-113.86	-114.54
	Kosten	11'155'098	6'241'580	5'179'260	5'994'943	2'293'905	30'864'785
	Ertrag	-10'876'260	-6'773'663	-5'227'414	-5'677'433	-1'725'976	-30'280'747
	Kostendeckungsgrad	97.5%	108.5%	100.9%	94.7%	75.2%	98.1%
	Ergebnis	278'837	-532'083	-48'154	317'509	567'928	584'038
LG 2: Pflegeleistungen	BESA-Punkte pro Tag	7'008	3'992	3'812	4'398	1'638	20'848
	Kosten pro BESA (und Tag)	4.45	4.82	4.84	4.05	4.52	4.51
	Ertrag pro BESA (und Tag)	-4.18	-4.43	-4.23	-3.99	-3.79	-4.17
	Ergebnis pro BESA (und Tag)	0.27	0.39	0.61	0.06	0.73	0.35
	Kosten	11'407'640	7'042'801	6'747'446	6'524'835	2'708'641	34'431'362
	Ertrag	-10'714'946	-6'473'859	-5'901'877	-6'424'914	-2'270'224	-31'785'821
	Kostendeckungsgrad	93.9%	91.9%	87.5%	98.5%	83.8%	92.3%
	Ergebnis	692'694	568'942	845'568	99'921	438'416	2'645'541
LG 3: Übergangspflege	Pensionstage			1'037			1'037
	Kosten pro Pensionstag			503.11			503.11
	Ertrag pro Pensionstag			-330.32			-330.32
	Kosten			521'724			521'724
	Ertrag			-342'544			-342'544
	Kostendeckungsgrad			65.7%			65.7%
	Ergebnis			179'180			179'180
LG 4: Arztdienst	Kosten	1'329'662	427'946	755'258	589'662	20'453	3'122'980
	Ertrag	-836'623	-271'975	-481'377	-421'804	0	-2'011'780
	Kostendeckungsgrad	62.9%	63.6%	63.7%	71.5%	0.0%	64.4%
	Ergebnis	493'039	155'971	273'881	167'857	20'453	1'111'200
Zwischentotal Kernleistungen	Kosten	23'892'399	13'712'327	13'203'688	13'109'439	5'022'998	68'940'852
	Ertrag	-22'427'829	-13'519'498	-11'953'213	-12'524'152	-3'996'201	-64'420'893
	Kostendeckungsgrad	93.9%	98.6%	90.5%	95.5%	79.6%	93.4%
	Ergebnis	1'464'570	192'829	1'250'475	585'287	1'026'797	4'519'959
LG 5: Alterssiedlungen	Anzahl Wohnungen	176	16	40			232
	Anzahl m2	10'450	1'155	2'620			14'225
	Kosten pro m2	309.54	172.90	275.70			292.21
	Ertrag pro m2	-193.05	-142.02	-229.30			-195.58
	Ergebnis pro m2	116.49	30.88	46.40			96.63
	Kosten	3'234'649	199'701	722'329			4'156'679
	Ertrag	-2'017'352	-164'036	-600'768			-2'782'156
	Kostendeckungsgrad	62.4%	82.1%	83.2%			66.9%
	Ergebnis	1'217'297	35'665	121'562			1'374'523
LG 6: Restauration	Kosten	1'993'450					1'993'450
	Ertrag	-1'989'177					-1'989'177
	Kostendeckungsgrad	99.8%					99.8%
	Ergebnis	4'273					4'273
LG 7: übrige Nebenbetriebe	Kosten	3'123'287	751'378	625'322	702'176		5'202'163
	Ertrag	-1'449'401	-525'665	-420'341	-468'491		-2'863'898
	Kostendeckungsgrad	46.4%	70.0%	67.2%	66.7%		55.1%
	Ergebnis	1'673'886	225'712	204'981	233'685		2'338'265
Zwischentotal Nebenleistungen	Kosten	8'351'386	951'079	1'347'651	702'176		11'352'292
	Ertrag	-5'455'930	-689'701	-1'021'108	-468'491		-7'635'230
	Kostendeckungsgrad	65.3%	72.5%	75.8%	66.7%		67.3%
	Ergebnis	2'895'456	261'377	326'543	233'685		3'717'062
Gesamttotal Rechnung 2008	Kosten	32'243'786	14'663'406	14'551'339	13'811'615	5'022'998	80'293'143
	Ertrag	-27'883'759	-14'209'199	-12'974'321	-12'992'643	-3'996'201	-72'056'123
	Kostendeckungsgrad	86.5%	96.9%	89.2%	94.1%	79.6%	89.7%
	Ergebnis	4'360'027	454'207	1'577'018	818'972	1'026'797	8'237'020
Gesamttotal Budget 2008	Kosten	32'133'551	14'457'242	15'264'509	13'498'162	5'009'737	80'363'200
	Ertrag	-28'022'000	-13'713'900	-13'603'100	-12'534'000	-4'107'700	-71'980'700
	Kostendeckungsgrad	87.2%	94.9%	89.1%	92.9%	82.0%	89.6%
	Ergebnis	4'111'551	743'342	1'661'409	964'162	902'037	8'382'500

5.1.6 Nachweis der Laufenden Rechnung nach HRM mit dem Globalkredit

	Kosten	Ertrag
Finanzbuchhaltung	78'195'203	79'187'083
./. globalbudgetinterne Verrechnungen bzw. Erträge Vorkostenstellen	-7'130'960	-7'130'960
Kostenrechnung	71'064'243	72'056'123
Globalbudget Ergebnis Finanzbuchhaltung	-991'880	
kalk. Kosten	9'228'900	
Globalbudget Heime und Alterssiedlungen	8'237'020	

5.2 Volksschule / Parlamentarischer Leistungsauftrag

5.2.1 Leistungsziele

1. Die Sekundarstufe gewährleistet den Anschluss an weiterführende Schulen und an die Berufsausbildungen.
Teilweise erreicht.
2. Die interne Evaluation ist in jedem Schulhaus durchgeführt, Massnahmen werden umgesetzt.
Erreicht.
3. Die externe Evaluation von weiteren fünf Schulhäusern ergibt gute bis sehr gute Resultate, Massnahmen sind eingeleitet. Die Massnahmen der Evaluation des Vorjahres sind umgesetzt und die Ergebnisse sind überprüft.
Erreicht.
4. Alle Schulhäuser der Primarstufe sind mit Computern ausgerüstet. Die Lehrpersonen sind computertechnisch und didaktisch ausgebildet. Sie leiten die Lernenden an, den Computer als Lernhilfe, Werkzeug oder Informations- und Kommunikationsmittel sinnvoll einzusetzen.
Teilweise erreicht.
5. Das Konzept einer qualitativ hochstehenden Aufgabenhilfe ist umgesetzt.
Erreicht.
6. Mögliche Strategien zur Einführung der integrativen Förderung sind entwickelt.
Erreicht.
7. Aufgrund der Variantenerprobung des Vorjahres wird mehr Sport und Bewegung im Schulalltag schrittweise eingeführt.
Erreicht.

5.2.2 Globalbudget

	R 2008	B 2008	Abweichung zu B08		R 2007
direkte Kosten	41'874'148	41'932'100	-57'952	0%	42'576'679
Umlagen und verrechnete Kosten	4'208'268	3'983'080	225'188	6%	3'727'513
./. Ertrag	-12'049'884	-11'905'900	-143'984	1%	-14'178'697
Globalbudget Schulbetrieb	34'032'532	34'009'280	23'252	0%	32'125'495
Raumkosten	6'916'229	6'905'700	10'529	0%	6'839'123
Globalbudget inkl. Raumkosten	40'948'761	40'914'980	33'781	0%	38'964'618

5.2.3 Kurzkomentar zum parlamentarischen Leistungsauftrag

Einer der Hauptaufträge der Sekundarstufe I ist die **Sicherstellung des Anschlusses der Lernenden an eine Berufsausbildung** oder an eine weiterführende Schule. Die Verantwortung dafür liegt hauptsächlich bei den Klassenlehrpersonen, den Eltern und den Jugendlichen selber. Trotz grosser Anstrengungen gelingt die Erreichung des Ziels nicht zu 100 %. Davon sind vor allem Lernende der Niveaus C und D sowie Jugendliche mit Migrationshintergrund betroffen. Es gibt immer wieder Jugendliche, die direkt in den Arbeitsprozess einsteigen und nach der obligatorischen Volksschule weder ein Brückenangebot noch sonst eine Lösung haben.

In allen Schulhäusern wurden zu selbst gewählten Bereichen **interne Evaluationen** durchgeführt, sofern im Schuljahr nicht gleichzeitig von der kantonalen Fachstelle eine externe Evaluation erfolgte. Entsprechende Massnahmen zur Optimierung der Schulqualität wurden von den Schulleitungen eingeleitet.

Die kantonale Fachstelle für **Schulevaluation** führt jährlich in 4–5 Schulhäusern externe Evaluationen durch. Aufgrund der differenzierten Qualitätsanalyse schlägt die Fachstelle jedem Schulhaus Massnahmen zum Erhalt der guten Qualität oder zur Verbesserung bei Mängeln vor. Diese Massnahmenvorschläge

werden auch dem Amt für Volksschulbildung, dem die Verantwortung für das Bildungscontrolling obliegt, gemeldet. Die Schulen haben zwei Jahre Zeit, diese Massnahmen umzusetzen.

Die betroffenen Schulhäuser sind aktuell an der Umsetzung. Weil aber die Frist von zwei Jahren noch nicht abgelaufen ist, können dazu erst im nächsten Jahresbericht Aussagen gemacht werden.

Die **externe Schulevaluation** in den Schulhäusern Grabenhof, Moosmatt, Pestalozzi, Säli und Schädtrüti attestiert der Volksschule der Stadt Luzern eine recht gute bis sehr gute Qualität. Die Evaluation untersuchte folgende Bereiche:

- Schul- und Lebensqualität (Schulklima: Wohlbefinden der Schüler/innen, Wohlbefinden der Lehrpersonen, Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsauftrags, Lehr- und Lernkultur, Schulkultur, Schulführung, Rahmenbedingungen)
- Qualitätsmanagement (Steuerung der Q-Prozesse durch die Schulleitung, individuelle Q-Entwicklung, Praxis der internen Evaluation und Weiterbildung)
- Sicht der Eltern (Klima / Lernkultur / Kommunikation, Schulgemeinschaft, Einbezug der Eltern, Rahmenbedingungen)

Die ausführlichen Berichte liegen der Schulpflege und den Schulleitungen vor. Sie zeigen Stärken und Schwächen in den einzelnen Schulhäusern auf und formulieren Optimierungsvorschläge. Die Resultate wurden im Einzelnen in der Schulpflege diskutiert, und die betroffenen Schulhäuser wurden mit der Umsetzung der empfohlenen Massnahmen beauftragt.

Ausrüstung der Schulhäuser mit Computern:

Bis 31. August 2008 konnten mit Ausnahme eines Schulhauses, welches bis im Herbst 2009 saniert wird, alle Schulhäuser der Stadt Luzern mit den geplanten Informatikmitteln ausgerüstet werden. Die neue Ausrüstung der Etappen 3 und 4 erfüllt die Forderung nach abschaltbaren Access-Points mit reduzierter, da gemanagter Strahlenbelastung.

Die entsprechenden Verantwortlichen für die Geräte in den Schulhäusern sind ernannt und mit einem entsprechenden Pflichtenheft ausgerüstet. Die Lehrpersonen wurden in die Benutzung der neuen Geräte eingeführt und

können sie im Unterricht einsetzen. Zu einem späteren Zeitpunkt wird das neue Weiterbildungskonzept angewendet.

Die **Aufgabenhilfe** wird in allen Schulhäusern angeboten, wenn der Bedarf ausgewiesen ist. Einzelne Lernende haben die Möglichkeit, in benachbarten Schulhäusern die Aufgabenhilfe zu besuchen. Die Anforderungen an das Personal wurden neu festgelegt: Eine abgeschlossene oder laufende pädagogische Ausbildung ist notwendige Voraussetzung. Auch wurden Entschädigung und Elternbeiträge angepasst.

Strategien zur Einführung der integrativen Förderung:

Im vergangenen Jahr wurden gleich mehrere Meilensteine im Rahmen der Umsetzung der integrativen Förderung in der Stadt Luzern erreicht.

Im April hat die vereinigte Schulpflege Littau und Luzern ein Grobkonzept und den Modellvorschlag für die Umsetzung gutgeheissen. Begleitet durch den Wechsel in der Projektleitung wurde im Sommer 2008 die praktische Umsetzung eingeleitet. Mit gezielten Veranstaltungen für alle Lehrpersonen (Casino-Tagung 2008) sowie Informationen in den einzelnen Schulbetriebseinheiten durch die Mitarbeitenden der Abteilung Schulentwicklung und -organisation konnte ein Informationsgleichstand hergestellt und viel Überzeugungsarbeit bei den Lehrpersonen geleistet werden. Die Steuerungsgruppe entschied im Oktober 2008, dass die Umsetzung der integrativen Förderung gemäss dem Vorschlag der Schulleitungen harmonisch von unten nach oben zu erfolgen hat. So werden 2011 die Stufen Kindergarten bis 2. Klasse, 2012 3.–6. Klasse und 2013 die Sekundarstufe 1 auf die integrative Förderung umgestellt.

Gemäss den bisherigen Kostenrechnungen kann die integrative Förderung in der Stadt Luzern kostenneutral umgesetzt werden.

Sport und Bewegung: Vier Schulhäuser machen beim Projekt "Täglich eine Stunde Sport" mit. Fünf Schulhäuser engagieren sich beim kantonalen Projekt "rund um fit" für mehr Bewegung, und vier Schulhäuser bringen im Rahmen anderer Projekte mehr physische Bewegung in den Schulalltag.

5.2.4 Stadträtlicher Leistungsauftrag / Gesamtübersicht

5.2.4.1 Übersicht über die Leistungsgruppen

LG 1: Kindergarten	IST 08	SOLL 08	IST R07
Anzahl Kindergärtner	551	541	564
Kosten pro Kindergärtner	10'106	9'770	7'359
Kosten	5'568'676	5'285'804	4'150'379
Ertrag	-1'123'860	-893'800	-909'910
Nettokosten	4'444'816	4'392'004	3'240'469

LG 4: Schuldienste	IST 08	SOLL 08	IST R07
Kosten	2'639'035	2'576'379	2'431'577
Ertrag	-10'246	-1'800	-228'204
Nettokosten	2'628'790	2'574'579	2'203'373

LG 2: Primarstufe	IST 08	SOLL 08	IST R07
Anzahl Schüler	2'498	2'561	2'548
Kosten pro Schüler	10'996	10'743	9'039
Kosten	27'469'198	27'512'883	23'030'723
Ertrag	-7'125'148	-7'209'400	-7'181'200
Nettokosten	20'344'050	20'303'483	15'849'523

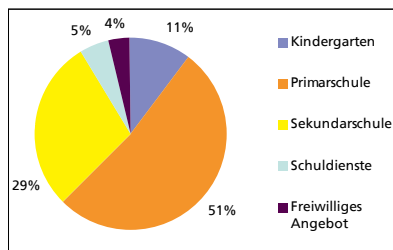
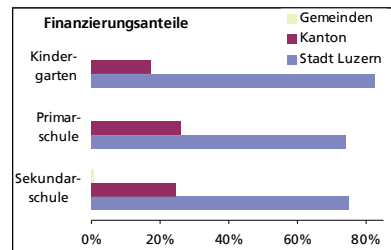
LG 5: Freiwilliges Angebot	IST 08	SOLL 08	IST R07
Kosten	1'917'536	1'851'023	1'525'412
Ertrag	-231'177	-175'100	-239'409
Nettokosten	1'686'359	1'675'923	1'286'003

LG 3: Sekundarstufe	IST 08	SOLL 08	IST R07
Anzahl Schüler	918	911	938
Kosten pro Schüler	16'780	17'118	14'364
Kosten	15'404'199	15'594'790	13'473'739
Ertrag	-3'559'453	-3'625'800	-3'654'562
Nettokosten	11'844'746	11'968'990	9'819'177

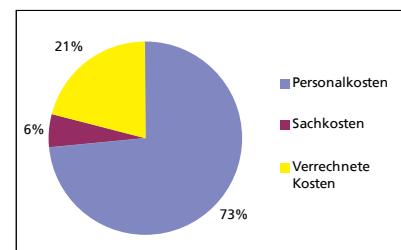
Volksschule Total	IST 08	SOLL 08	IST R07
Kosten	52'998'645	52'820'880	51'476'085
Ertrag	-12'049'884	-11'905'900	-12'213'285
Nettokosten	40'948'761	40'914'980	39'262'800

5.2.4.2 Leistungsgruppen und Aufteilung des Globalkredits auf die Leistungsgruppen

a) Bruttoaufwand LG

b) Finanzierungsanteile¹

c) Bruttoaufwand Kostenarten



¹ Ohne Schulische Dienste und freiwilliges Angebot, da nur ein marginaler Teil nicht von der Stadt Luzern getragen wird.

5.2.4.3 Kurzkomentar zum stadträtlichen Leistungsauftrag / Rechnung 2008

Gesamtergebnis

Die Rechnung schliesst gegenüber dem Globalkredit mit einem Mehraufwand von Fr. 33'781.– ab.

Beiträge des Kantons und der Gemeinden

Die Stadt Luzern erhielt im Kalenderjahr 2008 Pro-Kopf-Beiträge des Kantons an die Aufwendungen der Volksschule:

	Budgetiert	Erhalten
Kindergarten	1'551.20	1'551.20
Primarstufe	2'594.90	2'594.90
Sekstufe1	3'361.30	3'361.30
Ausländer	694.00	694.00

Für auswärtige Lernende erhob die Stadt Luzern Gemeindebeiträge. Für 2008 (Vorjahr 2007) galten gemäss Vereinbarung mit den Agglomerationsgemeinden folgende Beiträge:

	2008	2007
Kindergarten	5'700.–	5'600.–
Primarstufe	9'700.–	9'500.–
Sekstufe1	14'300.–	14'000.–

Beim Festlegen der Klassenbestände wurde die Zahl der fremdsprachigen Lernenden angemessen berücksichtigt. Die Anzahl Klassen und durchschnittlichen Klassenbestände 2007/2008 betrugen:

Anzahl Klassen

	Anz. Klassen	Vorjahr	Lernende im Ø	Ø Kanton
Kindergärten	31	32	18,1	18,4
Primarschule	117,5	119,5	19,5	19,5
Projekt Basisstufe	3	3	18,7	20,4
Kleinklasse A	6	6	9,0	9,8
Kleinklasse B	6	7	9,8	9,3
Kleinklasse C	8	8	7,3	8,1
Sekundarstufe A+B	29	30	19,7	19,8
Sekundarstufe C	17	17	16,8	17,5
Sekundarstufe D	6	6	9,3	9,8
Total	223,5	228,5		

Basisstufe: Im Rahmen des kantonalen Projekts Basisstufe wurde im Oberstufenzentrum Utenberg auf das neue Schuljahr im Einverständnis mit der Dienststelle Volksschulbildung eine vierte Basisstufenklasse anstelle eines Kindergartens eröffnet. Damit kann der Nachfrage von Eltern besser entsprochen werden, und die drei bestehenden Klassen sind damit entlastet worden. Die Eltern aller Lernenden der Basisstufe wurden an einer Orientierung über die weitere Beschulung nach der Basisstufe informiert. Das neue Schulmodell geniesst bei den Erziehungsberechtigten hohe Akzeptanz.

Fusion Littau-Luzern

Das Projekt Volksschule ist in fünf Teilprojekte aufgeteilt: Schulentwicklung, Führungsstruktur, Schuldienste, Administration/Kommunikation und Finanzen. In allen Teilprojekten wurde die Arbeit ab Januar 2008 aufgenommen.

TP Führungsstruktur: Mitte September 2008 wurde die vorgeschlagene Sollorganisation "Führungsstruktur Volksschule" von der Projektsteuerung gutgeheissen: Die Führungsstruktur der Volksschule Luzern wird grundsätzlich beibehalten. Die Projektgruppe wurde im November 2008 aufgelöst.

TP Schulentwicklung und -organisation: Die Mehrjahrespläne der VS Littau und Luzern werden laufend aufeinander abgestimmt. Auf Schuljahresbeginn 2010/2011 besteht ein gemeinsamer Mehrjahresplan. Schon im aktuellen Schuljahr werden mittel- und langfristige Projekte, die Auswirkungen auf die gesamte Volksschule haben, gemeinsam geplant und durchgeführt. Für die Bereitstellung eines gemeinsamen Führungs- und Organisationshandbuchs werden Dokumente und Abläufe der VS Littau und Luzern gesichtet und angepasst.

TP Schuldienste: In Bezug auf die Führung der Schuldienste/Schulunterstützung wurde eine Einigung erreicht. Die Strukturen der Littauer Schuldienste werden derjenigen der Schulunterstützung Luzern angepasst.

Raumangebot

Am 5. Juni 2008 hat das Parlament den B+A 12/2008 "Volksschul-Pausenplätze: Bedeutung, Gestaltung, Unterhalt und Erneuerung" zustimmend zur Kenntnis genommen.

Utenberg: Mit den Eröffnungsfeierlichkeiten vom 19./20. September 2008 wurde das sanierte Schulzentrum Utenberg dem Betrieb

vollumfänglich übergeben. Das Schulhaus für die Sekundarstufe I verfügt nun über ein modernes Raumkonzept.

Tribtschen/Wartegg: Das Primarschulhaus Tribtschen-Tal wurde im Sommer 2008 ausgelagert und so für die Sanierungs- und Umbauarbeiten frei gemacht.

Der neue, in der Schulanlage erstellte Hort und die Dreifachturnhalle Wartegg konnten bezogen werden.

Unter Einbezug aller Nutzergruppen wurden die Planungsarbeiten für die Umgebung und den Pausenplatz abgeschlossen.

Im Schulhaus Tribtschen der Sekundarstufe I wurden die Räumlichkeiten für die Hauswirtschaft erneuert. Der bei Sondierungsarbeiten erkannte Asbest in den Verkleidungen der Stahlträger konnte während der Herbstferien fachgerecht entsorgt werden.

Büttenen: Der Gesamtleistungswettbewerb für den Neubau der Schulanlage Büttenen wurde mit der in Auftrag gegebenen Realisierung des Projekts "Taburettli" abgeschlossen.

Dula: Die renovierte Turnhalle Dula und die in der ehemaligen Schwingerhalle erstellte Aula wurden dem Schulbetrieb übergeben. Die Klassen und der Hort des Schulhauses Pestalozzi wurden in die Schulhäuser Säli und Dula ausgelagert, sodass ab den Sommerferien mit den Sanierungsarbeiten begonnen werden konnte.

Moosmatt: Im Schulhaus Moosmatt musste auf das Schuljahr 2008/2009 kurzfristig ein zusätzlicher Kindergarten eröffnet werden. Die dazu notwendigen Umbauarbeiten konnten während der Sommerferien vollzogen werden.

Für die Sanierung des Pausenplatzes Moosmatt hat das Parlament am 18. Dezember den Ausführungskredit über Fr. 1,28 Mio bewilligt.

Maihof: Am 18. Dezember 2008 hat das Parlament den Planungskredit für die Gesamt-sanierung des Schulhauses Maihof bewilligt.

Felsberg: Für die Sanierung des Primarschulhauses wurden Varianten erarbeitet, über welche der Stadtrat im Winterseminar zu befinden hat. Ein heikles Thema dabei ist die von der kantonalen Denkmalpflege beantragte Unterschutzstellung.

Kirche Mariahilf: Am 21. Februar 2008 hat das Parlament den Baukredit für das Projekt "Museggstrasse 21, Mariahilfkirche, Innen- und Aussensanierung", bewilligt. Damit

können im westlichen Turmteil die im Schulhaus Mariahilf fehlenden Räumlichkeiten für die Lehrpersonen und die Schulsozialarbeit geschaffen werden.

Time-out-Klasse

Mit einer externen Evaluation durch die Universität Zürich wurden Konzept und Qualität des Angebots geprüft. Die Time-out-Klasse hat bei Eltern, betroffenen Lernenden und Schulleitungen hohe Akzeptanz. Aufgrund der Evaluation werden das Konzept und die Information über das Angebot optimiert.

Zwischen der Dienststelle Volksschulbildung und den Gemeinden der Agglomeration Luzern wurde die Absicht zur Eröffnung einer zweiten Time-out-Klasse in einer weiteren Gemeinde erörtert.

Kix – Kind isst gesund

In einem zweijährigen Pilot wurde im Schulhaus Würzenbach ein externes Ernährungs- und Bewegungsprogramm durchgeführt. Im Vergleich zu andern Schulhäusern unterschied sich das Verhalten der Lernenden in der Pausenverpflegung nicht. Aus diesem Grund wurde das Pilotprojekt abgesetzt.

5.2.5 Stadträtlicher Leistungsauftrag: Die Ergebnisse der einzelnen Leistungsgruppen

5.2.5.1 Leistungsgruppe Kindergarten

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Der Lehrplan Kindergarten ist die Grundlage und die Zielvorgabe zur Förderung der Lernenden im Kindergarten. Jedes Kind erhält seinen Fähigkeiten entsprechende Förderung der Sozialkompetenzen (Weiterentwicklung von Bewegungsmöglichkeiten, Wahrnehmungsfähigkeit, Ausdrucksfähigkeit, selbstständiges Handeln und Selbstvertrauen, Ausdauer und Konzentrationsfähigkeit, Umgang mit Erfolg und Misserfolg), der Sachkompetenzen (Experimentieren und Erfahren des Lebensalltags) sowie der Selbstkompetenz (Entwicklung seiner Persönlichkeit, Beziehungs-, Kommunikations- und Entwicklungsfähigkeit, Werthaltung).

Die Sprachkompetenzen der fremdsprachigen Kinder werden gefördert, sodass die Lernenden möglichst gut in die Regelklasse der Primarstufe integriert werden können.

Ausgebildetes Fachpersonal unterrichtet in Klassen, die zwischen 12 und 24 Kinder zählen, damit sowohl die Förderung der Integration in Kleingruppen, in einer Grossgruppe als auch die individuelle Förderung gewährleistet ist. In besonders schwierigen Situationen unterstützen die Schulpädagogen und die Schulsozialarbeit die Entwicklung des Kindes, dessen Familie sowie die Kindergartenlehrpersonen.

Die Kindergärten sind nach Möglichkeit in die Primarschulhäuser integriert. Die Kinder lernen sich so als Teil einer Schulgemeinschaft kennen.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Grundleistungen
Kindergarten
Spezialförderung: Deutsch als Zweitsprache

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R08	Soll B08	Ist R07
Kindergarten	Einjahreskindergarten: Kindergartenbesuch der Kinder, die kindergartenpflichtig sind.	98%	98%	98%
	Aufnahmen des zweiten vorschulpflichtigen Jahrgangs, welche freiwillig den Kindergarten besuchen möchten.	100%	100%	100%
	Klassenbestand: Ø Lernende pro Klasse	18,1	17,5	17,8
	Interne Evaluation durchgeführt.	78% ¹	100%	100%
	Die Massnahmen aus der externen Evaluation 2005 sind fristgerecht umgesetzt und überprüft.	100% ¹	100%	--
	Mitarbeitergespräch mit allen Lehrpersonen mit einem Pensum von 33 % und höher (kant. Vorgaben) durchgeführt.	95% ¹	100%	81%
Spezialförderung	Deutsch als Zweitsprache: Anteil Fremdsprachiger mit Anrecht auf DaZ, die den DaZ-Unterricht besuchen.	100%	100%	100%

¹ Kindergarten und Primarschule wurden gemeinsam erfasst.

Wichtige Abweichungen bei den Leistungsindikatoren:

In 10 von 15 Primarschulhäusern wurde eine interne Evaluation durchgeführt. In den andern fünf Schulhäusern fand eine externe Evaluation statt.

Mit 95 % aller Lehrpersonen (Kindergarten- und Primarschullehrpersonen wurden gemeinsam erfasst), welche eine Anstellung von mind. 33 % haben, wurde das Beurteilungs- und Fördergespräch durchgeführt. In einer Schulbetriebseinheit mit 33 zu beurteilenden Lehrpersonen war es aus Kapazitätsgründen der Schulleiterin nicht möglich, alle Gespräche zu führen (13 Lehrpersonen hatten kein Gespräch); in einem andern Schulhaus konnten zwei Gespräche aus terminlichen Gründen nicht durchgeführt werden.

d) Mengen und Kosten

	Grundunterricht		Deutsch als Zweitsprache	
	IST 08	SOLL 08	IST 08	SOLL 08
Kosten	5'268'823	5'010'334	299'854	275'470
Ertrag	-923'598	-857'000	-200'263	-36'800
Nettokosten	4'345'225	4'153'334	99'591	238'670
Anzahl Kindergärtner	551	541	219	228
Kosten pro Kindergärtner	9'562	9'261	1'369	1'208
Anzahl Abteilungen	31	31		
Kosten pro Abteilung	169'962	161'624		

e) Weitere Kennzahlen

Rechnungsjahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Verän-
Schuljahr	2003/04	2004/05	2005/06	2006/07	2007/08	2008/09	derung
Anzahl Kindergärtner	617	615	602	570	563	538	-32
davon 5½-Jährige	424	397	407	367	359	336	-23
davon 4½-Jährige	77	64	75	79	108	131	+23
davon Zurückgestellte	116	154	120	124	96	71	-25

5.2.5.2 Leistungsgruppe Primarstufe

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Der Lehrplan Primarschule ist die Grundlage und die Zielvorgabe zur Förderung der Lernenden in der Primarstufe. Dementsprechend werden die Lernenden in der Entwicklung ihrer Selbst-, Sozial- und Sachkompetenz aufgrund ihrer individuellen Voraussetzungen und Möglichkeiten unterstützt. Die Primarschule trägt durch die Förderung geistiger, seelischer und körperlicher Kräfte zur ganzheitlichen Entwicklung der Persönlichkeit bei. Sie fördert die Fähigkeit zu selbstständigem, lebenslangem Lernen und die Achtung und Verantwortung gegenüber sich selbst, den Mitmenschen und der Umwelt. Ausgebildetes Fachpersonal unterrichtet in Klassen, die zwischen 14 und 26 Lernende zählen. In besonders schwierigen Situationen unterstützen die Schuldienste und die Schulsozialarbeit die Entwicklung des Kindes, dessen Familie sowie die Lehrpersonen. Die Primarschule nimmt gemeinsam mit den Erziehungsberechtigten im Bereich der familienergänzenden Betreuung den Erziehungsauftrag wahr.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Grundleistungen
Regelklasse
Spezialförderung:
Spezialförderung: Kleinklassen, Begabungsförderung, Deutsch als Zweitsprache

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Übertrittsverfahren: Entwicklung

	Ist R08	Soll B08	Ist R07
Entwicklung: Übertritt 6. PS in die 1. Klasse Niveau A	15,8%	16%	43%
Entwicklung: Übertritt 6. PS in die 1. Klasse Niveau B	36,2%	27%	
Entwicklung: Übertritt 6. PS in die 1. Klasse Niveau C	23,4%	28%	28%
Entwicklung: Übertritt 6. PS in die 1. Klasse Niveau D	0,5%	0,5%	0,5%
Übertritte 6. PS in das Langzeitgymnasium	23,4%	28%	28%

Leistung	Leistungsindikator	Ist R08	Soll B08	Ist R07
Regel- klasse	Repetenten der 6. Primarklasse	0,5%	max. 0,5%	--
	Interne Evaluation durchgeführt.	78% ¹	100%	100%
	Mitarbeitergespräch mit allen Lehrpersonen mit einem Pensum $\geq 33\%$ (kant. Vorgabe) durchgeführt.	95% ¹	100%	83%
	Die Massnahmen aus der externen Evaluation 2005 sind fristgerecht umgesetzt und überprüft.	100% ¹	100%	--
	Schulhäuser mit Informatikausrüstung	93%	100%	--
	Teilnahme der Lehrpersonen an der Weiterbildung zur Einführung Informatik	78%	100%	--
Spezial- förderung	Förderangebot: Deutsch als Zweitsprache: Max. 8–10 Jahreslektionen pro Lernende/n ohne Qualitätseinbusse.	99%	Erfüllt.	Erfüllt.
	Konzepte zur Förderung von Begabungen in den Schulhäusern sind erarbeitet und umgesetzt.	100%	100%	--

¹ Kindergarten und Primarschule wurden gemeinsam erfasst.

Wichtige Abweichungen bei den Leistungsindikatoren:

In 10 von 15 Primarschulhäusern wurde eine interne Evaluation durchgeführt. In den andern fünf Schulhäusern fand eine externe Evaluation statt. Die Überprüfung der Umsetzung von Massnahmen erfolgte durch das Bildungscontrolling des Kantons.

Mit 95 % aller Lehrpersonen (Kindergarten- und Primarschullehrpersonen wurden gemeinsam erfasst), welche eine Anstellung von mind. 33 % haben, wurde das Beurteilungs- und Fördergespräch durchgeführt. In einer Schulbetriebseinheit mit 33 zu beurteilenden Lehrpersonen war es aus Kapazitätsgründen der Schulleiterin nicht möglich, alle Gespräche zu führen (13 Lehrpersonen hatten kein Gespräch); in einem andern Schulhaus konnten zwei Gespräche aus terminlichen Gründen nicht durchgeführt werden.

Informatikausrüstung: Ein Schulhaus wird im Rahmen der Sanierung im Herbst 2009 nachgerüstet. Weiterbildung zur Einführung Informatik: Lehrpersonen mit bereits hohen Informatikkenntnissen sowie Lehrpersonen mit Kleinstpensen oder Lehrpersonen im Urlaub wurden von der Teilnahme-pflicht entbunden.

d) Mengen und Kosten

	Grundunterricht		Kleinklassen		Deutsch als Zweitsprache		Begabungsförderung	
	IST 08	SOLL 08	IST 08	SOLL 08	IST 08	SOLL 08	IST 08	SOLL 08
Kosten	21'982'775	21'931'550	3'761'826	3'735'068	1'383'557	1'498'460	341'040	347'805
Ertrag	-6'233'567	-6'095'400	-396'066	-531'000	-495'515	-583'000	0	0
Nettokosten	15'749'208	15'836'150	3'365'760	3'204'068	888'042	915'460	341'040	347'805
Anzahl Schüler	2'334	2'361	164	200	471	533		
Kosten pro Schüler	9'418	9'289	22'938	18'675	2'937	2'811		
Anzahl Abteilungen	121	120	19	20				
Kosten pro Abteilung	181'676	182'763	197'991	186'753				

Die Kosten pro Schüler in den Kleinklassen steigen, weil die rückläufige Anzahl Schüler nicht sofort mit weniger Klassen aufgefangen werden konnte.

5.2.5.3 Leistungsgruppe Sekundarstufe I

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Die Lehrpläne der Sekundarstufe I sind die Grundlagen und die Zielvorgaben zur Förderung der Lernenden der Sekundarstufe I. Dementsprechend erhalten die Lernenden ihren Fähigkeiten entsprechende Förderung der Sozialkompetenzen (Aufgabenbewältigung in der Gesellschaft, Konfliktfähigkeit, Toleranz gegenüber Menschen aus anderen Kulturen), der Sachkompetenzen (selbstständiges und lebensnahes Lernen, Umweltbewusstsein, Wissen als Grundlage für die spätere berufliche Ausbildung oder den Besuch weiterführender Schulen) sowie der Entwicklung ihrer Persönlichkeit (Beziehungs-, Kommunikations- und Entwicklungsfähigkeit, kritisches Urteilsvermögen, Werthaltung, Berufswahlreife, persönliche Lebensgestaltung).

Das Angebot der Sekundarstufe I umfasst die vier Leistungsniveaus A/B (bisher Sekundarschule), C (bisher Realschule) und D (bisher Werkschule).

Niveau-A-Klassen werden in drei Oberstufenzentren geführt. Ausgebildetes Fachpersonal unterrichtet in Klassen, die in den Niveaus A, B und C zwischen 14 und 26 Lernende zählen und im Niveau D zwischen 6 und 12 Lernende. In besonders schwierigen Situationen unterstützen die Schuldienste und die Schulsozialarbeit die Entwicklung der Jugendlichen, deren Familien sowie die Lehrpersonen.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Grundleistungen	
Regelklasse:	drei Leistungsniveaus A–C
Spezialförderung:	Leistungsniveau D, Deutsch als Zweitsprache

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R08	Soll B08	Ist R07
Regel- klasse	Übertritt in berufliche Ausbildung	44,2%	45%	46%
	Übertritt in Brückenangebote	22,1%	15%	25%
	Übertritt in das Kurzzeitgymnasium (aus der 3. Klasse Sekundarstufe I)	9,3%	10%	12%
	Übertritt in weiterführende Schulen	21%	30%	11%
	Keine Lösung gefunden	3,4%	0%	7%
	Mitarbeitergespräch mit allen Lehrpersonen mit einem Pensum $\geq 33\%$ (kant. Vorgaben) durchgeführt.	63%	100%	--
	Die Massnahmen aus der externen Evaluation 2005 sind fristgerecht umgesetzt und überprüft.	100%	100%	--
Spezial- förderung	Anzahl Klassen Leistungsniveau D	6	6	6
	"Time-out-Klassen"-Plätze für Lernende	6–8	6–8	6

Wichtige Abweichungen bei den Leistungsindikatoren:

Mitarbeitergespräche: Eine Schulleitung war durch die Gesamtsanierung des Schulhauses zeitlich sehr belastet und konnte daher 8 von 27 Gesprächen nicht durchführen. Infolge Doppelbelastung (Kindergarten, Primar- und Sekundarstufe in einer Schulbetriebseinheit) sowie einer sehr schwierigen Personalsituation durch krankheitsbedingte Ausfälle wurden in einem Schulhaus aus Kapazitätsgründen keine Mitarbeitergespräche durchgeführt (30 Lehrpersonen waren betroffen).

d) Mengen und Kosten

	Grundunterricht		Werkklassen		Deutsch als Zweitsprache	
	IST 08	SOLL 08	IST 08	SOLL 08	IST 08	SOLL 08
Kosten	12'839'848	12'868'923	2'132'316	2'283'246	432'035	442'621
Ertrag	-3'014'749	-2'310'600	-326'788	-289'900	-217'916	-201'700
Nettokosten	9'825'099	10'558'323	1'805'528	1'993'346	214'119	240'921
Anzahl Schüler	860	846	58	65	213	176
Kosten pro Schüler	14'930	15'211	36'764	35'127	2'028	2'515
Anzahl Abteilungen	44	46	6	7		
Kosten pro Abteilung	291'815	279'759	355'386	326'178		

Obwohl eine Werkklasse weniger geführt wurde als budgetiert, steigen die Kosten pro Schüler leicht an. Wie bei den Primarkleinklassen kann jeweils nicht sofort auf sinkende Schülerzahlen mit der Schliessung von Klassen reagiert werden. Durch optimierte Organisation konnten mit dem budgetierten Aufwand mehr Schüler in Deutsch als Zweitsprache unterrichtet werden. Die Kosten pro Schüler sinken.

5.2.5.4 Leistungsgruppe Schulunterstützung

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Die Schuldienste (Schulpsychologischer Dienst, Logopädie, Psychomotorik, Therapie für spezielle Förderung) unterstützen Lernende in ihrer Entwicklung und beraten Erziehungsberechtigte und Lehrpersonen. Sie führen Abklärungen, Beratungen und Behandlungen durch.

Der Schulpsychologische Dienst unterstützt und behandelt Lernende, berät Erziehungsberechtigte und Lehrpersonen sowie weitere an der Schule und Erziehung Beteiligte; er beantragt Massnahmen bei Lern-, Leistungs- und Verhaltensproblemen.

Der Logopädische Dienst unterstützt und behandelt Klein- und Vorschulkinder sowie Lernende mit Kommunikations-, Sprach-, Sprech- und Stimmstörungen; er berät Erziehungsberechtigte und Lehrpersonen.

Die Psychomotorische Therapiestelle erfasst psychomotorische Auffälligkeiten und behandelt Lernende mit psychomotorischen Störungen; sie berät Erziehungsberechtigte und Lehrpersonen.

Die Therapie für spezielle Förderung behandelt Lernende mit Teilleistungsschwächen in Sprache oder Mathematik sowie Schwächen in den Basisfunktionen. Sie berät Lehrpersonen und Erziehungsberechtigte.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Grundleistungen
Schulpsychologie
Logopädie
Psychomotorik
Therapie für spezielle Förderung

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R08	Soll B08	Ist R07
Schulpsychologie	Als dringend eingestufte Anmeldungen sind innerhalb eines Monats in die Beratung aufgenommen.	100%	100%	--
	Das Konzept für die Einschulungsberatung ist überarbeitet und mit den Kindergartenlehrpersonen umgesetzt.	100%	100%	--
	Erreichbarkeit 1: Angebot von Sprechstunden in den Schulhäusern	100%	100%	95%
	Erreichbarkeit 2: feste Telefonsprechstunden ausserhalb der Unterrichtszeiten für die Lehrpersonen	100%	100%	100%
Logopädie	Erfassung aller Lernenden im KG (Reihenuntersuche)	99%	98%	99%
	Früherfassung 1: beratender Besuch in Spielgruppen und Kinderkrippen	75%	70%	80%
	Früherfassung 2: Anteil Kleinkinder im Verhältnis zu allen therapierten Kindern	12% ¹	15%	11%
	Alle diagnostizierten schweren Sprachentwicklungsstörungen sind in die Therapie aufgenommen.	100%	100%	--
Psychomotorik	Das Angebot zur Begleitung der neu eingeführten Basis-schrift ist den Schulhausteams bekannt und umgesetzt.	100%	100%	--
	Das Angebot für Klassenberatungen ist in allen Kindergärten und ersten Klassen umgesetzt.	100%	100%	--
	Alle diagnostizierten schweren psychomotorischen Entwicklungsstörungen sind in die Therapie aufgenommen.	100%	100%	--
Therapie Spezielle Förderung	Früherfassung von Teilleistungsschwächen: Fachgespräche mit Lehrperson der 1. und 2. Klasse	100%	90%	95%
	Teilnahme der TSF an Fallsupervisionen / Praxisberatung	3x p.a. und mehr	3x p.a.	3x p.a.

Wichtige Abweichungen bei den Leistungsindikatoren:

¹ Früherfassung 2: Anteil Kleinkinder im Verhältnis zu allen therapierten Kindern. Das Angebot Zweijahreskindergarten führt dazu, dass ein Teil der Vierjährigen nun als Kindergarten- und nicht mehr als Kleinkinder erfasst werden. Zudem wurden viele Frühinterventionen betreffend Spielgruppenkinder durchgeführt, was präventiv wirkte. Im Weiteren werden viele Kleinkinder via Kinderärzte an privat tätige Logopädinnen überwiesen.

d) Mengen und Kosten

	Schulpsychologie		Logopädie		Therapie spez. Förderung		Psychomotorik	
	IST 08	SOLL 08	IST 08	SOLL 08	IST 08	SOLL 08	IST 08	SOLL 08
Kosten	792'974	746'579	683'635	668'510	741'809	737'208	420'617	424'082
Ertrag	0	0	-10'246	-900	0	-900	0	0
Nettokosten	792'974	746'579	673'389	667'610	741'809	736'308	420'617	424'082

5.2.5.5 Leistungsgruppe Freiwilliges Angebot

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Das kantonale Volksschulbildungsgesetz überlässt es den Gemeinden, zusätzliche Leistungen zum obligatorischen Volksschulangebot zu schaffen und zu regeln (§ 36). Die Schulsozialarbeit auf der Sekundarstufe I ist ein obligatorisches Angebot, steht aber allen Schulstufen im Rahmen des Ausbaus gemäss B+A 18/2004 und B+A 53/2006 flächendeckend zur Verfügung. Die Aufgabenhilfe ist für alle Lernenden in deren Schulhäusern zugänglich.

Luzern als Bildungs-, Wohn- und Kulturstadt legt hohen Wert auf die frühe musikalische Förderung von Kindern. Alle Lernenden der 2. und 3. Klasse erhalten eine zusätzliche Klassenstunde im Fach Musik.

Hochbegabte Kinder können an einem Wochenhalbtage die Begabtenwerkstatt besuchen und erhalten ihren speziellen Begabungen entsprechende Zusatzförderung.

Die Volksschule informiert die Eltern und die Bevölkerung regelmässig über aktuelle Themen in der "Lozärner Schuelzytig".

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Freiwilliges Angebot
Betreuung
Freiwillige Förderung
Information

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität¹

Leistung	Leistungsindikator	Ist R08	Soll B08	Ist R07
Betreuung	Schulsozialarbeit: Jedes Schulhaus hat Zugang zum Angebot vor Ort.	100%	100%	100%
	Schulsozialarbeit: Fallsupervision im Team	5x jährlich	5x jährlich	--
	Schulsozialarbeit: Statistikprogramme gesichtet und geeignetes Instrument eingeführt.	Nicht erfüllt. ²	100 %	--
	Aufgabenhilfe: Zugang Lernende zum Angebot	100%	100%	--
Freiwillige Förderung	3. Musikstunde: Das Angebot ist für jedes Kind während zweier Schuljahre gewährleistet.	100%	100%	100%
Information	Erscheinen der "Lozärner Schuelzytig"	4	4	4

¹ Ist auf Ende des Schuljahres zu erreichen, welches im Budgetjahr beginnt.

² Es zeigte sich, dass weitere technische Installationen für den Anschluss ans Stadtnetz erforderlich sind. Zudem ist die Abstimmung der Einführung des Statistiktools mit Littau wichtig.

Wichtige Abweichungen bei den Leistungsindikatoren:

Die Schulsozialarbeit auf der Sekundarstufe I ist ein obligatorisches Angebot. Auf der Stufe Kindergarten und Primarschule ist sie noch freiwillig. Der Kanton hat aber bereits für alle Stufen die Richtwerte des Angebots erlassen. Aus buchhalterischen Gründen ist die Schulsozialarbeit für alle Stufen in der Leistungsgruppe "Freiwilliges Angebot" erfasst.

d) Mengen und Kosten

	Freiwilliges Angebot	
	IST 08	SOLL 08
Kosten	1'917'536	1'851'023
Ertrag	-231'177	-85'100
Nettokosten	1'686'359	1'765'923

Aufgrund des höheren Beitrags des Kantons an die Schulsozialarbeit und höheren Beiträgen für die Aufgabenhilfe sind die Erträge über dem Budget.

5.2.6 Kontrolle Finanzbuchhaltung / Kostenrechnung

	Kosten	Ertrag
Finanzbuchhaltung	54'139'000	12'595'623
Globalbudget Ergebnis Finanzbuchhaltung	41'543'377	
./ Abgrenzung Anteil Overhead für HPS	-594'616	
Globalbudget Volksschule KORE	40'948'761	

5.3 Tiefbauamt / Parlamentarischer Leistungsauftrag

5.3.1 Leistungsziele / Zielerreichung

1. Die Wirkung bestimmter Kernaufgaben der verschiedenen Leistungsgruppen wird in Zusammenarbeit mit den Quartiervereinen unter Einbezug eines möglichst grossen Teils der Quartierbevölkerung periodisch weiter ermittelt. Wichtige Erkenntnisse daraus werden bei der Formulierung der zukünftigen Leistungsziele berücksichtigt.
Nicht erreicht. Die Wirkungsumfragen werden aus Ressourcengründen grundsätzlich nur alle zwei Jahre vorgenommen, letztmals im Jahre 2007. Der möglichst aussagekräftige Einbezug von Littau wird noch geprüft.
2. Die Betriebsbereitschaft des öffentlichen Strassenraums (Strassen, Plätze, Gehwege, Beleuchtung, strassenbedingte Grünflächen und Rabatten) bleibt gewährleistet. Die geforderten personellen und materiellen Einsparungen gemäss EÜP werden weiter umgesetzt. Der Wert- und Substanzverlust wird auf der Basis der Auswertungen 2006 (max. 9 % Anteil Strassen in kritischem Zustand) konstant gehalten (LG 1).
Erreicht. Durch Minderaufwendungen im baulichen Strassenunterhalt liegt der Anteil Strassen in kritischem Zustand gemäss MSE-Auswertung mit 11 % leicht über der Sollvorgabe. Dieser Satz ist bezüglich Werterhalt und Betriebssicherheit verantwortbar.
3. Die Verkehrsplanung orientiert sich am Agglomerationsprogramm. Die lärmtechnische Sanierung der Stadtstrassen erfolgt in Zusammenarbeit mit dem Kanton gemäss den Vorgaben des Bundes (bis 2018). In den nächsten Jahren wird ein vermehrtes Augenmerk auf den Unterhalt der Kunstbauten gerichtet. Mindestens 50 % aller anfallenden Kosten für Planung, Projektierung und Neubauten im Bereich Verkehr, Verkehrsbauten und Lärmschutz sollen (kostendeckend) weiterverrechnet werden können. Der Anteil TBA-interner Planungskosten am gesamten Planungsvolumen soll sich zwischen 10 und 15 % bewegen (LG 2).
Erreicht. Anteil Planungskosten eingehalten und Kostendeckungsgrad übertroffen; B+A über den Unterhalt der Kunstbauten folgt 2009, dabei wird auch Littau berücksichtigt.
4. Trotz immer schwieriger werdenden Rahmenbedingungen wie Nutzungsdruck, finanzielle Ressourcen und epidemische Krankheiten bei Bäumen, Sträuchern und Pflanzen wird der bauliche und betriebliche Unterhalt der Park-, Grün- und Friedhofanlagen sowie der Kinderspielplätze im bisherigen Rahmen gewährleistet bleiben. Dabei soll eine angemessene gestalterische und funktionelle Qualität und Betriebssicherheit erhalten bleiben. Der Kostendeckungsgrad der LG soll dabei mindestens 40 % betragen. Spezielle Anstrengungen werden die verschiedenen Bauvorhaben auf der Allmend im Bereich Unterhalt/Betrieb der Aussensportanlagen erfordern. Der Bestattungsdienst wird gemäss den gesetzlichen Vorgaben und mit angemessener Pietät gewährleistet. Dabei wird auf die verschiedenen Glaubensrichtungen Rücksicht genommen (LG 3).
Erreicht. Der KDG wurde eingehalten, das Grabfeld für Muslime im Friedental ist erstellt.
5. Der Unterhalt und Betrieb des städtischen Kanalnetzes, der Sonderbauwerke und der Gewässer werden im bisherigen Standard beibehalten. Die Investitionen sowie der Betrieb und Unterhalt des Gemeindeverbandes für Abwasserreinigung Luzern (GALU) müssen vollumfänglich über die Gebühren abgedeckt werden. Die Kosten sollen trotz stetig erweitertem Kanalnetz und intensiverer Pflege der Fliessgewässer nicht ansteigen. Die auf 1. Januar 2006 angehobenen, jedoch noch nicht vollumfänglich kostendeckenden Gebühren werden Ende 2008 überprüft und wenn notwendig angepasst (LG 4).
Erreicht. Der betriebliche Unterhalt am Kanalnetz (Leistungsziel aus 2007) wurde reduziert. Geringere Betriebskostenbeiträge an GALU (weitere Reduktion des Anteils Fremdwasser) und dadurch höhere Einlage in die Spezialfinanzierung.
6. Der Standard des bestehenden Entsorgungsangebotes und die Sammelrouten wird auf dem bisherigen Niveau und Stand gehalten. Der Anteil der Separatsammelmengen soll 52 % erreichen und 48 % nicht unterschreiten. Die Zusammenarbeit wird gemäss dem Projekt "Regionale Abfallbewirtschaftung" des Gemeindeverbandes Kehrrichtentsorgung Luzern (GKLU) weitergeführt (LG 5).
Erreicht. Die Separierungsquote liegt bei 48,05 %. Vorarbeiten im Projekt REAL (Regionale Abfallbewirtschaftung) sind aufgenommen.

7. Relevante Überlegungen und Erkenntnisse aus dem Projekt Fusion Littau-Luzern werden bei der Leistungserbringung laufend berücksichtigt.
Erreicht. Projekt FLL laufend mitberücksichtigt.

5.3.2 Globalbudget

	R 2008	B 2008	Abweichung R/B		R 2007
Ertrag (inkl. interner Ertrag)	Fr. 46'001'408	Fr. 35'535'200	Fr. 10'466'208	+29,45 %	Fr. 38'147'934
./ direkte Kosten	Fr. -49'328'591	Fr. -47'418'900	Fr. 1'909'691	+4,03 %	Fr. -49'169'735
./ dem TBA verrechnete Kosten	Fr. -16'966'782	Fr. -8'656'100	Fr. 8'310'682	+96,00 %	Fr. -8'339'298
Globalbudget (Ergebnis Finanzbuchhaltung)	Fr. -20'293'965	Fr. -20'539'800	Fr. -245'835	-1,20 %	Fr. -19'361'099
+ Kalkulatorische Kosten	Fr. -10'200'000	Fr. -10'200'000	Fr. --	--	Fr. -10'375'000
Globalbudget (inkl. kalkulatorischer Kosten)	Fr. -30'493'965	Fr. -30'739'800	Fr. -245'835	-0,80 %	Fr. -29'736'099

5.3.3 Kurzkomentar zum parlamentarischen Leistungsauftrag

Die Leistungsziele wurden im Berichtsjahr gemäss Vorgaben bezüglich Quantität und Qualität grösstenteils erreicht. Lediglich die Wirkungen bestimmter Kernaufgaben werden im Zweijahresrhythmus erst 2009 wieder ermittelt. Die finanziellen Vorgaben konnten eingehalten werden; aufgrund von Mehreinnahmen resultierte gegenüber dem Budget 2008 eine Resultatverbesserung von Fr. 246'000.–.

Die Bruttoaufwendungen der LG 1 liegen gesamthaft mit 2 % unterhalb der Sollvorgabe. Durch eine konsequente Verbuchung der verrechenbaren Drittleistungen in der LG 6, Diverse Dienstleistungen, liegen die Erträge bei den LG 1 und 3 unter dem Voranschlag. Dadurch sind die Nettokosten öffentlicher Grund mit Fr. 15.40 pro m² leicht höher als im Vorjahr. Der Anteil Strassen im kritischen Zustand (Gemeindestrassen) beträgt Ende 2008 rund 11 %; die geringe Erhöhung gegenüber der Sollvorgabe ist auf Minderaufwendungen von 5 % beim baulichen Strassenunterhalt zurückzuführen.

Die Bruttoaufwendungen der LG 2 enthalten auch einen Beitrag an das Parkhaus Zentrum AG (Fr. 480'000.–). Durch eine entsprechende Entnahme aus der Spezialfinanzierung Parkraum und vor allem aufgrund von Mehrverrechnungen an den Kanton für Verkehrsbauten konnten das Nettoergebnis gegenüber dem Voranschlag verbessert und ein höherer Kostendeckungsgrad erzielt werden.

Das Ergebnis der LG 3 liegt exakt innerhalb der Sollvorgabe 2008; der Kostendeckungsgrad beträgt trotz leicht geringerem Ertrag (siehe auch Bemerkungen zu LG 1) 43,9 % und liegt somit über der Vorgabe von mindestens 40 %. Innerhalb der LG sind bei einzelnen Leistungen

(Parkanlagen, Bäume in Anlagen und Kinderspielflächen) gewisse Ressourcenverschiebungen zu verzeichnen.

Durch die geringeren Betriebskostenbeiträge ARA/GALU (rund 10 %) sowie eine Reduktion des betrieblichen Kanalnetz-Unterhalts konnten die Kosten pro m³ Wasser auf Fr. 1.80 reduziert und eine höhere Einlage in die Spezialfinanzierung vorgenommen werden. Das Voranschusskonto des Betriebes Stadtentwässerung beträgt per Ende 2008 noch knapp Fr. 66'000.–, und die im Verwaltungsvermögen ausgewiesenen Erneuerungen der Kanalisationen sind mit Fr. 6,35 Mio. aktiviert.

Die Gesamtabfallmenge liegt mit rund 36'000 Tonnen nur 1 % über dem Vorjahreswert. Die Separierungsquote bewegt sich mit 48,05 % innerhalb der Sollvorgabe, und die finanziellen Vorgaben konnten ebenfalls eingehalten werden. Durch Mehreinnahmen bei den Betriebsgebühren und Recycling-Verkäufen sowie einem weiteren Sonderbeitrag des GKLÜ (aus positivem Rechnungsergebnis 2007) resultierte ein Kostendeckungsgrad von 110,2 % und somit eine Einlage in die Spezialfinanzierung von Fr. 864'278.–. Aufgrund der Höhe des Saldo der Spezialfinanzierung per Ende 2008 werden die Grundgebühren auf den 1. Januar 2009 nochmals um rund einen Drittel reduziert.

Durch einen flexiblen Einsatz der personellen Ressourcen und eine effiziente Mittelbewirtschaftung konnte trotz Einsparungen gemäss EÜP der parlamentarische Leistungsauftrag auch im Berichtsjahr 2008 grösstenteils erfüllt werden.

5.3.4 Stadträtlicher Leistungsauftrag / Gesamtübersicht

5.3.4.1 Übersicht über die Leistungsgruppen

Strassenraum Unterhalt und Erneuerung	IST R08	SOLL B08	IST R07
Strassen- und Wegnetz Gemeindestrassen	1'315'000m ²	1'315'000m ²	1'315'000m ²
Kosten pro m ² Gemeindestrasse p.a.	Fr. 15.40	< Fr. 15.00	Fr. 14.10
Anteil Strassen in kritischem Zustand	11 %	< 9 %	10 %
Ergebnis	-20'249'651	19'600'000	-18'547'415

Strassenraum Planung, Projektierung, Neubau	IST R08	SOLL B08	IST R07
Kostendeckungsgrad der Planungskosten	82,21 %	> 50 %	61,5 %
Anteil TBA-interne Planungskosten an Planungsvolumen gemäss SIA-Tarif	11,81 %	zw. 10-15 % je nach Volumen / Schwierigkeit	12,60 %
Ergebnis	-326'481	-780'000	-738'029

Grün- & Sportanlagen, Friedhof	IST R08	SOLL B08	IST R07
zu unterhaltende Fläche (Parkanlagen, Aussensportanlagen, Friedhof)	727'000m ²	ca 730'000m ²	727'000m ²
Ø Auslastungsgrad aller Aussensportanlagen	70 - 80 %	70 - 80 %	70 - 80 %
Anzahl Bestattungen	757	ca . 800	769
Ergebnis	-5'344'191	-5'339'800	-5'127'065

Stadtentwässerung (Spezialfinanzierung)	IST R08	SOLL B08	IST R07
Städtischer Anteil an Gesamtbudget GALU (Betrieb und Investitionen)	4,7 Mio. oder 45,94 %	ca. 5,6 Mio. oder < 46 %	5,1 Mio. oder 45,94 %
Kosten pro Laufmeter Kanalnetz	Fr. 7.30	rd Fr. 9.–	Fr. 9.65
Abwassermenge in m ³ p.a.	rd 6,90 Mio.	rd 7,3 Mio.	rd 7,20 Mio.
Kosten pro m ³ Abwasser p.a.	Fr. 1.80	Fr. 2.00	Fr. 1.90
Ergebnis	-5'200'000	-5'200'000	-5'200'000

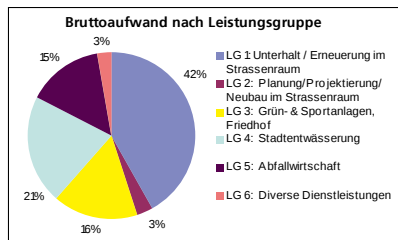
Abfallwirtschaft (Spezialfinanzierung)	IST R08	SOLL B08	IST R07
Gesamtabfallmenge in t	36'023	35'000	35'625
Anteil Sonderabfall an Gesamtabfallmenge (Separierungsquote)	48,05 %	> 48 %	47,80 %
Entsorgungskosten pro Tonne	Fr. 213.35	< Fr. 218.–	Fr. 190.80
Entsorgungskosten pro Einwohner	Fr. 123.40	< Fr. 125.–	Fr. 111.–
Ergebnis	864'278	0	1'150'345

Diverse Dienstleistungen	IST R08	SOLL B08	IST R07
Erbringen der Dienstleistungen gegen Verrechnung zu Vollkosten	1'680'310	1'200'000	1'374'077
Ergebnis	137,3 %	115 %	115 %

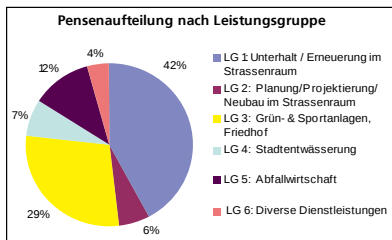
Zusammenfassung	IST R08	SOLL B08	IST R07
Kostendeckungsgrad [KDG] LG 1 - 6 (inkl. Spez.Fin.)	49,1 %	48,5 %	52,9 %
KDG LG 1 - 3 + 6 (ohne Spez.Fin.)	32,3 %	31,8 %	36,5 %
Ergebnis TBA	-30'493'965	-30'739'800	-29'736'099

5.3.4.2 Leistungsgruppen und Aufteilung des Globalkredits auf die Leistungsgruppen

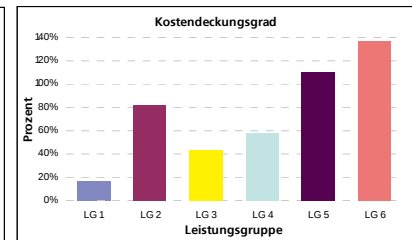
a) Bruttoaufwand nach LG



b) Pensenaufteilung (per 31.12.08)



c) Kostendeckungsgrad



5.3.4.3 Kommentar zum stadträtlichen Leistungsauftrag / Rechnung 2008

Die Rechnung des TBA-Globalbudgets 2008 schliesst gegenüber dem Budget mit einem Nettominderaufwand von Fr. 245'835.– ab. Die kalkulatorischen Kosten für die Werterhaltung der Strassen und des Kanalisationsnetzes belaufen sich in Budget und Rechnung auf Fr. 10,2 Mio. Sowohl die Erträge wie auch Kosten insgesamt sind in der Rechnung 2008 wesentlich höher als im Budget 2008 (siehe Tabelle 5.3.2). Dies ist zurückzuführen auf interne Verrechnungen an die Spezialfinanzierungen Kehricht und Stadtentwässerung (Belastung und Ertrag via Kostenrechnung auf Konto 513 TBA und interne Weiterverrechnung an Konti Kanalisationen und Kehricht). 2008 wurden für zusätzliche Aufwendungen ausserhalb des Leistungsauftrages folgende Nachtragskredite über Fr. 404'000.– bewilligt:

- Fr. 120'000.– für zusätzliche Reinigung des Europaplatzes
- Fr. 140'000.– für Anteil Sofortmassnahmen nach dem Hangrutsch an der Baselstrasse
- Fr. 24'000.– für Kommunikationskonzept Verkehrspolitik LU-ZH-SG
- Fr. 120'000.– für Instandsetzung Felsenweg am Bürgenstock (Beitrag Stadt Luzern)

Nach Mitberücksichtigung weiterer exogener Faktoren (nicht beeinflussbare Mehrerträge und Minderaufwendungen, Auflösung von Rückstellungen sowie Entnahmen aus Fonds) beträgt die eigentliche, positive Nettozielabweichung Fr. 447'274.–. Darin enthalten ist auch die Einlage über Fr. 100'000.– in die Rückstellung Globalbudget TBA gemäss Art. 26 der Finanzhaushaltsverordnung. Die Leistungsvorgaben in den einzelnen Leistungsgruppen konnten grösstenteils eingehalten werden (siehe auch Kurzkomentar zum parlamentarischen Leistungsauftrag unter Kap. 5.3.3).

Nachfolgend die Bemerkungen zu den einzelnen Leistungsgruppen:

LG 1:

Kosten pro m² öffentlicher Grund Fr. 15.40 (Soll: Fr. 15.–); Anteil Strassen in kritischen Zustand 11 % (Soll 9 %), Abweichungsbegründungen siehe unter Kap. 5.3.3. Kosten pro m² für den betrieblichen Strassenunterhalt Fr. 6.55 (Soll < Fr. 6.70); Kosten pro m² für den baulichen Strassenunterhalt Fr. 6.15 (Soll < Fr. 6.50).

LG 2:

Durch Mehrverrechnungen an den Kanton für Verkehrsbauten (abrechnungsreife Kantonsobjekte auf dem Stadtgebiet) wurde der Kostendeckungsgrad gegenüber der Vorgabe deutlich übertroffen; der Anteil Planungskosten konnte eingehalten werden. Der Stand der Planungen Ende Berichtsjahr hat von 54 auf total 66 Projekte zugenommen.

LG 3:

Das Nettoergebnis bewegt sich praktisch im Rahmen des Budgets. Der Kostendeckungsgrad (>40 %) wurde erreicht. Die Istwerte bei der Leistungserstellung und -qualität liegen praktisch alle unter oder zumindest innerhalb der Sollvorgaben. Aufgrund verschiedener Bauvorhaben auf der Allmend werden sich im Bereich Unterhalt/Betrieb der Aussensportanlagen in Bezug auf Anzahl und Ausgestaltung der Plätze mittelfristig Veränderungen ergeben.

LG 4:

Kosten pro m³ Abwasser mit Fr. 1.80 und Kosten pro Laufmeter betrieblicher Unterhalt des Kanalnetzes mit Fr. 7.25 unterhalb der Sollvorgaben; der Kostenanteil der Stadt Luzern an GALU ist geringer als budgetiert (reduzierter Fremdwasseranteil). Gewisse Ressourcenverschiebungen bei einzelnen Leistungen in der LG 4 (kleiner baulicher Unterhalt/Planung und Projektierung; Drittaufträge für Schlamm Entsorgung neu in der LG 6).

LG 5:

Sämtliche Sollvorgaben (Leistung, Qualität und Mengen) konnten erfüllt werden. Der Kostendeckungsgrad betrug 2008 110,2 %, wodurch der Kontostand der Spezialfinanzierung auf gut Fr. 7,4 Mio. angestiegen ist. Deshalb werden die Grundgebühren auf den 1. Januar 2009 reduziert. Bei den Kennzahlen "Hauskehricht" wird der Tonnenpreis neu netto, nach Transportrückerstattung durch den GKLÜ, dargestellt. Aufgrund schwanken- der Recycling-Erlöse weichen die Preise pro Tonne gegenüber dem Vorjahr teilweise ab.

LG 6:

Erhöhter Umsatz sowie Kostendeckungsgrad aufgrund konsequenter Verbuchung sämtlicher verrechenbarer Leistungen in dieser Leistungsgruppe. Die Stundenansätze für die Berufsarbeiter/Arbeiter liegen unterhalb der Regietarife des SBV.

Abschliessend kann festgehalten werden, dass die Leistungsvorgaben im Berichtsjahr grösstenteils erfüllt und die Sollvorgaben eingehalten werden konnten. Verschiedene Projekte wurden 2008 nebst dem Tagesgeschäft weiterbearbeitet und vorbereitet. Besonders zu erwähnen sind dabei die Fortsetzung des Projekts Arbeitstraining (Einsatz von ausgesteuerten arbeitslosen Personen in den Regiebetrieben als Vorbereitung für den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt), die Umsetzung weiterer Massnahmen im EÜP 2006–2010, Vorarbeiten und personelle Eingliederungen im Rahmen der Fusion Littau-Luzern sowie die intensive Bearbeitung des Projekts Reorganisation Stadtverwaltung (Direktionswechsel des Tiefbauamtes).

5.3.5 Stadträtlicher Leistungsauftrag / Die Ergebnisse der einzelnen Leistungsgruppen

Beim TBA wird der Leistungsauftrag für das Jahr 2008 in sechs Leistungsgruppen aufgeteilt.

5.3.5.1 Leistungsgruppe Strassenraum, Unterhalt und Erneuerungen (LG 1)

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Aufrechterhaltung der Sauberkeit und Hygiene auf dem öffentlichen Grund (als Beitrag für eine attraktive Wohn-, Arbeits-, Einkaufs- und Touristenstadt). Gewährleistung der Verkehrssicherheit und Werterhaltung des Strassennetzes inkl. Einrichtungen gemäss kantonalem Strassengesetz.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Leistungen im Bereich Unterhalt / Erneuerung im Strassenraum	Menge	Bruttoanteil an Leistungsgruppe	
		IST	SOLL
Betrieblicher Strassenunterhalt (öffentlicher Grund) inkl. Gde-Anteil Motorfahrzeugsteuern und Unterhalt Parkplätze Parkingmeter	1,625 Mio. m ²	10'610'261	10'825'000
Baulicher Strassenunterhalt inkl. Erneuerung und inkl. kalk. Kosten	1,315 Mio. m ²	8'093'763	8'500'000
Baulicher Strassenunterhalt der Kantonsstrassen	0,31 Mio. m ²	1'529'941	1'400'000
Grabenaufläufe für ewl u. Dritte gegen Verr.		272'622	200'000
Technischer Dienst (Markierung/Signalisation)		461'226	350'000
Öffentliche Beleuchtung		2'220'594	2'100'000
Strassengrün (Unterhalt / Erneuerung)		627'043	850'000
Strassenbäume (Pflege / Erneuerung)	3'269	376'119	550'000
Robidog / Sackspender	61/168 Stück	137'198	125'000
Total (Finanzbuchhaltung & kalk. Kosten)		24'328'767	24'900'000

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R08	Soll B08	Ist R07
Betrieblicher Strassenunterhalt	Kosten pro m ² (total 1,625 Mio. m ² Kantons- und Gemeindestrassen)	Fr. 6.55 brutto	< Fr. 6.70 brutto	Fr. 6.50 brutto
Baulicher Strassenunterhalt	Kosten pro m ² (total 1,315 Mio. m ² Gemeindestrassen)	Fr. 6.15 (inkl. kalk. Kosten)	< Fr. 6.50 (inkl. kalk. Kosten)	Fr. 6.30 (inkl. kalk. Kosten)
Werterhaltung des Strassennetzes	Anteil Strassen in kritischem Zustand (Gemeindestrassen) gemäss MSE	11% der Strassenflächen	9% der Strassenflächen	10% der Strassenflächen

d) Mengen und Kosten

	Rechnung 2008	Budget 2008	Rechnung 2007
Ertrag	4'079'117	5'300'000	6'017'608
Kosten	-24'328'768	-24'900'000	-24'565'023
Ergebnis	-20'249'651	-19'600'000	-18'547'415
m ² öffentl. Grund Gde.			
Leistungseinheit	1'315'000	1'315'000	1'315'000
Kosten pro Einheit	SFr. 15.40	SFr. 14.90	SFr. 14.10

e) Kennzahlen

Bearbeitete Fläche in m ²	2004	2005	2006	2007	2008	Veränd.
Anzahl öffentlicher Brunnen	157	157	157	157	157	--
Anzahl Velounterstände	59	59	59	59	59	--
Anzahl Abfallkörbe	1'348	1'266	1'301	1'339	1'390	+51
Anzahl Fängeranlagen (inkl. Rechen)	47	52	52	67	67	--
Anzahl Armaturen öffentliche Beleuchtung;	7'646	7'650	7'660	7'647	7'663	+16
davon ausgewechselt	55	57	40	49	151	+102
Kosten pro Einwohner in Fr.	312.40	333.35	332.15	302.85	325.20	+22.35

5.3.5.2 Leistungsgruppe Strassenraum, Planung, Projektierung, Neubau (LG 2)

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Umsetzung der Zielsetzungen des Grossen Stadtrates und des Stadtrates für den öffentlichen und privaten Verkehr. Sicherstellung der Verfügbarkeit von Verkehrsbauten und Schutz der Anwohner vor übermässigem Verkehrslärm.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Leistungen im Bereich Planung / Projektierung / Neubau im Strassenraum	Menge	Bruttoanteil an Leistungsgruppe	
		IST	SOLL
Planung, Vorprojekte, Kreditierung Genehmigung, Detailprojekt, Ausführung Strassensanierungsprogramme (Lärmschutz) Planungen für den öffentlichen Verkehr	Stand Anz. Projekte Ende 08: 66 (Vorjahr: 54)		
Total (Finanzbuchhaltung)		1'834'834	1'630'000

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R08	Soll B08	Ist R07
Verrechnung der Planungskosten	Kostendeckungsgrad der Planungskosten	82,21%	> 50%	61,5%
Anwendung von marktüblichen Tarifen bei der Planung und Projektierung	Einhaltung der massgebenden SIA-Kostentarife für Planungen, abhängig von Bauvolumen und Schwierigkeitsgrad der Planungen	Vorgaben Kostentarife und Kostendeckungsgrad eingehalten.	Einhaltung zu 100%	Vorgaben Kostentarife und Kostendeckungsgrad eingehalten.

d) Mengen und Kosten

	Rechnung 2008	Budget 2008	Rechnung 2007
Ertrag	1'508'353	850'000	1'180'420
Kosten	-1'834'834	-1'630'000	-1'918'449
Ergebnis	-326'481	-780'000	-738'029
Kostendeckungsgrad	82.2%	52.1%	61.5%

5.3.5.3 Leistungsgruppe Grün- und Sportanlagen, Friedhof (LG 3)

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Bereitstellen eines Angebots von nutzbarer Grünfläche für Erholung, Sport, Freizeit und Veranstaltungen. Gewährleistung der Sicherheit auf Grünflächen (Parkanlagen / Spielplätzen / Schulanlagen) gemäss Bau- und Zonenreglement sowie Strassengesetz bzw. Gesetz über die Volksschulbildung.

Durchführung von Bestattungen gemäss Gesundheitsgesetz und der kantonalen Verordnung über das Bestattungswesen.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Leistungen im Bereich Grün- & Sportanlagen, Friedhof	Menge	Bruttoanteil an Leistungsgruppe	
		IST	SOLL
Parkanlagen	0,36 Mio. m ²	2'454'269	2'612'000
Bäume in Anlagen	7426 Bäume	620'662	600'000
Kinderspielplätze	40 Plätze	646'612	550'000
Grünpflege Lieg. Verwaltungsvermögen	0,36 Mio. m ²	703'947	801'000
Grünpflege Schulanlagen	0,17 Mio. m ²	938'607	863'000
Bestattungsdienst (654 Urnen/103 Erd)	757 Bestattungen	801'619	800'000
Baulicher & betriebl. Unterh. Friedhofanlagen	0,17 Mio. m ²	1'331'755	1'450'000
Grabunterhalt	520 Vertragsgräber	388'269	350'000
Unterhalt & Betrieb Aussensportanlagen	0,2 Mio. m ²	1'647'923	1'700'000
Total (Finanzbuchhaltung)		9'533'663	9'726'000

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R08	Soll B08	Ist R07
Parkanlagen	Unterhaltskosten pro m ² (360'000 m ²)	Fr. 6.80	< Fr. 7.30	Fr. 7.55
Aussensportanlagen	Kosten pro m ² Rasenspielfeld Kosten pro m ² Allwetterplatz	Fr. 4.20 Fr. 1.15	< Fr. 5.– < Fr. 2.–	Fr. 6.10 Fr. 7.30
Ø Auslastungsgrad aller Sportanlagen	Spielefeldnutzung auf empfohlene maximale Kapazitätsauslastung abgestimmt	Analog Vorjahre 70-80%	80% Rasenplätze 75% Allwetterplätze	Analog Vorjahre 70-80%
Bestattungsdienst	Ø-Preis pro Bestattung: Preis pro Erd- und Urnenbestattung:	Fr. 1'058.95 Fr. 2'500.–/ Fr. 832.–	Fr. 1000.– Fr. 2'500.–/ Fr. 800.–	Fr. 1'107.95 Fr. 2'233.–/ Fr. 945.55

d) Mengen und Kosten

	Rechnung 2008	Budget 2008	Rechnung 2007
Ertrag	4'189'472	4'386'200	5'137'009
Kosten	-9'533'663	-9'726'000	-10'264'074
Ergebnis	-5'344'191	-5'339'800	-5'127'065
Kostendeckungsgrad	43.9%	45.1%	50.0%

e) Kennzahlen

Kennzahlen Anlagenpflege						
	2004	2005	2006	2007	2008	Veränd.
Kosten pro m ² Unterhalt Verw. liegensch. (inkl. Schulhäuser)	2.80	3.05	3.–	3.15	3.10	-0.05
Kosten für gesamte Anlagenpflege pro Einwohner in Fr.	72.70	74.60	80.–	83.70	85.80	+2.10
Kennzahlen Baumpflege						
	2004	2005	2006	2007	2008	Veränd.
Anzahl Strassenbäume	3'317	3'328	3'342	3'296	3'269	-27
Kosten pro Strassenbaum in Fr.	150.35	138.90	168.90	131.35	115.05	-16.30
Kosten pro Einwohner in Fr.	8.30	7.65	9.30	7.05	6.05	-1.–
Anzahl Bäume in Anlagen	6'500	6'584	7'495	7'485	7'426	-59
Kosten pro Anlagenbaum in Fr.	98.40	102.30	79.80	87.50	83.55	-3.95
Kosten pro Einwohner in Fr.	10.60	11.15	9.85	10.70	9.95	-0.75

5.3.5.4 Leistungsgruppe Stadtentwässerung [Spezialfinanzierung] (LG 4)

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Aufsicht über die öffentlichen und privaten Abwasseranlagen gemäss Gewässerschutzgesetz sowie kantonaler Gewässerschutzverordnung. Gewährleistung des Betriebes der Abwasseranlagen der Stadtentwässerung und der Siedlungsentwässerungsanlagen. Privataufträge werden neu in der LG 6, Diverse Dienstleistungen, ausgewiesen.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Leistungen Stadtentwässerung	Menge	Bruttoanteil an Leistungsgruppe	
		IST	SOLL
Betrieblicher Unterhalt (öffentl. Netz)	145 km	1'053'135	1'300'000
Kleiner baulicher Unterhalt	1,5 ‰ Anl.Wert	1'028'849	700'000
Entsorgung von Schlämmen für Garagen und Privatkanalisationen	*		600'000
Betriebskostenbeitrag ARA / GALU	*	4'721'380	5'200'000
Einlage in Spezialfinanzierung			189'000
Bewilligung, Aufsicht / Gebührenbewirtschaftung / Planung, Projektierung, Neubau	1,25% vom Anlagewert 410 Mio.	353'353	1'461'000
Kalkulatorische Kosten		5'200'000	5'200'000
Total (Finanzbuchhaltung & kalk. Kosten)		12'356'717	14'650'000

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R08	Soll B08	Ist R07
Betrieblicher Unterhalt Kanalnetz	Kosten pro Laufmeter Kosten in % des Anlagewertes	Fr. 7.25 0,25%	< Fr. 9.– < 0,40%	Fr. 9.65 0,34%
Baulicher Unterhalt Kanalnetz 4. Etappe, 2. Teil, total zirka 14 km Kanallänge	Ausführung innert 6 Jahren vollzogen gemäss B+A 24/2001	5% saniert oder rund 0,7 km (T 11,3 km / 81%)	15% saniert oder rund 2,1 km (13 km / 90%)	10% saniert oder rund 1,5 km (T 10,6 km / 76%)
Kostenanteil Stadt an GALU	%-Anteil an Gesamtbudget GALU (Betrieb und Investition)	45,94% bzw. Fr. 4'721'380.–	<44%	45,94% bzw. Fr. 5'111'887.–

d) Mengen und Kosten

	Rechnung 2008	Budget 2008	Rechnung 2007	SpF. (2280.11/1280.11)	B 2009	R 2008	R 2007
Ertrag	7'156'717	9'450'000	8'715'246	Bestand Spez.Fin. 1.1.	-65'896	-967'386	-1'697'993
Kosten	-12'356'717	-14'650'000	-13'915'246	Einlage		901'490	730'607
Ergebnis	-5'200'000	-5'200'000	-5'200'000	Entnahme	-300'000		
Leistungseinheit m ³ Abwasser	6'900'000	7'300'000	7'165'000	Bestand 31.12.	-365'896	-65'896	-967'386
Kosten pro Einheit (ohne *)	SFr. 1.80	SFr. 2.00	SFr. 1.90				

e) Kennzahlen

Kennzahlen Unterhalt	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Unterhaltskosten pro Einwohner in Fr.	Fr. 21.55	Fr. 21.65	Fr. 25.90	Fr. 21.–	Fr. 22.85	Fr. 16.90
Kennzahlen Wasser	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Wasserverbrauch pro Einwohner	124 m ³	121 m ³	120 m ³	119 m ³	117 m ³	110 m ³
Kosten pro m ³ Wasser	Fr. 1.62	Fr. 1.60	Fr. 1.55	Fr. 1.90	Fr. 1.90	Fr. 1.80
Kosten pro Einwohner (Vollkosten)	Fr. 201.40	Fr. 195.35	Fr. 187.30	Fr. 224.–	Fr. 219.50	Fr. 198.45

(Vollkosten)

5.3.5.5. Leistungsgruppe Abfallwirtschaft [Spezialfinanzierung] (LG 5)

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Durchführung einer bürgernahen, ökologischen und ökonomischen Abfallwirtschaft gemäss Bundesgesetz über den Umweltschutz und Abfallreglement vom Juni 2002.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Leistungen Abfallwirtschaft	Menge	Bruttoanteil an Leistungsgruppe	
		IST	SOLL
Organisation und Durchführung der gesamten Kehricht- und Separatabfallentsorgung		8'458'191	7'607'000
Total (Finanzbuchhaltung)		8'458'191	7'607'000

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R08	Soll B08	Ist R07
Entsorgung des gesamten Kehrichts gemäss Abfuhrplan	Entsorgungskosten pro Tonne	Fr. 213.35	< Fr. 218.–	Fr. 190.80
	Entsorgungskosten pro Einw.	Fr. 123.40	< Fr. 125.–	Fr. 111.–
Anteil Sonderabfall an Gesamtabfallmenge	Separierungsquote	48,05%	> 48%	47,80%

d) Mengen und Kosten

	Rechnung 2008	Budget 2008	Rechnung 2007	Bestand Spezialfinanz.	B 2009	R 2008	R 2007
Ertrag	9'322'469	7'607'000	9'094'899	Per 1.1.	7'438'057	6'573'779	5'423'434
Kosten	-8'458'191	-7'607'000	-7'944'554	Einlage	-	864'278	1'150'345
Ergebnis	864'278	-	1'150'345	Entnahme	-307'000	-	-
Leistungseinheit	Gesamtabfallmenge in t	36'023	35'000	Per 31.12.	7'131'057	7'438'057	6'573'779
Kosten pro Einheit	SFr.	213.35	SFr.	-217.34	SFr.	190.80	

e) Kennzahlen

	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Wohnbevölkerung per 31.12.	60'195	60'204	60'368	60'779	61'248	62'265
Kostendeckungsgrad	95%	105,3%	104,7%	117,80%	114,50%	110,20%

Kehricht

Kosten in Fr. pro Tonne / Stück

	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Hauskehricht	201.–/t	201.–/t	168.–/t	164.–/t	148.–/t	-1.–/t ¹⁾
Kompost-Abfälle	397.–/t	361.–/t	380.–/t	364.–/t	364.–/t	363.–/t
Altmetall	223.–/t	105.–/t	199.–/t	145.–/t	132.–/t	40.–/t
Altglas	81.–/t	78.–/t	82.–/t	82.–/t	76.–/t	51.–/t
Weissblechbüchsen	711.–/t	957.–/t	970.–/t	745.–/t	725.–/t	680.–/t
Elektromaterial		189.–/t	241.–/t	-370.–/t	-351.–/t	-181.–/t
(Swico, SENS, Batterien, Lampen)						
Altpapier	41.–/t	61.–/t	58.–/t	30.–/t	26.–/t	-9.–/t
Karton	379.–/t	313.–/t	331.–/t	288.–/t	251.–/t	255.–/t
Altöl	1'683.–/t	728.–/t	874.–/t	903.–/t	–/t	1'405.–/t

¹⁾ Kennzahl Hauskehricht inkl. Rückerstattung Gemeindeverband (GKLU)

Abfallmengen	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Gesamtabfallmenge	38'913 t	35'213 t	34'712 t	34'644 t	35'625 t	36'023 t
Anteil Hauskehricht	24'247 t	18'048 t	18'122 t	18'018 t	18'600 t	18'712 t
Anteil Wertstoffe	14'666 t	17'165 t	16'590 t	16'626 t	17'025 t	17'311 t
Hauskehrichtmenge pro Einwohner	403 kg	299 kg	300 kg	296 kg	303 kg	300 kg

5.3.5.6 Leistungsgruppe Diverse Dienstleistungen (LG 6)

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Leistungserbringung gegen Verrechnung zu Vollkosten für Dritte und stadtinterne Dienstabteilungen, wie Gebäudeunterhalt, Kanalspülungen, diverse Schreinerarbeiten usw. des Zimmerwerkes, Fahrzeugreparaturen durch die Werkstätten des TBA, diverse Fuhrdienstleistungen des Autobetriebes sowie Baukoordination und Diverses.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Diverse Dienstleistungen	Bruttoanteil an Leistungsgruppe	
	IST	SOLL
Leistungen für Stadtverwaltung und Dritte: Unterhalt Liegenschaften, Märkte und Messen, Sonderabfuhrungen, Kanalspülungen, Fahrzeugunterhalt, Baukoordination und Diverses.	SFr. 1'680'310	SFr. 1'200'000
Total (Finanzbuchhaltung)	SFr. 1'680'310	SFr. 1'200'000

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R08	Soll B08	Ist R07
Leistungen Zimmerwerk	Zu konkurrenzfähigen Preisen und Standards	Std.-Ansätze Berufsarbeiter Fr. 79.35 (R.Tarif SBV 83.50)	Std.-Ansätze Berufsarbeiter < Fr. 78.50 (R.Tarif SBV 81.–)	Std.-Ansätze Berufsarbeiter Fr. 77.15 (R.Tarif SBV 81.–)
Leistungen Autowerkstatt	Zu konkurrenzfähigen Preisen und Standards	Std.-Ansätze Arbeiter Fr. 66.70 (R.Tarif SBV 70.00)	Std.-Ansätze Arbeiter < Fr. 62.50 (R.Tarif SBV 64.50)	Std.-Ansätze Arbeiter Fr. 59.85 (R.Tarif SBV 62.–)

SBV = Schweiz. Baumeisterverband

d) Mengen und Kosten

	Rechnung 2008	Budget 2008	Rechnung 2007
Ertrag	2'306'667	1'380'000	1'580'189
Kosten	-1'680'310	-1'200'000	-1'374'077
Ergebnis	626'357	180'000	206'112
Leistungseinheit			
Kostendeckungsgrad	137.3%	-115.0%	115.0%

5.3.6 Nachweise

5.3.6.1 Vom HRM zum Globalkredit

	Kosten	Ertrag
Institution 513 Tiefbauamt	49'029'442	28'735'477
Institution 591 Stadtentwässerung	8'243'992	8'243'992
Institution 590 Kehrrechtbeseitigung	9'021'939	9'021'939
Total (Bruttoumsatz Laufende Rechnung)	66'295'373	46'001'408
./. Interne Verrechnungen innerhalb TBA	-14'833'743	-14'833'743
Total Umsatz Globalbudget TBA	51'461'630	31'167'665
Globalbudget (Ergebnis Finanzbuchhaltung)	20'293'965	
+ kalkulatorische Kosten	10'200'000	
Globalbudget (inkl. kalkulatorische Kosten)	30'493'965	

5.3.6.2 Vom HRM zur Betriebsbuchhaltung für die LG 1–6

	Kosten	Ertrag
Fibu Bruttozahlen	66'295'373	46'001'408
./. ILV innerhalb TBA	-14'833'743	-14'833'743
Direkte Kosten TBA	51'461'630	31'167'665
+ kalk. Abgrenzung (Strassenraum/Stadtentw.)	10'200'000	
Total Kostenarten BAB / LG 1 - 6	61'661'630	31'167'665
Globalbudget	30'493'965	
LG 1	24'328'768	4'079'117
LG 2	1'834'834	1'508'353
LG 3	9'533'663	4'189'472
LG 4	12'356'717	7'156'717
LG 5	7'685'130	8'458'191
LG 6	1'680'310	2'306'667
Abgrenzung Kehrrechtfahrzeug (Fibu enth.)	773'060	
	58'192'482	27'698'517
	30'493'965	

5.4 Liegenschaften Finanzvermögen / Parlamentarischer Leistungsauftrag

5.4.1 Leistungsziele

1. Die Stadt Luzern stellt ein breites Angebot an Mietwohnungen zur Verfügung. Zu diesem Zweck werden Liegenschaften im unteren, mittleren und vereinzelt auch im oberen Preissegment aktiv bewirtschaftet und selber verwaltet.⁹ Durch konstante Werterhaltung und -entwicklung soll mit effizientem Mitteleinsatz ein möglichst optimaler Nutzwert (Qualitätssteigerung) generiert werden.
Erreicht.
2. Die Strategieeinteilung der Renditeliegenschaften ist periodisch zu überprüfen. Dabei sind Liegenschaften aus immobilienwirtschaftlicher Sicht auf die volkswirtschaftlichen, siedlungs- und sozial- sowie finanzpolitischen Ziele hin zu überprüfen.
Wird laufend und insbesondere beim Jahresabschluss überprüft. Keine Veränderungen zum Vorjahr.
3. Mit den Liegenschaften des Finanzvermögens (ohne Anteil GSW-Liegenschaften) ist eine angemessene, marktübliche Bruttorendite zu erwirtschaften. Ertragsverbesserungen sind u. a. durch wertvermehrende Instandsetzungen anzustreben. Das von Wüest & Partner ermittelte zusätzliche Mietzinspotenzial bei den Renditeliegenschaften für die Jahre 2003–2012 beträgt rund Fr. 1 Mio. Dieses Potenzial wird im 2008 mit Fr. 150'000.– höheren Mieteinnahmen gegenüber 2007 (durch Sanierungen bei Mieterwechseln, wertvermehrende Investitionen usw.) realisiert.
Erreicht.
4. Kennzahlen für die Renditeliegenschaften sind im Rahmen eines Benchmarks mit anderen Gemeinwesen und der Immobilienbranche zu vergleichen und für das Finanzliegenschaften-Management nutzbar zu machen.
Erreicht durch Gemeindevergleich (Benchmarking) mit W&P.
5. Für das Teilportfolio Land- und Entwicklungsareale sind Schwerpunkte zu setzen, die volkswirtschaftliche-, sozial-, siedlungs- und/oder finanzpolitische Ziele abdecken. Für die Areale Büttinen und Wettsteinpark sind dem Grossen Stadtrat Vorlagen für die künftige Nutzung zu unterbreiten und die Wertsteigerung im Sinne der Stadtentwicklung aufzuzeigen.
Die Veräusserung einer Teilfläche des Wettsteinparks konnte rechtzeitig für den B+A aufbereitet werden. Das Geschäft Büttinen wurde mangels Angeboten auf 2010 verschoben.
6. Die Kosten für die Waldpflege sind konstant zu halten bzw. nach Möglichkeit zu senken. Die Qualitätsstandards sind im Leistungsvertrag mit dem Stadtforstamt geregelt: Ziel der Bewirtschaftung sind stabile Wälder, welche ihre Schutzaufgabe nachhaltig erfüllen und gleichzeitig einen hohen Natur- und Erholungswert aufweisen.
Erreicht, die jährlichen Kosten blieben unverändert bei Fr. 250'000.–.
7. In Landwirtschaftsbetriebe wird nur zurückhaltend investiert. Bei grösseren Sanierungen (z. B. neues Tierschutzgesetz) sind Eigenleistungen der Pächter einzuverlangen. Ist dies nicht möglich, ist anstelle einer Investition ein Verkauf zu prüfen.
Erreicht, beim Betrieb Lehn (DFI) wurden Eigenleistungen der Pächterschaft verlangt.

⁹ Im unteren Preissegment werden vorwiegend sozialpolitische Ziele abgedeckt, die operativ durch die GSW (im Auftrag der Stadt) wahrgenommen werden.

5.4.2 Globalbudget

	R2008	B2008	Abweichung		R2007
Ertrag (inkl. Interner Ertrag)	8'833'208	8'541'200	292'008	3%	8'238'186
/J. direkte Kosten (Unterhalt)	-1'839'015	-1'800'100	-38'915	-2%	-2'016'236
/J. direkte Kosten (Betrieb)	-1'353'024	-1'474'200	121'176	8%	-1'151'657
/J. dem Bereich Immobilien IFL verrechnete Kosten	-599'600	-599'600	0	0%	-614'600
Globalbudget (Ergebnis Finanzbuchhaltung)	5'041'568	4'667'300	374'268	8%	4'455'693
/J. Kalkulatorische Kosten ¹⁾	-9'245'766	-9'976'239	730'473	7%	-9'331'708
Globalbudget (inkl. kalkulatorische Kosten)	-4'204'198	-5'308'939	1'104'741	21%	-4'876'015

¹⁾ Verzinsung des investierten Kapitals/Marktwert zum Zinssatz, den die Stadt Luzern für ihre langfristigen Darlehen bezahlt. (Fr. 216 Mio. zu 3,52 %)

Abschreibung von Marktwert ohne Landanteil von Fr. 125,1 Mio. zu 1,3% = Fr. 1,63 Mio. Prozentsatz entspricht einer Abschreibungsdauer von 75 Jahren.

5.4.3 Kurzkomentar zum parlamentarischen Leistungsauftrag

Nebst dem operativen Tagesgeschäft wurden im Geschäftsjahr 2008 weitere, teilweise umfassende Sanierungen von Liegenschaften vorgenommen. Bei verschiedenen vorgesehenen Veräusserungsgeschäften kam es zu Verzögerungen, weshalb diese Geschäfte erst im Jahr 2009 entscheidungsreif werden.

5.4.4 Stadträtlicher Leistungsauftrag / Gesamtübersicht

5.4.4.1 Übersicht über die Leistungsgruppen

LG 1: Renditeliegenschaften	IST R08	SOLL B08	IST R07
Anzahl Wohnungen	196	196	200
Wohnfläche in m ²	16'194	16'194	16'194
Ø Mietertrag in Fr. pro m ² /Jahr	145	145	145
Anzahl Gewerbe-/Geschäftslokale	85	87	85
Geschäftsfläche in m ²	9'654	9'332	9'654
Ø Mietertrag in Fr. pro m ² /Jahr	189	166	189
Effektive MZ-Einnahmen in % der vertraglich möglichen Einnahmen	> 99 %	> 99 %	> 99 %
MZ-Einnahmen und übriger Ertrag	4'798'675	4'655'000	4'623'536
Unterhalt	-1'263'295	-1'177'800	-1'288'729
Betriebsaufwand FiBu (ohne Zinsen/Abschr.)	-643'183	-550'296	-501'838
Ergebnis Finanzbuchhaltung	2'892'197	2'926'904	2'832'969
Kalkulatorische Kosten	-3'334'226	-3'658'496	-3'340'104
Aufwandüberschuss	-442'029	-731'592	-507'135
Bruttorendite (MZ-Einnahmen / Marktwert)	6.40%	5.95%	6.17%

LG 2: Land- und Entwicklungsareale	IST R08	SOLL B08	IST R07
Gesamtfläche in m ²	488'272	489'537	488'272
Baulandreserven in m ² insgesamt	283'188	263'906	283'188
- davon in der Stadt Luzern	63'016	43'503	63'016
überbaute Flächen in m ² mit Entw.Potenzial	25'466	25'466	25'466
- davon in der Stadt Luzern	25'466	25'466	25'466
übrige Areale in m ²	179'618	200'165	179'618
MZ-Einnahmen und übriger Ertrag	707'922	659'400	688'733
Unterhalt	-238'866	-556'550	-346'825
Betriebsaufwand FiBu (ohne Zinsen/Abschr.)	-188'295	-186'729	-174'214
Ergebnis Finanzbuchhaltung	280'761	-83'879	167'694
Kalkulatorische Kosten	-2'272'927	-2'427'352	-2'439'387
Aufwandüberschuss (ohne Buchgewinne)	-1'992'167	-2'511'231	-2'271'693
Ertrag in Fr. pro m ²	1.45	1.35	1.41

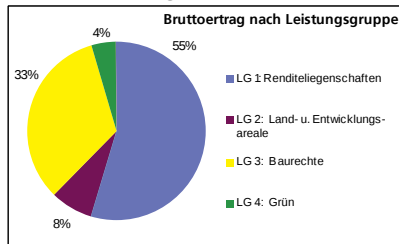
LG 3: Baurechte	IST R08	SOLL B08	IST R07
Baurechte FV	35	35	35
Fläche in m ² der abgegebenen Baurechte	285'930	283'680	285'930
BR-Einnahmen	2'942'817	2'860'000	2'505'432
Betriebsaufwand FiBu (ohne Zinsen)	-1'036'005	-1'019'590	-1'006'714
Ergebnis Finanzbuchhaltung	1'906'812	1'840'410	1'498'718
Kalkulat. Kosten (nur Verzinsung Land)	-2'071'743	-2'242'240	-1'898'790
Aufwandüberschuss (BR Finanzvermögen)	-164'931	-401'830	-400'072
Ø Baurechtszins pro m ² FV	10.29	10.08	8.76

LG 4: Grün	IST R08	SOLL B08	IST R07
Anz. Landwirtschaftsbetriebe	8	8	8
Landwirtschaftsfläche in m ²	3'595'903	3'620'512	3'595'903
Erlös in Fr. pro m ² /Jahr aus Landwirtschaft	0.11	0.09	-
Waldfläche in m ²	2'545'734	2'580'197	2'545'734
Kosten in Fr. pro m ² /Jahr aus Waldwirtschaft	0.10	0.12	-
Pachtzinseinnahmen und übriger Ertrag	383'793	366'800	420'485
Unterhalt	-336'854	-315'750	-380'682
Betriebsaufwand FiBu (ohne Zinsen/Abschr.)	-85'141	-67'185	-83'492
Ergebnis Finanzbuchhaltung	-38'201	-16'135	-43'689
Kalkulatorische Kosten	-1'566'869	-1'648'151	-1'653'427
Aufwandüberschuss	-1'605'070	-1'664'286	-1'697'116
Ertrag in Fr. pro m ²	0.06	0.06	0.07

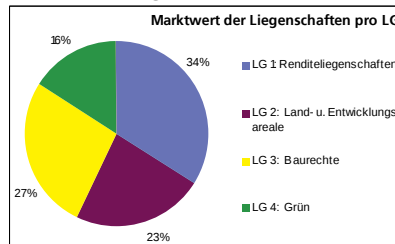
Ergebnis Liegenschaften Finanzvermögen	IST R08	SOLL B08	IST R07
Liegenschaften Finanzvermögen Fläche in m ²	6'972'983	6'999'452	6'972'983
Mietzins, übrige & Baurechteeinnahmen	8'833'208	8'541'200	8'238'186
Unterhalt	-1'839'015	-2'050'100	-2'016'236
Betriebsaufwand FiBu (ohne Zinsen/Abschr.)	-1'952'624	-1'823'800	-1'766'257
Ergebnis Finanzbuchhaltung	5'041'568	4'667'300	4'455'693
Kalkulatorische Kosten	-9'245'766	-9'976'239	-9'331'708
Aufwandüberschuss	-4'204'198	-5'308'939	-4'876'015
Kostendeckungsgrad	67.8%	61.7%	62.8%
Gesamtrendite (Ertrag/Marktwert)	4.08%	3.70%	4.03%

5.4.4.2 Leistungsgruppen und Aufteilung des Globalkredits auf die Leistungsgruppen

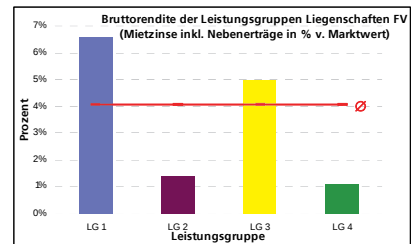
a) Bruttoertrag nach LG



b) Aufteilung nach Wert



c) Bruttorendite nach LG



5.4.4.3 Kurzkomentar zum stadträtlichen Leistungsauftrag

Alle Sparten konnten erfolgreich abgeschlossen werden. Die Gesamtertritte über alle Leistungsgruppen konnte gegenüber 2007 wiederum leicht auf 4,08 % gesteigert werden. Das Ziel, die Mietzinserträge um Fr. 150'000.– zu verbessern, wurde 2008 erreicht. Der Kredit für den baulichen Unterhalt wurde nicht vollumfänglich ausgeschöpft: Vom Gesamtkredit über Fr. 1,7 Mio. wurden Fr. 270'000.– auf 2009 übertragen. Bei Mietzinsanpassungen gelangt seit Herbst 2008 neu der Referenzzinssatz des Bundesamtes für Wohnungswesen (BWO) zur Anwendung und nicht mehr der Hypothekarzinssatz. Der Referenzzinssatz betrug Ende 2008 3,50 % und wird quartalsweise durch das BWO publiziert. Bei der Budgetierung 2008 kam noch der Zinssatz von 3,25 % zur Anwendung.

Nebst dem ordentlichen Tagesgeschäft wurden im vergangenen Jahr folgende Liegenschaftssanierungen vorgenommen:

- Die Liegenschaft Winkelriedstrasse 14 wurde einer wärmetechnischen Gesamtanierung im Minergie-Standard unterzogen.
- Ebenfalls eine wärmetechnische Gebäudesanierung, inkl. Einbau einer Solaranlage, wurde an der Weggismattstrasse 16 vorgenommen.
- Bei der Liegenschaft Guggistrasse 7 wurden sämtliche Fenster ersetzt. Zudem wurde die Planung für einen Büroanbau im Minergie-Standard abgeschlossen.
- Das Einfamilienhaus Bernstrasse 80 musste nach dem Auszug des langjährigen Mieters zurückgebaut werden, da eine Sanierung dieses baufälligen Gebäudes nicht mehr möglich war.

In der **LG 1, Renditeliegenschaften**, konnte eine gegenüber dem Vorjahr leicht verbesserte Bruttorendite von 6,40 % erzielt werden. Dieses Resultat ergibt sich aus höheren Mietzinserträgen durch wertvermehrnde Investitionen sowie aus diversen Mietvertragsanpassungen. Weiter wurden 20 Liegenschaften einer Verkehrswertschätzung durch zwei externe Schätzexperten unterzogen. Dabei resultiert ein

Mehrwert von knapp Fr. 1 Mio., die Marktwerte der Liegenschaften wurden für das Globalbudget entsprechend angepasst. Es ist vorgesehen, in den nächsten Jahren weitere solche Schätzungen vorzunehmen.

In der **LG 2, Land- und Entwicklungsareale**, wurde die Entwicklung folgender städtischer Areale aktiv angegangen:

- Über die Grundstücke Mattenhof, Kriens, wurde in Zusammenarbeit mit zwei benachbarten Grundeigentümern ein Studienwettbewerb durchgeführt.
- Beim Grundstück Hinterschlund, Kriens, wurden die Vorbereitungsarbeiten für eine Machbarkeitsstudie aufgenommen, die über mögliche Nutzungen Auskunft geben wird.
- Beim Grundstück Unterlöchli wurden die Landwertberechnungen und die Flächenmutationen bereinigt und abgeschlossen. Das Verkaufsgeschäft wird im ersten Halbjahr 2009 dem Parlament unterbreitet.

In der **LG 3, Baurechte**, beruht der Mehrertrag auf diversen vertraglichen und indexbedingten Baurechtszinssanpassungen. Das Baurecht mit dem Luzerner Sportkegler-Verband für die Kegelsporthalle auf der Allmend wurde um 30 Jahre erneuert.

In der **LG 4, Grün**, sind geringfügige Mindererträge infolge Wegfalls von Rückzahlungen der Gebäudeversicherung und Beiträgen der Denkmalpflege zu verzeichnen. Die Aufwendungen für den baulichen Unterhalt konnten stark reduziert werden, da die Gebäude in den letzten Jahren optimiert und Eigenleistungen der Pächter eingefordert wurden. Zur besseren Auslastung des Therapiezentrum Lehn des DFI wird hier neu auch der Massnahmenvollzug integriert. Die dafür anfallenden Investitionen werden durch die Mieterschaft getragen.

5.4.5 Stadträtlicher Leistungsauftrag / Die Ergebnisse der einzelnen Leistungsgruppen

5.4.5.1 Leistungsgruppe Renditeliegenschaften (LG 1)

a) Ziele für die Leistungsgruppe 1

Anbieten von attraktiven Wohnungen und Gewerberäumen zu kostendeckenden Mietzinsen. Sicherstellung eines angemessenen Unterhaltes zur Substanzerhaltung der Liegenschaften.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Leistungen im Bereich LG 1: Renditeliegenschaften	Miete pro m ² / Jahr	Menge			Bruttoertrag	
		Anz.	Fläche m ²	%	an Leistungsgruppe	
Anzahl Wohnungen / Wohnfläche / Mietzinseinnahmen	> 160.--	68	4'772	30%	SFr.	966'884
Anzahl Wohnungen / Wohnfläche / Mietzinseinnahmen	121 - 160.--	107	9'107	56%	SFr.	1'233'276
Anzahl Wohnungen / Wohnfläche / Mietzinseinnahmen	< 120.--	21	2'215	14%	SFr.	239'822
Anzahl Wohnungen / Wohnfläche / Mietzinseinnahmen GSW		60	3'749		SFr.	412'303
Geschäftslokale / Mietzinseinnahmen		85	9'654		SFr.	1'460'075
Vermietung von Garagen/Parkplätzen		143	Plätze		SFr.	110'994
übrige Erträge und Rückserstattungen					SFr.	375'321
Total					SFr.	4'798'675

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R08	Soll B08	Ist R07
Niederschwelliges Wohnungsangebot zur Verfügung stellen.	Anz. durch die GSW verwaltete Wohnungen, Einhaltung Vertrag mit GSW	60 Wohnungen	60 Wohnungen	60 Wohnungen
Angebot an Wohnungen im oberen Preissegment	Anz. Wohnungen Ø m ² -Preis der Whg p.a.	13 Wohnungen >Fr. 210.–	13 Wohnungen >Fr. 210.–	8 Wohnungen >Fr. 210.–
Verwaltungseffizienz Optimale Bewirtschaftung der selbst verwalteten Wohnungen	Mietzinsausfallquote (Leerstände) in Prozent vom Mietzins-Soll	1,03%	<1%	0,78%
Zustand der Wohnungen und Sicherstellung Substanzerhalt	Unterhalt ¹⁰ in % Mietzinseinnahmen bzw. in % Marktwert (gemäss SIA D0213)	Vom Mietzins: 26,3% Vom Marktwert: 1,7%	Vom Mietzins: 26,9% Vom Marktwert: 1,6%	Vom Mietzins: 29,05% Vom Marktwert: 1,8%
Marktgängigkeit der Mietwohnungen	Anzahl Mieterwechsel p.a. (nur selbst bewirtschaftete Liegenschaften)	62	40	55

d) Mengen und Kosten

LG 1: Renditeliegenschaften	IST R08	SOLL B08	IST R07
Ertrag	4'798'675	4'655'000	4'623'536
Kosten	-5'240'704	-5'386'592	-5'130'671
Aufwandüberschuss	-442'029	-731'592	-507'135
Marktwert	73'119'000	73'760'000	69'153'300
Nettorendite in Prozent	4.32%	4.37%	4.18%
Fläche	57'144	57'144	57'144

Für die 2008 durchgeführten Liegenschaftssanierungen wird auf den Kurzkomentar zum stadträtlichen Leistungsauftrag verwiesen. Ergänzend ist zu bemerken, dass bei diesen Arbeiten grosser Wert auf die ökologischen Aspekte gelegt wurde. Dies wurde bei der Liegenschaft Winkelriedstrasse 14 durch Beiträge aus verschiedenen Energieprogrammen und aus der Stiftung "Klimarappen" des Bundes honoriert. Bei der Liegenschaft Weggismattstrasse 16 konnte ebenfalls von verschiedenen Beiträgen profitiert werden. Zudem wurde die Sanierung durch die Zertifizierung "Luzern erneuert" ausgezeichnet.

¹⁰ Instandhaltung und Instandsetzung.

5.4.5.2 Leistungsgruppe Land- und Entwicklungsareale (LG 2)

a) Ziele für die Leistungsgruppe 2

Leistung eines aktiven Beitrages zur Umsetzung der stadträtlichen Leitsätze zur Stadtentwicklung und zur Realisierung der Stossrichtungen aus dem Masterplan der Stadt Luzern (Strategie für die wirtschaftliche Entwicklung vom 10. September 2003).

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Leistungen im Bereich LG 2: Land- und Entwicklungsareale	Menge	Bruttoertrag an Leistungsgruppe
Baulandreserven	283'188 m ²	SFr. 86'573
Anzahl Wohnungen / Mietzinseinnahmen	31 Whg.	SFr. 265'871
Fläche Geschäftslokale / Mietzinseinnahmen	4'002 m ²	SFr. 171'509
Vermietung von Garagen/Parkplätzen	54 Plätze	SFr. 82'926
übrige Erträge und Rückerstattungen		SFr. 101'043
Total		SFr. 707'922

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R08	Soll B08	Ist R07
Erfolgreiche Vermarktung und Entwicklung von Liegenschaften mit erhöhtem Nutzenpotenzial	Zieldefinition und Vorgehensplan erarbeitet und laufend aktualisiert. Anzahl Vermarktungen	Die Veräusserung des Teilgrundstücks im Wettsteinpark ist fristgerecht dem Grossen Stadtrat unterbreitet worden. Bei der Vermarktung des Grundstücks an der Büttenenhalde gingen keine konkreten Angebote ein. Nach Durchführung einer Marktbefragung wurde beschlossen, dieses Geschäft bis ins Jahr 2010 zu sistieren.	Für die Areale Büttenen und Wettsteinpark sind dem Grossen Stadtrat Vorlagen für die künftige Nutzung zu unterbreiten.	Die Grundstücke Gibraltarstrasse/Senti, Rebstock und Baufeld 3 der Tribschenstadt (LG 1) konnten veräussert werden.

d) Mengen und Kosten

Leistungsgruppe 2: Land- und Entwicklungsareale	IST R08	SOLL B08	IST R07
Ertrag	707'922	659'400	688'733
Kosten	-2'700'089	-3'170'631	-2'960'425
Aufwandüberschuss	-1'992'167	-2'511'231	-2'271'693
Marktwert	49'844'900	57'000'000	57'550'000
Ertrag in Fr. pro m ²	1.45	1.35	1.41
Fläche	488'272	489'537	488'272

Das Einfamilienhaus Bernstrasse 80 musste nach dem Auszug des langjährigen Mieters zurückgebaut werden, da eine Sanierung dieses baufälligen Gebäudes nicht mehr möglich war. Die Verhandlungen über die Veräusserung des Unterlöchli (Sollvorgabe aus dem Voranschlag 2007) wurden abgeschlossen. Der B+A wird im ersten Halbjahr 2009 dem Parlament unterbreitet.

5.4.5.3 Leistungsgruppe Baurechte (LG 3)

a) Ziele für die Leistungsgruppe 3

Gewährung von Baurechten des Finanzvermögens zu marktüblichen Konditionen unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Baurechtsnehmer und der strategischen Bedeutung des Grundstückes für die Stadt. Administration der Baurechte des Finanz- und Verwaltungsvermögens (Vertragsgestaltung, Inkasso).

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Leistungen im Bereich	Menge		Bruttoertrag
LG 3: Baurechte Finanzvermögen	Anz.	Fläche m ²	an Leistungsgruppe
Baurechtszinsen (Finanzvermögen)	35	285'930	SFr. 2'942'817
übrige Erträge			SFr. -
Total			SFr. 2'942'817

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R08	Soll B08	Ist R07
Marktkonforme Abgabe von Baurechten auf Liegenschaften des Finanzvermögens	Ø Baurechtszins pro m ² /p.a.	Fr. 10.29	Fr. 10.08	Fr. 8.76
Bei ablaufenden BR: Klärung der Übereinstimmung mit Strategie und Marktkonformität	Anzahl BR-Verträge, die im Rechnungsjahr enden.	BR Kegelsport-halle wurde erneuert. BR Messe AG wurde erneuert und erweitert.	2 BR-Verträge	Keine

d) Mengen und Kosten

Leistungsgruppe 3: Baurechte	IST R08	SOLL B08	IST R07
Ertrag	2'942'817	2'860'000	2'505'432
Kosten	-3'107'748	-3'261'830	-2'905'504
Aufwandüberschuss	-164'931	-401'830	-400'072
Marktwert (Ertragswert mit 5% kapitalisiert)	58'856'340	57'200'000	50'108'649
Ø Baurechtszins pro m ²	10.29	10.08	8.76
Fläche	285'930	283'680	285'930

Die Mehreinnahmen ergaben sich aus dem neu abgeschlossenen Baurecht mit der Post (Liegenschaft Boa) sowie durch diverse vertragliche und indexbedingte Baurechtszinsanpassungen.

5.4.5.4 Leistungsgruppe Grün (LG 4)

a) Ziele die Leistungsgruppe 4

Pflege und Schutz des Waldes in seiner Fläche und seiner räumlichen Verteilung (quantitative Walderhaltung) sowie der Schutz des Waldes als Ökosystem mit seiner vielfältigen Tier- und Pflanzenwelt, als Landschaftselement und als Garant der Schutz-, Wohlfahrts- und Nutzfunktionen (qualitative Walderhaltung) durch das Stadtforstamt. Der Wald liefert einen Beitrag zur Standortqualität für die Stadt Luzern und die umliegenden Naherholungsgebiete.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Leistungen im Bereich LG 4: Grün	Fläche in m ²	Bruttoertrag an Leistungsgruppe
Pachtzinsen	3'595'903	SFr. 220'029
Mietzinsen DFI (Lehn)		SFr. 60'320
Entschädigung VBS Schiessplatz	2'545'734	SFr. 80'665
Erträge aus Wald		SFr. 10'304
übrige Erträge und Rückerstattungen		SFr. 12'476
Total		SFr. 383'793

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R08	Soll B08	Ist R07
Stabilisierung der Kosten für die Waldpflege gemäss Vertrag vom 31.1.07 mit der Korporationsgemeinde Luzern	Kosten der Waldpflege p.a. insgesamt und pro m ² Waldfläche	Fr. 250'000.- Fr. -.10/m ²	Fr. 250'000.- Fr. -.14/m ²	Fr. 250'000.- Fr. -.10/m ²

d) Mengen und Kosten

Leistungsgruppe 4: Grün	IST R08	SOLL B08	IST R07
Ertrag	383'793	366'800	420'485
Kosten	-1'988'864	-2'031'086	-2'117'600
Aufwandüberschuss	-1'605'070	-1'664'286	-1'697'116
Marktwert	34'630'000	40'000'000	34'440'000
Ertrag in Fr. pro m ²	0.06	0.06	0.07
Fläche	6'141'637	6'141'637	6'141'637

5.4.6 Nachweis der Kosten

Vom Aufwand zu den Kosten	Aufwand	Ertrag
Institution 521 Immobilien Finanzliegenschaften	4'747'555	-9'462'399
Ergebnis Finanzbuchhaltung Globalbudget	-4'714'844	
Kalk. Kosten: 3,52% Zins auf Marktwert von Fr. 216,45 Mio.	7'619'048	
Kalk. Kosten: 1,3% Abschreib. auf Marktwert ohne Land (Fr. 125,1 Mio.)	1'626'718	
Ergebnis Globalbudget inkl. kalk. Kosten	4'530'922	
Abgrenzung HK/NK-Abr. usw.	-955'915	629'191
Ergebnis Kosten LG 1-4 Globalbudget IFL	4'204'198	

Mit dieser Zusammenstellung wird die buchhalterisch korrekte Abgrenzung zwischen der Finanzbuchhaltung und der internen Kostenrechnung nachgewiesen (vgl. dazu auch Ziff. 5.4.2 Globalbudget).

Antrag des Stadtrates

Der Stadtrat beantragt Ihnen,

I.

folgende Nachtragskredite zulasten der Rechnung 2008 zu bewilligen:

Fr. 5'000'000.– zusätzliche Abschreibung von Verwaltungsvermögen aus Buchgewinnen
(Konto 991.332.05),

Fr. 7'000'000.– Bildung einer Rückstellung für künftige Aufwendungen zur Sanierung der
städtischen Pensionskasse (Konto 950.385.17).

II.

- den Geschäftsbericht des Stadtrates für das Jahr 2008 zu genehmigen;
- die Jahresrechnung und die Verwendung des Ertragsüberschusses für das Jahr 2008 zu genehmigen.

Er unterbreitet Ihnen einen entsprechenden Beschlussvorschlag.

Luzern, 8. April 2009

Urs W. Studer
Stadtpräsident

Toni Göpfert
Stadtschreiber

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 8 vom 8. April 2009 betreffend

Geschäftsbericht 2008,

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission, welche einen besonderen Prüfungsbericht des Finanzinspektorats eingesehen hat,

in Anwendung von Art. 13 Abs. 1 Ziff. 2, Art. 30 Abs. 1 lit. a, Art. 60 Abs. 1, Art. 63, Art. 68 Ziff. 4 und Art. 69 lit. a Ziff. 2 der Gemeindeordnung vom 7. Februar 1999 sowie Art. 53 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

I.

Zulasten der Rechnung 2008 werden folgende Nachtragskredite bewilligt:

Fr. 5'000'000.– zusätzliche Abschreibung aus Buchgewinnen,

Fr. 7'000'000.– Bildung einer Rückstellung für künftige Aufwendungen zur Sanierung der städtischen Pensionskasse.

II.

Der Geschäftsbericht des Stadtrates für das Jahr 2008 wird genehmigt.

III.

Nachgenannte Rechnungsabschnitte, abgeschlossen auf den 31. Dezember 2008, werden genehmigt:

1. Verwaltungsrechnung

Aufwand	Fr. 590'212'617.50
Ertrag	<u>Fr. 590'516'870.14</u>
Ertragsüberschuss	Fr. 304'252.64

Der Ertragsüberschuss wird wie folgt verwendet:

Fr. 304'252.64 Einlage ins Eigenkapital / Steuerausgleichsreserve

2. Vermögensrechnung

Der Vermögensausweis und die Bilanz, welche bei den Aktiven und Passiven beidseitig mit einem Totalbetrag von Fr. 480'215'370.70 abschliessen.

3. Fonds zur allgemeinen Förderung von Kultur und Sport

Die Jahresrechnung über den Fonds zur allgemeinen Förderung von Kultur und Sport, welcher einen Restbestand von

Fr. 476'689.12 für den Bereich Kultur und von

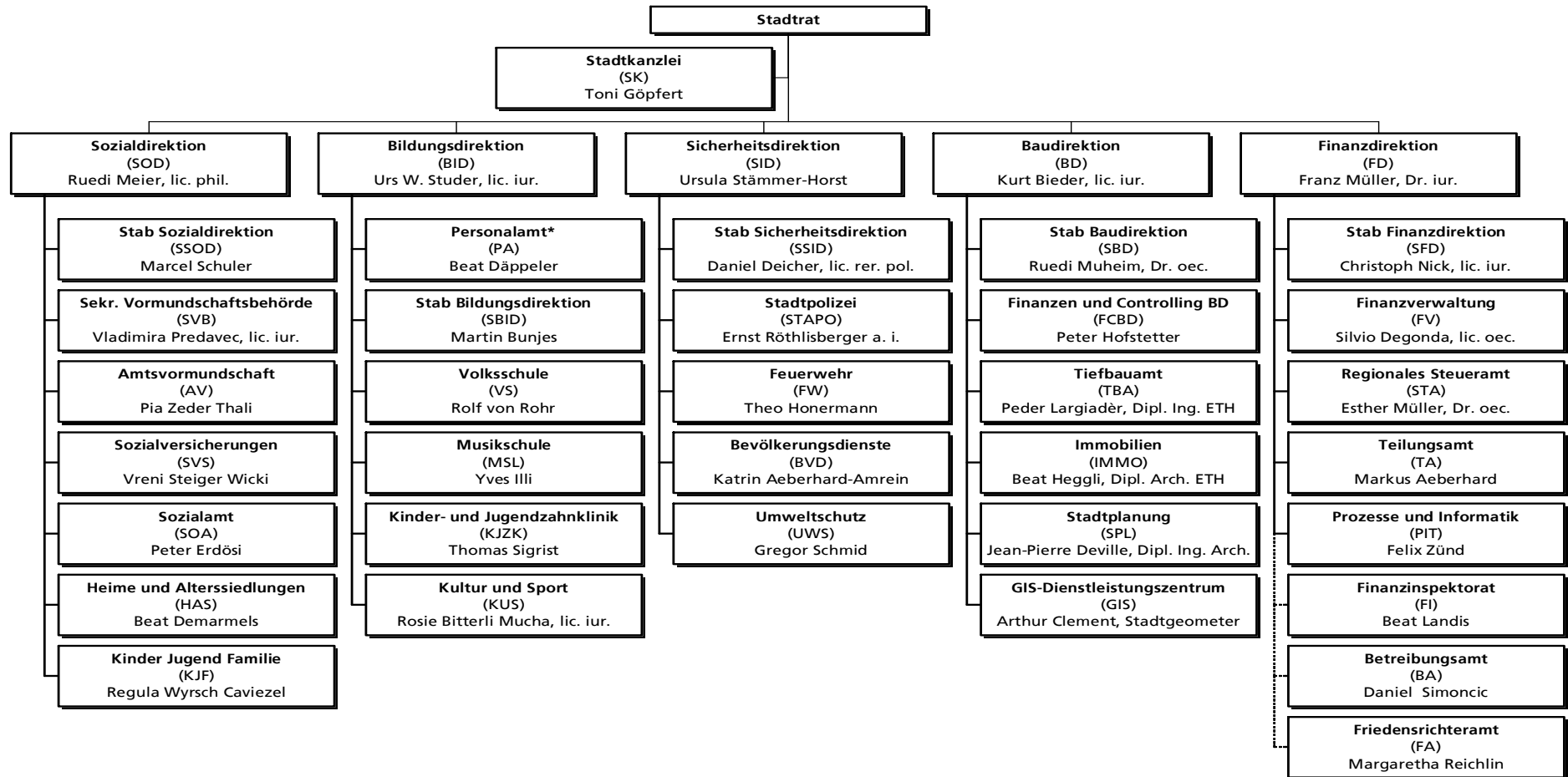
Fr. 945'632.78 für den Bereich Sport aufweist.

IV.

Der Beschluss gemäss Ziffer I unterliegt dem fakultativen Referendum.

Luzern, 25. Juni 2009

Gesamt-Organigramm per 1.1.2009



* der Direktion des jeweiligen
Stadtpräsidenten zugeordnet

-- administrativ der Finanzdirektion
zugeordnet